

**Stenographischer Bericht**  
über die  
**12. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz**  
im Landtagsgebäude zu Mainz.  
am 21. März 1956

Tagesordnung:	Seite
<b>Fortsetzung der Tagesordnung vom 18. März 1956</b>	
<b>Beratung der Einzelpläne in zweiter Lesung</b>	
<b>Einzelplan 03 - Ministerium des Innern -</b>	331
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/89 - Berichterstatler: Abg. Detzel	
<i>Drucksache II/89 in zweiter Beratung gegen die Stimmen der Fraktion der SPD angenommen</i>	349
<i>Einzelplan 03 - Ministerium des Innern - in zweiter Beratung gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei zwei Stimmenthaltungen angenommen</i>	350
<b>Dazu: Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP - Drucksache II/105 - Einstimmige Annahme</b>	349
<b>Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP - Drucksache II/110 - Einstimmige Annahme</b>	350
<b>Entschließungsantrag der Fraktion der FDP - Drucksache II/111 - Überweisung an den Hauptausschuß</b>	349
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/112 - Abgelehnt</b>	349
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/113 - Abgelehnt</b>	349
<b>Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/117 - Angenommen</b>	350
<b>Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten -</b>	350
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/93 - Berichterstatler: Abg. Wetzel	
<i>Drucksache II/93 in zweiter Beratung einstimmig angenommen</i>	386
<i>Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten - in zweiter Beratung gegen die Stimmen der Fraktion der SDP angenommen</i>	387
<b>Dazu: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP - Druck- sache II/106 - Durch Erklärung des Präsidenten erledigt</b>	
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/114 - Abgelehnt</b>	386
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/115 - Abgelehnt</b>	386
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/116 - Abgelehnt</b>	386
<b>Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/118 - Abgelehnt</b>	386
<b>Änderungsantrag des Abg. Piedmont (FDP), Wetzel (CDU) u. a. - Drucksache II/119 - Angenommen</b>	387
<b>Persönliche Erklärung des Abg. Lotz (FDP)</b>	388

## Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier, die Staatsminister Becher, Dr. Finck, Dr. Zimmer, die Staatssekretäre Junglas, Dr. Steinlein, der Chef der Staatskanzlei Ministerialdirigent Dr. Schmitt, Ministerialdirektor Hartmann, Ministerialdirektor Walther

## Es fehlten:

Entschuldigt: Die Abgeordneten Brune, Frau Dr. Gantenberg, Hertel, Martenstein, Dr. Rösler, Stübinger, Frau Wolf, Kalinowski, Dr. Nowack

## Rednerverzeichnis:

Präsident Wolters	331, 332, 334, 337, 340, 342, 343 349, 350, 364, 386, 387, 388
Vizepräsident Bögler	350, 352, 353, 356, 359, 367 369, 371, 373, 374, 375, 376 377, 378, 380, 381
Dr. Adams (CDU)	374
Bauer (SPD)	340
Beckenbach (SPD)	371, 380
Billen (CDU)	364
Dr. Boden (CDU)	387
Detzel (CDU)	331
Dröscher (SPD)	359
Hachenberg (CDU)	375
Kern (FDP)	369
Lotz (FDP)	342, 349, 388
Müller, Walter (SPD)	352
Peters (CDU)	353
Piedmont (FDP)	378
Reinhard (FDP)	334
Roth (SPD)	332
Schmidt (SPD)	350, 386
Schultz (FDP)	356, 387
Wetzel (CDU)	350, 386, 388
Dr. Wolf (CDU)	367
van Volxem (CDU)	337
Innenminister Dr. Zimmer	343
Ministerialdirektor Hartmann	381

## 12. Plenarsitzung des Landtages Rheinland-Pfalz am 21. März 1956

Die Sitzung wird um 9.38 Uhr durch den Präsidenten des Landtages eröffnet.

### Präsident Wolters:

Meine Damen und Herren! Die 12. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Die Beisitzer der heutigen Sitzung sind die Abgeordneten Wolf und Saxler. Die Rednerliste führt der Abgeordnete Wolf. Entschuldigt für die heutige Sitzung infolge Erkrankung oder aus dienstlichen Gründen sind die Abgeordneten Brune, Frau Dr. Gantenberg, Hertel, Martenstein, Dr. Rösler, Stübinger und Frau Wolf.

Auf der Tribüne unseres Hauses darf ich als Gäste begrüßen die Werkjugend der chemischen Fabrik Dr. Raschig aus Ludwigshafen.

(Beifall des Hauses.)

Meine Damen und Herren! Ich darf zuvor noch eine kurze geschäftliche Mitteilung machen. Ich schlage dem Hause vor, daß wir morgen nachmittag zunächst das Gesetz über den Finanzausgleich verabschieden und anschließend daran das Finanzministerium, die Finanzverwaltung und den Außerordentlichen Haushalt zusammenhängend behandeln. Das Haus ist damit einverstanden.

Ich darf dann die Redner dringend bitten, sich an die vorgesehene Redezeit zu halten, damit der Ablauf der Tagesordnung im ganzen gewährleistet ist.

Wir fahren nunmehr in unserer Beratung fort. Ich rufe auf den

### Einzelplan 03 - Ministerium des Innern -

Die Berichterstattung des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgt durch Herrn Abgeordneten Detzel, dem ich hiermit das Wort erteile.

### Abg. Detzel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß hat nicht ohne Grund seine Etatberatung mit dem Haushalt des Innenministeriums begonnen. Dieses klassische Verwaltungsministerium bietet in besonderem Maße Gelegenheit, sich mit grundsätzlichen Fragen zu beschäftigen, die für den Gesamthaushalt Geltung haben und von Bedeutung sind. Bevor ich auf diese einzelnen Debatten eingehe, darf ich von vorneherein feststellen, daß auch der Haushalt des Innenministeriums der allgemeinen Tendenz folgt, sich auszuweiten, daß aber die Erhöhungen als zwangsläufig bezeichnet werden müssen, wie ich später noch ausführen werde. Auch die Aufwärtsentwicklung im Personalbestand scheint noch nicht zum Abschluß gekommen zu sein. Die Stellenmehrung ist aber in erster Linie auf eine beachtliche Erhöhung der Polizeikräfte zurückzuführen. Diese wiederum hat ihre Ursache in dem gesteigerten Straßen- und Kraftfahrzeugverkehr. Es handelt sich hier also um einen echten Mehrbedarf an Personal, der bei der gegebenen Überlastung der Polizei auch bei Beachtung strengster Grundsätze der Sparsamkeit nicht vermieden werden konnte.

Zu Beginn der Haushaltsberatung ließ sich der Haushalts- und Finanzausschuß durch seinen Vorsitzenden über die Arbeit der sogenannten Stellenplankommission berichten. Dieser die Haushaltberatung vorbereitende Unterausschuß kam zu keinem abschließenden Ergebnis, da die außerordentlich schwierige und komplizierte Materie in der der Kommission zur Verfügung stehenden kurzen Zeit ihrer Problemstellung nach noch nicht

einmal systematisch erfaßt, geschweige denn der erwünschten Klärung zugeführt werden konnte. Der Ausschuß war sich deshalb darüber einig, daß sich die Stellenplankommission nach den Etatberatungen wieder zusammensetzen soll, um sich erneut mit der gestellten Aufgabe intensiv zu befassen.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Beratung der Stellenpläne hat sich der Ausschuß auch mit der Bereinigung des 131er-Gesetzes eingehend befaßt. Alle Mitglieder des Ausschusses waren übereinstimmend der Auffassung, daß das Gesetz durch die Entwicklung überholt und eine Gesetzesänderung dringend am Platze sei. Insbesondere wurde hierbei auf den Mißstand hingewiesen, daß die Statistik alle 131er Beamten, die noch nicht in ihrer früheren Stellung untergebracht sind oder die anderweitig beschäftigt werden, als noch nicht untergebracht im Sinne des Gesetzes zählt. Daß sich aus diesem völlig falschen Bild keine vernünftige, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragende Handhabung des Gesetzes ergeben kann, versteht sich von selbst.

Hinsichtlich der Beihilfegrundsätze war sich der Ausschuß darüber einig, daß die Richtlinien dringend einer Änderung bedürfen. Es ist nach Meinung des Ausschusses nicht zu übersehen, daß sich auf diesem Gebiet Mißstände und Ungerechtigkeiten ergeben haben, die der Abhilfe bedürfen. Nach Meinung des Ausschusses gilt es, dort zu helfen, wo wirklich Hilfe am Platze ist. Andererseits gelte es aber, Bagatellfälle auszuschließen und der Selbsthilfe des einzelnen den gebotenen Spielraum zu lassen. Meine Damen und Herren, wenn trotz dieser Erkenntnis kein diesbezüglicher Antrag eingebracht wird, so deshalb, weil beim Bund bereits neue Richtlinien ausgearbeitet sind, die allerdings erst mit der neuen Besoldungsordnung in Kraft gesetzt werden sollen.

Bei der Beratung des Kapitels 0303 - Bezirksregierungen -, entwickelte sich im Ausschuß eine Grundsatzdebatte wegen der Ausgliederung der Regierungsforstämter und die Eingliederung in den Einzelplan des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Eine einmütige Auffassung des Ausschusses zu dieser Frage war nicht zu erzielen. Es wurde daher im Rahmen der Beratungen des Etats des Innenministeriums beschlossen, die Beratung zu diesem Punkte getrennt zu behandeln und nicht im Rahmen des Etats eines der beteiligten Ministerien. Der Ausschuß hat später dann mit Mehrheit der vorgesehenen Neuregelung zugestimmt.

Dann, meine Damen und Herren, haben die Kapitel 08 bis 11 - Polizei und Gendarmerie - eine ausführliche Debatte ausgelöst. Der Herr Innenminister hat zu Beginn dieser Debatte den Ausschuß davon verständigt, daß sich die Kriminalität in den letzten 5 Jahren ständig aufwärts entwickelte, wobei die Zunahme der Jugendkriminalität besonders unangenehm auffiel. Der Herr Minister hat dem Ausschuß weiter davon berichtet, daß die jährliche Zunahme der Verkehrsunfälle zwar mit dem zunehmenden Kraftfahrzeugverkehr zusammenhänge, aber ein erschreckendes Ausmaß angenommen habe.

Meine Damen und Herren! Allein diese beiden Tatsachen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß sich das Aufgaben- und Arbeitsgebiet der Polizei und Gendarmerie nicht nur erheblich erweitert, sondern daß immer größere Anforderungen auch an den einzelnen Polizeibeamten gestellt werden müssen.

Der Ausschuß hat daher die vorgeschlagenen Stellenmehrungen und Stellenhebungen einstimmig gebilligt und insbesondere die Verbesserung der Stellenrelation im mittleren Dienst gutgeheißen.

(Detzel)

Bei der Beratung des Stellenplanes der Polizei hat der Herr Innenminister den Ausschuß auch davon unterrichtet, daß es immer schwerer falle, Beamte aufs Land zu bringen. Bei der Aussprache zu dem aufgeworfenen Problem wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die vom Innenminister festgestellte Tatsache nicht verwunderlich sei, wenn man berücksichtige, daß die auf dem Lande stationierten Beamten nicht nur unangenehmere Lebensbedingungen in Kauf nehmen müssen, sondern darüber hinaus durch das derzeit geltende Ortsklassensystem auch noch schlechter besoldet werden. Die Beratung des Besoldungsgesetzes wird Gelegenheit geben, zu diesem außerordentlich wichtigen Problem Stellung zu nehmen.

Mit besonderem Interesse hat sich der Ausschuß mit der Förderung des Krankenhausbaues beschäftigt und mit Genugtuung von der Mitteilung des Ministeriums Kenntnis genommen, daß im Norden des Landes ein besonderer Mangel nicht festgestellt werden könne, daß dagegen aber in der Pfalz heute noch die vorhandene Bettenzahl bei weitem nicht ausreiche. Das Ministerium hat zugesichert, daß durch Verhandlungen, insbesondere mit den pfälzischen Städten, das Problem des Krankenhausneubaus bzw. der Erweiterung der Krankenhäuser mit aller Intensität in Angriff genommen werden soll. Im übrigen, meine Damen und Herren, glaube ich auf die Verlesung von Zahlen verzichten zu dürfen. Sie sind Ihnen allen bekannt. Was ich angesprochen habe, waren einige wichtige grundsätzliche Debatten im Rahmen der Haushaltsberatung. Ich darf Sie deshalb namens des Haushalts- und Finanzausschusses bitten, dem Einzelplan 03 - Innenministerium - mit den sich aus der Drucksache II/89 ergebenden Änderungen zuzustimmen.

(Beifall im Hause.)

**Präsident Wolters:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Die allgemeine Aussprache ist eröffnet. Ich bitte die Fraktionsredner, darauf zu achten, daß die Redezeit von 45 Minuten für jede Fraktion nicht überschritten wird.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Roth von der Fraktion der SPD.

**Abg. Roth:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zahlen haben zwar immer eine Bedeutung und mit Zahlen kann man oft recht viel und manchmal aber auch nur wenig beweisen. Soweit es sich aber um Zahlen bei dem Etat des Innenministeriums handelt, habe ich nicht die Absicht, bei meiner Betrachtungsweise über den Einzelplan 03 mich auf diese Zahlen einzulassen.

Ich möchte vielmehr zu dem Stellung nehmen, was sich sowohl in den einzelnen Zahlen wie in der Gesamtsumme von rund 85 Millionen DM, wie sie der Einzelplan 03 ausweist, in sachlicher Hinsicht widerspiegelt. Es kann dabei heute wiederum darauf hingewiesen werden, daß alles das, was auf der ersten Seite des Haushaltsplanes des Innenministeriums als dessen Inhalt von Kapitel 1 bis 21 in sachlicher Beziehung verzeichnet ist, uns als eine tragende Säule der gesamten Regierungs- und Verwaltungstätigkeit des Landes entgegenleuchtet. Wenn nun dieser Etat auch noch zeitlich in der Mitte unserer Gesamtberatungen steht, wird die Bedeutung der Aufgaben des Innenministeriums und seiner nachgeordneten Behörden und Dienststellen nur noch unterstrichen. Um so mehr steht aber auch die Erfüllung dieser Aufgaben im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Innenminister und Vorstände der einzelnen

Verwaltungsbehörden, ob unten, in der Mitte oder oben, sollten eigentlich nur Persönlichkeiten sein, die ein großes Maß der auf sie zukommenden Kritik nicht nur ertragen können, sondern daraus auch die erfolgversprechenden Folgerungen ziehen. Der Herr Innenminister Dr. Zimmer ist uns als eine Persönlichkeit bekannt, die über diese Eigenschaften verfügt. Es wäre nur noch zu wünschen, daß er diese auch auf alle diejenigen übertragen könnte, die in seinem Auftrag handeln.

So, meine Damen und Herren, befinde ich mich mitten in dem Spannungsfeld, das ausgelöst wird durch die Begriffe: Selbstverwaltung, staatliche Auftragserfüllung und Staatsaufsicht auf der einen Seite und das andererseits diejenigen umfaßt, die durch all die zu erfüllenden Aufgaben berührt oder - man kann es besser zum Ausdruck bringen - durch die einzelnen Behörden betreut werden. Wer jahrelang inmitten dieses Spannungsfeldes beruflich tätig ist, kann vielleicht Anspruch darauf erheben, etwaige Mängel oder besser gesagt Kontaktfehler zu erkennen, wenn man nicht ganz teilnahmslos an den Dingen vorbeigeht.

Um was handelt es sich dabei? Wird der Bürger zum Beispiel Verständnis dafür aufbringen, daß er von einer Dienststelle unter anderem einen Bescheid erhält, der ihm etwas zusagt, der ihn zum Angehörigen eines bestimmten Personenkreises bestimmt, und eine andere Behörde wenige Tage danach, sogar aus dem gleichen Hause, einen Bescheid erteilt, der das Gegenteil besagt. Ich bitte Sie, keinen Verdacht zu hegen. Es ist dies nicht im Bereiche der oberen oder mittleren Verwaltung geschehen, sondern ganz unten. Gott sei Dank verfügen wir ja noch über etwas anderes, das im Bereiche des Innenministeriums sichtbar wird, die Rechtsaufsicht, die dann in der Lage ist, unter Umständen solche Mängel auszubügeln. Man könnte nun trotzdem fragen: Wie ist es eigentlich möglich, daß bei ein und derselben Behörde eine solche uneinheitliche Entscheidung getroffen wird? Wenn man den Sachbearbeitern nachgeht, so wird man feststellen, daß sie beide beweisen können, daß sie recht haben, und zwar einfach deshalb, weil jeweils von ihrer Fachbehörde her Weisungen erteilt wurden, die ihnen nun einmal recht geben. Daraus entwickelt sich diese Behördenuneinheitlichkeit, die ein demokratischer Staat am allerwenigsten vertragen kann. Ich glaube, ich brauche nicht näher darauf einzugehen, um was es sich dabei handelt. Es handelt sich hier lediglich um die Anerkennung eines Flüchtlings und der daraus entstehenden Ansprüche, also einmal Sozialamt und zum anderen Ausgleichsamt. Zwei verschiedene Dienststellen im gleichen Hause haben verschiedene Ansichten auf Grund verschiedener Weisungen oder Ausführungsbestimmungen usw. Es gibt ähnliche Dinge auf dem Wohnraumbewirtschaftungsgebiet. Da darf ich auch sagen, daß es einem ausgebombten Bürger in einer zerstörten Stadt schwer fallen wird, Verständnis dafür aufzubringen, daß, wenn er sich sein Haus wieder aufgebaut hat, dort eingezogen ist und dann nach einigen Tagen einen Bescheid bekommt, daß er eigentlich zu Unrecht eingezogen sei, und zwar deshalb, weil er die Einweisungsverfügung noch nicht im Besitz hätte, und ermahnt wird, dabei auch gleich seinen entsprechenden Obolus zu entrichten. Das geht noch gut, wenn der Bürger nur ermahnt wird. Wenn ihm aber gar erst mitgeteilt wird, daß er sich im Unrecht befände und eventuell sogar Maßnahmen zu erwarten hätte, dann wird im Bereich dieses Spannungsfeldes etwas ausgelöst, was wir nicht wünschen können. Aber auf denjenigen, der da mitten drin steht, auf den kommt so etwas und Ähnliches immer wieder, man möchte beinahe sagen alle Tage zu.

Meine Damen und Herren! Das kann sowohl unten wie bei der Mittelinstanz als wie auch ganz oben passieren.

(Roth)

Erfreulicherweise haben wir durch die Neufassung verschiedener Gesetze in den letzten Jahren eine gewisse Einheitlichkeit erreicht. Aber wir sind bei weitem noch nicht dort, wo wir eigentlich sein müßten nach zehn Jahren. Noch gibt es zu viele Vorschriften, die auf alte, weit zurückliegende Bestimmungen, Gesetze und Vorschriften hinweisen. Es kommt nicht selten vor, daß auch von der Mittelinstanz und von anderen Behörden auf Vorschriften hingewiesen wird, die in einer Zeit entstanden sind, in der man mit demokratischem Recht nichts zu tun haben wollte.

Ich möchte dazu noch einen Bescheid erwähnen, der mich nicht gerade erfreut hat. Da wird einem Bürger mitgeteilt, daß die Frage der Privatschulen geregelt sei durch eine Verordnung des bayerischen Innenministers aus dem Jahre 1935. Was dieser Bürger in der heutigen Zeit damit anfangen soll, weiß ich nicht. Das wird bei ihm liegen; vielleicht hat er Verständnis dafür aufgebracht. Jedenfalls sollten solche und ähnliche Vorschriften einfach nicht mehr da sein.

Das war es, was mich veranlaßt hat zu sagen, der Herr Innenminister möchte bei den Persönlichkeiten, denen er Auftrag erteilt hat, darauf hinwirken, daß sie sich einmal alles ansehen und versuchen sollen, die Dinge zu beseitigen, die beseitigt werden müssen. Wenn ich dabei von dem Spannungsfeld ausgegangen bin, das sich aus den Begriffen ergibt - auf der einen Seite Selbstverwaltung und auf der anderen Seite Staatsaufsichtsbehörde -, so, um zu sagen, daß noch bestehende Mängel Zug um Zug ausgemerzt werden müssen. Ich richte die Bitte an den Herrn Innenminister, doch darauf zu achten, daß zwei Gesichtspunkte innerhalb der Verwaltung bis nach oben hin beachtet werden sollten: 1. die Behördeneinheitlichkeit und 2. die Entscheidungsfreudigkeit, d. h. daß überall dort, wo an den Vorstand einer Behörde etwas herankommt, dieser auch unter allen Umständen den Mut aufbringen muß, zu entscheiden, ganz gleichgültig, wie sich das nun im einzelnen auswirkt. Er muß eine Entscheidung treffen und darf diese Aufgabe nicht auf andere abschieben.

Ich habe auch kein Verständnis dafür, wenn sich eine Aufsichtsbehörde dadurch entlasten will, daß sie die Anträge, die von einer Gemeinde auf sie zukommen, nun einfach an die höhere Aufsichtsbehörde weitergibt, um von dort Rückendeckung zu erhalten, wenn es sich darum handelt, eine Verantwortung zu übernehmen. Ich will damit nicht sagen, daß der zur Entscheidung verpflichtete Beamte sich nicht auch mit anderen Persönlichkeiten der höheren Stelle unterhalten darf oder kann, aber keinesfalls darf die Entscheidung an die übergeordnete Stelle abgeschoben werden, nur weil man glaubt, die Verantwortung sei in dem einen oder anderen Falle zu groß.

Ich gebe eine Anregung, die sowohl für das Innenministerium als auch für die Mittelinstanz, ja sogar bis zur landrätlichen Verwaltung Geltung haben dürfte, daß nämlich Beamte, die mit der Aufsicht zu tun haben, sich von Zeit zu Zeit in eine Gemeinde oder in eine Stadt begeben sollen, um sich dort mit den maßgebenden Leuten zu unterhalten und somit schließlich zu erkennen, welche individuellen Mängel da nun vorliegen. Sie können dann viel besser entscheiden, wenn in einem Schriftsatz die eine oder andere Frage an sie herangetragen wird. Das kostet ein paar Leute mehr. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn übt das schon sehr lange. Wir haben uns immer gefreut, wenn die Vertreter gekommen sind, nicht um zu kontrollieren, sondern um sich mit uns über die einzelnen Fragen zu verständigen. Diese An-

regung, wenn sie auch aus kritischen Bemerkungen heraus entstanden ist, dürfte ein Beitrag dazu sein, um das alles zu fördern, was wir Sozialdemokraten vom demokratischen Staat erwarten.

Nun komme ich zu einem Kapitel, das im Bereich des Innenministeriums einen besonderen Raum einnimmt. Ich habe darauf verzichtet, auf die in den 21 Kapiteln bezeichneten einzelnen Aufgaben einzugehen. Die Sprecher der SPD werden nachher auf besondere Dinge zu sprechen kommen. Ich möchte mich nur noch der Polizei zuwenden. Wir haben vorhin gehört, daß sowohl die Kriminalität wie auch die kleinen Vergehen in einem Übermaß zugenommen haben, daß der Bürger mit Recht Anspruch darauf erheben darf, mehr als bisher geschützt zu werden. Ich habe vor mir eine Darstellung liegen, die besagt, daß die Verkehrsunfälle von 1951 bis 1955 von 16 921 auf 33 500 angestiegen sind. Warum das so ist, ist allen denen geläufig, die sich draußen bewegen müssen, die heutige Struktur des Verkehrs kennen und wissen, daß es sogar Menschen gibt, vor allen Dingen junge Leute, die sich aus Übermut einen Wagen mieten und oft schwarz damit losfahren. Meistens kommt es dann zu einem Unglück, wobei vielfach nicht die Möglichkeit besteht, etwas zu beweisen.

Das sind Vorgänge, die unsere Polizei sehr in Anspruch nehmen, denn sie ist es, die darauf Bedacht nehmen muß - auch die restliche Verwaltungspolizei bei den Gemeinden wirkt dabei mit -, die Maßnahmen durchzuführen, die der Verkehr nun einmal fordert. Aus allen diesen Gründen möchten wir wünschen, daß diesem Aufgabenbereich besonderes Augenmerk gewidmet wird. Ähnlich liegt es bei der Kriminalität. Auch die hat sich in den letzten Jahren wesentlich erhöht. Ich darf auf einen besonderen Umstand hinweisen, den alle diejenigen kennen, die in einer Stadt wohnen, wo es nicht nur eine, sondern gleich drei fremde Garnisonen gibt. Ich will damit nichts gegen die Soldaten und die Angehörigen dieser Garnisonen sagen, sondern möchte nur feststellen, daß zwangsläufig aus dieser Ansammlung von Menschen es zum Gedränge kommt. Es wird nicht selten auch provoziert, sei es von Angehörigen der einen zur anderen Garnison oder von einem Staatsangehörigen zum anderen, sei es von jugendlichen Deutschen, jedenfalls kommt es zum Krach und zu Schlägereien und allerlei sonstigen dummen Dingen. In einzelnen Städten hat man sich um irgendwelche Abwehrmaßnahmen Gedanken gemacht. Bei uns und in Pirmasens ist es so, daß die Kommandeure der Garnisonen mit dem Oberbürgermeister und dem Landrat alle Monate einmal zusammenkommen, um sich mit ihnen über die Probleme zu unterhalten. Dabei werden auch die Straßenverhältnisse besprochen, so zum Beispiel, daß die schweren Lastzüge von aufgebrochenen Straßen ferngehalten werden müssen und alle diese Fragen. Trotz dieser wohlmeinenden Besprechungen reicht es nicht aus, die Gefahren abzuwenden. Es besteht deshalb Veranlassung, in den gefährdeten Städten die Polizei entsprechend auszustatten und besonders auszubilden, damit die Beamten in der Lage sind, sich mit den anderen zu unterhalten und wenn sie einen Fremden festnehmen wollen, mit diesem fertig zu werden. Soweit die Polizei im allgemeinen.

Nun gibt es noch einen besonderen Fall, den ich nicht deswegen vortrage, um der Polizei im allgemeinen an den Wagen zu fahren, sondern nur erwähne, um andere in Schutz zu nehmen. Sie kennen alle die mehr oder weniger berühmte Gemeinde Neumühle in der Pfalz. Sie ist bekannt durch verschiedene Prozesse. Es sah schon beinahe so aus, als ob die Menschen, die

(Roth)

dort wohnen, nun alle schlechte Kerle seien, alle suspekt seien für die übrige Öffentlichkeit; wenn irgendetwas geschehen ist, dann mußte es unbedingt ein Neumühler gewesen sein. Man hat sogar im Laufe der Zeit versucht, die dort wohnenden Menschen noch tiefer in Komplexe hineinzumanövrieren. Aber es ist nun einmal der Mensch, der auch hier in Erscheinung tritt und der sich selbst geholfen hat. Es gab Gott sei Dank Persönlichkeiten und Behörden, die ihnen beigestanden sind und die dortigen Verhältnisse zum Besseren, ja zum Erfolg führten.

Diese Gemeinde Neumühle hat 500 Einwohner. Es ist die größere Anzahl ihrer Bevölkerung, von der man heute sagen kann, daß sie sich ehrlich und redlich ernährt und auch willens ist, sich in die Ordnung des Staates einzufügen. So etwas wird aber gestört, wenn zum Beispiel aus einem besonderen Anlaß gleich 50 Polizeibeamte auf dieses kleine Dörfchen losgelassen werden, um nun einen zu suchen, der etwas verbrochen hat.

(Abg. Bögler: haben soll!)

- Ich danke für die Verbesserung; es ist so: verbrochen haben soll. Nachdem bei irgendeiner Wechselstube ein Einbruch verübt worden war, sollte der Täter gesucht werden. Die Ermittlungen ergaben, daß ein Mann mit einer verkrüppelten Hand auf irgendeiner Bank Franken usw. umgewechselt hatte. Es wurde noch mehr festgestellt. Dies war Veranlassung genug, weil man wußte, daß in der Gemeinde Neumühle zwei Männer mit einer verkrüppelten Hand wohnen, ohne weiteres eine Razzia auf diese Gemeinde durchzuführen. Ich habe hier die einzelnen Zeitungsausschnitte vor mir liegen. Es würde zu lange dauern, sie im einzelnen vorzulesen. Sie können es aber nachlesen; in der Frankfurter Rundschau wird zum Beispiel geschrieben:

Ein ganzes Dorf nach Bankräubern durchsucht! 55 Beamte der Gendarmerie und Kriminalpolizei Kaiserslautern unstellten in diesen Tagen das westpfälzische Dorf Neumühle und durchkämmten die Gemeinde. Sichere Spuren deuteten darauf hin, daß die Bankräuber dort ihren Unterschlupf gefunden haben sollten. Ein Bündel mit Hundert-Markscheinen konnten Beamtinnen der Kriminalpolizei im Brustausschnitt einer Neumühlerin sicherstellen.

Das wird auch noch einmal in einer anderen Zeitung wiedergegeben. Als nun die Leute dem Staatsanwalt bzw. dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, stellte sich heraus, daß kein Anhaltspunkt dafür bestand, daß in der Gemeinde Neumühle die Verbrecher zu suchen waren.

Es bestätigte sich aber noch viel mehr. Nämlich einige Tage später wurde der echte Räuber, der kein Neumühler war, in Luxemburg gefaßt, und so konnte die Tat aufgeklärt werden. Aber der Schaden, der unter Umständen durch diese Razzia und Maßnahme angerichtet werden konnte, dürfte größer sein als schließlich der Nutzen einer polizeilichen Ermittlung. Deshalb möchten wir bitten, daß gerade auf solche Orte und vor allen Dingen auf solche Personenkreise, die so allgemein etwas anrüchig sind, mehr Rücksicht genommen wird dann, wenn man glaubt, nun eine Ermittlung dorthin starten zu müssen. Meine Damen und Herren! Das liegt nicht nur im Interesse der Polizei, sondern das liegt vor allen Dingen auch im Interesse dieser Bürger, die schließlich auch Menschen sind, auch dann noch, wenn sie einmal aus verschiedenen Umständen heraus allgemein zu Verbrechern gestempelt wurden.

(Abg. Völker: Geringfügiger Widerstand wurde leicht gebrochen dabei!)

- Auch das ist natürlich noch zum Ausdruck gekommen; es wird hier in den einzelnen Zeitungsausschnitten wiedergegeben.

(Abg. Völker: Sonntag morgen!)

Der Herr Innenminister ist auch durch einen Bericht davon unterrichtet, und er wird nachher darauf eingehen. Wenn der Widerstand gebrochen wurde, so ist das bezeichnend dafür, daß auf der anderen Seite steht, daß man 55 Polizeibeamte dafür einsetzen mußte und schließlich geglaubt hatte, das gesamte Dorf Neumühle werde in Auflehnung und Widerstand geraten. Aber es zeigte sich gerade das Gegenteil; es beweist, daß die Betroffenen in diesem Vorgang eine große Ungerechtigkeit sahen und im einzelnen - was selbstverständlich ist - sich als Menschen dieser Maßnahme widersetzen. Dabei sollen keinesfalls dem polizeilichen Ermittlungsverfahren Schranken gesetzt werden; aber es darf niemals in diesem Ausmaße, und es darf niemals in dieser Form erfolgen. Denn dafür sieht das Gesetz eigentlich schon - und das ist in unserem Polizeiverwaltungsgesetz in § 1 und 2 deutlich zum Ausdruck gebracht - Grenzen vor, und diese Grenzen einzuhalten, muß die Aufgabe jedes einzelnen und vielleicht auch einmal die Aufgabe des Staatsanwaltes besonders sein, wenn der Auftrag an die Polizei ergehen sollte, Ermittlungen vorzunehmen. Meine Damen und Herren! Es kommen ja noch mehr Redner der SPD zu Wort. Ich möchte meine Ausführungen abschließen mit dem Zitat eines Philosophen, der nicht aus Deutschland, sondern aus einem anderen Lande stammt und der zu Ausgang des Mittelalters folgendes schrieb:

Das höchste Ziel einer Regierung ist, nicht zu herrschen, noch durch Furcht zu unterdrücken, noch Gehorsam zu verlangen, sondern im Gegenteil jeden Menschen von Furcht zu befreien, daß er in größtmöglicher Sicherheit leben kann.

Mit anderen Worten, sein natürliches Recht auf seine Existenz und auf Arbeit, die weder ihm noch anderen schaden, zu stärken. -

Und dieses Zitat - ich will es nicht ganz vorlesen - schließt mit folgenden Worten ab:

Das Individuum darf auch nie das Gefühl haben, mit den Augen der Eifersucht und der Ungerechtigkeit beobachtet zu werden. Tatsächlich, das wahre Ziel jeder Regierung soll die Freiheit sein. -

(Bravo! bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das gilt und trifft auch zu für unsere Verhältnisse im einzelnen. So sollten wir leben, so sollten wir handeln, und so sollten wir Selbstverwaltung, Staatsaufsicht und schließlich auch die staatliche Auftragsausführung ansehen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wenn ich dazu einige kritische Bemerkungen machte - ich darf es noch einmal sagen - so sollen sie als Anregung dazu dienen, um noch zu verbessern, was bereits gebessert wurde.

(Beifall im Hause.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard von der Fraktion der FDP.

**Abg. Reinhard:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von älteren Kollegen habe ich mir berichten lassen, daß nicht nur wie in diesem Jahr, sondern auch in den Jahren vorher der Etat des Innenministeriums nicht allein an erster Stelle im Terminplan der Haushaltsberatungen

(Reinhard)

gestanden habe, sondern daß auch bei seiner Beratung alle grundsätzlichen Fragen, die mit der Verwaltung zusammenhängen, erörtert worden seien. Diese Tatsache mag bei einer ersten Überlegung als zumindest nicht erstrebenswert für das Innenministerium erscheinen, weil der Wille aller Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses, eine Ausweitung, insbesondere des Verwaltungsapparates, unter allen Umständen zu vermeiden, zu dieser Zeit doch noch wohl sehr ausgeprägt ist, während er im Verlauf der späteren Beratungen und durch die anhaltende und fortschreitende Erkenntnis unabweisbarer Erfordernisse etwas abgeschwächt wird. Bei einer eingehenden Betrachtung dieser Verfahrensweise des Hohen Hauses wird man aber erkennen müssen, daß sie wohl zu Recht besteht; denn wenn wir im Bereich des Bundes von Innenpolitik sprechen, so können wir nicht nur an den Aufgabenbereich des Bundesinnenministeriums denken, sondern ein Hauptgewicht liegt doch wohl auch auf der Politik der Länder, und im Bereich der Länder dürfen wir mit dem Begriff Innenministerium nicht nur die Polizei im weiteren Sinne verbinden, sondern wir müssen in gleichem Maße an die Funktion dieses Ministeriums als Aufsichtsbehörde der Selbstverwaltungskörperschaften denken. Mit Recht werden deshalb bei der Beratung des Einzelplanes 03 Erörterungen über grundsätzliche Fragen angestellt, weil die dabei gewonnenen Erkenntnisse auf alle Bereiche der Verwaltung bis hin zu der kleinsten Gemeinde, ja sogar bis hin zu dem Verhältnis des einzelnen Bürgers zu der Verwaltung schlechthin, ihren Einfluß ausüben. Ich will eine solch grundsätzliche Frage herausgreifen.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, lange Erörterungen darüber anzustellen. Es handelt sich nämlich um die Frage der Verwaltungsvereinfachung, über die schon allzuviel geredet und geschrieben worden ist und in der meiner Ansicht nach tatsächlich allzuwenig erreicht worden ist. Das ist kein Vorwurf gegen irgend jemand oder gegen irgendeine Stelle; denn ich weiß, wie schwer es ist, hier etwas zu ändern, weil ich sehe, daß selbst die eifrigsten Verfechter einer sparsamen Verwaltung dann in Harnisch geraten, wenn gerade ihr Amt, ihr Zollamt, ihr Amtsgericht oder ihr Landratsamt sogar, aufgehoben werden soll. In maßloser Übertreibung und Überbewertung der Bedeutung eines Behördensitzes für das Wirtschaftsleben einer Stadt wird so getan, als ob der Verlust dieser Behörde nun den Untergang der Stadt oder des Städtchens mit sich bringen würde. Ich glaube aber auch, man soll den Nutzen solcher kleiner organisatorischer Korrekturen nicht überschätzen. Er steht meines Erachtens in keinem rechten Verhältnis zu der Beunruhigung in der Bevölkerung,

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr wahr!)

die dadurch ausgelöst wird. Eine gründliche und einschneidende Entlastung des Haushaltes wird jedenfalls damit nicht erreicht.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr richtig!)

Diese könnte nur eintreten, wenn mit einer Verwaltungsvereinfachung - hier aber im Sinne einer totalen Änderung der Organisation - ein großzügiger Abbau von Staatsaufgaben erreicht werden könnte; die Möglichkeiten, Staatsaufgaben abzubauen, sind aber gering. Meine Damen und Herren! Wir bekennen uns alle zum sozialen Rechtsstaat. Wir wollen ihn vertiefen und befestigen. Seine Verwirklichung macht aber Institutionen notwendig, an die man in früheren Zeiten nicht gedacht hat und nicht zu denken brauchte: Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich, ungezählte Aufgaben, die man etwa auf den Sammelbegriff „Wiederaufbau“

bringen könnte, alles Aufgaben, die jedenfalls heute noch keiner der nach der Verwaltungsreform Rufenden missen möchte. Die allgemeine Entwicklung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Notwendigkeit, die Kriegsfolgen zu beseitigen, lassen den Abbau der Verwaltung heute einfach noch nicht zu. Hoffen und sorgen wir deshalb, daß sich unsere sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so entwickeln, daß der jetzt mit Recht noch laute Ruf nach der Fürsorge des Staates allmählich verstummen kann, und eine Reorganisation wird dann leichter sein. Bis dahin loben wir den gerade von dem Herrn Innenminister eingeschlagenen Weg, der darin besteht, durch eine gründliche Aus- und Fortbildung der Beamten eine Leistungssteigerung zu erzielen, die es ermöglicht, einen Teil der neu hinzukommenden Aufgaben aufzufangen. Dieser Methode liegt zweifellos auch ein ökonomisches Prinzip zugrunde, das zwar in den Zahlen unseres Haushaltsplanes keinen besonderen Ausdruck findet, dessen Wert und Bedeutung man aber nicht unterschätzen sollte.

Wir richten trotzdem an den Herrn Minister die Frage, ob dieser erfolgversprechende Weg nicht noch weiter und intensiver beschritten werden sollte, ob die Einrichtung der Fortbildungslehrgänge und der Akademien ausreicht, das gewünschte Ziel zu erreichen. Wir fragen auch insbesondere, ob die jetzige Art der Ausbildung der Staats- und Kommunalbeamten des mittleren Dienstes noch zweckmäßig erscheint. Zur Zeit werden sie in Lehrgängen ausgebildet, deren Teilnahme den Anwärtern durch Freistellung vom Dienst an ein oder zwei Tagen in der Woche ermöglicht wird. Wer aber den Umfang des Lehrstoffes kennt, der weiß, daß in den Lehrgängen nur Anregungen gegeben werden können, daß aber die Erarbeitung des in der Prüfung verlangten Wissens eine intensive Vorbereitung des Prüflings neben seiner achtstündigen Arbeitszeit in den Abend- und Nachtstunden erfordert, die nur Anwärter mit einer robusten Konstitution ohne Schaden überstehen. Wir regen deshalb die Einrichtung einer Verwaltungsschule für diese Zwecke an und verweisen auf die guten Erfolge der Finanzschule Edenkoben. Wir geben diese Anregung, weil wir der Überzeugung sind, daß sich eine intensive Nachwuchsförderung nicht nur in der Wirtschaft - wo sie schon lange Brauch ist -, sondern auch in der Verwaltung bezahlt macht.

Meine Damen und Herren! Aus meinen Darlegungen könnte man nun den Schluß ziehen, daß das Innenministerium dank seiner eingeleiteten Maßnahmen, die eine Leistungssteigerung zum Ziele haben, ohne Vermehrung seines Personalbestandes hätte auskommen müssen. Das ist leider nicht der Fall.

Ich sage leider, und ich möchte damit das Bedauern darüber aussprechen, daß eine so starke Vermehrung der Polizei - denn auf sie entfällt der größte Teil der neuen Stellen - notwendig war. Ihre Rechtfertigung finden diese Stellenvermehrungen aber in der zeitbedingten starken Erweiterung des Aufgabenbereiches der Vollzugspolizei und in der noch nicht ausreichenden Anpassung des Einzelvollzugsdienstes an die vor allem durch die Technik gewandelten Verhältnisse. Die Erweiterung des Aufgabenbereiches beruht wohl in erster Linie auf einer fortschreitenden Motorisierung des Straßenverkehrs und als Folge davon der starken Häufung der Straßenverkehrsunfälle. Wer sich einmal einen Einblick in den Dienstbetrieb zum Beispiel einer Gendarmeriestation verschafft, der erkennt, daß die Beamten überwiegend mit der Bearbeitung von Verkehrsunfällen und -delikten beschäftigt sind, und daß die darüber hinaus noch zur Verfügung stehende Zeit mit Aushilfeersuchen usw. ausgefüllt werden muß. Es

(Reinhard)

erhebt sich die Frage, wo die Erledigung der eigentlichen polizeilichen Aufgabe der vorbeugenden Gefahrenabwehr bleibt. Ich will nur einige nennen: Wo bleibt die so notwendige Lebensmittelüberwachung oder - was mir noch wichtiger erscheint - der Vollzug des Jugendschutzgesetzes!

Wir sind davon überzeugt, daß diesen Erscheinungen nicht durch weitere Stellenvermehrungen gesteuert werden kann, sondern daß vielmehr die Stellen, wie sie im Polizeiverwaltungsgesetz ihren Niederschlag gefunden haben, ausreichend sind. Notwendig sind vielmehr Maßnahmen organisatorischer Art, wie sie jetzt bei der Einrichtung der Gendarmeriegroßstationen geplant sind, und notwendig ist vor allem eine Verbesserung der technischen Hilfsmittel. Ich möchte hier nicht reden von einer Verbesserung des Nachrichtennetzes oder einer Ausweitung des Kraftwagenparkes, denn auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren sehr viel getan worden. Aber wenn die Angaben von Vertretern der Polizeiorganisationen zutreffen, die mir bei einer kürzlichen Besprechung gemacht wurden - ich selbst kann es nicht gut glauben -, dann wäre unsere Bitte sehr bescheiden und ginge dahin, die Polizei in ausreichendem Maße mit Taschenlampen, Unfallwarnlampen und derlei kleinen, aber notwendigen Dingen auszustatten.

Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, lagen bei den Beratungen des Haushaltsplanes in reichem Maße Wünsche und Anträge auf Stellenplanverbesserungen vor. Nicht nur die Polizei, sondern auch andere Beamtengruppen glauben, daß der Umfang ihrer Dienstaufgaben sowie die bildungs- und ausbildungsmäßigen Erfordernisse mit den vorhandenen Stellen in keinem richtigen Verhältnis mehr stehen, um diese Dienstaufgaben in befriedigender Weise zu erfüllen. Ich glaube, daß diese Ansicht und die daraus resultierenden Wünsche in der Hauptsache aus einer gewissen Notwehr geboren sind und einen Notweg darstellen, um einer unzureichenden Besoldung zu entgehen. Nachdem nun erfreulicherweise das Besoldungsgesetz von Rheinland-Pfalz vorliegt, erscheint es mir zweckmäßig, daß eine gründliche Erörterung dieser Materie bei den Beratungen des Besoldungsgesetzes stattfindet, soweit diese Wünsche bei der jetzigen Beratung keine Berücksichtigung finden konnten.

Meine Damen und Herren, noch ein anderes Kapitel. Die Sachausgaben des Ministeriums, und hier insbesondere die Titel 204 - Unterhaltung der Gebäude - und 205 - Kleinere Um- und Erweiterungsbauten -, haben gegenüber dem Vorjahr eine beträchtliche Ausweitung erfahren. Wir erkennen an, daß im Bereich der inneren Verwaltung ein echter Nachholbedarf besteht. Wenn wir die Dienstgebäude, die den Krieg überstanden haben, mit modernen Gebäuden vergleichen, dann wünschten wir sogar, daß eine schnellere Angleichung zwischen alt und neu möglich wäre. Dieser Wunsch trifft insbesondere für einige Landratsämter in der Pfalz zu, die in ihrer räumlichen und baulichen Ausgestaltung weder mit der zeitgemäßen Gestaltung von Diensträumen noch mit der beträchtlichen Ausweitung der Verwaltungsaufgaben Schritt halten konnten. Dieser Wunsch wird aber besonders dann dringend, wenn wir erfahren, daß in absehbarer Zeit die Dienstgebäude der pfälzischen Landratsämter in das Eigentum der Landkreise überführt werden sollen. Wenn der Herr Innenminister im Rechnungsjahr 1956/57 an die Verwendung der in Titel 204 und 205 ausgewiesenen Mittel herangeht, so möchte ich ihm als pfälzischer Abgeordneter zurufen: Vergessen Sie die Pfalz nicht, Herr Minister!

(Frau Abg. Dauber: Besonders Kaiserslautern!)

Ich darf bei diesem Zuruf auf die Bedingungen hinweisen, die das Land an die Übernahme von Landstraßen II. Ordnung stellte und darf die Vermutung aussprechen, daß die pfälzischen Landkreise hierbei gelernt haben.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch kurz einen anderen Etattitel ansprechen. Ich meine den Titel 316, der die kommunale und staatspolitische Schulung für den ehrenamtlichen Gemeindedienst betrifft. Ich glaube, man sollte überlegen, ob der angesetzte Betrag ausreichend ist. Gewiß, es sind im Etat auch noch andere Mittel für staatsbürgerliche Schulung der verschiedensten Personengruppen vorgesehen. Wenn wir aber anerkennen - und das müssen wir wohl -, daß die Gemeinde die Keimzelle des Staates ist, dann müssen wir uns um die Fruchtbarkeit gerade dieser Keimzelle sehr kümmern. Es genügt meines Erachtens nicht, daß wir die breite Öffentlichkeit am politischen Geschehen interessieren, ihr Interesse am politischen Leben wecken und vertiefen, sondern wir müssen mehr und mehr dazu gelangen, daß das Ehrenamt in der Gemeinde wieder mehr zur Geltung kommt, daß es wieder zur Ehre wird und nicht zur Last, wie es heute vielfach angesehen wird. Erst dann, wenn erreicht ist - und dazu ist meines Erachtens eine gründliche Schulung notwendig -, daß das Amt des Gemeinde- oder Stadtrates von allen Gewählten ausgeübt wird ohne persönliche Erwartung und ohne das Ziel, bestimmte Gruppeninteressen zu vertreten, und Richtschnur für alle nur das allgemeine Wohl ist und die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, werden die demokratischen Einrichtungen in der Gemeinde und auch die übrigen demokratischen Einrichtungen des Staates bei der Allgemeinheit die Achtung und Anerkennung finden, die sie verdienen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein Gebiet aus dem Aufgabenbereich des Innenministeriums streifen, das es wirklich verdient, von dieser Stelle aus angesprochen zu werden. Ich meine den Brandschutz. Hier hat sich in den letzten Jahren eine Entwicklung vollzogen, die man ohne Übertreibung als vorbildlich bezeichnen kann. Hier wurden so beachtliche Fortschritte und ein so sichtbarer Erfolg erzielt, daß sie eine Anerkennung verdienen. Man braucht sich nur daran zu erinnern, wie noch vor wenigen Jahren vor allem in den kleinen Landgemeinden mit fast vorsintflutlichen Geräten bei den Übungen und auch im Ernstfall operiert wurde, und man konnte es den Feuerwehrmännern und der Bevölkerung nicht verübeln, wenn sie bei den Übungen mit einem spöttischen Lächeln und im Ernstfall mit zorniger Wut diese Unzulänglichkeiten quittierten. Heute dagegen finden wir auch in den kleineren Gemeinden Schutzgeräte modernster Bauart, die nicht nur den Eifer der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner anregen, sondern auch der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, daß ihr Eigentum im Notfall erfolgreich geschützt werden kann und wird.

Diese Wandlung der Verhältnisse in so kurzer Zeit war aber nur möglich durch eine planmäßige Lenkung der Gemeinden durch das Innenministerium bei gleichzeitiger Gewährung erheblicher Zuschüsse des Landes. Dafür wollen wir unseren Dank aussprechen, und wir verbinden diesen Dank mit der Bitte, auch zukünftig auf diesem Gebiet in dieser Weise weiter zu arbeiten. Denn es sind hier noch weitere Möglichkeiten gegeben. Insbesondere die Wasserversorgung der kleinen Landgemeinden ist noch unzureichend. Nicht nur im Interesse eines wirkungsvollen Brandschutzes, sondern auch im Interesse der Hygiene sollten die alten Haus- und Dorfbrunnen bald der Vergangenheit angehören. Welch einen fördernden Einfluß bei solchen Maßnah-



(Reinhard)

men aber die Hinweise und die Beratung der Aufsichtsbehörde und eine fühlbare finanzielle Unterstützung der Gemeinden ausüben, dafür ist der Erfolg bei der Modernisierung des Brandschutzes ein gutes Beispiel.

Meine Damen und Herren! Der Rahmen, der die Aufgaben des Innenministeriums umschließt, ist groß. Ich will es mir versagen, auf das Gesundheitswesen, auf das Veterinärwesen und alle anderen Aufgaben einzugehen, sondern ich möchte abschließend dem Herrn Innenminister und allen ihm unterstellten Verwaltungen den Dank der Freien Demokraten aussprechen für die geleistete Arbeit und mit diesem Dank die Bitte verbinden, mit den für das Rechnungsjahr 1956/57 bereitgestellten Mitteln in gleichem Maße erfolgreich zu wirken zum Wohle der Bevölkerung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter van Volxem von der Fraktion der CDU.

**Abg. van Volxem:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behandlung des Einzelplanes 03 des Innenministeriums erscheint als die geeignete Gelegenheit, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob in der inneren Verwaltung, die ja noch den Kern unserer gesamten Verwaltung bildet, die gebotene Sparsamkeit waltet. Diese Frage wird ja auch immer wieder bei der Behandlung des Etats aufgeworfen. Neben der oberflächlichen Kritik, die sich in Schlagworten wie „aufgeblähte Verwaltung“ äußert, gibt es doch eine berechtigte Sorge; diese berechtigte Sorge um die Sparsamkeit und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung wird für den Gesetzgeber bei der Verabschiedung des Haushaltes zu einer ersten Pflicht.

Ein Kriterium der Sparsamkeit und der zweckmäßigen Organisation, der richtigen Aufgabenverteilung zwischen Staat, Gemeindeverbänden und Gemeinden ist ein Vergleich mit den anderen Ländern der Bundesrepublik. Der Herr Innenminister hat diesen Vergleich kürzlich erarbeitet auf Grund des Materials des Statistischen Bundesamtes. Er hat in einem Rundfunkvortrag dieses Material und das Ergebnis der Untersuchungen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Dabei wurde die unterschiedliche Aufgabenverteilung in den einzelnen Ländern zwischen Staat und Gemeinden ausgeglichen durch die Zusammenfassung der Verwaltungsausgaben von Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden in den einzelnen Ländern. Das Ergebnis zeigt, daß Rheinland-Pfalz nicht nur unter dem Bundesdurchschnitt liegt, sondern daß es sogar am günstigsten abschneidet. Auf 10 000 Einwohner kommen bei uns 199 Bedienstete der Verwaltung gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 223. Bayern hat 224, an der Spitze liegt Baden-Württemberg mit 239.

In diesen Zahlen braucht sich keineswegs eine Sparsamkeit zu äußern, die die Erfüllung der gestellten Aufgaben einschränkt. Sie kann - und das ist wahrscheinlich - begründet sein in einer sehr zweckmäßigen Verteilung der Aufgaben zwischen Gemeinden und Staat. Bedauern müssen wir eigentlich nur das geringe Echo, das diese Ausführungen des Ministers in der Öffentlichkeit und auch in der Presse gefunden haben. Ich glaube, wenn die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes ungünstig für unsere Gemeinden und für unsere staatliche Verwaltung ausgefallen wären, würden sie längst der breiten Öffentlichkeit bekannt sein.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Es ist auch bedauerlich, daß ein so positives Faktum, das so viele Mißverständnisse zwischen Bürger und Staat ausräumen kann, untergeht in dem Streit um die Länderneugliederung. Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung bleiben eine ständige Aufgabe. Mit Anerkennung muß hier der Beitrag hervorgehoben werden, den der Landkreistag geleistet hat durch die Einsetzung eines Ausschusses von Verwaltungspraktikern und Verwaltungsspezialisten. Dieses Gremium hat eine Fülle von Anregungen erarbeitet, die der Verwaltung dienen können. Diese Kleinarbeit, die auch in der staatlichen und kommunalen Verwaltung ständig betrieben wird, ist ein entschieden fruchtbarer Beitrag als ein noch so häufiges Gerede von der Verwaltungsreform. Dieser häufig mißverständene und mißdeutete Begriff blockiert geradezu, wenn er zum billigen Schlagwort wird, das gute Verhältnis zwischen Staatsbürger und Verwaltung. Ich glaube, daß verschwommene Vorstellungen von einer Verwaltungsreform, verbunden mit der Erwartung großer finanzieller Ersparnisse, geradezu einem deutschen Poujade das agitatorische Stammkapital liefern könnte. Meine Damen und Herren! Ein Katasteramt mehr oder weniger ist doch noch keine Verwaltungsreform.

(Abg. Hachenberg: Sehr richtig!)

Eine Verwaltungsreform nimmt ihren Anfang nicht in Grumbach oder in Hillesheim. Sie spielt sich doch in einer ganz anderen Größenordnung ab. Als Gegenstand einer Verwaltungsreform könnte man sich das Verhältnis der Bundesbehörden auf der Landesebene denken. Das könnte einmal Gegenstand einer Verwaltungsreform sein. Verwaltungsreform geht immer sehr nahe schon an den Begriff der Staatsreform. Man muß sich also gegen den Mißbrauch des Wortes wenden, weil das Wort „Reform“ in Verbindung mit dem Funktionieren unserer Verwaltung doch im Volke die Vorstellung erweckt, daß in unserer Verwaltung etwas nicht stimmt.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Wir dürfen demgegenüber doch feststellen, daß in Rheinland-Pfalz, fußend auf den guten preußischen und bayrischen Verwaltungstraditionen, jedes Experiment und jeder Bruch vermieden wurde und daß unsere diesbezügliche Gesetzgebung nur eine sinnvolle Weiterentwicklung bedeutet. Ich bestreite nicht, daß die Konsolidierung des Landes einmal die Frage aufwerfen wird, ob die Mittelinstanz unserer Verwaltung in unserer Größenordnung noch die Bedeutung hat, wie sie sie in Staaten wie Bayern und Preußen gehabt hat. Man wird auch einmal darüber diskutieren und ernstlich an die Frage herantreten müssen, ob im Nordteil des Landes, ähnlich wie es in der Pfalz immer schon der Fall war, soziale Einrichtungen auf einen Bezirksverband übertragen werden können.

(Abg. Bauer: Das gäbe wieder einen neuen Apparat!)

- Ich sage ja, man wird darüber diskutieren können. Ich stelle das ja nicht als Forderung auf. Das sind immerhin Gegenstände einer Umgliederung der Verwaltung, über die man ernsthaft reden kann.

(Abg. Glahn: Also doch Reform, darum geht es!)

- Das ist meines Erachtens - aber wir wollen uns darüber nicht streiten - noch keine Verwaltungsreform, weil es ein zu kleines Teilstück ist.

(Abg. Claus: Aber daraus könnte eine werden!)

Meine Damen und Herren! Ich komme zu einem anderen Kapitel. Die überfällige Besoldungsneuregelung

(van Volxem)

ist durch die Regierungsvorlage in ein akutes Stadium getreten. Es darf hier die Hoffnung geäußert werden, daß künftige Etatverhandlungen sich weniger mit Anträgen auf Stellenhebungen zu befassen haben. Solche Stellenhebungen sollen in Zukunft nur aus rein sachlichen Gründen erfolgen. So begreiflich das Streben nach besseren Aufstiegsmöglichkeiten ist, einzelne Stellenhebungen als Ersatz für eine generelle Besoldungsaufbesserung entbehren aber jeder Logik.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr wahr!)

Denn was kann sich schon ein Inspektor dafür kaufen, wenn ein Kollege in die Stelle eines Oberinspektors einrückt.

Gegenüber dem mit der Besoldungsneuregelung zu erwartenden Ansturm der Interessierten müssen wir auch feststellen, daß sich der Gesetzgeber nur von rein sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen kann und er sich nie in die Rolle eines Tarif- oder Verhandlungspartners herabziehen lassen darf. Im Zusammenhang mit der Besoldungsneuregelung muß auch - der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen - das System der Beihilfegewährung einer Überprüfung unterzogen werden.

(Sehr wahr! bei der CDU.)

Wir hoffen gerade bezüglich der Beihilfen, daß eine bessere Regelung gefunden wird, als sie zur Zeit in Geltung ist.

Die Beamten unseres Landes, das möchte ich hier anerkennend feststellen, sind in ihrer überwiegenden Anzahl positiv und überzeugt zum demokratischen Staat eingestellt. Aber ein Erlebnis der letzten Tage läßt mich hier doch ein ernstes Wort reden. Ein junger Assessor, der in einer politischen Partei tätig ist, wurde von seinem Vorgesetzten darauf hingewiesen, daß er damit eigentlich seine Berufsaufgaben beeinträchtigen würde.

(Zurufe bei der SPD: Hört, hört!)

Das gibt mir Veranlassung, einmal über das Verhältnis des Beamten zu den politischen Parteien zu sprechen. Ich betonte ja schon, daß die Einstellung gegenüber dem demokratischen Staat zu keiner Beanstandung Anlaß gibt. Aber in dem Verhältnis zu den politischen Parteien bestehen doch vielfach noch Mißverständnisse. In dem besonderen Verhältnis, in dem der Beamte zum Staate steht, könnte es verständlich sein, daß das Dazwischentreten einer anderen Kraft, einer politischen Partei für ihn nur als eine Störung, als ein Fremdkörper, empfunden wird. Für manche scheint die politische Neutralität tatsächlich die Verkörperung echten Berufsbeamtentums zu sein. Demgegenüber muß man aber feststellen, daß es einen Unterschied zwischen der Idee einer Staatsform gibt und ihrer permanenten Verwirklichung in tragenden Kräften. Die tragenden Kräfte der modernen Demokratie sind die demokratischen politischen Parteien.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Man muß eben unterscheiden zwischen zwei ganz verschiedenen Tatbeständen, zwischen dem treuen Dienst im demokratischen Staat und dem Mittragen dieses Staates durch die Arbeit in den politischen Parteien. Ich muß es offen aussprechen, daß das Fehlen eines so bedeutenden und so wertvollen Teiles, wie es die Beamtenschaft darstellt, eine bedauerwerte Lücke und Schwächung in unserem politischen Leben bedeuten würde.

(Beifall im Hause.)

Nun zum Kapitel Polizei. Die Stellenvermehrung bei der Polizei, besonders bei der Gendarmerie, sind ein

typisches Beispiel, daß ein Anwachsen des Personalbestandes zwangsläufig bedingt ist durch eine Erweiterung des Aufgabenbereiches oder als Folge gesetzlicher Bestimmungen. Die Sicherheit der Staatsbürger und die Ordnung im öffentlichen Leben, also die Aufgaben, bestimmen den Umfang des Stellenplanes der Polizei. Uns scheinen die Personalvermehrungen, insbesondere bei der Gendarmerie, begründet zu sein. Selbst wenn die Gründe unerfreulich sind - die steigende Kriminalität wurde schon genannt, desgleichen die mangelnde Moral vieler Verkehrsteilnehmer -, so erfordert schon allein die jährliche Neuzulassung von 50 000 Kraftfahrzeugen in unserem Lande eine entsprechende Verstärkung der Polizei, um den Verkehr auf den Straßen nicht zu einem Chaos werden zu lassen.

(Abg. Sassenroth: Eine Verbesserung der Straßen erfordert das!)

- Auch!

(Abg. Dr. Habighorst: Wir sprechen ja von der Polizei!)

- Sie wissen, Herr Kollege Sassenroth, daß der Straßenbau Zeit braucht bei allem guten Willen und daß wir, um den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, eben eine Verstärkung der Polizei vornehmen müssen. Andererseits zeigt aber auch das Beispiel der Schutzmaßnahmen gegen die Frostschäden, daß durch den Einsatz der Polizei den Straßenträgern Millionenwerte erhalten werden können.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Desgleichen entspricht die Vermehrung der Stellen bei der Gendarmerie gerade in den Grenzkreisen einem dringenden Bedürfnis. Das zeigt die hohe Zahl der monatlich in den Grenzkreisen aufgegriffenen Personen, von denen sich ein großer Teil durch den Grenzübergang einer Strafverfolgung für kriminelle Delikte entziehen will.

Bedenken müssen wir allerdings äußern - hier schließe ich mich den Vorrednern an - über den Umfang der Tätigkeit, den die Gendarmeriebeamten besonders im Dienst der Staatsanwaltschaft und der Gerichte ausüben müssen. Falls es noch nicht geschehen ist, möchte ich anregen, daß das Innenministerium darüber genauere Erhebungen anstellt. Ich möchte auch Zweifel an der Richtigkeit einer Gesetzgebung äußern, die die Gerichte mit Verkehrssachen überlastet und der Polizei lediglich die Möglichkeit dieser kleinen gebührenpflichtigen Verwarnung läßt.

(Abg. Völker: Sehr gut!)

Zwischen den 2 DM der gebührenpflichtigen Verwarnung, und der Inangsetzung eines gerichtlichen Verwehns auch hier der Schwerpunkt bei der Gendarmerie stark beansprucht, sollte noch ein Mittelweg zu finden sein.

(Beifall im Hause.)

Wir begrüßen auch die Ansätze im Etat, die eine materielle Verbesserung der Polizeibeamten bedeuten. Wenn auch hier der Schwerpunkt bei der Gendarmerie liegt, so glauben wir, den Grund darin zu sehen, daß der Dienst der Gendarmerie manche besondere Erschwernisse mit sich bringt. Die Stationierung auf dem Lande bringt nicht nur Erschwernisse für die Beamten selber, sondern auch manche Entbehrungen für die Familien. Wir müssen daran denken - gerade heute beim Aufbau der Bundeswehr -, daß wir die Laufbahn der Polizei und der Gendarmerie attraktiv gestalten.

Im Titel 101 des Kapitels 09 sind weitgehende Verbesserungen erfolgt. So weist die Gruppe A 8a 253

(van Volxem)

Stellen weniger auf. Dafür sind in A 7a 71 Stellen und in Gruppe A 5b 53 Stellen hinzugekommen. Das ist der Stand nach Abschluß der Arbeiten des Finanzausschusses. Heute haben die 3 Fraktionen einen darüber hinausgehenden Antrag vorgelegt, der den berechtigten Wünschen der Polizei-, Gendarmerie- und Kriminalpolizeibeamten weitgehend entgegenkommt und den wir im Namen unserer Fraktion begrüßen, von dem wir hoffen, daß damit die offenkundige Unterbewertung in einzelnen Gruppen ihr Ende findet. Wir begrüßen besonders, daß in Kapitel 10 die Gruppe TO A IX nun endlich verschwindet.

Ich kann in diesem Zusammenhang für meine Fraktion erklären, daß uns die Festigung und die Verbesserung der sozialen Stellung der Polizeibeamten ein ernstes Anliegen ist.

(Abg. Matthes: Sehr gut!)

Ich möchte aber auch hier den Gedanken äußern, daß dazu materielle Maßnahmen allein nicht ausreichen. Es ist eine Erfahrung - sie hat sich in unserer jüngsten Geschichte und in der sowjetzonalen Gegenwart bestätigt -, daß die Achtung und die Würde dieses Berufsstandes nur in einem demokratischen Rechtsstaat gewahrt ist und daß gerade der Berufsstand der Polizei in dem sogenannten Polizeistaat auf das niedrigste Gesellschaftsniveau absinkt. Ich muß aber auch feststellen, daß man die Möglichkeiten, mit der Polizei den demokratischen Staat zu schützen und zu sichern, in vielen Kreisen überbewertet. Bestehen oder Untergang des demokratischen Staates hängt von der Bewährung oder dem Versagen seiner tragenden Kräfte ab.

(Beifall des Hauses.)

Die Überschätzung der Rolle, die die Polizei dabei spielen kann, hat zu einer geschichtlichen Fehlbeurteilung bewährter Politiker der Weimarer Zeit geführt.

(Sehr gut! im Hause.)

Wir müssen aber auch fordern - und der Herr Innenminister muß dem Landtag dafür die Garantie bieten -, daß die Polizei staatsbejahend eingestellt ist. Wir haben allerdings keinen Grund, in Rheinland-Pfalz hier Befürchtungen zu äußern.

Nun komme ich auf das Verhältnis Land-Gemeinde-Gemeindeverbände. Dabei stellen wir mit Genugtuung fest, daß sich bei der Durchführung des Finanzausgleichs eine Akzentverlagerung zu dem eigentlich zuständigen Ministerium des Innern hin vollzogen hat. Der Finanzausgleich wird eine besondere Würdigung durch einen anderen Redner meiner Fraktion erfahren. Ich möchte hier nur einen Hinweis geben und meine Auffassung vortragen, daß wir nämlich in Zukunft die wachsenden Aufgaben der Landkreise stärker beachten müssen.

(Abg. Weis: Sehr gut!)

Die besondere Situation der ländlichen Gebiete erfordert heute Einrichtungen, die bisher nur die Städte kannten und die auf dem Lande wegen der Kleinheit der Gemeinden nicht in Angriff genommen werden konnten, für die als Träger nur die Landkreise in Frage kommen. Das sind vorwiegend kulturelle Einrichtungen. Wir haben ja gesehen, daß die Berufsschulen, die an sich nach Tradition und von der Sache her Aufgaben der Gemeinde sind, in den Landkreisen nur durch die Trägerschaft der Kreise zu verwirklichen waren. Ähnlich ist es mit dem Volksbildungswerk und anderen kulturellen Einrichtungen.

Wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Landkreise immer mehr eine Ausgleichsfunktion gegenüber ihren Gemeinden auszuüben haben. Ich möchte das nur äußern,

damit es bei der kommenden Entwicklung des Finanzausgleichs eine stärkere Beachtung findet.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Einer Klärung bedarf auch die Frage, inwieweit das Land einen festen Kostenanteil an der Erhaltung und am Neubau der Kreisverwaltungsgebäude übernimmt. Die Mitbenutzung durch die staatliche Abteilung des Landratsamts läßt dies als geboten erscheinen. Wir brauchen bei dieser Regelung nicht unbedingt daran zu denken, daß die staatlichen Verwaltungsgebäude in der Pfalz nun in kommunalen Besitz übergehen müssen, wenn die also Bedachten darin ein Danaergeschenk wittern. Aber für die kommunalen Gebäude in den anderen Landesteilen wäre doch anzustreben, daß das Land mit einem festen Kostenanteil sich an der Unterhaltung beteilige. In ähnlicher Richtung zielt auch ein anderer Hinweis, nämlich die unterschiedliche Verteilung von staatlichen Beamten auf die einzelnen Landratsämter. Hier schwankt die Zahl auf 10 000 Einwohner zwischen 0,6 Beamten und 3,2 Beamten bei einem Landesdurchschnitt von 1,5. Ich verkenne gar nicht, daß in einzelnen Fällen besondere Gründe vorliegen mögen, aber es wäre doch hier eine gleichmäßigere Verteilung anzustreben.

Unter dem Titel 306 im Kapitel der Allgemeinen Bewilligungen finden sich Zuschüsse für leistungsschwache Krankenhäuser mit 950 000 DM. Hier ist eine Erhöhung von 150 000 DM gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Wir müssen feststellen, daß gerade auf dem Gebiet des Krankenhauses die kommunalen und auch die privaten Träger ein großes Aufbauwerk seit dem Ende des Krieges geleistet haben. Wir schätzen uns glücklich, daß gerade in unserem Land eine große Anzahl von Krankenhäusern von karitativen Einrichtungen beider Konfessionen getragen wird. Meine Fraktion ist der Ansicht, daß man hier der Liebestätigkeit und dem Dienst am leidenden Menschen einen breiten Spielraum lassen soll. Wir stehen allerdings zu der Verpflichtung, daß da, wo die Kräfte solcher privaten Krankenträger nicht mehr ausreichen, der Staat helfend eingreifen muß. Bei der Verteilung von Mitteln für leistungsschwache Krankenhäuser muß berücksichtigt werden - der Herr Berichterstatter hat es schon erwähnt -, daß in einzelnen Landesteilen die zur Verfügung stehende Bettenzahl noch sehr unterschiedlich ist. Der Bezirk Koblenz liegt mit etwa 13 Betten auf 1000 Einwohner an der Spitze. Der ländliche Bezirk Trier hat etwa 7,5 Betten und dürfte damit ungefähr das erforderliche Maß erreicht haben; dagegen liegt die Pfalz am Ende mit nur 5,6 Betten pro 1000 Einwohner.

(Abg. Dr. Habighorst: 6,6 v. H. - Abg. Hachenberg: Das macht der gesunde Menschenschlag in der Pfalz!)

Wenn man berücksichtigt, daß die Pfalz ein stark industriell durchsetztes und dichtbesiedeltes Gebiet ist, wo der Bedarf an sich höher liegt, so begrüßen wir es, daß das Innenministerium bei der Zuschußgewährung hier den Schwerpunkt der folgenden Jahre legen will. Wir sind natürlich der Ansicht, daß auch in den anderen Landesteilen in dem einen oder anderen Falle noch geholfen werden muß. Es liegt zu dieser Frage ein Antrag der Fraktion der SPD vor, den Titel 306 von 950 000 DM auf 2 Millionen DM zu erhöhen. Ich möchte dazu nur eine grundsätzliche Bemerkung machen. Es fällt sehr schwer und es ist einem fast unmöglich, bei Anträgen auf Erhöhung in dieser Größenordnung hier im Plenum ohne jede Vorberatung des Haushalts- und Finanzausschusses eine Stellungnahme abzugeben. Wir sind der Ansicht, daß solche Erhöhungen nur nach Vorberatung im Haushalts- und Finanzausschuß anläßlich der Etatberatung in Frage

(van Volxem)

kommen können. Wir sind auch der Ansicht, daß gerade bei diesem Kapitel, wo es sich nicht um Maßnahmen für staatliche Krankenhäuser, sondern um staatliche Zuschüsse bei einer Trägerschaft Dritter handelt, eine lange Planung vorhergehen und die Bereitschaft der Träger sichergestellt werden muß, weil eine plötzliche Erhöhung keine sinnvolle Verwendung garantiert. Den Schwerpunkt möchten wir aber darauf legen, daß es uns ganz unmöglich ist, ohne diese Sache im Ausschuß mit den Experten ausdiskutieren, hier eine Zustimmung zu einer solchen Erhöhung zu geben. Das gleiche gilt auch zu einem anderen Antrag.

Unter dem Titel 312 des gleichen Kapitels sind 749 000 D-Mark vorgesehen als Ausmerzbeihilfen bei der Bekämpfung der Rindertuberkulose. Es wird dem Innenministerium bekannt sein, daß sich an dem bisherigen Verteilungsmodus eine meines Erachtens berechtigte Kritik entzündet hat. Die bisherige Verteilung auf einzelne Molkereieinzugsgebiete oder jetzt auf einzelne Landkreise hat doch sehr den Charakter des Zufälligen. Der eine Bauer bekommt eine solche Beihilfe, und der andere bekommt sie nicht. Wir regen an, daß hier eine sinnvollere Verwendung der Ausmerzbeihilfen erfolgt und daß sie besser abgestimmt ist mit den veterinärärztlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Rindertuberkulose und zur Freimachung unserer Rinderbestände von Tuberkulose.

(Abg. Beckenbach: Es braucht nur mehr Geld zu sein!)

- Ja, mehr Geld, Herr Kollege Beckenbach, darauf möchte ich gerade zu sprechen kommen. Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liegt doch nicht im Innenministerium, sondern im Landwirtschaftsministerium. Im Innenministerium liegen nur die veterinärärztlichen Angelegenheiten. Der Titel 312 hat allein acht Untertitel. Sie haben in diesem Antrag Nr. 113 gar nicht angegeben - vielleicht werden Sie das mündlich tun -, welcher Untertitel diese Erhöhung von 600 000 DM erfahren soll.

(Abg. Schmidt: Das ergibt sich aus dem Antrag!)

- Sie werden das begründen, das glaube ich, aber es gilt auch hier, daß wir Erhöhungen in dieser Größenordnung nicht ohne Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß zustimmen können. Dort war die Gelegenheit, den Antrag zu stellen. Soweit ich mich erinnere, ist aber von Ihrer Seite damals kein Antrag gestellt worden.

(Abg. Schmidt: Oja, laut und deutlich angekündigt!)

- Angekündigt, aber nicht diskutiert worden.

Meine Damen und Herren! Die Bewilligung eines Einzelplans mit 85 Millionen Ausgaben und einem Zuschuß von 72 Millionen ist eine ernste Angelegenheit. Wenn auch Titel für Titel im Haushalts- und Finanzausschuß sorgfältig geprüft worden ist, so soll es immer noch Leute geben, die von der Ausgabefreudigkeit der Parlamente und der Abgeordneten reden. Wir müssen hier einen solchen Vorwurf ernstlich zurückweisen. Wer die Ausgaben kritisiert, darf die Aufgaben nicht übersehen.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Was sollten wir denn bei diesem Einzelplan an Aufgaben weglassen oder zurückstellen? Sollten wir die Gefahren der Volksgesundheit übersehen! Sollten wir den ständig wachsenden Verkehr auf den Straßen ohne entsprechende polizeiliche Regelung zu einem Chaos werden lassen? Sind vielleicht die Aufgaben der Gewerbeaufsicht überflüssig? Wollen wir Fleisch konsumieren, ohne die Gewißheit einer sorgfältigen veterinärärztlichen Kontrolle? Wollen wir auf die Nahrungsmitteluntersuchung ganz im allgemeinen verzichten? Brandschutz, Katasterverwaltung, Landesvermessungsamt -

kann man auf eine dieser Aufgaben überhaupt verzichten? Kann man die Arbeit von zehntausend Landesbediensteten entgegennehmen ohne eine gerechte Besoldung oder Vergütung?

So sind doch die Fragen, die wir uns hier zu stellen haben! Ich möchte hierzu sagen, daß wir im Gegenteil eine Anerkennung aussprechen für alle, die in der Verwaltung und im Ministerium tätig gewesen sind. Ich möchte diese Anerkennung auch ausdrücken in der erneuten Bestätigung des Vertrauens meiner Fraktion zu dem parlamentarisch verantwortlichen Minister.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bauer von der Fraktion der SPD.

**Abg. Bauer:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem mein Kollege Roth unsere Redezeit so ausgiebig in Anspruch genommen hat, muß ich mich kurz fassen. Ich kann es aber auch deshalb, weil die Ausbeute einer kritischen Betrachtung des Etats des Innenministeriums in diesem Jahr recht mager ist. Wichtig erscheint mir -, und ich glaube das wieder tun zu müssen -, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers wieder einmal auf die Sorgen unseres Behördennachwuchses zu lenken, nachdem unsere früheren Vorstellungen keine sichtbaren Ergebnisse gezeigt haben. Immer noch hemmen die Ausbildungsvorschriften für den mittleren und gehobenen Dienst die Förderung des Behördennachwuchses. Wir haben kein Verständnis dafür, daß das Ministerium auf diesem Gebiet so unbeweglich ist. Wie wenig aktiv das Ministerium hier ist, beweist u. a. der Umstand, daß eine Kleine Anfrage des Herrn Kollegen Wacker zu diesem Thema vom 19. Januar bis heute noch nicht beantwortet ist. Seitdem ich diese Frage hier zum ersten Male angeschnitten habe, sind ganze zwei Jahre ins Land gegangen, in denen die jungen Leute trotz aller Bemühungen nicht weitergekommen sind. Daß Dienstfeier und Dienstfreudigkeit dadurch gehoben werden, kann man nicht gerade sagen. Neuerdings werden die Interessenten vom Ministerium damit getröstet, daß sich der Landesausschuß für das Prüfungswesen in der nächsten Sitzung mit dem Problem befassen wird. Um der Unbestimmtheit dieser Vertröstung ein Ende zu machen, frage ich den Herrn Minister: Wann tritt der Prüfungsausschuß zusammen? Wann ist die nächste Sitzung? Wann wird die Neufassung der Bestimmungen durch das Ministerium in Kraft gesetzt? Herr Kollege Dr. Christoffel hat gestern morgen auf das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit hingewiesen. Die jungen Verwaltungsanwärter haben dieses Recht auch, und die Arbeitgeber haben darüber hinaus noch eine gewisse Treue- und Fürsorgepflicht ihnen gegenüber zu erfüllen.

Da wir bei Personalangelegenheiten sind, möchte ich eine Angelegenheit erwähnen, die zwar nicht von großer finanzieller Bedeutung ist, auf deren befriedigende Erledigung aber der kleine betroffene Personenkreis wartet. Es handelt sich um die Fürsorgerinnen, die in jahrelanger Arbeit inzwischen so alt geworden sind, daß sie nicht mehr Beamte werden können. Zum Ausgleich hierfür und um eine bessere Altersversorgung sicherzustellen, soll das Ministerium eine entsprechende Vorlage innerhalb von drei Monaten ausarbeiten, die eine Besserstellung für diese Damen erstrebt und erwirkt. Wir bitten, diese Vorlage innerhalb von drei Monaten auch wirklich vorzulegen.

(Bauer)

Meine Damen und Herren! Eben wurde die Drucksache II/112 verteilt, mit der die SPD-Fraktion die Erhöhung des Titels 306 beim Einzelplan 03, Kapitel 02 beantragt. Es handelt sich um die Erhöhung der Zuschüsse zur Durchführung von Baumaßnahmen oder zur Modernisierung von Krankenhäusern, soweit sie im gesundheitlichen Interesse notwendig werden. Wir beantragen Erhöhung dieses Ansatzes von 950 000 DM auf 2 Millionen DM. Dabei haben wir den besondern Wunsch, daß dieser Mehrbetrag vordringlich in der Pfalz verwendet wird, weil dort die Bettenzahl im Verhältnis zur Anzahl der Bevölkerung ungünstiger ist als in den anderen Landesteilen. Herr van Volxem hat das eben unterstrichen und bestätigt. Wir bitten alle Damen und Herren des Hauses, diesem Antrag zuzustimmen, obwohl er im Haushalts- und Finanzausschuß nicht beraten worden ist. Die Berechtigung und die Notwendigkeit der Förderung des Krankenhausbaues und der Schaffung neuer Bettenstellen sind so bekannt, daß es dazu keiner Einzelberatung nach unserer Auffassung mehr bedarf.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Zum Thema der Gewerbeaufsicht kann ich wieder nur wie früher betonen, daß wir nicht zufrieden sind. Die Aufwendungen hierfür betragen zwar mehr als 900 000 D-Mark, aber die Zahl der Kontrollbeamten ist immer noch völlig unzureichend. Wenn es in einem Bezirk mit über 5800 Betrieben nur vier Kontrollbeamte gibt, dann ist das eben zu wenig. Die Beamten kommen alle paar Jahre nur einmal in die Betriebe, und sie können die Aufgabe, die ihnen gestellt ist, regelmäßig die Betriebe auf ihre Sicherheit, auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, der Jugendschutzbestimmungen, der Arbeitszeit usw. zu kontrollieren, einfach nicht erfüllen. Ich weiß, daß die mit der Erfüllung dieser Aufgabe verbundene Personalvermehrung schlecht zu den Bemühungen paßt, den Verwaltungsapparat zu verkleinern. Hier liegt aber eine Aufgabe vor uns, die so wichtig ist, daß einfach mehr geschehen muß, vielleicht selbst auf die Gefahr hin, daß in den höheren Regionen der Ministerien einige Stellen eingespart werden. Bei 440 Räten der verschiedensten Abstufungen wäre das vielleicht möglich. Ich möchte auch sagen dürfen, daß mir die hier gestellte Aufgabe mindestens ebenso wichtig erscheint wie die Bekämpfung der Rinder-Tbc, für die immerhin zehn Tierärzte mehr vorgesehen sind und neu eingestellt werden, während man für die Gewerbeaufsicht nur zwei Beamte mehr vorgesehen hat. Im übrigen werden wir auf den Antrag wegen der Tuberkulosebekämpfung bei Rindern, bei anderer Gelegenheit zu sprechen kommen.

Der Herr Kollege Reinhard hat vom Feuerlöschwesen gesprochen. Das Feuerlöschwesen findet erfreulicherweise auch im neuen Etat die verdiente und notwendige Förderung. Ich darf den Damen und Herren empfehlen, sich in ihren Heimatkreisen für die Einrichtung von Sterbekassen für die Feuerwehrleute einzusetzen. Das trägt sehr viel dazu bei, die Freiwilligen an die Wehr zu binden. Der Landkreis Koblenz hat die notwendige äußere Form einer solchen Einrichtung gegen erhebliche Widerstände verteidigt und erkämpft. Die entsprechende Satzung ist in der Staats-Zeitung Nr. 1/1956 veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine mir unverständliche bürokratische Maßnahme hinweisen und deren Aufhebung anregen. Vielen von Ihnen, meine Damen und Herren, werden die kleinen Sterbenotgemeinschaften bekannt sein, die bei Sterbefällen die Last der Begräbniskosten durch die Erhebung einer

kleinen freiwilligen Umlage auf die Schultern der Gemeinschaft verteilen. Diese Gemeinschaften sind ein echter Ausdruck nachbarlichen Zusammengehörigkeitsgefühles und nur zu begrüßen. Sie brauchen und verlangen keine Unterstützung und Förderung vom Land oder anderen öffentlichen Einrichtungen. Deshalb sollte man sie in Ruhe lassen. Trotz des simplen Vorganges ist irgendwer auf den nicht gerade genialen Gedanken gekommen, daß es sich bei diesen Gemeinschaften - und nun lachen Sie bitte nicht - um Versicherungsunternehmen handelt, die und deren Leistungen statistisch erfaßt werden müßten; sie müßten nicht nur Fragebogen ausfüllen, sondern auch Jahresberichte anfertigen und vorlegen, Bilanz- und Pflichtprüfungen werden wohl noch folgen. Sie hörten gestern, meine Damen und Herren, die bewegte Klage des Herrn Kollegen Dr. Boden wegen der uns bevorstehenden Wohnungsstatistik. Dieser Klage schließe ich mich in vollem Umfang an. Auch die von mir erwähnte Statistik ist ein Beweis dafür, daß man alles übertreiben kann. Ich bitte den Herrn Minister, sich - vielleicht zusammen mit dem Wirtschaftsministerium - für die Beseitigung dieser Komplizierung eines einfachen Vorganges, für die niemand Verständnis hat, einzusetzen. Die Bürokratie, die solche Schikanen ausheckt, hat vergessen, daß sie das Volk nicht beherrschen, sondern ihm dienen soll.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Und dabei wundert man sich darüber, daß sie immer wieder und immer noch von der Bevölkerung abgelehnt, bespöttelt und belächelt wird. Solange unsere Bürokratie sich mit solchen Problemen beschäftigen kann, sind alle Reden über Verwaltungsvereinfachung eben nur Reden. Ich kann auch in der Schaffung eines neuen Parlamentes - wie es etwa der Bezirkstag für den Nordteil des Landes wäre, von dem Herr van Volxem redete - wirklich keine Verwaltungsvereinfachung sehen.

Herr van Volxem hat das Verhältnis der Beamten zu den politischen Parteien sehr richtig beleuchtet. Aber gestatten Sie mir eine Frage, meine Damen und Herren! Ist es nicht in vielen Fällen die Angst vor den Folgen eines Bekenntnisses zu irgendeiner Partei, die die Beamten abhält, sich dazu zu bekennen? Wir werden uns demnächst auch einmal gründlich mit dem sogenannten 131er-Gesetz befassen müssen, mindestens soweit es die Ausgleichszahlungen der Gemeinden betrifft, die inzwischen keine Berechtigung mehr haben,

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD.)

wenn sie überhaupt jemals berechtigt gewesen sind. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es brauchbare Leute unter den nach dem Gesetz Unterbringungsberechtigten fast nicht mehr gibt. Viele Städte und andere Behörden haben sich vergeblich darum bemüht, haben die Stellen dann der Not gehorchend mit anderen Kräften besetzt und müssen trotzdem in die Zehntausende gehende Ausgleichszahlungen leisten. Sie werden also dafür bestraft, daß sie etwas, was von ihnen gefordert wird, nicht erfüllen können.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Als ob man einen Schreinermeister, der einen Schrank machen soll, dafür bestrafen kann, daß er kein Holz bekommt! Das ist doch unmöglich! Wir verstehen freilich, daß es dem Herrn Finanzminister schwerfällt, auf eine so schöne Nebeneinnahme verzichten zu sollen, wie es diese Ausgleichszahlungen sind.

(Abg. Völker: Das ist der Bund; der bezahlt seine Wartegelder damit! - Heiterkeit bei der SPD. -

Abg. Völker: Der Herr Schäffer hat ein einnehmendes Wesen.)

(Bauer)

Ich weiß, daß 131er und ehemalige Nazis nicht in allen Fällen identisch sind. Trotzdem kommt mir im Zusammenhang mit dem 131-Problem, das, wie gesagt, kein politisches mehr ist, sondern nur noch ein finanzielles, der Gedanke an die sogenannten Entnazifizierungsgeschädigten, auf deren Treiben wir den Herrn Minister schon wiederholt aufmerksam gemacht haben. Kürzlich waren sie wieder in Trier zusammen. Ich möchte hoffen, daß der Herr Minister darüber unterrichtet ist. Zur Charakterisierung des Niveaus nur ein Beispiel! Es wurde dort die Frage aufgeworfen, wo der Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier gewesen sei, als sie, die dort versammelten Entnazifizierungsgeschädigten, sich die Knochen haben kaputtschießen lassen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der Ton der „Alten Kämpfer“, den wir doch nicht wieder einreißen lassen sollten. Ich bitte den Herrn Minister wieder - wie ich es schon früher getan habe -, das Treiben dieser Kreise aufmerksam beobachten zu lassen und zu unterdrücken, soweit es offenkundig um die Verbreitung und Erhaltung altererbten Nazigedankengutes geht. Die Führung in diesem Kampf müssen unsere Minister haben.

Nun, meine Damen und Herren, ein Letztes. Ich will nicht die Diskussion vom Montag noch einmal aufrollen. Aber gestatten Sie mir, meiner tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, daß auch der Herr Innenminister Dr. Zimmer in einer CDU-Versammlung in Betzdorf erklärt hat, daß die Regierungsumbildung in Düsseldorf eine Gemeinheit gewesen sei. Meine Damen und Herren! Wenn so etwas am grünen Holze geschieht, was soll dann am dünnen geschehen?

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Sie sehen, meine Damen und Herren, es war nicht viel; und doch: Wir alle könnten ruhiger und unbesorgter in die Zukunft sehen, wenn alle diese Bedenken unbegründet wären. Hoffen wir, daß ebenso, wie sich der Apparat von Jahr zu Jahr mehr entwickelt, auch die heute vorgebrachten Sorgen gegenstandslos werden.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lotz von der Fraktion der FDP.

**Abg. Lotz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Fraktionskollege Reinhard hat die Meinung meiner Fraktion Ihnen hier schon vorgetragen. Lassen Sie mich noch einige Gedanken anfügen. Eben ist von unserem Kollegen van Volxem das Wort „Verwaltungsreform“ als billiges Schlagwort bezeichnet worden. Je nachdem, wie man es aufnimmt, ist es das auch. Herr Dr. Habighorst hat mit „Sehr wahr!“ geantwortet. In unserem Rundfunkgespräch, das ungefähr drei Wochen zurückliegt, haben Sie selbst, Herr Dr. Habighorst, noch von der Verwaltungsreform gesprochen, und zwar verbunden mit einem Personalabbau.

(Abg. Dr. Habighorst: Herr Walther hat in Aussicht gestellt, daß wir damit beschäftigt werden!)

- Schön, dann sind wir in diesem Punkt einig. Mir ist im Augenblick nicht ganz geläufig, welche Gedanken der Landkreistag an den Herrn Ministerpräsidenten und die Herren Minister - ich habe das aus einer Meldung entnommen - herangetragen hat, um den Gedanken der Verwaltungsvereinfachung - wenn man es etwas besser ausdrücken oder etwas abschwächen will - langsam nun doch in Gang zu bringen. Man sollte sich allmählich einmal Gedanken darüber machen, ob wir nicht eine bessere Form des Verwaltungsaufbaues finden könnten - nicht für den Augen-

blick, aber doch für die fernere Zukunft -, der mit Einsparungen verbunden ist, gleichgültig, ob das Land bestehen bleibt oder nicht. Wenn das Land bestehen bleibt, kann es ihm zugute kommen, wenn es aufgelöst wird, könnte es den Nachfolgeländern zugute kommen. Nun darf ich noch einige Worte zu den vorliegenden Anträgen sagen. Meine Damen und Herren von der SPD! Die beiden Anträge sind sachlich völlig gerechtfertigt. Man könnte für diese Dinge noch weit mehr ausgeben, als die Ansätze ausweisen und auch als in Ihrem Wunsch bei den beiden Anträgen zutage tritt. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich lange mit diesem Problem herumgeschlagen. Wenn man jetzt aber zwei Dinge aus diesem Gebiet herausnimmt, dann wird zwangsläufig noch eine ganze Reihe von anderen Dingen, die gleichwertig zu veranschlagen sind, auf uns zukommen, und wir würden dann auch dort um eine Erhöhung nicht herumkommen. Da das aber im Augenblick nicht möglich ist - wir müssen vielmehr hoffen, im nächsten Jahr wie in den vergangenen Jahren auch diese Beträge weiter aufstocken zu können -, sehen wir uns leider nicht in der Lage, diesen beiden Anträgen zuzustimmen.

Der von den drei Fraktionen gemeinsam vorgelegte Antrag wird von uns begrüßt. Er schafft endlich einmal bei einer Stufe der Polizei klare Verhältnisse. Ich freue mich, daß die Lebensdauer einiger Polizeibeamter doch länger ist, als das Innenministerium seinerzeit angenommen hatte; denn mir ist bei der gleichen Antragstellung vor einem Jahr gesagt worden, daß diese Sparte von Polizeibeamten - nämlich die Bezirkskommissare - aussterben würde. Aus diesem Grunde hatte man im vorigen Jahr diesem Antrag nicht stattgegeben. Wir freuen uns, daß diese Beamten, die man quasi zu den Oberbeamten zählt, endlich einmal in die richtige Einstufung hineinkommen und daß andererseits damit auch den Obermeistern bessere Aufrückungsmöglichkeiten gegeben werden.

Sodann liegt Ihnen noch der Antrag II/111 der Fraktion der FDP vor. Es ist eine Anregung, daß das Innenministerium einen Gesetzentwurf für eine Umgegendung vorlegen soll. Wir bitten Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Nun darf ich aber zum Schluß noch eine Bitte an den Herrn Innenminister richten. Wir haben hier davon gesprochen, daß die demokratischen Parteien die tragenden Kräfte unseres Staates sind. Andererseits sind wir uns bei den Beratungen in diesem Haus darüber einig geworden, daß die Entnazifizierung zu einem Abschluß gekommen ist. Vielleicht könnte man das Wort „Alte Kämpfer“ sogar für die Zukunft wegfällen lassen und dafür diejenigen, die immer noch nichts gelernt haben, als „Neue Kämpfer“ bezeichnen; denn damit würde dieser Personenkreis wirklich treffender gekennzeichnet, weil zu den „Alten Kämpfern“ auch solche gehört haben, die heute als Idealisten umgelernt haben und an unserem heutigen Staat wieder tatkräftig mitarbeiten. Wir kennen den Herrn Innenminister und seine Denkart und wissen, wie er für die Demokratie eintritt, und deshalb hat es uns um so mehr verwundert, daß wir nunmehr in einer CDU-Zeitung folgendes lesen mußten:

Der rheinland-pfälzische Innenminister Dr. Zimmer kommentierte vor dem Kreisparteitag der CDU den Sturz der Regierung Arnold mit der Feststellung, daß „eine Reihe von Persönlichkeiten der FDP, die im NS-Staat eine Rolle spielten, wieder an die Macht kommen wollten“ und daß sich die SPD diesen Leuten angeboten habe. „Noch niemals“ so rief der Minister aus, „ist in einem demokrati-

(Lotz)

schen Staat eine Regierung in so gemeiner Weise gestürzt worden!“ Daß mit einer so doppelgesichtigen FDP eine Koalition in der Bundesregierung nicht länger mehr fortzusetzen war, sei die CDU ihrer Ehre und ihren Wählern schuldig gewesen.

Ich will auf den letzten Satz nicht eingehen, er stimmt auch nicht; denn bis heute hat die CDU-Fraktion des Bundestages darüber ja noch nicht beschlossen.

Was uns aber merkwürdig berührt, ist folgendes: Wenn der Herr Innenminister wirklich aus gutem Gewissen heraus diese Dinge gesagt hat - und der Herr Innenminister hat ja gestern, was mich sehr gefreut hat, erklärt, daß bei seiner Person eine Trennung des Parteilannes und des Innenministers nicht stattfindet,

(Zuruf der SPD: Wieso denn?)

- nein, das ist so, und wir haben uns sehr darüber gefreut, daß Herr Innenminister Dr. Zimmer diese Erklärung gestern abgegeben hat, weil auch wir der Meinung sind, daß man die Dinge so konkret nicht trennen kann, und hier in dieser Zeitung wird der Herr Innenminister ja auch nicht als Parteifreund angekündigt, sondern als der Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz - und wenn der Herr Innenminister also wirklich Kenntnis davon hätte, daß dort in Nordrhein-Westfalen eine Reihe von NS-Leuten eine neue Macht ergreifen wollten, dann würden wir den Herrn Innenminister doch sehr bitten, uns einmal die Namen dieser Leute zu nennen. Wir kennen unsere Leute, die dort - man bezeichnet sie jetzt als „jüngere Leute“ - nun einmal etwas getan haben, was der eine so und der andere so ansehen kann. Ich will auf diese Dinge gar nicht eingehen. Ich bitte Sie aber, einmal zu überlegen, wie alt die Leute im Jahre 1933 gewesen sind, die heute 36 und 38 Jahre alt sind. Meine Damen und Herren, wenn hier davon gesprochen wird, daß FDP-Leute, die in der NS-Zeit eine Rolle spielten, heute wieder an die Macht kommen wollten, so muß man doch dabei folgendes bedenken: Selbstverständlich gibt es bei unseren Freunden eine ganze Reihe von Leuten, die im Dritten Reich irgendeiner Organisation angehört haben; wenn man aber, meine Damen und Herren, die Dinge so sehen will wie Herr Innenminister Dr. Zimmer, dann müßte ich allerdings folgende Frage stellen: Der Herr Globke, der Herr Förschbach, der Herr Bräutigam, die Bundesminister Kraft und Oberländer, - -

(Zurufe der SPD und wachsende ironische Heiterkeit bei der SPD, Beifall bei der SPD.)

- meine Damen und Herren, wir brauchen den Beifall nicht dazu, sondern wir wollen die Dinge wirklich so sehen, wie sie sind! Wir wollen gegen die einzelnen Leute gar nichts sagen; wenn sie heute ihre Arbeit für den demokratischen Staat tun, dann ist für uns alles das vergessen, was früher vielleicht einmal geschehen ist. Das haben wir in diesem Hause wiederholt zum Ausdruck gebracht, und das möchten wir auch heute wieder zum Ausdruck bringen. Man kann es aber nicht so machen, daß man sagt: „Wenn Ihr solche Leute habt, dann sind das Nazis, wenn aber bei uns Leute eingetreten sind, dann sind das mittlerweile die besten Demokraten geworden. So kann man es doch nicht machen, und deshalb, Herr Innenminister, die herzliche Bitte an Sie, solche Redewendungen nicht mehr zu gebrauchen - und ich muß sie ja als wahr unterstellen, weil es eine CDU-Zeitung ist, in der das gestanden hat, wenn es eine andere Zeitung gewesen wäre, dann hätte ich das, wie in diesem Fall, noch nicht einmal so ernst genommen - und weiter die herzliche Bitte von uns, daß endlich Schluß gemacht wird damit, daß man Menschen - auch jüngere Leute - gleich als NS-Leute und Nazis diffamiert, wenn sie vielleicht früher einmal in der Hitlerjugend waren und nun im politischen Leben unserer Bundesrepublik

eine andere Anschauung haben. Meine Damen und Herren, wenn hier so viel von Demokratie und demokratischen Parteien gesprochen wird, dann sollten wir uns überlegen, ob solche Dinge nicht geeignet sind, bei den Leuten, die unserer politischen Arbeit noch fern stehen, etwas hervorzurufen, was dann heißt: Verzicht auf Mitarbeit! Diese Leute halten sich dann vielleicht erst recht fern und tun nicht mit. Deshalb unsere herzliche Bitte, daß solche Dinge und solche Redewendungen sich in Zukunft nicht wiederholen mögen.

(Beifall bei SPD und FDP. - Abg. Hachenberg: Also der Streit im eigenen Hause ist wieder da!)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Zimmer.

**Innenminister Dr. Zimmer:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zur diesjährigen Etatberatung keine vorbereitete Etatrede halten - ich hoffe, zu Ihrem Vergnügen! -, sondern ich möchte lediglich auf die Kritik und auf die Anregungen und die Wünsche und Fragen eingehen, die im Laufe der Debatte zutage getreten sind. An die Spitze stellen darf ich einen Punkt, der von verschiedenen Rednern angesprochen worden ist, so bereits vorgestern von Herrn Abgeordneten Glahn. Ich würde mich auch gewundert haben, wenn die diesjährige Etatberatung ohne Erwähnung dieses Begriffes über die Bühne gegangen wäre, nämlich ohne Erwähnung der sogenannten „Verwaltungsreform“.

Ich muß dazu einige Worte sagen, aber ich kann mich deshalb kurz fassen, weil - wie die älteren Herren Kollegen wissen - ich bereits vor drei Jahren dazu an dieser Stelle Ausführungen gemacht habe, und zwar am 24. März 1953, die bis heute noch Geltung haben und noch nicht überholt sind. Ich habe meinen damaligen Ausführungen zugrunde gelegt die Ermittlungen und Erhebungen, die wir in früheren Jahrzehnten über den Bestand der Verwaltungsbehörden angestellt haben, und zwar den Bestand an Personal und an Aufgaben. Weil Herr Abgeordneter Glahn nun das Wort „Postkutsche“ in die Diskussion geworfen hat, möchte ich dazu einiges sagen.

Ich frage zunächst: Was ist nach unserer Auffassung zunächst keine Verwaltungsreform? Das ist zum Beispiel die Entrümpelung, von der man allenthalben viel Aufsehens gemacht hat. Wir haben auch bei uns entrümpelt - und zwar gründlich entrümpelt -, ohne daß wir uns auch nur einen Augenblick eingebildet hätten, das sei eine Verwaltungsreform oder auch nur ein Anfang dazu. Entrümpelung ist nach unserer Auffassung die Bereinigung von alten Akten, die Klarstellung über die noch in Geltung befindlichen Vorschriften und alles, was zur Erleichterung der Arbeit der Beamten dient. Das schon als Verwaltungsreform bezeichnen zu wollen, wäre eine Vernebelung des Tatbestandes oder sogar noch mehr, nämlich eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Zum zweiten bezeichnen wir ebenfalls nicht als Verwaltungsreform die fortlaufend notwendige Verbesserung der Büroeinrichtungen in dieser oder jener Hinsicht, obwohl diese Dinge sehr wichtig sind und durchaus zur Ersparung und Vereinfachung dienen können. Sie werden deshalb vielfach in diesen Begriff mit einbezogen, aber wir betrachten diese Dinge vom Innenministerium aus, aus rein sachlichen Erwägungen heraus, trotzdem nicht als Verwaltungsreform. Verwaltungsreform ist - wie das schon von verschiedenen Rednern angedeutet wurde - etwas anderes. Verwaltungsreform wäre ein systematischer, unter großen

(Innenminister Dr. Zimmer)

staatspolitischen Gesichtspunkten vorzunehmender Abbau von Staatsaufgaben, aber nicht unter Verlagerung auf die Kommunalverbände - denn auch sie sind öffentliche Hand -, sondern auf die - sagen wir - Verbände der freien Gesellschaft oder sogar auf den einzelnen. Es würde sich also handeln um die Entstaatlichung eines großen Bereiches der öffentlichen Tätigkeit.

Was haben wir dem gegenüber festzustellen? Wir haben dem gegenüber die Tatsache festzustellen, daß unaufrührlich seit Jahrzehnten eine beinahe mit Naturgewalt sich vollziehende Verstaatlichung des öffentlichen Lebens stattgefunden hat. Ich habe bereits bei früheren Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß diese Notwendigkeit zum Teil entwicklungsgeschichtlich und soziologisch bedingt in allen Staaten vorangeschritten ist, daß sie aber auch zum Teil bei uns eine Folge des zweifachen Zusammenbruchs von 1918 und 1945 gewesen ist. Die Folgen dieser beiden Zusammenbruchskatastrophen sind ohne weiteres an dem Bestand und an den Aufgaben unserer Behörden abzulesen. Viele Behörden haben heute und in den kommenden Jahren lediglich noch zu arbeiten an der materiellen und ideellen Liquidation der Katastrophe, die uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Ein Bundestagsabgeordneter hat einmal von der Hypertrophie der Gesetzgebung gesprochen. Es genügt aber nicht, wenn man davon spricht, sondern man muß das konkret bezeichnen: Welches Gesetz ist denn bisher überflüssig gewesen! Und die Kommunalverbände? Die staatlichen Behörden der unteren und mittleren Instanz? Bitte, meine Damen und Herren, gehen Sie als Abgeordnete einmal hindurch durch diese Behörden und durch die Büros! Sie werden dann feststellen, daß alle Aufgaben, die dort erledigt werden, und zu deren Erledigung Angestellte, Arbeiter und Beamte nötig sind, zum größten Teil auf Bundesgesetzen und zum geringeren Teil auf Landesgesetzen beruhen.

Damit haben wir den auch von dem Herrn Kollegen Reinhard bereits angedeuteten Ausgangspunkt gefunden: Abbau der Aufgaben oder wenigstens nicht neue Zuweisung von Aufgaben durch den Gesetzgeber. Wir können hoffen, daß in den kommenden Jahren gewisse Sparten der Liquidation auslaufen, zum Beispiel das zuletzt mit Recht erwähnte 131er-Gesetz. Das würde zum Beispiel ein Wegfall einer kleinen Liquidationsteilmasse sein, die bisher eine ganze Reihe von Beamten beansprucht hat. Also das ist nicht Verwaltungsreform, was ich eingangs gesagt habe. Dies hier wäre ein echter Ansatz dafür.

Die organisatorische Verwaltungsreform wäre eine Umgliederung der Behörden in Richtung auf eine zweckmäßige funktionelle Erfüllung der anstehenden Aufgaben. In diesem Zusammenhang hat der Herr Abgeordnete Glahn die Frage aufgeworfen bezüglich der Mittelinstanz, ein Thema, das seit dem Jahre 1917, seit der berühmten Denkschrift von Herrn Drews, überhaupt nicht mehr zur Ruhe gekommen ist. Darüber gibt es heute eine ganze Fachbibliothek von Vorschlägen, Referaten, Denkschriften usw. Ich empfehle Ihnen, gelegentlich die dazu erschienene Fachliteratur sich einmal anzusehen, wenn Sie sich selbst in das Problem vertiefen wollen. Ich kann natürlich hier, auch nicht andeutungsweise, darauf eingehen. Immerhin möchte ich Ihnen eine Zahl nennen, die Ihnen die Problematik dessen, was Sie zu prüfen fordern, andeutet.

Wir haben in allen deutschen Ländern heute die Mittelinstanz mit Ausnahme von Schleswig-Holstein. Baden-

Württemberg hatte keine und hat sie neu eingeführt und scheidet deshalb insoweit aus einem Vergleich aus. Wir selbst haben den Baden-Württembergern dabei noch mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Wenn der Wegfall der Mittelinstanz ohne weiteres als Verwaltungsvereinfachung oder -reform zu betrachten wäre, dann hätte Schleswig-Holstein jetzt seit 10 Jahren Zeit gehabt, das zu tun. Ich weiß, daß Schleswig-Holstein eine gute Verwaltung hat. Sie wissen, ich habe sehr viel Verbindung in Bonn mit den Verwaltungsexperten aus allen Ländern. Ich kann nur sagen, daß mir von Schleswig-Holstein immer nur sehr fähige Beamte begegnet sind. Aus der zitierten Statistik, die übrigens nicht meine Statistik ist, sondern eine Statistik des Bundesamtes, also sicher nicht für unsere Zwecke hergestellt ist, geht hervor, daß Schleswig-Holstein, das also keine Mittelinstanz hat, auf 10 000 Einwohner 233 Dienstkräfte beschäftigt. Der Bundesdurchschnitt beträgt 223, und wir liegen bei 199 an unterster Stelle. Ich sage es nicht wegen des letzten und auch nicht deshalb, weil damit das Problem schon beantwortet wäre. Ich möchte nur sagen, wie wirklich problematisch die ganze Angelegenheit ist, schon unter dem Gesichtspunkte der finanziellen Ersparnis. Aber entscheidend ist ja die staatspolitische Frage. Sie ist bei vielen Fachkonferenzen gestellt worden. Ist es aus staatspolitischen Gründen wichtig, eine Mittelinstanz zu haben? Dazu darf ich Sie verweisen auf Spezialkonferenzen, die mit den führenden Fachleuten Deutschlands hierüber stattgefunden haben. Den Damen und Herren, die sich dafür interessieren, stelle ich gerne das Ergebnis dieser Beratungen zur Verfügung.

Herr Abgeordneter Glahn hat von der Postkutsche gesprochen. Er sprach also von der Biedermeierzeit, so will ich einmal sagen, oder vom Ausgang des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts im Hinblick auf die Abgrenzung der Kreise, die damals Anfang des vorigen Jahrhunderts geschaffen worden sind.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen gar nicht zurückgehen bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ich habe vor mir liegen eine Aufstellung des Landratsamtes Altenkirchen. Das Landratsamt Altenkirchen hatte 1914 einen Personalbestand von 12, 1931 einen Personalbestand von 83 und 1952 einen solchen von 250 Beamten, Angestellten und Arbeitern.

Hier ist das Spiegelbild einer geradezu revolutionären Wandlung der öffentlichen Gewalt auf der Kreisebene, genauso bei den Städten, Aufgaben, die im wesentlichen durch Gesetzgebung auf diese Körperschaften zugekommen sind. Dieses Landratsamt hat heute eine höhere Kopffzahl als mein eigenes Ministerium. Der Haushalt des Landkreises Altenkirchen hatte 1902 einen Betrag eingesetzt von 146 000 Mark, 1931, also rund 30 Jahre später, schloß der Haushalt ab mit 3,8 Millionen Mark, 1952 mit 6,1 Millionen DM, 1955 mit 7,8 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! Hier ist eine Fundgrube für Staatswissenschaftler, Soziologen und Politiker, diesen Dingen nachzugehen, wieso eine solche ungeheure Wandlung vor sich gehen konnte. Ich habe schon bei meinen allgemeinen Bemerkungen die doppelte Ursachenreihe erwähnt, nämlich die allgemeinen entwicklungs geschichtlichen, wie sie überall in der Welt sind, und die zusätzlichen in Deutschland auf Grund der Katastrophen, die eine ungute politische Führung über unser deutsches Volk gebracht hat.

(Abg. Claus: Wenn wir von Preußen vom Jahre 1902 für den heutigen Bezirk des Landes Rheinland-Pfalz ausgehen, dann werden wir wahrscheinlich zu ähnlichen Feststellungen kommen wie in Altenkirchen!)



(Innenminister Dr. Zimmer)

- Ich habe Altenkirchen nur als Beispiel angeführt. Leider ist es so, daß sehr viele statistische Unterlagen verlorengegangen sind und uns daher nicht zur Verfügung stehen. Ich selbst habe ja früher als Regierungspräsident versucht, mir statistisches Material zu besorgen. Auch das blieb leider sehr lückenhaft. Ich bin aber sehr gerne bereit, bei anderer Gelegenheit auf Einzelheiten hierzu noch einzugehen.

Ich darf nun auf die einzelnen angesprochenen Probleme kommen. Von den verschiedenen Herren Rednern ist die Frage der Beamtenschaft und des Behördenwachstums angesprochen worden. Der Herr Kollege Bauer hat seinem Unmut Ausdruck gegeben - das möchte ich vorwegnehmen -, weil er immer noch die Steuerung für den Behördenwachstum vermisst und weil ihm eine Antwort noch nicht erteilt worden ist auf ein Schreiben vom 19. Januar. Da ich für meine Behörde gradestehen muß, kann ich hier nur erklären, daß mir gesagt wurde, es sei vereinbart worden, eine Beantwortung des Schreibens solle vorerst nicht erfolgen in Zusammenhang damit, daß seit Mitte Januar, wie Sie wissen

1. mein ständiger Stellvertreter bettlägerig in der Klinik liegt, der diese gesamten Dinge in persönlicher Bearbeitung hat, und
2. der Leiter der Personalabteilung außerdem in dieser Zeit viel mit Krankheiten zu tun hatte.

Sie werden verstehen, daß ich es sehr bedauere, wenn derartige Dinge nicht eine flüssige Erledigung finden. Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Zusammenritt des Landesprüfungsausschusses verschoben worden ist, weil es das besondere Anliegen des Ministerialdirektors Dr. Krauthausen war, daß er in diesem Ausschuß persönlich präsidieren wollte.

Der allgemeine Vorwurf, Herr Kollege Bauer, dürfte unzutreffend sein. Nach meinen Unterlagen sind wir bisher das einzige Land, das eine solche Prüfungsordnung für die Beamten - ich nehme an, Sie haben sich versprochen, nicht des mittleren, sondern des gehobenen Dienstes - zustande gebracht hat. Ich glaube, wir brauchen uns von keinem Land hier in den Schatten stellen zu lassen. Ich möchte Ihnen über das Ergebnis unserer bisherigen Arbeit auf dem Gebiete deshalb einiges einmal sagen.

Nach den Unterlagen haben sich seit dem Inkrafttreten dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom 26. August 1953, die bisher immer noch die erste und einzige ihrer Art in Deutschland ist, bei den Bezirksprüfungsausschüssen Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier insgesamt 602 Beamtenanwärter, Aufstiegsbeamte und Angestellte der Prüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst unterzogen. Von diesen 602 haben 489 = 81,2 v. H., die Prüfung bestanden. 113 haben die Prüfung nicht bestanden.

Nun kommt eine sehr interessante Aufschlüsselung, die Sie interessieren wird. Von 43 Prüflingen mit Abitur haben die Prüfung bestanden 6 mit gut, 30 mit befriedigend, 7 mit ausreichend. Die Durchschnittsnote war also, arithmetisch ausgerechnet, 3,6. Nicht bestanden haben 2 Prüflinge = 4,4 v. H. 154 Prüflinge hatten die mittlere Reife. 120 = 77,9 v. H. haben die Prüfung bestanden, und zwar 1 mit Auszeichnung, 13 mit gut, 59 mit befriedigend, 47 mit ausreichend. Durchschnittsnote 2,9. Nicht bestanden haben 34 Prüflinge = 22,1 v. H. Wenn man überlegt, daß ein Abiturient die Schulbank in den meisten Fällen 6 oder 7 Jahre länger gedrückt hat, und zwar die höhere Schulbank, als ein Volksschüler und mehrere Jahre länger als ein Prüfling mit mittlerer Reife, dann ist dieser Unterschied nicht allzu verwunderlich. Jetzt kommt aber das Interessanteste.

403 Prüflinge, also bei weitem die Mehrheit, waren Schüler, die nur Volksschulbildung hatten. Von ihnen haben bestanden 326 = 80,9 v. H. Nun kommt etwas sehr Erstaunliches. Von ihnen haben 7 mit lobenswert bestanden,

(Hört-Hört-Rufe und Beifall im Hause.)

von den beiden anderen Gruppen hatte keiner mit lobenswert bestanden. Sie sehen, daß hier ein ungeheurer Arbeitseifer und Zielstrebigkeit, verbunden mit einer natürlichen Begabung und Auffassungsgabe dieses Ergebnis offenbar erzielt hat. 40 bestanden mit gut, 153 mit befriedigend und nur 126 mit ausreichend. Durchschnittsnote 2,9. Die Durchschnittsnote lag also nur knapp unter der der Abiturienten.

(Hört-Hört-Rufe im Hause.)

Ich glaube Ihnen das nicht vorenthalten zu sollen, und sage das deshalb, damit unsere Dienststellen ermuntert werden, in Zukunft unter keinen Umständen von dem Prinzip abzugehen, daß Schüler mit guter Volksschulbildung durchaus für den gehobenen mittleren Dienst in Frage kommen.

(Beifall im Hause.)

Zur Frage der Zulassung bewährter und für die Übernahme in das Beamtenverhältnis geeigneter Angestellter ist zu bemerken, daß das Ministerium sich bemüht hat, die alten übernommenen Zulassungsvorschriften aufzulockern. Darüber gibt es in Einzelfällen Beschwerden, und Sie wissen, welche gegensätzlichen Interessen sich hier gegenüberstehen. Wir versuchen hier, einen mittleren Weg zu finden, der den Interessen beider Teile Rechnung trägt.

(Abg. Völker: Herr Minister! Prüfungsbestimmungen für die Angestellten müssen noch geschaffen werden, von der Gehaltsgruppe VIII nach VII!)

- Ja, das kann ich Ihnen so ohne weiteres nicht zusagen. Ich kann Ihnen nur zusagen: Prüfung! - Hier können ja die Angestellten auch geprüft und zugelassen werden. Nur die Zulassung war bisher an enge Kautelen gebunden wegen der Vorbedingung, daß entsprechende Planstellen da sein mußten. An diesem Punkt wollen wir einsetzen und versuchen, hier eine Lockerung herbeizuführen.

(Abg. Völker: Sie haben mich falsch verstanden!)

Ich möchte natürlich sagen, daß die kommende Sozialreform uns zwingt, auch hier neue Wege zu gehen, damit wir künftig in größerem Umfange als bisher geeigneten jüngeren Angestellten die Möglichkeit geben können, als Beamte in die Verwaltung übernommen zu werden. Die große Schwierigkeit besteht ja bekanntlich bei den älteren Angestellten.

Nun das Zweite, was Herr Kollege Reinhard angeschnitten hat!

(Abg. Bauer: Sie müssen noch meine Fragen beantworten. Ich habe zwei präzise Fragen gestellt!)

- Ich antworte Ihnen darauf, daß ich Ihnen die eine nicht beantworten kann. Ich kann heute noch nicht sagen, wann der Landesprüfungsausschuß zusammentritt. Ich werde Ihnen die Mitteilung zukommen lassen, weil ich nicht weiß, welche Verabredungen mittlerweile zwischen meinem in der Klinik liegenden Vertreter und anderen Herren getroffen worden sind.

Die zweite Frage, die Sie gestellt haben -

(Abg. Bauer: Wann die Bestimmungen in Kraft gesetzt werden, die den jungen Leuten die Zulassung zur Prüfung ermöglichen!)

- Ich habe eben gesagt, daß wir dabei sind, hier eine Lockerung eintreten zu lassen. Das wird, soviel ich weiß, mit dem Landesprüfungsausschuß beraten wer-

(Innenminister Dr. Zimmer)

den. Der Herr Ministerialdirektor hat ausdrücklich darum gebeten, das selbst in der Hand zu behalten. Ich hoffe, daß er in 14 Tagen in der Lage ist, das wieder in Angriff zu nehmen.

(Abg. Bauer: Wieder eine Vertröstung!)

Ein zweites Kapitel in diesem Zusammenhang: Die Fortbildung der Beamtenschaft! Herr Kollege Reinhard hat von einer Beamenschule gesprochen. Die erfordert natürlich sehr viel Geld. Bisher hat mir solches Geld nicht zur Verfügung gestanden. Es ist bisher auch eigentlich so gegangen, nämlich ohne Schule. Man muß von den Dienstvorgesetzten verlangen und erwarten - soweit ich weiß, geschieht das -, daß sie Beamten, die sich entweder auf die Prüfung vorbereiten oder einen sonstigen Kursus mitmachen, entweder dienstlich zeitweise freistellen oder entlasten. Das ist immer üblich gewesen. Ich darf hoffen, daß das auch heute noch überall geschieht. Ich bin aber nicht abgeneigt, wenn die Voraussetzungen seitens des Landtages und des Herrn Finanzministers geschaffen werden, eine solche Verwaltungsschule als Geschenk für die Verwaltung gerne entgegenzunehmen.

Die Fortbildung der Beamtenschaft ist ein besonderes Anliegen. Wir haben in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz eine Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie gegründet, die mit ihren Zweiganstalten in Koblenz, Trier, Kaiserslautern und Mainz bisher ganz erfreuliche Ergebnisse erzielt hat. Diese Akademie wird von Behördenangestellten und auch sehr stark von privaten Angestellten in Anspruch genommen. In Kaiserslautern haben im letzten Wintersemester neben 147 Beamten und 71 Angestellten noch 76 Angehörige der privaten Wirtschaft teilgenommen. In allen Landesteilen ergibt sich ungefähr das gleiche Bild. Wir haben im letzten Jahr durch unsere bescheidenen Zuschüsse das Anlaufen dieser Anstalten ganz gut vorangebracht. Ich lege auch besonderes Gewicht auf die ständige staatspolitische und fachliche Fortbildung der jüngeren Regierungsräte und Assessoren. Ich stimme vollkommen dem zu, was Herr Kollege Hertel am Montag gesagt hat, die Geschichte von 1933 bis 1945 darf nicht aus dem Gedächtnis derjenigen, die eine Verantwortung tragen, einfach ausgelöscht sein. Eine Beurteilung der Gegenwart und eine Steuerung in die Zukunft ist für jeden, der öffentlich Verantwortung trägt, nur möglich, wenn er die Ursachen unseres geschichtlichen Zusammenbruchs kennt. Deshalb legen wir auf die Schulung der Beamten ein ganz besonderes Gewicht.

Dann etwas zum Thema 131er, das ebenfalls angesprochen worden ist!

Hier darf ich folgende Zahlen bekanntgeben. Wir haben zum Schluß des Jahres 1955, was den Besoldungsaufwand angeht, 18 v. H. erreicht. Es bleiben also noch 2 v. H. theoretisch zu schaffen. Auch bei dem Pflichtstellenanteil haben wir die 18 v. H. mit dem Ende des Jahres erreicht. Aber in mehrfacher Hinsicht sind die zur Zeit geltenden Bestimmungen sehr unerfreulich und für uns unangenehm.

(Abg. Böglér: Und auch überholt!)

Nachdem eine Reihe von Mangelberufen deklariert worden ist, bleibt alles mehr oder weniger auf die zurückbleibenden Verwaltungen abgestellt; das sind vornehmlich die innere Verwaltung und die Kommunalverwaltung. Die Kultusverwaltung ist so ziemlich ganz ausgediebt, so daß wir Mühe hätten, überhaupt noch die 20 v. H. zu erreichen. Es wird unsere Aufgabe als Landesregierung sein, hier die Initiative zu ergreifen,

um diese überholte gesetzliche Anordnung endlich außer Kraft setzen zu lassen.

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Meine Damen und Herren! Ich komme zu der Frage des Gesundheitswesens. Darüber habe ich schon im Ausschuß Aufklärung in verschiedenen Zusammenhängen gegeben und insbesondere hervorgehoben, daß zur Zeit eine gewisse Unterschiedlichkeit im Lande besteht. Sie erklärt sich aber nicht aus der unterschiedlichen Betreuung durch uns, sondern aus der verschiedenartigen Struktur der einzelnen Bezirke. Wenn bisher die Pfalz bedauerlicherweise im Rückstand ist - wie ich Ihnen ganz klar gesagt habe -, dann liegt im wesentlichen der Grund darin, daß in der Pfalz zunächst einmal die große Zahl der kriegszerstörten Krankenhäuser wiederaufgebaut werden mußte, zweitens darin, daß wir große Schwierigkeiten hatten, mit den Trägern der Krankenhäuser einig zu werden.

Es bestehen gute Aussichten, in den nächsten beiden Jahren in der Pfalz einen guten Schritt vorwärtszukommen. Es sind Erweiterungen geplant und die Besprechungen in den meisten Fällen so gut wie abgeschlossen, und zwar handelt es sich um folgendes:

#### 1. Evangelisches Krankenhaus in Zweibrücken

Da verhandeln wir schon mehrere Jahre, um zu einer Einigung über Ausmaß, Art usw. zu kommen. Herr Oberbürgermeister Roth, Sie sind unterrichtet über die Schwierigkeiten, die gerade in Zweibrücken bestanden haben.

(Abg. Roth: Man hat uns hängen lassen!)

#### 2. Elisabeth-Krankenhaus Zweibrücken

#### 3. Städtisches Krankenhaus Pirmasens

#### 4. Städtische Krankenanstalt Frankenthal

#### 5. Kreiskrankenhaus Bergzabern

#### 6. Vinzenzkrankenhaus Landau

#### 7. Kreiskrankenhaus Kirchheimbolanden.

Zusammen bedeutet das einen Zuwachs von 350 Betten. Ich darf hoffen, daß in den nächsten zwei Jahren diese Projekte durchgeführt sein werden und somit in der Pfalz eine erhebliche Entlastung eintreten wird. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen sagen, daß wir seit vier Jahren einen „revoltierenden“ Zehnjahresplan über den Bau und Ausbau der Krankenhäuser haben. In diesen Plan werden jedes Jahr neue Projekte einbezogen. Sie werden normalerweise 10 Jahre von uns mitfinanziert und scheiden dann aus dem Plan wieder aus, sobald sie über das Schlimmste hinweg sind, so daß wir in einigen Jahren über den Berg hinweg sein werden. Ich bin gerne bereit, die Einzelheiten des Planes dem Ausschuß bekanntzugeben. Er läuft so ab, daß wir allen Trägern der Krankenhäuser grundsätzlich Zusagen machen, aber nur unter der Voraussetzung, daß Sie, meine Damen und Herren, als Landtag jedes Jahr eine gewisse Summe an Zuschüssen bewilligen.

In diesem Plan ist vor allem in Betracht gezogen worden, daß wir auf die Dauer die Träger der Krankenhäuser sich nicht allein überlassen können. Wir arbeiten hin auf eine tragbare Entschuldung, weil die Häuser in den kommenden Jahren vor großen Problemen stehen werden. Ich denke vor allem an das schwierige Nachwuchsproblem, das noch in keiner Weise gelöst ist. Ich darf nun auf die Abteilung IV - Polizeiabteilung - zu sprechen kommen, die ja die besondere Aufmerksamkeit des Hohen Hauses und auch des Ausschusses gefunden hat. Wir haben im Ministerium nach Abschluß des ersten Vierjahresplanes im Bewußtsein der stän-

(Innenminister Dr. Zimmer)

digen Entwicklung des Verkehrs, in dem wir uns noch immer befinden, einen zweiten Vierjahresplan aufstellt. Das, was Ihnen nunmehr als Plan vorliegt, ist das erste Jahr dieses Vierjahresplanes. Wir haben darüber Einzelheiten im Ausschuß bekanntgegeben; er umfaßt vor allem die stärkere Heranziehung und den Ausbau der Gendarmerie, die Verbesserung des Stellenkegels der Gendarmerie, die Verstärkung der Verkehrsüberwachung und schließlich auch die Verstärkung der Bereitschaftspolizei.

Wir haben in den letzten Jahren Mangel an ausgebildeten Polizeibeamten gehabt, weil einmal unter den 131ern kaum noch besonders tüchtige Polizeibeamte zu finden waren und auf der anderen Seite die Bereitschaftspolizei noch nicht heransteht. Wir haben deshalb im letzten Jahr aus der früheren Wehrmacht Polizeibeamte eingestellt. Wir haben die Prüfungen sehr scharf vorgenommen. Von 1150 geprüften Bewerbern haben wir nur 347 einberufen. Sie wollen daraus ersehen, daß ein sehr strenger Maßstab angelegt worden ist.

Die Beamten befinden sich zur Zeit in der Ausbildung, die ja erfolgen muß, und sie werden im Laufe des Sommers in den Einzeldienst überführt werden. Sie haben nun im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen, 220 neue Planstellen für das kommende Jahr zu bewilligen. Ich möchte hier schon sagen: es ist beabsichtigt - zum ersten Male -, zum Teil die ältesten Beamten der Bereitschaftspolizei nunmehr in den Einzeldienst einzugliedern. Wir haben bisher mit den Bereitschaftspolizeibeamten gute, zum Teil sehr gute Erfahrungen gemacht, so daß wir hoffen können, daß damit auch eine qualitative Verstärkung der Polizei eintritt. 120 weitere Einberufungen werden wir dann tätigen, und zwar aus den Jahrgängen 1925 bis 1930, im Interesse einer guten Altersschichtung der Polizei. Nun hat Herr Kollege Roth, glaube ich, den Fall „Neumühle“ angeschnitten. Ich darf kurz darauf zu sprechen kommen, Herr Kollege! Der Herr Abgeordnete Bögler hatte bereits vor einigen Tagen an mich eingehend über diesen Fall geschrieben. Ich habe auf Grund dieses Schreibens unverzüglich eine Überprüfung der Vorgänge angeordnet. Es liegt mir zwar schon ein vorläufiger Bericht vor, aber dieser Bericht nimmt noch keinen Bezug auf die Vorwürfe, die vom Herrn Kollegen Bögler und nunmehr vom Herrn Kollegen Roth erhoben worden sind, die im ganzen zwar wohl nicht die Rechtmäßigkeit des Vorgehens anzweifeln, aber doch sehr stark die Zweckmäßigkeit des Verfahrens und die Art des Vorgehens kritisch unter die Lupe nehmen.

(Abg. Bögler: Darum handelt es sich!)

Und unter diesem Gesichtspunkt kann ich heute hier eine abschließende Erklärung nicht abgeben. Ich habe aber bereits eine Föhlung aufgenommen. Es wird eine Überprüfung dieses Verfahrens erfolgen, und ich werde Ihnen meine Damen und Herren, dazu eine Erklärung abgeben; gegebenenfalls wird eine Erklärung in der Öffentlichkeit dazu abgegeben werden. Ich kann vorläufig nur sagen, daß die Polizei durch mehrere Verdachtsumstände veranlaßt worden ist, überhaupt zu diesem Vorgehen zu schreiten, wobei allerdings dahingestellt bleiben muß, inwieweit sie dabei in allen Teilen zweckmäßig verfahren ist. Das wird aber die nähere Prüfung ergeben.

Dann darf ich noch auf die Frage der Gewerbeaufsicht zu sprechen kommen, die Herr Kollege Bauer angesprochen hat. Es ist wohl zweckmäßiger, wenn wir die von Ihnen erhobenen Bemängelungen beim Etat des Sozialministeriums zur Sprache bringen. Wir haben die Personalaufsicht, aber die Fachaufsicht liegt ja bekannt-

lich beim Sozialministerium, und wir haben noch in jedem Jahre danach verfahren. Die von Ihnen gerügte Maßnahme bezüglich der kleinen Sterbekassen habe ich zur Kenntnis genommen. Ich vermute, daß es sich um den Regierungsbezirk Koblenz handelt. Ich habe so einige Gedanken dabei bekommen. Ich werde die Sache nachprüfen und Ihnen Bescheid zukommen lassen.

Die Entnazifizierungsgeschädigten-Organisation ist uns bekannt. Wir verfolgen ihre Tätigkeit sehr aufmerksam. Man kann aber wohl sagen, daß sie in den letzten Jahren im allgemeinen in unserem Lande nach meinen Eindrücken nicht radikaler geworden ist. Es kann sein, daß in einzelnen Orten noch radikale Redensarten fallen; aber ich glaube, das ist nicht bestimmend für den gesamten Eindruck.

Nun hat Herr Kollege van Volxem eine ganze Reihe von Anregungen gegeben, denen nachzugehen ich gewillt bin. Sie haben zum Beispiel hervorgehoben, daß es notwendig sei, sich vom Lande aus bei den Neubaukosten im Norden zu beteiligen. Meine Damen und Herren! Es besteht hier ein Unterschied: im Norden des Landes sind die Landratsämter kreiseigene Gebäude, im Süden des Landes staatseigene Gebäude. In meinem Haus hat man das seit Jahr und Tag nicht für billig gehalten. Wir haben deshalb darauf hingewirkt, daß ein Gesetzesvorschlag ausgearbeitet wird, der eine einheitliche Behandlung dieser Fragen im ganzen Lande vorsieht. Bisher war es so, daß der Staat die Landratsämter in der Pfalz ausschließlich gebaut hat und im Norden nicht. Infolgedessen traten im Norden Beschwerden hervor. Unser Vorschlag in diesem Gesetz ist, daß das Land sich bei Neubauten von kreiseigenen Gebäuden mit einem Drittel der Kosten gleichmäßig im ganzen Lande beteiligen soll und bei eventuellen Ausbauten ebenfalls mit einem Teil der Kosten, wenn - nach vorheriger Prüfung - ein Bedürfnis für den Ausbau sich ergeben hat. - Sie haben weiter gefordert, daß bei der Bekämpfung der Rindertuberkulose künftig eine sinnvollere Verteilung der Mittel erfolgen müßte. Nun hat meine Abteilung in Verbindung mit dem Landwirtschaftsministerium gerade geglaubt, sinnvoll verteilen zu sollen, indem nach den Einzugsgebieten der Molkereien jeweils vom Kreis zu Kreis gesprungen wurde, um auf diese Weise die Mittel nicht allzu sehr zu zersplittern. Wir haben auf diesem Gebiete mit dieser Methode in den letzten Jahren doch immerhin erhebliche Erfolge erzielt. Aber, meine Damen und Herren, wir lassen uns sehr gerne eines Besseren belehren, wenn die landwirtschaftlichen Berufe und Organisationen und das Landwirtschaftsministerium uns einen praktikableren Weg zeigen. Wir gehen den Weg, der nach Auffassung der Sachverständigen am besten zum Ziele führt; welcher das ist, das ist uns im Grunde ganz gleichgültig. Sie wissen, daß die Veterinärverwaltung nicht nur die Veterinärpolizei - nämlich die Seuchenbekämpfung der Rindertuberkulose -, sondern auch im Interesse der Volkshygiene die Veterinärhygiene umfaßt, auf die auch schon mehrfach hingewiesen worden ist. In der Seuchenbekämpfung haben wir - da wir gerade dabei sind - immerhin folgende Fortschritte erzielt: Am 31. Januar 1956 waren dem Tuberkulosebekämpfungsverfahren 47,89 v. H. der Rindenbestände mit 51 v. H. der Rinder unseres Landes angeschlossen. Als tuberkulosefrei anerkannt waren zur Rechnungszeit rund 30 v. H. der Rinderbestände, in den letzten Jahren - wir bekämpfen intensiv erst seit drei Jahren - ein erfreulicher Fortschritt! Für die Ausmerzungen tuberkulinpositiver Tiere wurden im Rechnungsjahr 1955 500 000 D-Mark bezahlt, davon 250 000 DM aus Landes- und 250 000 DM aus Bundesmitteln. Nun liegt Ihnen ein An-

(Innenminister Dr. Zimmer)

trag vor, der die Mittel erhöhen soll. Ich möchte darauf hinweisen, daß im Grünen Plan deswegen bereits 10 Millionen für Rindertuberkulose und 10 Millionen für „Abortus Bang“ vorgesehen sind. Wir selbst profitieren von diesen Mitteln mit je 500 000 DM, und wir glauben, daß wir zusammen mit diesen Mitteln und denen des Landwirtschaftsministeriums in der Beseitigung der Tuberkulose organisch vorwärtstücken. Ich möchte anregen, daß die Frage endgültig bei der Etatberatung des Landwirtschaftsministeriums behandelt wird. Sie wissen, daß wir unter volkshygienischen Gesichtspunkten unsererseits disponieren, während das Ministerium für Landwirtschaft mehr unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten disponieren muß, daß wir aber gemeinsam diese Mittel verplanen und in vollkommener Übereinstimmung wie bisher auch in Zukunft die Mittel zum Einsatz bringen wollen.

Der Herr Kollege Roth hat im Hinblick auf die Abteilung III - Kommunalabteilung - grundsätzliche Ausführungen gemacht über das Verhältnis Staatsaufsicht und Selbstverwaltung. Er hat auf die Notwendigkeit der Behördeneinheitlichkeit und die Entscheidungsfreiheit hingewiesen und eine Reihe von dankenswerten Anregungen gegeben, die berücksichtigt werden sollen. Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, vielleicht gelegentlich, wenn Sie in Ihren Kommunalverbänden tätig sind, einmal die grundlegenden Erlasse zur Hand zu nehmen, die das Ministerium im Frühjahr und Sommer 1952 herausgegeben hat. Der erste Erlaß vom 20. März lautet: „Stärkung der Selbstverwaltung“ und der zweite vom 4. April: „Über Rechtsverhältnisse und Verantwortlichkeit von dienstlichen Vorgesetzten und Untergebenen“. In diesen Erlassen werden Sie die Grundsätze finden, die, wie ich glaube, in vollkommener Übereinstimmung stehen mit den Grundsätzen, die Sie selbst entwickelt haben. Ich gebe mich aber keiner Täuschung hin, daß man derartige Grundsätze nicht in die Praxis hineindekretieren kann. Sie müssen wieder wachsen, weil sie weitgehend aus der Verwaltung verschwunden sind. Als ich 1947 selbst wieder in die Verwaltung zurückkehrte, da habe ich feststellen müssen, daß aus den Behörden sehr weitgehend gute alte Verwaltungstradition verschwunden war, z. B. auch das von einem der Herren bemängelte Zusammenarbeiten, die Koordinierung der Dienststellen, das Nebeneinanderarbeiten; das Miteinander fehlte. Diese selbstverständliche Verwaltungstradition war weitgehend aus den Behörden verschwunden, und es ist unsere Mühe, allmählich wieder dieses Selbstverständliche in die Behörden hineinzubringen. Es muß unmöglich sein - ich glaube Herr Kollege Bauer hat das betont -, daß aus einer Behörde zwei verschiedene Entscheidungen kommen. Hier liegt ein Mangel an Zusammenarbeit vor. Ich unterstreiche, was Sie gesagt haben: man soll Beamte hinausschicken. Vielleicht haben Sie gelesen, daß ich gesagt habe: Die Staatsaufsicht soll nicht obrigkeitlich ausgeführt werden, sondern kollegial im Sinne einer Beratung, im Sinne einer Zusammenarbeit, im Sinne der Aussprache; und die obrigkeitliche Staatsaufsicht muß die ultima ratio für sehr seltene Ausnahmefälle bleiben. In diesem Zusammenhang hat auch Herr Kollege Reinhard Ausführungen über die Bedeutung des Ehrenamtes gemacht, die ich nur unterstreichen kann. Herr Kollege van Volxem hat einen Fall von einem jungen Assessor erwähnt, der mir bisher nicht bekannt war. Ich würde bitten, mir diesen Fall zur individuellen Nachprüfung vorzulegen. Wenn er so ist - und ich zweifle nicht daran, daß sie ihn richtig wiedergegeben haben -, dann kann ich natürlich ein solches Verfahren eines Vorgesetzten nur schärfstens

mißbilligen; denn ich selbst habe mich als junger Assessor bereits politisch betätigt. Ich weiß, daß mein damaliger Vorgesetzter das auch nicht gerne gesehen hat; aber wir haben in unserer Verfassung den Artikel 127 stehen, und der besagt, daß der Beamte Diener der Allgemeinheit ist, daß er aber in vollem Umfang die Freiheit der politischen Betätigung und Vereinigungsfreiheit besitzt.

Ich kann das nur unterstreichen, was Sie gesagt haben, und in anderem Zusammenhang habe ich das auch immer betont, daß nämlich die Demokratie nicht durch die Behörden und erst recht nicht durch die Polizei, sondern durch die in den demokratischen Parteien organisierten politischen Kräfte gewährleistet wird.

Die Frage der Verwarnungsgebühr und ihre Regelung, die Sie angeschnitten haben, hat eine sehr große Bedeutung. Wir haben uns damals im Bundesrat dagegen gewehrt, daß man sie mit 2 D-Mark bemessen hat, aber man hat uns damals entgegengehalten: Sie können ja nicht den Polizeiwachtmeister zum Richter machen. Ich stehe auf dem Standpunkt, das sollte auch nicht sein, ich glaube aber mit meinem verehrten Justizministerkollegen einig zu gehen in meiner Auffassung, wenn man der Polizei für Verwarnungsgebühren einen größeren Rahmen geben würde - wie das übrigens auch im Ausland der Fall ist. Wir würden dann erstens bei den kleineren Verkehrssündern einen schnelleren und größeren Effekt erzielen, zweitens würden wir die Dienstfreudigkeit der Polizei heben und drittens - glaube ich - würden wir auch eine Entlastung der Gerichte von den zahllosen Bagatellfällen erreichen.

(Beifall des Hauses.)

In diesem Sinne habe ich in der vorigen Woche fast wörtlich meine Ausführungen in Bonn bei der Verkehrsministerkonferenz gemacht. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Was nun die Bedeutung der Landkreise angeht, die Sie unterstrichen haben, so stimme ich Ihnen völlig zu. Vielleicht wird bei der Beratung des Finanzausgleichsgesetzes Gelegenheit sein, dazu einiges zu sagen.

Herr Kollege Roth hat noch auf die besondere Notlage in den Garnisonstädten hingewiesen. Ich kann hier nur sagen, daß wir in den letzten Jahren zusammen mit der Staatskanzlei versucht haben, dort nicht nur eine gute Zusammenarbeit mit den Alliierten, sondern insbesondere auch mit der alliierten Polizei herbeizuführen. Es haben sehr häufig Aussprachen stattgefunden zwischen den Beamten meines Ministeriums und der Staatskanzlei einerseits und den Alliierten andererseits. Wir sind dankbar dafür, wenn etwaige Pannen, die trotzdem da und dort passieren, uns auf dem raschesten Wege zur Kenntnis gebracht werden. Es liegt sicherlich in dem guten Willen aller leitenden Instanzen, hier Ordnung zu schaffen.

Meine Damen und Herren, damit bin ich - glaube ich - auf die wesentlichsten kritischen Bemerkungen eingegangen, die von den verschiedensten Seiten gemacht worden sind. Diejenigen, die ich nicht ausdrücklich erwähnt habe, sind ja in die Akten eingegangen und sie werden ebenfalls einer besonderen Bearbeitung unterzogen; ich werde dann gegebenenfalls mit den betreffenden Herren in Verbindung treten.

Zum Schluß darf ich auf die Bemerkungen zurückkommen, die Herr Kollege Lotz gemacht hat wegen meiner Ausführungen, die ich in Betzdorf an der Sieg vor der CDU vorgetragen habe. Ich habe in Betzdorf natürlich nicht als Innenminister gesprochen, sondern in einer CDU-Versammlung in meiner Eigen-

(Innenminister Dr. Zimmer)

schaft als Abgeordneter der CDU, was ja schon allein durch das Publikum zum Ausdruck kommt, das dort gewesen ist. Ich habe in dieser Versammlung allerdings scharfe Kritik geübt unter dem gesamtdeutschen Gesichtspunkt - wie das mir als CDU-Abgeordneten zusteht - an der Art und Weise, wie Ihre Partei - nicht die FDP des Landes Rheinland-Pfalz, sondern die FDP in Düsseldorf - in den letzten Monaten in Nordrhein-Westfalen vor der Regierungsbildung vorgegangen ist. Meine Kritik hat sich auf die Art und Weise erstreckt, wie sich Ihre Partei in Nordrhein-Westfalen verhalten hat, und dieses Recht, an Ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen Kritik zu üben, steht mir in jedem Falle zu.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Sehen Sie; ich bin gerecht genug, zu unterscheiden nach der einen und nach der anderen Seite, und ich habe - teilweise - nur das dort gesagt, was mir durch die berufenen Persönlichkeiten von Nordrhein-Westfalen mitgeteilt worden war. Wenn ich dann hinsichtlich der Methode des Vorgehens scharf geworden bin, dann nehme ich das auf mich und trage in Konsequenz dessen dafür die Verantwortung und in jedem Fall die Folgen. Von meiner Kritik an dem Verfahren der FDP in Nordrhein-Westfalen nehme ich auch nichts zurück.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lotz von der Fraktion der FDP.

**Abg. Lotz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir bestreiten dem Herrn Innenminister gar nicht das Recht, daß er als Parteifreund auf Parteiversammlungen spricht; daß er Kritik übt, interessiert uns auch nicht weiter. Wir bitten nur, Verständnis dafür zu haben, wenn wir ab und zu einmal Kritik üben oder wenn wir uns bei Abstimmungen so oder so verhalten, genauso, wie wir Ihnen das auch zubilligen.

Herr Minister, worauf ich bei meinen Ausführungen Wert gelegt habe, ist ja etwas ganz anderes. Aus Ihren soeben gemachten Ausführungen habe ich entnommen - ich habe es mitgeschrieben -, daß Sie Ihre Kenntnis der Dinge aus berufenem Munde aus Nordrhein-Westfalen haben. Schön! Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen haben Ihnen also mitgeteilt, daß hier NS-Leute sind, die wieder an die Macht wollen. Das steht in dem Zeitungsartikel wörtlich zu lesen. Dagegen hat sich unsere Kritik gerichtet. Und, Herr Minister, Sie müssen sich darüber im klaren sein, was das heißt. Ich darf Sie dann bitten, uns mitzuteilen, an welche Namen Sie gedacht haben, denn es ist ja im Augenblick so, daß der stellvertretende Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen vorher auch Minister im Kabinett Arnold war, und daß auch einige andere dieser Leute vorher Stellungen innehatten, die mit dem Kabinett Arnold in Verbindung standen. Herr Minister, Sie könnten durch diese Äußerung bewirken, daß man zu dem Prinzip käme: Haust Du meinen Nazi, hau' ich Deinen Nazi! Von uns ist aber so etwas nicht gewollt. Wir haben einen Strich unter diese Dinge gezogen. Wir sind mit Ihnen jederzeit bereit, gegen Leute vorzugehen, die rückfällig werden, sobald sich in unserer Demokratie irgendwo derartige Ansätze zeigen, selbst, wenn es sich dabei um Leute von uns handeln würde. Ich nehme auch an, daß Sie dasselbe tun würden, wenn es sich um Leute von Ihrer Seite handeln würde. Aber hier hat sich etwas ganz anderes gezeigt, Herr Minister. Hier hat man aus Verärgerung über irgendeinen Schritt gehandelt, für den man vielleicht auch von der anderen Seite her Verständnis hat. Wir

haben dieses Verständnis, und wir haben auch für andere Dinge Verständnis, man lernt ja schließlich auch dazu, aber das, was die Jungen noch lernen müssen, das müßten die Alten eigentlich schon haben!

(Leichte Heiterkeit des Hauses und Zurufe.)

Wir haben unsere Kritik ganz allein auf den einen Satz bezogen, in dem Sie sich wieder einmal der Worte „Nazi“ und „NS-Leute“ bedient haben. Herr Minister, hier stimmt etwas nicht, hier gehen Ihre Ausführungen an dem Kern der Dinge vorbei. Wenn Sie etwas derartiges sagen, dann nennen Sie uns bitte die Namen. Wenn es stimmt, was Sie sagen, dann sind wir bereit, mit Ihnen gegen diese Leute vorzugehen. Stimmt es aber nicht, Herr Minister, dann haben Sie etwas gesagt, was meiner Ansicht nach der Demokratie auf die Dauer abträglicher ist als alles andere, wenn wir nämlich immer wieder in den Fehler verfallen, uns auf den Standpunkt zu stellen: Wenn es der andere tut, dann ist er ein Nazi, wenn dieselben Leute aber zu mir kommen, dann sind es keine Nazis. So kann man auf die Dauer nicht verfahren, Herr Minister, und von Ihnen hätten wir das am allerwenigsten erwartet.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir haben zwei Entschließungsanträge vorliegen. Die Entschließungsanträge werden im allgemeinen nach der dritten Beratung zur Abstimmung gestellt. Ich halte es aber für zweckmäßig, daß wir die vorliegenden Entschließungsanträge jetzt erledigen, zumal ich der Auffassung bin, daß der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP kein echter Entschließungsantrag im Sinne einer Entschließung ist, sondern ein echter Sachantrag. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache II/111. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir diesen Entschließungsantrag dem Hauptausschuß zur Erledigung überweisen. Das Haus ist damit einverstanden.

Ich darf sodann zunächst abstimmen lassen über den Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache II/89. Wer dem Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! Der Antrag ist angenommen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD.

Ich rufe auf das Kapitel 1, das Kapitel 2, und lasse bei Kapitel 2 zunächst abstimmen über die Änderungsantrag Drucksache II/105, gemeinsamer Antrag der drei Fraktionen, der eine Erhöhung des Ansatzes für kommunale und staatspolitische Schulung für den ehrenamtlichen Gemeindedienst sowie Schulung des Beamten Nachwuchses der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 50 000 DM vorsieht. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache II/112, Antrag der Fraktion der SPD, Erhöhung der Zuschüsse zur Durchführung von Baumaßnahmen oder Modernisierung von Krankenhäusern, soweit sie im gesundheitlichen Interesse notwendig sind, auf 2 Millionen DM. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache II/113, Antrag der Fraktion der SPD, Erhöhung der Mittel für die Tuberkulosebekämpfung der Rinder auf 2 Millionen DM. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf Kapitel 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 und lasse bei Kapitel 9 abstimmen über den gemeinsamen Änderungsantrag der drei Fraktionen des Hauses. Es handelt sich um die Anzahl der Gendarmeriebeamten. Wer dem Antrag Drucksache II/110 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich rufe auf Kapitel 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 21 und lasse zum Schluß abstimmen über den EntschlieBungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/117. Zu diesem EntschlieBungsantrag hat das Wort Herr Abgeordneter Schmidt von der Fraktion der SPD.

**Abg. Schmidt:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bereits im Haushalts- und Finanzausschuß unsere Meinung dahingehend bekundet, daß wir den hier vorgesehenen Wechsel, das heißt die Herausnahme der Regierungsförster aus dem Etat des Innenministeriums und die Einordnung in den Etat des Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten nicht zu unterstützen vermögen. Der Herr Innenminister hat vorhin darauf hingewiesen, daß die Mittelinstanz staatspolitisch notwendig sei.

Sie wissen, daß wir zu der Frage glauben zurückkommen zu müssen, wenn, wie ich vorgestern angekündigt habe, eine Entscheidung über Artikel 29 des Grundgesetzes erfolgt ist. Aber solange Mittelinstanzen bestehen, solange müssen diese Mittelinstanzen nach unserer Meinung in vollem Umfange wirksam bleiben. Man kann heute nicht Teile dieser Mittelinstanzen herausbrechen, im übrigen aber das System als solches beibehalten. Denn das Herausbrechen von Teilen führt dazu, daß die kleine Verwaltungsreform neue Verwaltungsausgaben bedingt, während die alte Verwaltung durch das Herausnehmen nicht reduziert wird, sondern nach alten Erfahrungen ihre alte Verwaltungsbesetzung in vollem Umfange beibehält.

(Zuruf bei der CDU: Es hat sich doch gar nichts geändert!)

- Wenn man mir das bestreitet, dann darf ich auf die Auseinandersetzungen im Haushalts- und Finanzausschuß hinweisen zu der gleichen Frage und zu einer zweiten Frage, wo auf meine ausdrückliche Fragestellung: wie wird sich das kostenmäßig auswirken, man nicht bestreiten konnte, daß die von mir vertretene Auffassung gerechtfertigt ist. Wer Erfahrungen mit Verwaltungspraxis hat, wird das auch nicht bestreiten können.

Wir halten aus diesen Erwägungen eine Herausnahme der Regierungsförster aus der Mittelinstanz solange mindestens nicht für vertretbar, als die gesamte Mittelinstanz nicht einer Prüfung unterzogen worden ist. Wir sind der Meinung, daß das, was bisher die Regierungsförster bei den Mittelinstanzen zu betreiben hatten, die Tätigkeit der Forstbehörden unseres Landes nicht im geringsten nachteilig beeinflußt hat. Ein sachlicher Grund für den Wechsel ist unseres Erachtens nicht gegeben. Streitigkeiten zwischen den beteiligten Ministerien oder Geltungsabsichten einzelner Minister sollten uns hier, wo wir die Dinge finanziell zu beurteilen haben, gar nicht interessieren.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Ich lasse über den EntschlieBungsantrag abstimmen. Wer dem EntschlieBungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/117,

zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Bitte auszählen! - Die Gegenprobe! -

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ich lasse abstimmen über den Einzelplan 03 in zweiter Beratung. Wer dem Einzelplan 03 in zweiter Beratung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! -

Angenommen bei 2 Stimmenthaltungen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD.

Damit ist die Einzelberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern abgeschlossen. Die Weiterberatungen beginnen heute nachmittag um 14.20 Uhr. Ich bitte um pünktliche Anwesenheit, da wir heute nachmittag noch einen großen Plan zu verabschieden haben. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung der Sitzung: 12.50 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.28 Uhr.

**Vizepräsident Bögl:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Zur Beratung kommt

**Haushaltsplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Wetzel; ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wetzel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß unseres Landes hat in seinen Sitzungen vom 31. Januar, 2. und 3. Februar den Einzelplan 07 einer gründlichen Überarbeitung unterzogen. Die in den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses gefaßten Abänderungsbeschlüsse liegen dem Hohen Hause in der Drucksache II/93 vor. Als Berichterstatter halte ich mich für verpflichtet, Ihnen zu den einzelnen Abänderungen nähere Ausführungen zu machen. Bei den Einnahmen ist im Kapitel 01 - Ministerium - der Einnahmetitel 40 - Beitrag der Jagdverwaltung zu den Personal- und Sachausgaben der Obersten Landesjagdbehörde - der Ansatz um 11 000 DM erhöht worden. Die Begründung dieser Erhöhung ergibt sich aus den Änderungen bei Kapitel 34 - Jagdverwaltung -. Weitere Änderungen in den Einnahmen sind nicht erfolgt. Bei den Ausgaben ist bei Titel 101 - Besoldung - zu bemerken, daß sich hierüber eine längere Aussprache ergab, und zwar drehte es sich hier um die Hebung der Stelle des Haushaltssachbearbeiters des Ministeriums. Es waren insofern Meinungsverschiedenheiten im Ausschuß, als man auf dem Standpunkt stand, die Sachbearbeiterstellen aller Ministerien seien gleichmäßig zu heben. Es wurde aber dann durch das Ministerium selbst klargestellt, daß der Posten des Haushaltssachbearbeiters beim Landwirtschaftsministerium unbedingt in eine gehobene Stellung kommen müsse, und dementsprechend hat sich dann der Ausschuß entschlossen, die Stelle A 3b in eine Regierungsratsstelle A 2c2 umzuwandeln.

Es wurde noch darüber gesprochen, daß man den anderen Ministerien die Empfehlung geben solle, in Erwägungen darüber einzutreten, auch ihre Haushaltssachbearbeiter im neuen Etat entsprechend gleichziehen. Eine Stelle der Gruppe A 2c2, die den Haushaltssachbearbeiter der Forstabteilung betrifft, ist in eine Kästchenstelle umgewandelt worden, das heißt, nach Abgehen dieses Beamten wird die Stelle wieder

(Wetzel)

als eine A 2d-Stelle geführt. Es sind daher - wie aus der Drucksache hervorgeht - an Stelle von 5 6 Regierungsstellen und an Stelle von 3 4 Amtmannsstellen eingeführt worden.

Bei Titel 106 - Unterstützungen - wurde eine Erhöhung um 200 DM und bei Titel 107 - Beihilfen - eine solche von 3400 DM vorgenommen, um eine Anpassung an die geänderten Verhältnisse herbeizuführen. Bei Titel 850 - Anschaffung von Kraftfahrzeugen - fand eine Erhöhung von 11 000 DM statt, und zwar aus dem Grunde, weil in Kapitel 34 - Jagdverwaltung - der Etatansatz für die Anschaffung eines Kraftfahrzeuges bei Titel 850 gestrichen worden ist, um ihn hierher zu übernehmen.

Bei dem Kapitel Allgemeine Bewilligungen wurde bei Titel 57 - Bundesmittel zur Auszahlung der Milchprämie zur Bekämpfung der Tbc - eine Erhöhung um 250 000 DM auf 500 000 DM vorgenommen. Bei Titel 301 wurde eine Erhöhung um 20 000 DM vorgenommen, und zwar zur Förderung der Seuchenbekämpfung, insbesondere zur Bekämpfung der Schweinebrucellose, außerdem wurde zur Förderung der Bienenzucht bzw. zur Bekämpfung der Bienenseuche eine Erhöhung von 10 000 DM bewilligt. Bei Titel 303 - Förderung des Weinbaues - erfolgte eine Erhöhung um 70 000 DM auf 360 000 DM. Dieser Betrag soll verwandt werden zur Stützung des Ahrrotweinbaues bzw. für Forschungsaufgaben zur Bekämpfung des Roten Brenners. In der Erläuterung zu Titel 303 soll der Zusatz aufgenommen werden:

Zuschuß für die deutsche Weinwerbung „und zum Bau des Hauses des Deutschen Weines“.

Im Ausschuß fand eine längere Aussprache wegen der Errichtung des Hauses des Deutschen Weines statt. Der Ausschuß war der Meinung, daß durch die Bemerkung in der Erläuterung zu Titel 303 der Sache von Seiten des Haushalts- und Finanzausschusses vorerst Genüge getan sei; er hat jedoch der Regierung empfohlen, nach Vorplanung dieses Hauses erneut an den Ausschuß heranzutreten, falls das Land gehalten sei, zur Durchführung dieses Projektes weitere Mittel überplanmäßig bereitzustellen.

Bei Titel 307 - Milchprämien zur Bekämpfung der Rindertuberkulose - ergab sich eine längere Aussprache. Es wurde allgemein anerkannt, daß diese Mittel den größten Nutzeffekt erzielen. Aus diesem Grunde stimmte der Ausschuß einstimmig dem Antrag, den Ansatz von 1,5 Million auf 3 Millionen DM zu erhöhen, zu. In der Erläuterung war somit auch eine Erhöhung des Ansatzes von 0,01 DM pro kg Milch auf 0,02 DM pro kg Milch vorzunehmen. Meine Damen und Herren, ich darf hierbei feststellen - und das war auch die Meinung des gesamten Ausschusses -, daß durch diese Leistung das Land Rheinland-Pfalz wiederum erheblich mehr tut als die anderen Bundesländer und daß wir auf dem Gebiet der Bekämpfung der Rindertuberkulose an der Spitze aller Bundesländer stehen. Bei Titel 317 - Zuschüsse für die Einrichtung von bäuerlichen Gemeinschaftsanlagen - beschloß der Haushalts- und Finanzausschuß, den Text wie folgt zu ändern:

„Zuschüsse für die Einrichtung von bäuerlichen Gemeinschaftsanlagen unter Berücksichtigung der strukturellen Verhältnisse.“

Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß bei der Verteilung dieser Zuschüsse auf die ärmeren Gebiete bevorzugt Rücksicht zu nehmen sei. Bei Titel 319 - Zinsverbilligungen für Darlehen und Zuschüsse zur Sicherung des Bestandes der Höfe nach der Höfeordnung - wurde in der Erläuterung der Zusatz eingefügt: „und zur Durchführung der Aussiedlung“. Zu Titel 321 - Allgemeine Zinsverbilligungen - wurde im

Protokoll festgehalten, daß das Ministerium die Zinsverbilligung bis zur Dauer von 5 Jahren ausdehnen soll, und zwar deshalb, weil eine Zusage für ein Jahr kaum einen Anreiz bietet, bei der Anlegung eines Jungviehstalles von dieser Zinsverbilligung Gebrauch zu machen.

Bei Kapitel 06 - Landeslehr- und Versuchsanstalt Oppenheim - wurde bei Titel 52 - Schulgeldeinnahme - der Schulgeldsatz für die Schüler von 50 DM auf 30 D-Mark herabgesetzt, um den Schulgeldsatz mit den anderen Landeslehranstalten gleichzuziehen. Die Landeslehranstalt in Oppenheim hatte nämlich als frühere hessische Anstalt noch den alten Schulgeldsatz von 50 D-Mark in ihrem seitherigen Ansatz. Bei Kapitel 08 - Landwirtschaftsschulen und Beratungsstellen - wurde bei Titel 101 - Besoldung - unter der Gruppe A 4c2 die Stellen der Lehrerinnen für landwirtschaftliche Haushaltskunde von 36 auf 50 erhöht und der Geldansatz dementsprechend von 2 051 400 DM auf 2 135 400 D-Mark heraufgesetzt. Das geschah deshalb, weil bereits im vorigen Jahr der Haushalts- und Finanzausschuß darauf hingewiesen hatte, daß es unbedingt erforderlich sei, den Haushaltslehrerinnen dieselben Startmöglichkeiten zu geben wie allen übrigen, und weil wir feststellen konnten, daß gerade durch die schlechtere Besoldung dieser Beruf ein Mangelberuf geworden ist. Wir glaubten deshalb, diesem Antrag in diesem Etatjahr entsprechen zu sollen. Ebenso wurden die Ansätze bei den Titeln 103 und 104 abgeändert, wie Sie bitte aus der Drucksache ersehen wollen.

Bei Titel 317 wurde ein Zuschuß in Höhe von 30 000 D-Mark zur Förderung der Landjugend eingesetzt. Der Ausschuß erkannte diese Notwendigkeit voll an, nachdem die landwirtschaftlichen Organisationen für diese Zwecke bereits erhebliche Mittel aufwenden. Bei Titel 600 - Zuschüsse zum Bau von landwirtschaftlichen Schulen - empfahl der Haushalts- und Finanzausschuß dem Ministerium, diese Mittel nach einer Dringlichkeitsskala zur Verteilung zu bringen. Es wurde hierbei für das laufende Jahr folgende Reihenfolge vereinbart: 1. Schule Altenkirchen, 2. Schule Bergzabern, 3. Schule Alzey, 4. Schule Wolfstein.

Als neues Kapitel wurde die Lehr- und Versuchsanstalt für Imkerei in Mayen aufgenommen. Der neue Etat ist in seiner Gesamtheit der Drucksache beigelegt. Die Aufstellung ist erfolgt nach den Grundsätzen, wie sie für alle Lehranstalten üblich sind. Danach werden die Personal- und Sachkosten vom Land übernommen, während die Unterhaltungskosten zu Lasten der Berufsorganisationen gehen. Bei Kapitel 10 - Stammgestüt Zweibrücken - wurden bei Titel 23 - Kör- und Deckgeld - die Ansätze von 45 auf 40 DM bzw. von 60 auf 50 DM ermäßigt in der Erkenntnis, daß die alten Ansätze als zu hoch anzusehen seien.

Zu Kapitel 29 - Regierungsforstämter - entspann sich eine längere Debatte, und zwar deshalb, weil verschiedene Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses der Auffassung waren, daß durch die Ausklammerung der Regierungsforstämter aus dem Innenministerium der Anfang damit gemacht werde, die Mittelinstanz auszuhöhlen. Der Ausschuß hatte beschlossen, daß zu diesem Kapitel sowohl das Innenministerium wie auch das Landwirtschaftsministerium zu hören sei. Die beiden Ministerien hatten reichlich Gelegenheit, ihre Meinung vor dem Ausschuß zu vertreten. Auch die Akten des Kabinetts wurden zugezogen. Die in dem Kabinettsbeschuß festgelegten Bemerkungen wurden zur Verlesung gebracht. Nach einer längeren Aussprache und nach Kenntnisnahme des Kabinettsbeschlusses trat der Ausschuß in eine Abstimmung ein, wobei sich 8 Stimmen für die Belassung der Regie-

(Wetzel)

rungsforstämter im Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten - wie es der Regierungsvorschlag vorsieht - ergaben, während 5 Abgeordnete dagegen stimmten bei 2 Stimmenthaltungen. Das Kapitel 29 wurde dann ohne Änderung so, wie Sie es hier im Voranschlag vorfinden, angenommen.

Bei Kapitel 30 - Forstämter - wurde bei Titel 21 - Einnahmen aus der Jagd - der Ansatz von 270 000 DM auf 550 000 DM erhöht. Ehe diese Erhöhung vorgenommen wurde, entspann sich eine längere Debatte. Einige Mitglieder des Ausschusses waren der Überzeugung, daß durch eine stärkere Verpachtung von Staatsjagden höhere Einnahmen herbeigeführt werden könnten, die im Etat erscheinen müßten. Als Gegenmeinung wurde die Frage aufgeworfen, ob durch eine solche erweiterte Verpachtung nicht eine Erhöhung der Wildschäden befürchtet werden müsse. Bei der Abstimmung wurde alsdann beschlossen, daß dieser Titel von 270 000 DM auf 550 000 DM zu erhöhen sei. Das Ministerium war zuerst anderer Meinung, hat sich aber nachher diesem Beschluß angeschlossen. Der Ansatz wurde also von 270 000 DM auf 550 000 DM erhöht, und es wurde im Protokoll festgehalten, daß der Minister gehalten sein soll, alles zu versuchen, um diesen Ansatz zu erreichen, daß ihm aber kein Vorwurf gemacht werden solle, wenn er ihn nicht erreicht.

Bei Kapitel 33 - Fischereiverwaltung - wurde bei Titel 402 der Ansatz von 35 000 DM auf 40 000 DM erhöht und bei Kapitel 34 - Jagdverwaltung - wurde der Ansatz bei Titel 223 - Beitrag der Jagdverwaltung zu den Personal- und Sachausgaben der obersten Landesjagdbehörde und der höheren Jagdbehörde - von 34 300 DM auf 65 300 DM erhöht. Ich habe eingangs bereits darauf hingewiesen, daß sich diese Erhöhung bei den allgemeinen Einnahmen vorn wieder unter dem Titel bemerkbar macht, indem wir ihn von 37 500 DM auf 48 500 DM erhöht haben. Bei Kapitel 35 - Forsteinrichtung - ist zu bemerken, daß alle Änderungen bei diesem Kapitel notwendig wurden, weil der Ausschuß sich den Anträgen anschloß, alle im Staatswald beschäftigten Arbeitskräfte in ein ordentliches Beamten- oder Angestelltenverhältnis zu überführen.

Bei Kapitel 40 - Landeskulturverwaltung - wurde bei Titel 101 - Besoldung - eine Hebung einer Stelle aus Gruppe A 4b1 in A 3b vorgenommen. Längere Debatten entspannen sich zu den Titeln 200, 203, 215 und 318. Es wurde darüber Klage geführt, daß die Kulturämter aus Mangel an Mitteln bei diesen drei Etatposten manche Arbeiten im ablaufenden Etatjahr liegen lassen mußten. Um dies in Zukunft zu verhindern, wurden die in der Drucksache II/93 niedergelegten Erhöhungen vorgenommen. Bei Titel 302 wurde ein Zusatz aufgenommen:

„b) Darlehen für landwirtschaftliche Siedlungen, Flüchtlingsiedlungen, Bodenreform. Bei Abschnitt b dürfen Ausgaben in Höhe der Einsparung bei Abschnitt a geleistet werden“.

Neu aufgenommen wurde der Titel 306 - Mittel zur Zinsverbilligung für die Aufstockung von landwirtschaftlichen Betrieben außerhalb der Siedlungsmaßnahmen -. Der Ausschuß war der Ansicht, daß durch diese Bereitstellung von 300 000 DM nunmehr die Behörden in der Lage seien, bei der Aussiedlung von einheimischen Landwirten durch die zinsverbilligten Mittel Erleichterungen zu schaffen, denn im allgemeinen wird im Land darüber Klage geführt, daß von Seiten des Landes für die Flüchtlinge alles getan werde, während für die Söhne der einheimischen Landwirte zu wenig geschehe. Der Ausschuß glaubte, durch die Bereitstellung dieser Mittel diesen Klagen abhelfen zu können.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Schluß meiner Berichterstattung, nämlich zu dem letzten Kapitel, das die Wasserwirtschaft betrifft. In Erkenntnis der großen Bedeutung der Wasserwirtschaft in unserem Lande, das die Gebiete mit den geringsten Niederschlägen im Bundesgebiet umfaßt, glaubte der Ausschuß, die hierzu vorgebrachten Wünsche weitestgehend erfüllen zu müssen.

Zur Bewältigung der anfallenden Arbeiten wurde deshalb bei Titel 101 - Besoldung - eine Stellenhebung von 5 Regierungsoberbauinspektoren und 1 Regierungsbaupinspektor vorgenommen. Das erfordert natürlich eine Ansatzhebung im Etat von 608 500 DM auf 651 500 DM.

Bei Titel 215 wurden ebenfalls die Reisekosten um 10 000 DM erhöht analog meiner Bemerkungen zu den Reisekostenansätzen bei der Kulturverwaltung.

Bei den Titeln 300, 301 und 302 wurden die Ansätze um insgesamt 1 250 000 DM erhöht. Der Ausschuß glaubte damit im Rahmen des Möglichen auch dieser Abteilung gerecht geworden zu sein.

Ich habe mich bemüht, so kurz als möglich bei meiner Berichterstattung zu Werke zu gehen, um all den Rednern der einzelnen Fraktionen recht lange Gelegenheit zu geben, ihre persönlichen Wünsche vorzutragen.

Im Auftrage des Haushalts- und Finanzausschusses darf ich Sie bitten, dem Einzelplan und der Drucksache II/93 Ihre Zustimmung geben zu wollen.

(Beifall des Hauses.)

**Vizepräsident Bögl:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Wetzel für seine Berichterstattung und eröffne hiermit die Besprechung. Ich darf das Haus darauf aufmerksam machen, daß einer Vereinbarung im Ältestenrat entsprechend den einzelnen Fraktionen eine Redezeit von 80 Minuten zur Verfügung steht. Ich hoffe, das Haus ist damit einverstanden, daß ich die Redezeit einhalte. - Dem wird zugestimmt. - Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Müller von der Fraktion der SPD.

**Abg. Müller, Walter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute zum ersten Male die Gelegenheit, hier in diesem Hohen Hause zu sprechen. Die Landwirtschaft und der Weinbau sind durch ihre sehr schwierigen Arbeitsbedingungen Wirtschaftszweige, die im Gesichtspunkt der Gesamtwirtschaft gesehen, das Schlußlicht darstellen. Der Arbeitstag beginnt in vielen Monaten morgens um 4 Uhr und endet abends um 9 oder 10 Uhr. Allein daran können wir erkennen - ganz abgesehen von der finanziellen Seite -, wie weit die Entfernung gegenüber anderen Wirtschaftszweigen ist. Hinzu kommt noch, daß die Landwirtschaft und der Weinbau diejenigen unserer Wirtschaftszweige im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft sind, die ganz und gar auf Gedeih und Verderb von der Natur abhängen. Dies haben wir gerade in diesem Jahr durch die Frost- und Hochwasserschäden sehr deutlich zu spüren bekommen.

Besonders der Weinbau ist bei solchen Naturereignissen sehr schwer in Mitleidenschaft gezogen, um so schwerer, da bei einer Mißernte der Rebstock dieselbe sorgfältige Pflege benötigt, wie bei einer normalen. Dies bedeutet einen schweren Eingriff in die Substanz der Betriebe. Die Frostschäden wirken sich in diesem Jahr ganz besonders hart aus, da wir im vergangenen Herbst einen Frühfrost hatten, bei dem die Reben noch im Saft standen. Die Holzreife wurde dadurch verzögert und die



(Müller, Walter)

Rebe ging ohne genügenden Schutz in den Winter. Wir dürfen den Feststellungen unserer Wissenschaft ruhig Gehör schenken, wenn sie die Schäden als katastrophal bezeichnen.

Aus diesen Gründen wäre es wichtig, daß man den gesamten Weinbau restlos in das Landwirtschaftsgesetz mit einbaut. Was nützen uns Grüner Bericht und all diese Dinge, wenn ein so wichtiger Lebenszweig der Gesamtwirtschaft nicht berücksichtigt wird.

Ich glaube, um dieser schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft und der Weinbau zur Zeit befinden, Herr zu werden, müssen wir zwei Punkte berücksichtigen:

1. die generelle Flurbereinigung im ganzen Lande. Es wäre die größte Verpflichtung des Staates, diesem Punkt seine ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Was nützen uns Zuschüsse, Kredite, wenn wir nicht in absehbarer Zeit dem Ziele näherkommen, unsere Landwirtschaft und Weinbau wieder krisenfest zu machen. Es ist für uns Bauern bestimmt keine befriedigende Lösung, wenn man immer auf Staatshilfen angewiesen ist.

Diese Dinge abzuändern, wären der Landesregierung und Bundesregierung möglich, wenn sie bereit wären, die alten Überlieferungen der Ministerialbürokratie über Bord zu werfen und mit neuen, den modernen Verhältnissen entsprechenden Gesichtspunkten Agrarpolitik zu machen.

Ein wesentlicher Punkt zur Durchführung der Flurbereinigung in diesem Lande ist die Besetzung der Kulturämter mit gut ausgebildeten Fachkräften, die zahlenmäßig so viel sein müssen, daß die Umlegung reibungslos vonstatten gehen kann. Während der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß wurde oft die Äußerung gemacht, daß es bei den Beamten der Kulturämter an dem nötigen Nachwuchs fehle.

Hier muß ich dem Herrn Minister, der heute nachmittag nicht bei uns ist, eine Empfehlung geben. Ich glaube, daß es eine vordringliche Aufgabe ist, festzustellen, woran es liegt, daß man bei unserer Jugend nicht gewillt ist, diesem Beruf sich zu widmen. Der Herr Minister als Mitglied der Landesregierung ist bestimmt in der Lage, diese Dinge, seien sie finanzieller oder sonstiger Art, dem Hohen Hause vorzutragen und dadurch Abhilfe zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, wenn man genügend Lehrstellen zur Verfügung stellen würde, hätten wir diesen hohen Bedarf heute nicht.

Zur Durchführung selbst werden Sie mir, meine Damen und Herren, sagen, um sich dieser Aufgabe widmen zu können, ist der Widerstand der Bauern in einzelnen Gebieten noch sehr stark. Sicher gibt es Widerstände. Und gerade sie sind zu überwinden, wenn man von seiten des Staates soviel Mittel zur Durchführung der Flurbereinigung zur Verfügung stellt, daß auf den einzelnen Betrieb nicht mehr als 10 v. H. der Gesamtkosten fallen. Dabei müssen wir die Betriebsgrößen in unserem Lande berücksichtigen, die in der Hauptsache zwischen 2 und 5 Hektar liegen. Den größten Widerstand gegen die Flurbereinigung haben wir im Weinbaugebiet. Und dies, meine Damen und Herren, nicht ganz mit Unrecht. Herr Ministerialdirektor, nehmen Sie mir es bitte nicht übel, wenn ich hier etwas sage, was meiner Meinung nach in den Arbeitsbereich Ihres Ministeriums fällt. Diese Widerstände gegen die Flurbereinigung im Weinbau haben wir deshalb, weil man von seiten der Forschungsanstalten und der Staatsdomänen bis zur Stunde nicht in der Lage ist, den Winzern konkrete Vorschläge zu machen, nach diesen und jenen Gesichtspunkten ihre

Weinberge anzulegen. Auch ist es ein großer Fehler, daß man von seiten der Behörden unserer Wissenschaft oft nicht die nötige Beachtung schenkt. Ich denke hierbei an die Unterlagsfragen in unserem Lande.

2. Ein weiterer Hauptpunkt ist die Wirtschafts- und Marktlage für Erzeugnisse aus Landwirtschaft und Weinbau. Hier müßte die Regierung grundsätzlich bereit sein, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern, wenn wir in absehbarer Zeit die Krisenfestigkeit erreichen wollen. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft, speziell im Weinbau, dürfen nicht länger diesen großen Konjunkturschwankungen ausgesetzt sein. Wir Bauern müssen in den Betrieben planen können. Das ist nur möglich, wenn wir eine einigermaßen stabile Preispolitik haben. Wenn damit auch eine entscheidende Frage der Bundeswirtschaftspolitik angesprochen ist, so haben wir auch in diesem Hause die Pflicht, aus den besonderen Verhältnissen dieses Landes heraus ganz besonders dringlich eine solche weitschauende und solide Agrarpolitik zu fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier gleich den Abänderungsantrag Nr. II/118, den Sie alle vorliegen haben, begründen. Wir haben in den Beratungen des Einzelplans 07 Kapitel 08 den Titel 317 neu geschaffen: Landeszuschuß zur Förderung der Landjugend, und 30 000 DM eingesetzt. Dieser Betrag ist viel zu gering, wenn wir uns vorstellen, daß allein die Durchführung des Berufswettkampfes 60 000 DM benötigt. Die Herren Kollegen, die gestern zum Kultusetat gesprochen haben, wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß es von größter Wichtigkeit sei, gerade den Ausbildungsgrad der ländlichen Bevölkerung auf das höchste Niveau zu bringen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache II/118, Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Bögl:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Peters von der Fraktion der CDU.

**Abg. Peters:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten ist im Haushalts- und Finanzausschuß eingehend beraten worden. Es sind Ihnen eben von meinem Kollegen Wetzel die Zahlen bekanntgegeben worden, so daß ich nur noch zu einzelnen Sachgebieten Stellung nehmen werde, und hier greife ich einige förderungswürdige landwirtschaftliche Probleme heraus. In diesem Jahr sind diese Probleme auch zum ersten Mal in dem Grünen Bericht des Bundesernährungsministeriums angeführt, wobei die Maßnahmen zur Milderung der festgestellten Disparität in der Landwirtschaft bekanntgegeben werden.

Man darf wohl sagen - alle Parteien des Bundestages haben dies auch bestätigt -, daß die vorgesehenen Maßnahmen eine Hilfe für die Landwirtschaft bedeuten, die mancher Bauer nach dem vorhergegangenen Milchpreisgezänk nicht erwartet hätte. Die ganze Unruhe unter der sonst so konservativen Landwirtschaft wäre nicht gekommen, wenn die Bundesregierung nur einen Teil der jetzigen Maßnahmen schon bei der sogenannten Soforthilfe im vergangenen Jahre verwirklicht hätte.

(Vereinzelter Beifall im Hause.)

(Peters)

Ich darf aber zur Freude des bäuerlichen Berufsstandes feststellen, daß hier in Rheinland-Pfalz kein Milchstreik stattgefunden hat, wofür ich auch den Gewerkschaften als Bauer - und das ist mein Beruf - hier vor diesem Hause meinen Dank aussprechen möchte.

(Beifall des Hauses.)

Zudem hat sich dieses Hohe Haus bei der 4. Sitzung am 20. September 1955 zu den sachlich begründeten Ausführungen meines Kollegen Hachenberg für die Wiederherstellung des früheren Nord-Süd-Preisgefälles von 2 Pfennig pro Liter Trinkmilch im Lande Rheinland-Pfalz ausgesprochen. Damals hat Herr Minister Stübinger, der bei der Sitzung anwesend war, zugesagt, sich bei der Bundesregierung weiter für diese gerechte Forderung einzusetzen. Ich möchte nur wünschen, daß er uns demnächst von einem Erfolg berichten kann. Denn bei dem Dieselkraftstoff besteht ja auch ein Nord-Süd-Preisgefälle von 2 bis 4 Pfennig je kg zu Ungunsten der Bauern hier in unserer Gegend. Ich möchte aber noch bei der Milch bleiben, bei deren Debatte, wie man sagt, schon manchem die Milch sauer geworden bzw. übergelaufen ist und im Laufe der Zeit noch überlaufen wird, und zwar sowohl beim Erzeuger wie beim Verbraucher wie aber auch bei den amtlichen Stellen, die sich damit zu beschäftigen haben; denn der Milchpreis ist für den Bauern noch nicht in Ordnung. In dem erwähnten Grünen Bericht ist einwandfrei festgestellt, daß es den landwirtschaftlichen Betrieben mit dem größten Grünlandanteil, also den Betrieben der Höhegebiete, wirtschaftlich am schlechtesten geht. Dabei muß jeder wissen, daß in unserem typisch kleinbäuerlichen Land mit großem Grünlandanteil und starker Veredelungswirtschaft das bäuerliche Einkommen noch wesentlich unter der untersten Grenze liegt, die nach dem Grünen Bericht errechnet wurde. Mit anderen Worten, in den Höhegebieten und Mittelgebirgs-lagen unseres Landes ist eine geradezu erschreckende Unterbilanz, die sich im Lebensstandard unserer bäuerlichen Familie bedrohlich auswirkt, vorhanden.

Zudem muß festgestellt werden, daß dieser Bericht die bäuerlichen Verhältnisse, unseres Landes mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 4 bis 5 Hektar nicht genügend berücksichtigt hat. Es wird Aufgabe des Landes, insbesondere des Landwirtschaftsministeriums, sein, alles daranzusetzen, für den nächsten Bericht die Unterlagen zu erarbeiten, damit unserer besonderen Lage auch Rechnung getragen wird. Leider ist es so: je schöner die Landschaft, um so ärmer der Bauer! -

(Sehr richtig! im Hause.)

Auch die Getreide-Hackfrucht-Betriebe ohne Weideland, die viele Fremdarbeiter beschäftigen und zum kaufmännischen Rechnen gezwungen sind, haben vielerorts festgestellt, daß ihnen als Rente nur aus dem Milchviehstall der Mist als Humusversorger des Ackers übrig bleibt. Ich möchte Ihnen hier keine Milcherzeugungskalkulation aufmachen, da sie nichts mit dem Etat des Landes zu tun hat, aber ich möchte an dieser Stelle feststellen, daß der Durchschnitt der Rindviehbestände in unserem Lande bei den Kleinbetrieben bei 3 bis 6 Tieren liegt. Dort hat die Bauersfrau die schwere und nicht immer angenehme Stallarbeit zu verrichten. Ich glaube, wenn man vom Milchpreis als einem sozialen Preis spricht, daß dieser eher beim Milcherzeuger als beim Milchverbraucher liegt.

(Abg. Dröscher: Das Unsoziale meinen Sie!)

Für die Durchführung der Schulmilchspeisungen hat der Bund 6 Millionen DM zur Verfügung gestellt mit der Auflage, daß sich die Länder mit der gleichen

Summe beteiligen möchten. Sobald die genauen Richtlinien bekanntgegeben werden, wird sich der Haushalts- und Finanzausschuß noch mit dem Nachtrags-haushalt des Landes wegen dieses Problems und wegen anderer Förderungsmaßnahmen aus dem Grünen Bericht, die eine Beteiligung der Länder voraus-schicken, zu beschäftigen haben. Ich zweifle nicht daran und setze das Vertrauen in dieses Hohe Haus, daß ein solcher Nachtrag die Zustimmung des Landtages finden wird.

Im Etat ist für die Tbc-Bekämpfung der Rindviehbestände mit Zustimmung aller Fraktionen des Landtages ein Betrag von 2 Pfennig pro Liter Milch aus amtlich anerkannten tbc-freien Beständen eingesetzt worden. Wir sind uns wohl alle bewußt, daß es ein hoher Betrag ist, den das Land Rheinland-Pfalz dafür aufbringt. Die Ausgabe ist aber wegen der Volksgesundheit nicht zu umgehen und steht in keinem Verhältnis zu den Beträgen, die der einzelne Bauer für die Sanierung seiner Rindviehbestände aufzubringen hat. Dazu gesellt sich noch das Schreckgespenst des Abortus Bang, der Brucellose, mit deren Bekämpfung sich der Landtag demnächst leider auch noch zu befassen haben wird.

Ich möchte aber jetzt schon die Landwirtschaft darauf aufmerksam machen, daß es - da die tbc-freien Bestände von Monat zu Monat anwachsen - dem Lande im kommenden Jahre kaum möglich sein wird, den Hygienepreisbeitrag in der Höhe von 2 Pfennig pro Liter Milch noch aufrechtzuerhalten. Dann wird man jedoch mehr mit festen Zuschüssen für Ausmerzungs-beihilfen und Schaffung von tbc-freien Milcheinzugs-gebieten rechnen müssen. Auch die Ausmerzbeihilfe zur Sanierung der Bestände muß künftig allen Betrieben im gleichen Ausmaß zur Verfügung gestellt werden.

(Abg. Dröscher: Sie haben vorhin unseren Antrag abgelehnt!)

Ich hoffe, daß die erhöhten Zuschüsse des Bundes und auch des Landes es möglich machen; denn Herr Minister Dr. Zimmer hat uns heute morgen mitgeteilt, daß für diese Sache festgebunden schon 5,5 Millionen für Tbc-Bekämpfung und 0,5 Million für Abortus-Bang-Bekämpfung eingesetzt werden sollen. Jetzt komme ich darauf, weshalb ich heute morgen Ihrem Antrag nicht zustimmen konnte, weil wir nämlich auf dem Standpunkt stehen, daß wir mit der bisherigen Regelung der Ausmerzungsbeihilfen nicht einverstanden sind.

(Abg. Dröscher: Aber Sie brauchen doch mehr Geld!)

Wir haben es deshalb auf die 2 Pfg. für die Milch gelegt, weil wir auf dem Standpunkt standen, daß das die gerechte Verteilung ist.

(Abg. Dröscher: Das langt doch nicht! - Beifall bei der CDU.)

Bei dem bisherigen schwerpunktmäßigen Einsatz haben sich in den unberücksichtigten Gebieten - beispielsweise bei mir im Kreise Mayen - erhebliche Härtefälle ergeben, die zu der Mutmaßung Anlaß gaben, daß man höhererorts die erheblichen finanziellen Belastungen, die der Bauer nicht zuletzt im Interesse der Gesamtbevölkerung auf sich nimmt, nicht erkannt hat.

Die Tbc-Freiheit der Rinderbestände muß sich aber möglichst bald und dann in zunehmendem Maße auch so auswirken, daß der Milchtrinker, d. h. die Bevölkerung, auf Grund der Kurzerhitzung eine qualitativ-bessere Milch erhält. Dies wird sicherlich zu einem größeren Trinkmilchverbrauch führen und der Stadt und dem

(Peters)

Land dienen. Wie ich höre, sind dieserhalb bereits Schritte im Landwirtschaftsministerium unternommen worden, und wir hoffen, daß demnächst nur noch Trinkmilch aus tbc-freien Beständen angeboten werden kann. Doch genug davon, sonst wird uns die Milch doch noch sauer!

Nun zur Landeskulturverwaltung! Im Etat sind dafür zirka 12 Millionen DM vorgesehen. Zuzufolge der Maßnahmen des Grünen Berichts werden vom Bund noch einige Millionen dazu kommen. Ich darf im Zusammenhang mit meinem Antrag immer wieder sagen: Wenn der Grüne Bericht in seinen Ausführungen durchkommt und verwirklicht wird, dann müssen wir uns darüber einig werden, daß wir diese Ansätze noch machen müssen. Es zeigt sich ein großes Bestreben, die Flurbereinigung noch schneller durchzuführen. Auch das große Interesse, daß man von seiten der Bauern und Winzer dieser Arbeit entgegenbringt, kann man nur begrüßen. Wir bitten die Landesregierung, das Personal zu vermehren und somit die Arbeit noch zu verstärken.

Im vergangenen Jahr sind zwei neue Kulturämter, und zwar in Kaiserslautern und in Birkenfeld, errichtet worden. Ein weiterer Antrag von Bitburg liegt vor. Wir hoffen, daß auch er verwirklicht werden kann. Dabei ist auf die Aufstockung der Betriebe zu Vollbauernstellen sowie auf die Auflockerung des Dorfes durch Aussiedlung der größte Wert zu legen. Es ist natürlich klar, daß die seit Generationen hier im Westen übliche Realteilung mit ihrer zur Unwirtschaftlichkeit verurteilten Flurzersplitterung nicht in einem Jahr beseitigt werden kann. Es wäre dabei zu begrüßen, wenn noch schärfere Bestimmungen ausgearbeitet würden, damit die neuzusammgelegten Flächen nicht mehr zerstückelt werden können.

In diesem Sinne ist die Höfeordnung nur zu begrüßen. So werden die von Bund und Land gegebenen Gelder noch lange nützlich angewandt bleiben. Bei der Erbteilung - in der Höfeordnung ist ja vorgesehen, daß keine Erbteilung stattfinden darf in der Form von Land - wirkt es sich besonders ungünstig für den künftigen Bewirtschafter aus, daß der Grund und Boden nicht mehr nach dem Ertragswert aus der landwirtschaftlichen Nutzung, sondern vielerorts, durch Landmangel bedingt, nach einem erhöhten Verkehrswert ja sogar als Kapitalanlage bezahlt wird. Millionen solch überhöhter Verkaufserlöse aus Landerbteilungen wandern somit jährlich vom Land in die Stadt und schwächen die Finanzkraft des auf der Scholle gebliebenen Bauern ungeheuerlich.

Die Zinsen für die Kapitalaufnahme bringt der Bauer zur Not noch auf, aber die Abtragung der Schuld, auch auf Jahre gesehen, bringt er nicht fertig. Nach dem Grünen Bericht ist die Landwirtschaft mit 7 Milliarden DM verschuldet, was von vielen Seiten unverständlicherweise noch als normal angesehen wird. Man berechnet dabei wohl den angegebenen Wert des Grund und Bodens, aber nicht den Wert seiner Verzinsung; denn das beste Beispiel für die Verzinsung in der Landwirtschaft sind doch die eigenen Pachteinnahmen des Landes aus seinen Staatsdomänen. 14 Höfe mit 717 Hektar Acker, 472 Hektar Weiden, mit Einnahmen und Ausgaben von zirka 80 000 DM gehen im Etat mit plus-minus-null auf. Das ist die Verzinsung in der Landwirtschaft.

So sind die Zuschüsse zur Flurbereinigung und die Zinsverbilligung für die Besitzbefestigung angebracht und gerechtfertigt. Das ermöglicht die Voraussetzung für die Mechanisierung in der Landwirtschaft, führt zu einer besseren Lebenshaltung auf dem Lande und gibt für die Zukunft die Gewähr, die Erzeugung des täglichen Brots im Inlande zu sichern. Es gibt jedoch in un-

serem Lande einzelne Kreise, besonders in Birkenfeld, im Oberwesterwald und in anderen Gegenden, wo durch besondere Umstände bedingt viele Äcker brachliegen. Die Landsiedlung Rheinland-Pfalz hat, ich glaube, es sind über 2000 Hektar dieser Stückländereien aufgekauft. Die starren Bestimmungen über die Landsiedlungsbeschränkungen, die bei der Landsiedlung auch bei einer Aufstockung von Bauernbetrieben angewandt werden müssen, die weit unter der Grenze der selbständigen Ackernahrung liegen, halten die meisten Bauern von dem Erwerb des Landes ab.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Wenn es auch eine Hauptaufgabe der Landsiedlung ist, durch Vergrößerung von Kleinbetrieben und durch Neuan siedlung die Zahl der voll lebensfähigen bäuerlichen Familienbetriebe in unserem Lande zu vermehren, so darf das Bedürfnis kleinerer Betriebe nach Landzulage, auch wenn diese Betriebe nicht auf Ackernahrungsgröße zu bringen sind, nicht außer acht gelassen werden.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Ich begrüße es deshalb, daß im Etat unter Kapitel 50 ein Betrag von dreimal hunderttausend DM zur Zinsverbilligung zum Landaufkauf zur Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe außerhalb der Siedlung eingesetzt wurde.

(Abg. Dröscher: Sehr richtig!)

Nun, meine Damen und Herren, zum Schluß eine andere Angelegenheit, die auch im „Grünen Bericht“ erwähnt wurde, auf die man aber meines Erachtens immer und immer wieder hinweisen sollte, damit alle Ämter, besonders das Landwirtschaftsministerium und die Industrie- und Handelskammern in Bund und Land sie nicht nur wohlwollend prüfen, sondern auch ernstlich an ihre Verwirklichung herangehen. Es handelt sich um die Errichtung gewerblicher und auch industrieller Betriebe in kleinstädtischen Bezirken. Ich weiß, daß viele Orts- und Amtsbürgermeister schon jahrelang sich darum bemühen; denn sie wissen, daß es Wohlstand in ihre Dörfer bringt. Wenn man z. B. hört, daß die BASF in Ludwigshafen ihre Belegschaft um 20 000 Menschen und auch die Firma Opel in Rüsselsheim ihren Personalbestand erhöhen will - um wieviel, kann ich nicht sagen; ich habe es aus der Presse erfahren -, wenn die Firma Opel - zum Teil mit Omnibussen - auf weite Strecken ihre Arbeitskräfte aus den Dörfern vorerst noch im Pendelverkehr zusammenholt, wenn die Städte immer größer werden und in zunehmendem Maße eine Landflucht einsetzt, kann man diese Entwicklung nicht mehr gutheißen.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Wir bitten im Interesse der Erhaltung der kleinstädtischen Betriebe, die nicht daran schuld sind, daß sie in einer kargen Gegend ansässig sind und nur einige Hektar Land besitzen und auf Nebenbeschäftigung angewiesen sind, daß man sich ernstlich mit diesem Problem befaßt.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Wir wissen nur zu gut, daß man keine Großindustrie in abgelegene Gegenden verlegen kann; aber bei mancher Zubringerindustrie wäre es bei gutem Willen schon möglich. Finanzielle Vergünstigungen, Investierung und Abschreibungsmöglichkeiten könnten auf diesem Gebiete ein großer Anreiz für die Errichtung industrieller Betriebe sein. Wir bitten hierbei um die wohlwollende Fürsprache des Herrn Ministerpräsidenten auch in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz und als Mitglied des Bundesrates. Dabei möchte ich noch einmal auf die Anträge

(Peters)

des Oberwesterwaldkreises und Teile der Eifel aus dem Kreis Mayen, in das Sanierungsprogramm einbezogen zu werden, die bis heute noch keine Berücksichtigung erfahren haben, nochmals an dieser Stelle hinweisen. So glaube ich, daß der Landwirtschafts-Etat des Landes Rheinland-Pfalz in Verbindung mit den Maßnahmen aus dem „Grünen Bericht“ der Bundesregierung für die Produktivität und die Rentabilität der Landwirtschaft und besonders der bäuerlichen Familienbetriebe, die wir alle zum Wohle des Volkes und seiner Ernährung erhalten, festigen und fördern wollen, eine gute Hilfe bringen wird. Ich möchte zum Schluß noch dem Herrn Minister und seinen Beamten und Angestellten für die nicht immer leichte Arbeit, die sie im vergangenen Jahr zum Wohle der Landwirtschaft getan haben, meinen Dank aussprechen.

(Beifall des Hauses.)

**Vizepräsident Bögl:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schultz von der Fraktion der FDP.

**Abg. Schultz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Peters hat schon darauf hingewiesen, daß die Beratung des diesjährigen Haushaltsplanes sozusagen unter einem neuen Vorzeichen steht, und zwar deswegen, weil sich im Bund, wo ja letztlich die Agrarpolitik bestimmt wird, in den letzten Jahren allerhand getan hat. Er hat schon darauf hingewiesen, daß der „Grüne Bericht“ und die daneben vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft auch für Rheinland-Pfalz eine tiefgreifende Wirkung haben werden. Auch der Herr Kollege Müller von der Fraktion der SPD hat schon darauf hingewiesen, daß hier für Rheinland-Pfalz zur Vervollständigung des „Grünen Berichtes“ insbesondere für das nächste Jahr noch allerhand zu tun ist, weil wir ja 92,6 Prozent der Betriebe unter 10 Hektar haben, und weil dafür die Unterlagen zur sachlichen Diskussion über landwirtschaftliche Probleme noch nicht vorliegen. Das kommt ja deswegen, weil man sich beim „Grünen Bericht“ hauptsächlich auf die Buchführungsergebnisse und auf Angaben von Instituten gestützt hat; und es ist nun einmal so, daß wegen der geringen Rendite der Kleinbetriebe keiner buchführungspflichtig ist, auch kein Interesse hat an der Buchführung. Also ist daraus schon zu ersehen, daß hier etwas getan werden muß. Das Ministerium muß darauf bedacht sein, mit Hilfe der Kammern und Organisationen diese Testbetriebe in den Betrieben unter 10 Hektar zu finden und auszuwerten, damit wir nächstes Jahr auch für Rheinland-Pfalz einen besseren Überblick im „Grünen Bericht“ haben werden als jetzt.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

In einem Nachsatz zu den Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft vermerkt die Bundesregierung, daß sie erwartet, daß die Länder sie durch eine ihren Kräften entsprechende Mehrleistung in ihren vorgesehenen Aktionen nachdrücklich unterstützt. Nun steht in jedem Landeshaushalt der Landwirtschaftsetat in einem gewissen Verhältnis zu den anderen Etats. Es ist also nicht möglich - so wünschenswert das wäre, und so sehr wir das von der Landwirtschaft aus begrüßen würden -, den Etat willkürlich zu erhöhen. Er kann nur im Rahmen eines sich erhöhenden Sozialproduktes erhöht werden, so wie wir es feststellen können, wenn wir uns die Landwirtschaftsetats der früheren Jahre ansehen, die ja immer mehr zugenommen haben auch in ihren Förderungs- und Hilfsmaßnahmen. Nun wird eine Erhöhung bei uns - vor allen Dingen auch des Sozial-

produktes - nicht so schnell vorangehen wie in anderen Ländern der Bundesrepublik, die hauptsächlich industrielle Wirtschaft haben; denn bei der Landwirtschaft geht es nun einmal langsamer, das wissen wir ja. Und so sind unseren Einnahmen sehr viel engere Grenzen gesetzt als z. B. Ländern wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg. Nun will die Landesregierung ja die Hilfen für die Landwirtschaft gezielt einsetzen, indem sie sagt: Es gibt Betriebe, die sehr gut rentieren, die brauchen keine Hilfe, und welche, die schlecht rentieren, denen muß geholfen werden. Und da meine ich, daß auch die Geldmittel des Bundes ebenso gezielt eingesetzt werden müssen, d. h. daß in die Wirtschaft der hauptsächlich agrarisch bedingten Länder mehr Mittel fließen müssen als in die reicheren Länder, die von sich aus mehr tun können. Ich glaube, daß an sich der Logik nach dieser Wunsch richtig ist. Ich weiß natürlich nicht, ob er sich verfassungsrechtlich oder sonstwie irgendwie durchführen läßt, ob es möglich ist, von dem Schema der Verteilung abzuweichen. Ich darf aber die Anregung geben und bitten, daß man im Bundesrat versucht, entsprechend einzuwirken und vorzugehen.

Der Herr Kollege Peters hat sich des längeren mit der Milch beschäftigt. Auf die Gefahr hin, daß sie nun wirklich sauer wird, muß ich auch dazu noch etwas sagen,

(Heiterkeit im Hause.)

und zwar deswegen, weil ich nicht mit allen seinen Ausführungen ganz übereinstimmen kann. Darüber sind wir uns einig, daß der Milchpreis die Gestehungskosten nicht deckt. Das wissen alle Gelehrten, und wir wissen es besonders. Ich bin der Meinung, daß man alle Möglichkeiten ausnutzen muß, um auch im Preis für den Erzeuger einen Schritt weiterzukommen; deswegen ja seinerzeit die Anfrage der CDU-Fraktion - von der Sie auch schon gesprochen haben - wegen des Milchpreisgefälles. Ich kann allerdings nicht ganz Ihren Optimismus teilen, daß wir - nach der Auskunft, die damals der Herr Minister gegeben hat, nämlich die Dinge über den Bundesausgleich in Ordnung zu bringen - dadurch sehr viel weiter kommen werden, und zwar deswegen, weil in dem Beirat des Bundesernährungsministeriums, wo über die Ausschüttung des Bundesausgleiches beschlossen wird, kein Vertreter von Rheinland-Pfalz sitzt. Wir haben deswegen bisher noch nie etwas vom Bundesausgleich zurückbekommen. Außerdem könnte, wenn eine solche Ausschüttung auch für unser Land in Frage kommen sollte, eine Anhebung des Preises von höchstens einem halben Pfennig - also nicht die zwei Pfennig, die wir gehabt haben - erfolgen, und zwar aus rein geldlichen Gründen. Es bleibt also gar nichts anderes übrig, als daß wir dem Ministerium den Wunsch und die Bitte vortragen, daß das Ministerium in Verbindung mit den anderen süddeutschen Ländern sich dafür einsetzt, daß das ursprüngliche Milchpreisgefälle wiederhergestellt wird.

(Abg. Werle: Das war ja der Antrag der CDU.)

- Ja, das war Ihr Antrag gewesen; nur sage ich, es geht nicht, wie es der Minister meint, wir könnten es über den Bundesausgleich machen, sondern wir wollen dann, wenn wir einen Antrag stellen, ganz klar sagen: Wir müssen uns so stark machen mit den anderen süddeutschen Ländern, daß wir die zwei Pfennig wieder bekommen. Alles andere ist - ich will keinen unparlamentarischen Ausdruck gebrauchen - aber nicht - -

(Abg. Beckenbach: Realistisch!)

- realistisch. Vielen Dank, Herr Beckenbach!

Nun halte ich die Erhöhung des Milchpreises beim Erzeuger für außerordentlich wichtig, so unangenehm das auch manchem in den Ohren klingen mag, und

(Schultz)

zwar deswegen, weil wir ja durch die Umstellung der Rinderbestände auf Tbc-Freiheit erhebliche Kosten haben. Ich bin deshalb auch sehr zufrieden, daß der Haushalts- und Finanzausschuß diesen Beschluß wegen der zwei Pfennig gefaßt hat. Ich bin aber entgegen dem Herrn Kollegen Peters der Meinung, daß dieser Zuschuß mit den zwei Pfennig nicht abgebaut werden kann - zumindest nicht für die nächsten Jahre -, sondern daß er für die nächsten Jahre beibehalten werden muß, weil meiner Meinung nach auf diese Art der stärkste Anreiz gegeben wird, in der gewünschten Richtung vorwärtszugehen, und weil das außerdem, glaube ich, zugemutet werden kann. Ich bin eher bereit, darüber zu reden, ob man nicht dann lieber den Zuschuß für die Ausmerzungsbeihilfen, der im Innenministerium etatisiert ist, fallen läßt.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Diesen würde ich eher fallen lassen als diesen Zuschuß für den tatsächlich tbc-freien Liter Milch. Selbstverständlich muß man, wenn man Zuschüsse gibt, auch an die, die die Zuschüsse bekommen, gewisse Forderungen richten. Diesen Forderungen auf dem Gebiet der Milchwirtschaft Ausdruck zu geben und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen, ist Sache des Landeskontrollverbandes, der in Kapitel 12 etatisiert ist. Dieser Landeskontrollverband hat die wichtige Aufgabe, im Verkehr der Molkereien mit den Erzeugern als unparteiische Instanz zu wirken und vor allen Dingen auch dafür zu sorgen, daß möglichst viele Betriebe sich der Leistungskontrolle anschließen. Denn es ist ja ganz egal, ob ich nun eine Kuh füttere, die meinerwegen nur 2500 Kilogramm Milch gibt, oder ob ich eine füttere, die 4000 Kilogramm Milch gibt. Die Mehrkosten, die mir dabei entstehen, werden durch die Mehrleistung mehr als wettgemacht. Wir haben bisher nur 7,4 Prozent aller Kühe in Rheinland-Pfalz in der Leistungskontrolle. Das ist der Landesdurchschnitt; allerdings liegen die Verhältnisse in einzelnen Molkereieinzugsgebieten sehr viel besser. Ich möchte hier an die Molkeerei von Giershausen erinnern, die den Höchststand mit 39 Prozent hat.

Ich glaube, der Grund, weshalb bisher noch keine rechten Fortschritte erzielt worden sind, liegt darin, daß zuwenig Propaganda dafür gemacht worden ist. Das wäre möglich bei den großen Generalversammlungen der Molkereien, die zum großen Teil ja bäuerliche Genossenschaften sind, wenn dort über diese Dinge gesprochen wird. Ich glaube weiter, daß es notwendig wäre, die Leistungsprüfer - also die Leute, die das machen - ebenfalls einer Überprüfung zu unterziehen. Zur Zeit sind dafür Personen im Nebenberuf eingesetzt, die nach der Zahl der kontrollierten Kühe bezahlt werden, und die dabei auf einen zusätzlichen Verdienst von etwa 327 DM im Monat kommen. Ich stütze mich dabei auf Zahlen aus dem Jahre 1954. Ausbildungsmäßig müssen sie eine Landwirtschaftsschule besucht haben. Ich bin nun der Meinung, wenn eine Werbung für Kontrolle Erfolg haben soll, dann müssen die dafür eingesetzten Prüfer eine gediegene Vorbildung haben, damit sie von den Bauern als Berater geschätzt und auch angenommen werden. Vielfach ist es doch so, daß wohl das Problemelken durchgeführt wird, daß aber dann die daraus abzuleitenden Folgerungen nicht gezogen werden, und zwar deshalb nicht, weil der Prüfer auch nicht mehr davon versteht als der Betriebsleiter. Es wäre meiner Ansicht nach richtig, die Zahl der Prüfer zu verringern, sie hauptberuflich tätig werden zu lassen, ihnen einen größeren Bezirk zu geben - so daß sie auch wirklich von diesem Beruf leben können - und dafür dann - sagen wir -

Diplomlandwirte einzustellen. Ich würde darum bitten, daß auch diese Anregung vom Ministerium einmal geprüft wird.

Außerdem ergeben sich in der Praxis noch gewisse Schwierigkeiten auf dem Weg zwischen Milcherzeugern und Milchverarbeitern bei den Kontrolleuren, die die Fettprozent kontrollieren, wenn die Milch an der Rampe angeliefert wird. Es gibt immer wieder Streit über die Fettprozent und es wird neuen Streit geben über den Reinheitsgrad der Milch. Das schwerstwiegende Argument, das aus Bauernkreisen immer vorgebracht wird, besteht darin, daß diese Leute nicht so gestellt seien, um sie für dieses recht verantwortungsvolle Amt unabhängig zu machen. Ein solcher Kontrolleur bekam im Jahre 1954 - und das wird wohl heute auch noch sein - pro Monat 480 DM. Ich meine, daß man hier auch eine Verbesserung in der Bezahlung vornehmen müßte, selbst dann, wenn dafür zusätzliche Geldmittel für den Landeskontrollverband notwendig würden; denn die Dinge, die hier zu behandeln sind, sind so wichtig und sie haben einen solchen Wert, daß man dafür etwas tun müßte.

Damit will ich aber nun das Thema Milch von mir aus verlassen.

Wir haben weiter im Etat unter den allgemeinen Bewilligungen den Titel für die Förderung der Gemeinschaftsanlagen. Dabei möchte ich von einer Gemeinschaftsanlage sprechen, von der man bisher noch nicht gesprochen hat und an die man nicht gedacht hat. Das ist die Förderung des Baues von Zuckerrübenverladeeinrichtungen an der Bahn. Das ist eine Sache, die zur Zeit finanziert wird von den zuckerrübenanbauenden Bauern, von den Zuckerfabriken und von der Bundesbahn. Die Sache geht verhältnismäßig langsam vorwärts. Dabei ist dies wirklich eine Rationalisierungsmaßnahme, die dem bäuerlichen Betrieb einen erheblichen Arbeitsaufwand, Kraftanstrengung und auch Arbeitskräfte erspart. Wenn man von Gemeinschaftsanlagen spricht, dann muß man diesen Gedanken mit hineinnehmen.

(Abg. Dröscher: Also Titelerhöhung!)

Und man sollte in Zukunft - auch ohne Titelerhöhung! - langsam, wie wir das immer getan haben, mit einer Sache anfangen und dann stetig fortschreiten. Ich denke dabei natürlich - jetzt lachen Sie nicht - an die Selztalbahn. Als alter Selztalbahnkämpfer bin ich überhaupt erst auf diesen Gedanken gekommen,

(Zurufe und Heiterkeit des Hauses.)

und zwar deswegen, weil diese Bahn ja nun weggefallen ist, -

(Abg. Hachenberg: Sie ist doch verkauft!)

- ja, davon haben die Bauern aber nichts bekommen! - und die Bauern nun wesentlich weitere Wege zu fahren haben. Ich wäre dem Landwirtschaftsministerium sehr verbunden, wenn es möglich wäre, für den in diesem Jahr geplanten Bau der Rampen in Niederolm und Marienborn - die nunmehr wesentliche Ablieferungsbahnhöfe für die Selztalbahnzuckerrübenbauern darstellen werden - einen Zuschuß von je 10 000 DM zu geben. Das würde bedeuten, daß die Rampe über den jetzigen Plan hinaus um eine Waggonlänge vergrößert würde, so daß damit auch nun dieser neue Anstrom zügig abgefertigt werden könnte, während sich bei einem Bau mit den jetzt vorhandenen Geldmitteln schon wieder ein Engpaß ergibt.

Eine weitere Sache habe ich noch auf dem Herzen. Unter den landwirtschaftlichen Produkten, die preisgebunden sind, befindet sich auch das Getreide, und der

(Schultz)

Staat hat hier eine gewisse Verpflichtung, nun auch für den Absatz zu sorgen. Bei den anderen nicht preisgebundenen Produkten kann er das ja dem Bauern überlassen. Nun mußten durch die schlechte Witterung im Jahre 1954 und zum Teil auch im Jahre 1955 erhebliche Abzüge gemacht werden wegen des zu nassen Getreides, also Feuchtigkeitsabzüge. Das hat nun überall ziemlichen Stunk erregt - aber das ist auch kein parlamentarischer Ausdruck -, das hat also ziemliche Verärgerung hervorgerufen insofern, als man sich nicht darüber einig war, wer nun die Proben nehmen sollte, wie gegenkontrolliert werden sollte, und es sind erhebliche Beschwerden gekommen. Außerdem haben sich dann mit den Abzügen für den Wassergehalt weitere Abzüge für zerschlagene Körner, für Unkrautbesatz usw. eingeschlichen, die nicht vorgesehen waren. Ich glaube, es wäre notwendig, daß das Landwirtschaftsministerium mit den Berufsverbänden und den beteiligten Leuten - nämlich dem Landhandel und den Mülereiverbänden - in Verbindung setzt, und daß man hier eine Regelung findet, die sowohl dem Erzeuger als auch nachher dem verarbeitenden Betrieb Rechnung trägt.

Über das Kapitel Landeskultur hat auch schon Herr Kollege Peters gesprochen. Ich kann mich deshalb nur auf einige Bemerkungen beschränken. Wir sind der Meinung, daß die Förderung der Flurbereinigung besonders im Süden des Landes notwendig ist, weil dieser von Natur aus einerseits durch die Realteilung und andererseits durch die weniger starke Förderung von früher her besonders anfällig ist. Man ist in dieser Beziehung weiter zurück als im Norden, wo - als früheres preußisches Gebiet - mehr Wert auf diese Dinge gelegt wurde und infolgedessen die Einstellung dazu anders war als im Süden. Herr Kollege Müller hat gesagt, es sei da zu wenig getan worden. Dem kann ich eigentlich nicht beipflichten. Ich glaube, wir haben hier wirklich schon erhebliche Fortschritte gemacht. Auch von den Bauern her wird darauf gedrängt. Das sieht man ja zum Beispiel daran, daß das Kulturamt Worms - um nur eins zu nennen - bis zum Jahre 1963 mit Anträgen auf Flurbereinigungen eingedeckt ist, vorausgesetzt, daß es bei dem bisherigen Personalstand verbleibt. Auch die Personalvermehrung, so wünschenswert sie wäre, ist ja nicht von heute auf morgen durchzuführen. Man kann Dinge, die über Jahre hinweg am Boden geschleift haben, nicht plötzlich in wenigen Jahren nachholen, auch nicht im Zeitalter der Atombombe. Es scheint mir aber notwendig zu sein, daß man sich für diese Zusammenlegungen auch aller Möglichkeiten bedient. Man muß dafür Leute im Werkvertrag gewinnen, besonders für die beschleunigte Zusammenlegung, die keine Wegebauten, Meliorationen usw. vorsieht, wo man also zunächst nur erreicht, daß die Flächen zusammengelegt werden, um sie leichter und mit weniger Kosten bearbeiten zu können. Wir haben uns besonders darüber gefreut, daß im Haushalts- und Finanzausschuß der Titel für die Reisekosten der Kulturämter erhöht worden ist. Das entspricht ja wirklich der Praxis, weil sich deren Tätigkeit ja in erster Linie draußen vollziehen muß und weniger im Büro.

Auch die Aufstockung der Betriebe ist etwas, was wir sehr begrüßen. Der Titel 306, der neu eingeführt worden ist, wird hoffentlich zu einem Erfolg führen. Aber ich möchte gleich dazu noch sagen, daß es meiner Ansicht nach darauf ankommt, daß die Möglichkeiten, die sich hier eröffnen, nun auch bis zum letzten Bauern bekannt werden. In dieser Beziehung geschieht zu wenig. Es sind nun auch schon so viele Zinsverbilligungsaktionen im Gange mit soviel verschiedenen Bedingungen, daß nachher kein Mensch sich mehr darin

auskennt. Das ist so ähnlich wie bei den Steuern. Außerdem leiden diese Dinge darunter, daß auf diesem Gebiet nur eine beschränkte Anzahl von Banken tätig ist. Die Anträge brauchen deshalb sehr lange Zeit, bis sie bearbeitet werden. Viele, die recht gern von dieser Hilfe Gebrauch machen würden, kapitulieren dann vor diesen Schwierigkeiten.

Ich komme nun zu Kapitel 30 und zu dem Ansatz des Titels 21, bei dem die Einnahmen aus der Jagd auf 550 000 DM erhöht worden sind. Wir - zum mindesten manche Kollegen aus meiner Fraktion - und auch Kollegen aus den anderen Fraktionen haben gegen die Erhöhung dieses Titels erhebliche Bedenken, und wir glauben, daß sie nicht erfüllt werden kann. Die Erfüllung dieses Titels in der vorgeschlagenen Höhe würde bedeuten, daß eine erweiterte Verpachtung von Staatsjagden vorgenommen wird. Dabei marschiert Rheinland-Pfalz ohnehin schon an der Spitze der Bundesländer. Ich weiß auch nicht, ob das in seiner praktischen Auswirkung für den Wald und das Wild günstig sein würde; denn es ist doch so, daß durch die Jahrzehnte hindurch gleichmäßige Bejagung der Staatsforsten der Wildbestand den vorhandenen Äsungsmöglichkeiten angepaßt wird, und daß dadurch die Wildschäden auf einem erträglichen Maß gehalten werden. Außerdem haben wir ja pro Hundert Hektar Wald  $1\frac{1}{2}$  Stück Wild zugestanden, während in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel  $2\frac{1}{2}$  Stück Wild verbleiben dürfen. Wir haben uns also in bezug auf den Wildbestand schon eingeschränkt. Und von den Wildbeständen der Staatsforsten leben doch mehr oder weniger die verpachteten Gemeinde- und Privatjagden. Wenn nun weitere Waldflächen verpachtet würden, dann bestünde die Gefahr, daß der Wildbestand eine zu starke Einbuße erleiden würde.

(Zurufe der SPD: Oh! Oh!)

Sogar Herr Professor Baader, der sich mit dieser Sache ja sehr beschäftigt hat, hat in seinem Gutachten davon abgeraten, Staatsforsten in einem weiteren Umfang zu verpachten, als das augenblicklich der Fall ist.

(Abg. König: Der gilt ja sonst auch nichts bei der Landesforstverwaltung, warum denn jetzt auf einmal? - Heiterkeit bei der SPD.)

- Na ja, man muß die Leute immer so nehmen, wie sie gebraucht werden können, nicht wahr? Dann sind wir uns wieder einig.

(Heiterkeit des Hauses. - Abg. Beckenbach: Das ist realistisch! - Abg. Hülser: Das macht Herr Kollege König auch so! - Anhaltende Heiterkeit des Hauses.)

- Ja, man muß die Argumente immer gegeneinander abwägen, dann werden wir sehen, wer zum Schluß recht behält.

(Abg. Beckenbach: Das würdigen wir durchaus!)

Außerdem darf ich darauf aufmerksam machen, daß das Bundesjagdgesetz ja auch noch da ist und daß es in seinem § 1 bestimmt - unter anderem - „die Erhaltung eines den landschaftlichen Verhältnissen angepaßten artenreichen und gesunden Wildbestandes“. Wir möchten also doch bitten, daß man sich die Erhöhung dieses Titels noch einmal überlegt und erwägt, ob das richtig gewesen ist.

(Abg. Schmidt: Sind Sie Jäger?)

- Darf ich Sie fragen, ob ich so aussehe?

(Schallende Heiterkeit des Hauses. - Abg. Beckenbach: Daß Sie schießen können, glauben wir! - Abg. Schmidt: Sie haben sicher Ihr Hütchen zu Hause gelassen! - Abg. Hülser: Aber Böcke haben Sie auch schon geschossen! - Weiter anhaltende Heiterkeit des Hauses.)

(Schultz)

- Nein, ich bin erstaunlicherweise - deswegen sage ich das ja so gern - kein Jäger. Ich habe mich noch nie damit beschäftigt, auch nicht mit dem Schlingenstellen.

(Abg. Piedmont: Ob diese Verpachtung im Sinne der Bevölkerung ist? - Zuruf der SPD: Das kann die FDP gut sagen!)

- Aber sicher kann sie das sagen, Herr Kollege Dröschner, Sie kennen uns noch nicht richtig!

Da wir nun gerade beim Wald sind, darf ich noch eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Merz machen, der sich vorgestern darüber beschwert hat, daß die Holzpreise durch die Forstverwaltung künstlich hochgehalten - das ist vielleicht zuviel gesagt -, aber daß jedenfalls nichts getan werde, damit sie fallen.

Dann muß ich die Gegenfrage stellen, was soll denn der Beamte eigentlich machen, der nun mit dieser Geschichte betraut ist? - Auf der einen Seite muß er den Haushalt erfüllen, und auf der anderen Seite soll er sehen, daß die Holzpreise nachgeben.

(Abg. Dröschner: Das hat der Herr Kollege Atzenroth behauptet, Herr Kollege Schultz!)

- Ja, der Herr Dr. Atzenroth hat ja auch eine Möbel-fabrik, nicht wahr, die habe ich ja nicht!

(Heiterkeit im Hause.)

Bei allem, was man sagt, muß man immer die Kirche im Dorf lassen. Ich bin nämlich der Meinung, daß hier tatsächlich Angebot und Nachfrage eine Rolle spielen. Und bei der sehr lebhaften Bautätigkeit, die wir haben, ist natürlich ein sehr starker Holzbedarf vorhanden. Weil wir soviel Zeitungen drucken und die so dick sind, deshalb brauchen wir auch viel Holz. Daher kommt das. Ich kann mich nur dem Herrn Kollegen Dr. Neubauer anschließen, der sagte: Etwas mehr Ruhe und etwas langsamer, dann werden sich solche Dinge schon von selber beruhigen. Dann ist natürlich eins möglich - das kann ich aber nicht behaupten, weil ich kein Forstfachmann bin -, daß durch Einfuhr von Holz, was draußen vielleicht billiger ist, hier eine Linderung eintreten könnte. Ich habe so oft bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen erlebt, daß sie, wenn sie bei uns soviel gekostet haben, dann plötzlich draußen auch soviel gekostet haben, obwohl sie vorher angeblich sehr viel billiger waren.

Ich hatte mir hier aufgeschrieben, auch etwas zur Um-etatisierung der Regierungsförster zu sagen. Aber nach dem Abstimmungsergebnis heute hat es eigentlich keinen Wert mehr.

(Zuruf bei der SPD: Deshalb haben wir das heute vormittag gemacht!)

- Ja, das habe ich mir gedacht.

(Abg. Hachenberg: Das kann man nochmals ändern!)

- Ganz recht.

(Abg. Glahn: Das kommt in der zweiten Runde!)

Aber gerade bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit des Waldes und der Holzpreise ließe sich vielleicht auch etwas dazu sagen.

(Abg. Dröschner: Die Eingruppierung hat mit den Holzpreisen nichts zu tun!)

- Wir haben im Ausschuß ja darüber gesprochen.

Zusammenfassend darf ich zum Ausdruck bringen, daß wir dem Haushalt 07 zustimmen und daß wir an dieser Stelle dem Herrn Minister, der abwesend ist, und seinem Herrn Vertreter und den Angehörigen des Ministeriums für ihre Arbeit danken, die in kluger Weise die

Wünsche der Praxis mit der Staatsräson in Einklang bringen.

(Abg. Beckenbach: Sehr geschickt! - Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Bögler:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dröschner von der Fraktion der SPD.

**Abg. Dröschner:**

Herr Präsident Meine Damen und Herren! Die übereinstimmend zustimmende Haltung der Parteien des Bundestages bei der Beratung des Grünen Berichtes und der notwendigen Maßnahmen, allerdings vorerst nur im Grundsatz, läßt Hoffnungen wach werden, die auch in unser Land hineinstrahlen. Was seit Jahren in Wahlen und Programmen verkündet wurde, soll jetzt im günstigen Wind der Hochkonjunktur mit Zustimmung Schöpfers in den Hafen gebracht werden. Es bleibt nur noch abzuwarten, in welchen Hafen.

Das Gutmachen jahrelanger Versäumnisse, Nachzahlungen für Vorleistungen in zweimal 10 Jahren Weltkrieg und damit verbundener investorischer Verzicht der Landwirtschaft usw. gibt ausreichende Motive für das Bemühen, auch die Landwirtschaft nunmehr am warmen Regen der Konjunktur nach der dünnen Zeit teilnehmen zu lassen. Es erübrigt sich durchaus für uns, die Bundestagsdebatte über den Grünen Plan noch einmal im kleinen zu wiederholen. Die dort gesetzten Tatsachen sollten allen denen, die sich mit der Materie befassen, bekannt sein. Allein sie auszuwerten, sie anzuwenden für die Maßstäbe unseres Landes und einzureihen in die uns gesetzten Aufgaben kann heute zweckmäßig sein.

Es sei mir deshalb der Hinweis darauf gestattet, daß im kommenden Nachtragshaushaltsplan des Bundes der deutschen Landwirtschaft 900 Millionen DM, fast 7 v. H. des vorjährigen Gesamtverkaufserlöses, im Wege der direkten und indirekten Subventionen - das ist interessant - zugewandt werden sollen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu bekanntlich erklärt, daß dieser Betrag nicht nur nicht zu hoch, sondern auch nicht einmalig sein dürfte.

Am Anfang jeder Beurteilung der jetzt geschaffenen Lage muß die bei uns immer schon vorhandene und oft vorgetragene Erkenntnis stehen, daß nach dem einwandfreien Ergebnis des Grünen Berichtes nunmehr feststeht, daß die Landwirtschaft ganz und gar kein einheitliches Bild der Ertragslage bietet. Weitgespannter und vielschichtiger als in jedem anderen Wirtschaftsbereich, etwa in der Industrie, ist das sich uns bietende ökonomische Bild. Diese Verhältnisse, die in jedem anderen modernen Betriebszweig längst zur Einstellung der Betriebe geführt hätten, werden bei der Landwirtschaft seit Jahren kompensiert durch Verzicht auf Einkommen - und damit auf Lebensstandard - und durch eine zeitlich unerhört ausgeweitete Beanspruchung der in ihr arbeitenden Menschen. Wer nicht nur vom Kirchturm seines eigenen Dorfes aus Ausschau hält, der weiß ganz genau, in welcher weitreichender Spanne das volkswirtschaftliche Feld vor uns liegt, als das wir unsere heimische Landwirtschaft ansehen können. Er weiß aber auch, daß der Klein- und Kleinstbetrieb, der bäuerliche Familienbetrieb schlechthin, geradezu das Kennzeichen unseres gesamten Landes ist. Wer mitten in diesem ländlichen Leben selbst steht, dem werden schon am äußeren Erscheinungsbild des Dorfes von heute alle die Aufgaben erkennbar, die der Einzelbetrieb und die dörfliche Lebensgemeinschaft heute lösen müssen.

(Dröscher)

Es kann nicht meine Aufgabe heute hier sein, meine Damen und Herren, erschöpfend die soziologischen Veränderungen unserer Dörfer und ihrer Menschen darzustellen. Aber - darauf darf hingewiesen werden - zuerst allmählich, dann schnell wachsend wie eine Lawine, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Dorf und seine Menschen - von dem Oswald Spengler noch vor 40 Jahren sagte, daß es zeitlos und geschichtslos dahinglebe - heute vom Wirbel der neuen Zeit erfaßt und der Bauer im Begriff ist, ein freier Wirtschaftsbürger zu werden, frei aber auch insofern, daß er selbst bestimmen kann, ob in Zukunft noch ausreichend Menschen auf dem Land sein werden, die für die Nahrungsmittelbeschaffung der Welt arbeiten werden. Heute ist es geradezu Mode geworden, vom Tode des alten Dorfes, von der Aufrüstung des neuen Dorfes, vom gleichen Recht auf zivilisatorischen Fortschritt zu reden, von Gebieten also, von denen wir erfreulicherweise sagen können, daß einige verantwortliche Männer draußen, wie unser Freund Rüb in seinem Musterdorf Hütschenhausen, schon seit Jahren aus dem gesunden Gespür für diese Verhältnisse in der Praxis vorbildliche Pionierarbeit leisten.

(Vizepräsident Schultz übernimmt den Vorsitz.)

Ihnen zu folgen bei ihrer Arbeit in der Veränderung unserer Dörfer müßte unsere Aufgabe sein. Vor allem das Erkennen der Zusammenhänge muß eine der Voraussetzungen für unsere heutige Arbeit mit nüchternen Zahlen sein. Mit den uns gegebenen Mitteln des Bundes, des Landes, der Gemeinden und der Kreise muß alles getan werden, den jetzigen, sich noch über einige Jahre erstreckenden gewaltigen Umwandlungsprozeß der Landwirtschaft so günstig zu beeinflussen, daß der Mensch als Subjekt des Wirtschaftens überhaupt nicht über das Finden der neuen Lebensformen zerbricht.

(Präsident Wolters übernimmt den Vorsitz.)

Das allgemein. Und nun zu unserem Lande. Ich bilde mir nicht ein, Geheimnisse zu verraten, meine Damen und Herren, mit dem Hinweis, daß die Lage der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz weit problematischer ist als an anderer Stelle der Bundesrepublik. Die Herren Kollegen, die hier gesprochen haben, haben das vorhin auch schon zum Ausdruck gebracht. Unbestritten ist auch, daß alle anstehenden Fragen viel leichter zu lösen wären, wenn wir es nur mit bäuerlichen Familienbetrieben ab etwa 10 ha Betriebsgröße in unserem Lande zu tun hätten. Während aber im Bundesgebiet die Zahl der Betriebe bis 5 ha bei 60,4 v. H. liegt, liegt sie bei uns schon bei 73,4 v. H. Die Zahl der von den einzelnen Betrieben bewirtschafteten Flächen ist noch viel eindrucksvoller, denn da sieht es so aus, daß im Bundesgebiet 18,5 v. H. der Flächen, im Durchschnitt, von den Kleinbetrieben bis 5 ha bebaut werden, während in unserem Lande 37,1 v. H., also das Doppelte der Bundesdurchschnittsfläche, von diesen Kleinbetrieben bewirtschaftet werden. Diese Zahlen sollten uns bei unserer Arbeit schon zu denken geben. Wenn wir bis zu 10 ha gehen, dann haben wir folgendes Bild: im Bund 39,1 v. H. und bei uns 70 v. H., also über zwei Drittel der Gesamtfläche in unserem Lande wird von den Klein- und Kleinbetrieben bewirtschaftet. Aus diesen Zahlen ergibt sich ganz deutlich, daß in unserem Lande, auch wenn die Sonderkulturen das Bild teilweise verbessern können, wobei auf die Problematik der Sonderkulturen, vor allen Dingen angesichts der zukünftigen Europapläne usw., auch einmal hingewiesen werden darf, besondere Maßstäbe angelegt werden müssen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß

die Ursachen dieses strukturellen Übels in der Erbteilung liegen. Dafür können weder wir, die wir hier zusammen sind, noch die jetzigen Betriebsinhaber verantwortlich gemacht werden.

Es wäre zu hoffen - das darf in diesem Zusammenhang noch einmal erwähnt werden -, daß unser in diesem Falle sehr gutes Höfegesetz noch weit mehr praktiziert wird, als bisher schon geschehen, um für die Zukunft solche Schäden zu vermeiden. Es muß aber auch eine Binsenwahrheit sein - das ist der Schluß, den wir daraus ziehen -, den so benachteiligten Betrieben in unserem Lande durch besondere Maßnahmen behilflich zu sein. Davon gibt der Grüne Plan tatsächlich nicht die rechte Vorstellung. Seine Maßnahmen begünstigen - mein Kollege Beckenbach wird sich nachher noch damit beschäftigen - die größten Betriebe, die ohnehin nach unserer Ansicht leben können, während die kleinen nicht in entsprechendem Maße unterstützt werden. Es müßte also nach unserer Ansicht die vordringlichste Aufgabe des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sein - der ja leider heute nach Übersee fahren mußte -, in den nächsten Wochen und Monaten diese benötigte besondere Hilfe in Bonn durchzusetzen. Und jetzt, meine Damen und Herren, glaube ich etwas Wichtiges sagen zu müssen: Nicht dorthin, wo am meisten geschrien worden ist in den letzten Monaten, muß das Geld von Bonn gehen, sondern dorthin, wo die Hilfe wirklich notwendig ist: in unser Land.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben nämlich den Eindruck, daß gerade dort am lautesten geschrien wird, wo, wie der Grüne Bericht zeigt, die Verhältnisse am erfreulichsten sind. Eben wegen der im Grünen Plan wiederum nicht gelösten Frage der Kleinbetriebe entsteht doch in unserem Lande eine von Tag zu Tag sich verschärfende Krise. Armut, meine Damen und Herren, ist ein relativer Begriff. Wir haben uns schon einmal darüber auseinandergesetzt. Das wird sich noch viel stärker zeigen, wenn einmal weitere soziale Verbesserungen in der Industrie und wenn in absehbarer Zeit vielleicht schon die 40-Stunden-Woche in der Industrie eingeführt werden kann. Dann wird sich erst zeigen, wie unsere landwirtschaftlichen Betriebe hinter dieser anderen wirtschaftlichen Entwicklung zurückhängen. Gewiß, die heute fast nur noch den bäuerlichen Familienbetrieben eigene Atmosphäre der wirtschaftlichen Freiheit, der persönlichen Gestaltungsmöglichkeit, das ist etwas Wunderbares für den gehetzten Menschen in unserer Zeit, und das ist etwas, was den bäuerlichen Beruf so lebenswert macht. Aber die Relation der Lebensmöglichkeiten materieller Art zu den anderen Berufen muß doch erträglich sein!

Was haben wir nun getan, um in vorliegenden Etat die Kraft unserer staatlichen Gemeinschaft zum Wohl der bäuerlichen Bevölkerung einzusetzen? Im Grundsatz sind wir uns - das ist mir, auch bei den Haushaltsberatungen wieder einmal klar geworden - alle darin einig, unseren Betrieben jeglicher Größe die benötigte Staatshilfe zu geben, damit sie einen möglichst großen Teil des sogenannten paritätischen Einkommens aus eigener Kraft beschaffen können. Auf die Starthilfe kommt es zunächst an.

Um so bedauerlicher war es, daß unsere so bescheidenen Vorstellungen von der Verbesserung einiger Haushaltsposten des vorliegenden Etats von den Regierungsparteien abgelehnt wurden. Ich denke z. B. an die unseres Erachtens geradezu lächerliche Summe von 15 000 DM, die für die Unterstützung der Beispielsbetriebe im ganzen Land eingesetzt waren, wo



(Dröschner)

wir eine Erhöhung auf 300 000 DM beantragt hatten; oder aber an unsere Forderung, die Beihilfen und Zinszuschüsse für den Bau von Jungviehställen von 100 000 DM auf 300 000 DM zu erhöhen, wozu wir heute den Ihnen vorliegenden Antrag II/115 noch einmal gestellt haben.

Gestatten Sie mir zu der Erhöhung der Beihilfen und zinsverbilligten Darlehen für die Jungviehställe noch eine kurze Begründung. Keine Verpflichtung - ich knüpfe da an die Ausführungen der Vorredner an - trifft unsere Betriebe in den letzten Jahren neben der Flurbereinigung schwerer als die Umstellung auf das tbc-freie Vieh.

Ich gehöre selbst einem Kreise an, wo leider, trotz Bemühung im eigenen Amt, der Durchschnitt der Tbc-Freiheit noch weit hinter manchen Kreisen des Westerwaldes und der Eifel zurückhinkt. Wir haben 6 oder 8 v. H. tbc-freie Betriebe. Das hängt zum Teil auch mit dem Weinbau zusammen, weil die Weinbaubetriebe leider nicht ein solches Schwergewicht auf diese Frage legen. Aber die Frage ist deshalb nicht weniger brennend bei uns. Also, keine Verpflichtung trifft die Betriebe schwerer als die Tbc-Freimachung. Die gewaltigen Preisunterschiede gegenüber dem anerkannt freien Vieh, insbesondere bei der Glan-Rasse, rühren daher - das möchte ich den Herren, die nicht im Glanzgebiet wohnen, noch einmal deutlich sagen -, weil das Gebiet einfach relativ zu klein ist. Diese gewaltigen Preisunterschiede machen gerade für unsere Kleinlandwirte den Erwerb eines tbc-freien Stückes zu einem Verlustgeschäft von annähernd 1000 DM pro Tier.

Deshalb verstehen Sie vielleicht auch, warum wir heute morgen in dem anderen Etat die Ausmerzungsbeihilfen haben wollten. Selbst wenn es nur 100 DM wären, dann wäre das für den Kleinlandwirt, der 1000 DM aufwenden muß, um umzustellen, bereits eine spürbare Hilfe. Diese Beihilfe bekommt er über die 2 Pfennig nicht - das werde ich Ihnen jetzt beweisen -, weil er zum Teil jahrelang darum ringen muß, da er die Barmittel nicht aufbringt, um im Laufe von mehreren Jahren aus eigener Nachzucht umzustellen. Das wissen Sie doch alle!

(Abg. Peters: Er kann sie nicht kaufen, weil sie nicht da sind!)

- Er kann sie zum Teil auch nicht kaufen, weil sie nicht da sind. Also muß er auf eigene Nachzucht umstellen. Er kriegt deshalb die 2 Pfennig nicht, aber er braucht die Ausmerzungsbeihilfe. Wenn Sie es von dem Gesichtspunkt aus betrachtet und unserem Antrag entsprochen hätten, dann hätten es die Landwirte ja bekommen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bin im Augenblick bei der Begründung des Antrages auf Erhöhung des Ansatzes der Mittel für die Jungviehställe. Ich habe vorhin gesagt, er muß aus eigener Kraft heraus auf eigenen Nachwuchs umstellen. Deshalb müssen die Stallverhältnisse verbessert werden. Wer die Hunsrückdörfer und auch zum Teil die rheinhessischen und pfälzischen Dörfer kennt und weiß, wie beschämend schlecht dort die Stallverhältnisse sind, der kann sich vorstellen, wie bitter notwendig gerade für den Glan-Landwirt, der das gesunde und infizierte Vieh in den Ställen hat, eine Verbesserung der Stallverhältnisse ist. Deshalb bitte ich Sie von ganzem Herzen, stimmen Sie diesem Antrag zu. Sie tun damit ein gutes Werk.

Hinweisen darf ich in diesem Zusammenhang auf den Antrag meines Kollegen Otto Schmidt, wonach durch

Mehrverpachtung von Staatsjagden ein erheblicher Mehrerlös zur Tbc-Bekämpfung herbeigeführt werden soll. Es ist vorhin von dem Herrn Kollegen Schultz darüber gesprochen worden. Ich glaube, der Titel ist mit 550 000 DM bereits geringer angesetzt worden, als wir ursprünglich verlangt hatten. Wir hoffen, daß die Landesforstverwaltung diesen Ansatz erreicht. Über die Zweckmäßigkeit uns hier im Landtag zu streiten, ob die Konzerne aus dem Ruhrgebiet hier unsere Staatsjagden pachten oder nicht, halte ich, ehrlich gesagt, für überflüssig. Ich glaube auch nicht, daß Sie dazu einen besonderen Wunsch haben, daß das hier erörtert wird. Die Forstverwaltung hat ja die Möglichkeit, einen Teil dieses Geldes durch Schußprämien hereinzuholen, ohne die Reviere zu verpachten. Vielleicht macht sie davon in größerem Maße Gebrauch.

Der andere Antrag, den Herr Kollege Schmidt gestellt hatte, der vorhin schon lobend erwähnt worden ist, ist dadurch erledigt, daß im Haushalts- und Finanzausschuß für die Aufstockung der Betriebe zugunsten einheimischer Landwirte 300 000 DM bewilligt worden sind.

Nun zu einem anderen Antrag, der Ihnen heute auch von unserer Fraktion vorgelegt worden ist! Auch hier bitte ich Sie von ganzem Herzen, diesen Antrag zu unterstützen. Im Gegensatz zu unserem Nachbarland Hessen leisten wir auf dem Gebiet der Dorfgemeinschaftsanlagen viel zu wenige, obwohl gerade die kleinförmliche Struktur den Einsatz solcher gemeinschaftlicher Anlagen in den kleinen und mittleren Dörfern verlangt. Wie schnell sind wir alle mit Worten dabei, wenn es gilt - seien wir doch einmal ehrlich -, der geplagten Landfrau, die gleichzeitig Hausfrau und Mutter und Betriebsgehilfin oder Stallhelferin sein muß, ein Loblied zu singen. Sehen wir doch einmal vor unserem geistigen Auge im Hunsrück und in der Eifel die gebückten Frauen, wie sie sich plagen und mühen, wie sie neben ihrer Landarbeit auch noch die schwere Hausarbeit verrichten und dazu die Kinder groß ziehen! Heute können wir ihnen durch die Bewilligung von Mehrbeihilfen für diese Gemeinschaftseinrichtungen helfen. Wir können ihnen dadurch viel Arbeit abnehmen. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, weil ich eine Reihe solcher Anlagen in meinem Bezirk habe. Kühlanlagen, Waschanlagen, Mühlen, Schwesternstationen, Kindergärten, Badeeinrichtungen - heute allerdings nur in beschränktem Umfange -, alles das sind doch nicht etwa Maßnahmen sozialistischer Berieselung, wie es kürzlich in einer Kirchenzeitung stand, sondern es sind echte Hilfsmaßnahmen für unsere bedrängte Bauersfrau, die doch auch ein Recht auf ein zeitgemäßes menschliches Leben hat!

(Lebhafter Beifall bei der SPD!)

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, daß es doch im Grunde ganz gleich ist, wer die Einrichtungen nachher betreut. Es handelt sich um Dörfer mit 400 bis 800 Einwohnern, wo man sich gegenseitig gut kennt. Wenn die Räume einmal stehen, ist das alles gleichgültig! Wegen mir und meiner Fraktion kann die Raiffeisengenossenschaft die Einrichtungen betreuen oder eine Kirchengemeinde oder gar ein Gesangsverein, aber geschaffen werden müssen die Dinge einmal!

(Beifall bei der SPD.)

Wenn in einem solchen Hause ein Raum frei werden kann für unsere Bücherei von der Landesfachstelle oder zur gemeinsamen Benutzung der Jugend, dann sehen wir doch darin etwas Positives! Echte und schöne Heimstätten für unsere dörfliche Volksbildungseinrichtung werden so geschaffen. Manche Häuser stehen schon im Land; sie sind individuell nach den örtlichen

(Dröschner)

Bedürfnissen verschieden, aber alle dienen sie doch der Bürgerschaft der Gemeinden zwischen 400 und 1000 Einwohnern. Lassen Sie uns heute, nachdem in der Vergangenheit meist gutgestellte Gemeinden sich diese Dinge haben schaffen können, durch die Erhöhung des Ansatzes von 250 000 auf 500 000 DM auch den armen und kleinen Gemeinden die Möglichkeit geben, sich solche Anlagen zu beschaffen. Wenn von der Verpflichtung zur sozialen Aufrüstung des Dorfes gesprochen wird, wohlan, meine Damen und Herren, hier und heute können Sie sich bleibende Lorbeeren erwerben! Stimmen Sie zu!

Wir haben noch einen anderen Antrag heute vorgelegt. Wir haben beantragt, die Mittel für die Flurbereinigung und Umlagebeihilfen von 1,8 auf 3,2 Millionen DM zu erhöhen, weil wir mittlerweile Kenntnis davon erhalten haben, daß es sonst erhebliche Schwierigkeiten machen wird, die volle Bundesbeihilfe, die mit dem Grünen Bericht zur Verfügung steht, für uns alle auszunutzen. Mein Kollege Beckenbach wird nachher noch zur Flurbereinigung im besonderen sprechen und darauf zurückkommen. Ich möchte Ihnen nur noch eins im voraus dazu sagen, was wir in der Fraktion erarbeitet haben.

Wir sind der Meinung, daß wir in der Flurbereinigung vor allem zwei Ziele anstreben müssen, und zwar zunächst, daß den landwirtschaftlichen Familienbetrieben Beihilfen zur Flurbereinigung bis zu 66,6 v. H. der auf den Betrieb entfallenden Gesamtkosten gegeben werden müssen, d. h. zwei Drittel der Kosten. Im Augenblick werden gegeben 30 v. H. Bundesbeihilfe und 20 v. H. Darlehen, und das Land hat 8 bis 9 v. H., die es aber fast nur für die früher eingeleiteten Maßnahmen einsetzen kann. Darüber wird nachher Kollege Beckenbach sprechen.

Und nun zum zweiten Punkt, den ich noch herausstellen will im Zusammenhang mit dieser Beihilfe-Erhöhung, und das ist der landwirtschaftliche Kleinstbesitz, dessen Eigentümer durch die Flurbereinigung ein direkter wirtschaftlicher Vorteil nicht erwächst; er soll von den Kosten für die Teilnehmergeinschaft völlig freigestellt werden. Das ist unseres Erachtens möglich. Wir sind nicht so vermessen, in diesen Maßnahmen entscheidende Möglichkeiten zur Rettung der kleinen Betriebe unserer Heimat zu sehen. Die kann nur durch weitere Subventionen, evtl. durch einen Sondermilchpreis für die Klein- und Kleinstbetriebe oder durch besondere Investitionen gegeben werden; d. h. im Grunde genommen durch die Bezahlung - und das ist eine weitgehende Forderung - eines nicht durch den eigenen Betrieb gedeckten notwendigen Verdienstes, etwa in Form eines Sonderlohnes für landschaftsgärtnerische Arbeit.

Sie wissen genau wie ich, wenn man es auch nicht auszusprechen und anzuhören beliebt, daß, wenn solche oder ähnliche Lösungen nicht gefunden werden, die Aushungerung der kleinen Betriebe und damit der stille Betriebsmord unaufhaltsam weitergehen. Nicht die wirklich Leidenden haben in den letzten Monaten Krakeel gemacht, sondern das waren andere. Aber wir haben die Pflicht, den wirklich Leidenden in unserem Lande zu helfen. Wo finden wir z. B. - ich greife das auf, was Kollege Peters gesagt hat - in unserem Haushaltsplan einen Ansatz für die Verlagerung industrieller Betriebe in ausgesprochene Kümmergebiete? Wo finden wir eine wirklich aussichtsreiche und sicher wirkende Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur und der Lebensbedingungen der Landbevölkerung?

(Innenminister Dr. Zimmer: Solche Mittel stehen bereit!)

Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen berichten, Herr Minister, daß es heute fast unmöglich ist, wenn keine Flüchtlingsmittel zur Verfügung stehen, die notwendigen Kapitalien oder auch nur die Sicherung eines solchen Vorhabens zu erreichen. Ich kämpfe seit Jahren um einen kleinen Betrieb, der sich in meinen Raum verlagern will.

Nach Auffassung gewisser Beamten muß schon ein Pferdenges oder ein ähnlicher Industriemagnat kommen, um Hilfe zu bekommen. Und die haben es unserer Ansicht nach gar nicht nötig. Entwicklungsfähige kleine und mittlere Betriebe gehören auf das Land, keine Großbetriebe! Man kann die Anilin-Betriebe mit 50 000 Leuten nicht aufs Land verlegen, aber Betriebe mit 50 bis zu 100 Arbeitern, die gehören aufs Land! Dabei wird sich ein Risiko natürlich nicht vermeiden lassen. Es ist dem Beamten, der die Sicherung und das Geld gibt, sicher schwer, diesem Risiko zuzustimmen, das ist ganz klar, aber wo arbeiten wir überhaupt ohne Risiko? Welches Risiko liegt z. B. in unserer Agrarpolitik!

Und nun noch einige Bemerkungen zur sozialen und gesellschaftlichen Lage der Menschen, um die wir uns heute mit diesem Haushaltsplan bemühen. Wenn an einem Berufsstand deutlich wird, daß er noch recht weit entfernt vom sozialen Wohlfahrtsstaat ist, von dem die Herrn Kollegen immer so gern reden, dann ist dieser Berufsstand der Bauernstand. Ganze Romane an Familienernissen könnte ich Ihnen aus meiner eigenen Praxis erzählen - wie jeder Landpfarrer, Bürgermeister oder Landarzt weiß -, die alle damit zusammenhängen, daß weder eine Altersversorgung noch eine Krankenversicherung für die Bauern vorhanden sind. Wenn ich nur an die unglückseligen Elternrentenverfahren vor den Sozialgerichten denke, an denen man schon beteiligt war; wo die Menschen versuchen, auf diesem Umwege zu einer bescheidenen Altersversorgung zu kommen, aber bei den Sozialgerichten doch meistens auf ein krasses Mißverstehen der bäuerlichen Situation unserer Heimat stoßen.

Wenn es heißt, der Mann hat 6 oder 7 Hektar gehabt, dann sagt der Sozialrichter: „Ja, dann können die Kinder von diesem Ertrag“ - von dem im Grünen Bericht nachgewiesen ist, daß er zur Ernährung der eigenen Familie nicht langt - „noch die Alten ernähren“. - Insbesondere die Frage der Altersversorgung liegt im Brennpunkt unseres Interesses. Nicht nur unendlich viele Not wäre bei der Lösung durch eine Pflichtversicherung unter Ausnutzung der der Sozialversicherung zufließenden großen Bundesmittel schlagartig zu beheben, sondern auch die Zahl der Kümmergebiete wäre ganz erheblich zu verringern. Wir haben 129 000 auslaufende Betriebe im Bundesgebiet mit Masse in unseren kleinbäuerlichen Gebieten, die aufzunehmen wären, damit die Alten eine ausreichende Altersversorgung hätten. Diesem Haus ist es leider vorbehalten geblieben - ich muß den Vorwurf machen -, bereits vor einigen Jahren eine dahingehende Gesetzesinitiative meiner Freunde mit den Stimmen der heutigen Regierungskoalition abzulehnen.

Wir waren damals der Ansicht, meine Damen und Herren, daß keine sachliche, sondern eine politische Entscheidung getroffen wurde. Man wollte damals keine gemeinsame Interessenebene zwischen Bauern und Arbeitern schaffen. Man will den Bauer - auch den Kleinbauer - davon überzeugen, daß er seine politische Heimat im Mittelstandsbereich findet, und deshalb darf er nicht sozialversichert sein wie der Arbeiter. Wir werden aber - und das darf ich Ihnen heute bekanntgeben - nicht ruhen, bis der Anschluß an eine gesetzliche Sozial- und Krankenversicherung gesichert ist, damit auch den

(Dröschner)

Kleinbauern ein sicherer und erfreulicher Lebensabend beschert wird.

(Bravo! bei der SPD.)

Die Bildungsfragen des flachen Landes sind in den letzten Tagen in diesem Hause schon in ihrer ganzen Bedeutung angeklungen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß sie ein unlösbarer Bestandteil jedes Planes sein müssen, um den Menschen im Dorfe wirklich zu helfen. Das fängt an bei ausreichenden Kindergärten, die von überörtlicher Ebene - nicht von der örtlichen; wir haben uns beim Jugendwohlfahrtsgesetz darüber unterhalten -, getragen werden müssen, bei gesunden Volksschulen mit Turnhallen, auch auf dem Lande. Meine Damen und Herren! Es hat keinen Zweck, wenn man den Rekruten die Hammeibeine langziehen will, weil sie es in der Schule versäumt haben. Und, je weiter die Schulen von der Stadt entfernt sind, desto besser müssen die Lehrerdienstwohnungen werden;

(Sehr gut! bei der SPD.)

denn nur so können wir bei gleicher Besoldung die guten Lehrer auf dem Lande halten.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Die Fragen der landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen und der Erwachsenenbildungseinrichtungen sind alle schon besprochen worden; darüber brauchen wir uns jetzt nicht zu unterhalten. Aber das gehört mit in die Erörterung zum Landwirtschaftsetat, weil das nämlich eine wesentliche Maßnahme ist, um unseren Leuten auf dem flachen Lande zu helfen. Daß den Genossenschaften Beachtung geschenkt wird, ergibt sich aus einigen Ansätzen des Etats. Wir wollen hoffen, daß sie nicht verbeamten und auch zuviel Apparat werden, sondern daß sie lebendige Konkurrenz zum Handel bleiben. Es wäre in dem Zusammenhang vielleicht darauf hinzuweisen, daß ihnen geholfen wird - mein Kollege Rüb hat mir das vorhin noch einmal ins Gedächtnis gerufen -, indem die Ausgleichsforderungen mit 1 Prozent zurückgezahlt werden anstatt mit  $\frac{1}{2}$  Prozent, wie das bisher geschehen ist.

Aus diesen verschiedenen Teilen meines Vortrages, meine Damen und Herren, rundet sich nun ein Bild unseres Haushaltes ab, von dem ich leider sagen muß, daß es trotz dieser Bemühungen des Haushalts- und Finanzausschusses leider meist beim Kleckern geblieben ist; mit Ausnahme der geglückten gemeinsamen Bemühungen, die zwei Pfennig für die Milch tbc-freier Betriebe ein weiteres Jahr zu gewähren - und ich gebe Ihnen zu, das muß weiter verlängert werden -, sind doch im Grunde nur einige 50 Töpfchen geschaffen worden, um die sich dann ein weiteres Jahr einige Kundige antichambrierend bei der Behörde bemühen und das herausholen, was ihnen nun zum Nutzen der ihnen anvertrauten Bevölkerung im Einzelfall gelingt. Leider hat infolge der oben geschilderten Umstellungsschwierigkeit ein großer Teil unserer Klein- und Kleinstbetriebe gar keinen Vorteil von diesem Milchpfennig. Und noch etwas darf ich in diesem Zusammenhang sagen. Warum helfen wir eigentlich unseren Molkereien nicht, schneller Anlagen zur getrennten Verarbeitung der Milch zu schaffen? Ich glaube, das haben Sie schon angedeutet, Herr Kollege Peters. An vielen Stellen unseres Landes wird teure tbc-freie Milch, für die wir Millionen aufbringen, wieder in die andere hineingeschüttet, und der Verbraucher bekommt die verschlechterte Milch. Diese Millionen sind in dem Sinne doch unnötig ausgegeben. Man sollte auch in den Arbeiterwohngebieten - und das darf vielleicht als eine Anregung betrachtet werden - die direkte Milchabgabe aus tbc-freien Betrieben erleichtern. Dadurch wäre manche Einnahmenverbesserung der bäuerlichen Betriebe in diesen Gebieten, die ohnehin durch die Ab-

wanderung von Arbeitskräften in die Industrie am stärksten gefährdet sind, gewährleistet.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Abschließend möchte ich noch eine Bemerkung zum erfreulichsten Kapitel des vorliegenden Planes, zu dem der Forstwirtschaft, machen. Jedesmal, wenn der Etat des Landwirtschaftsministeriums beraten wird - erfreulich deshalb, weil er die meisten Einnahmen bringt -, meine Damen und Herren, damit wir uns nicht mißverstehen -, sollte zu Beginn nicht nur der sarkastische Wunsch auf einen möglichst großen Windbruch zwecks Haushaltsausgleich stehen, sondern sollte - und damit meine ich es jetzt ganz ernst, meine Damen und Herren - offen ein Dank an die preußischen, bayrischen und hessischen Forstmänner ausgesprochen werden, die vor hundert Jahren und mehr mit unseren Vorfahren den gesunden Waldbestand dieses Landes geschaffen haben. Wer einen Gemeindevald verwaltet, der kennt die Versuchung, in die Substanz einzugreifen und das zu ernten, was Generationen gespart haben; und man wird noch nicht einmal im Augenblick dafür bestraft. Auch wir als Landtag haben die Pflicht, das verbessert an unsere Enkel weiterzugeben, was uneigennützig einmal für uns angelegt worden ist. Dessen sollten wir uns stets bewußt sein.

Nun, ich glaube, die letzten Jahre haben - wie jedermann sehen kann, der im Lande umherkommt - eine erfreuliche Verbesserung der Kulturlächen gebracht. Viele Wunden, die uns räuberischerweise geschlagen wurden, vernarben allmählich in jungen Schonungen. Um mit diesen Aufgaben fertig zu werden, sind aber auch Einnahmen notwendig; deshalb einige Bemerkungen zu den Holzpreisen, die ja vorhin Herr Kollege Schultz schon einmal hier angedeutet hat. Auf das, was Herr Kollege Merz vor einigen Tagen im Sinne der Erhardschen Wirtschaftspolitik über die überhöhten Holzpreise des vergangenen und vorvergangenen Jahres festgestellt hat, kann doch heute folgendes festgestellt werden: Als selbstverständlich gilt in unserer derzeit herrschenden Wirtschaftsform die Auffassung, daß ein Partner dem anderen einen marktgerechten Preis zahlen muß. Als selbstverständlich und sittlich gilt daher, daß mindestens die Gesteungskosten oder der Wiederbeschaffungspreis gezahlt werden. Was aber untereinander in der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung gilt, muß auch für die Allgemeinheit, Wirtschaft, Staat und Gemeinde gegenüber gelten. Man kann nicht immer nur die Defizit-Sozialisierung wollen, um die Gewinne in die Taschen weniger Unternehmer fließen zu lassen. Daher muß den Bemühungen einiger interessierter Kreise - und ich nenne hier die Verbände der Möbelindustrie und auch der Holzindustrie -, durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung die Holzpreise so zu drücken, daß spekulative Gewinne möglich werden, energisch entgegengetreten werden. Wir haben im Rundholz jetzt einen annähernd echten Markt, ausreichend bei Bedarf gefüttert mit Importen; es wird nämlich sehr viel Holz importiert, Herr Kollege Schultz. Der Preis wird deshalb bei einem offenen Markt vom Käufer gebildet.

(Abg. Hachenberg: Jawohl!)

Auch wir sind gegen die Preisauswüchse - das hat Herr Kollege Merz vor einigen Tagen gesagt -, die in den letzten Jahren vorgekommen sind. Aber an der Erhaltung eines Preisgefüges in der jetzigen Höhe - etwa 220 bis 250 Prozent der Meßzahlen - sind wir sehr interessiert, da jede Unterschreitung eine kostengerechte Kalkulation des holzerzeugenden Waldbesitzers gefährdet. Den Forstbeamten und Bürgermeistern, die im Interesse der Steuerzahler, meine Damen

(Dröschner)

und Herren, den Kopf hingehalten und Preisabsprachen der Käufer durch Abbruch der Versteigerung verhindert haben, gebührt daher Dank anstatt Tadel!

Aber auch zum Forstetat wären noch einige Wünsche anzumelden. Wir möchten als dringend notwendig die Bereitstellung ausreichender Zuschußmittel für die Umwandlung der noch vorhandenen großen Flächen Laubholzniederwaldes im Laufe der nächsten Jahre beantragen. Es handelt sich vor allem um Flächen strukturell armer Steilhängemeinden, also ländlichen Gemeinden, die an unwirtschaftlichen Steilhängen liegen, und die deshalb mit Laubholz bepflanzt sind. Diese Lage ist eingetreten infolge der nicht mehr zu reparierenden Entwicklung auf dem Ledermarkt, wo eben nicht mehr mit Lohrinde - und auch in absehbarer Zukunft nicht wieder - gegerbt wird. Diese Umwandlung können die Landgemeinden nicht aus eigener Kraft tragen, weil es sich ja ohnehin um die Ärmsten der Armen handelt.

Dann möchte ich auf die vielen immer noch nicht abgeschlossenen JEIA-Verfahren hinweisen, aus denen unsere Gemeinden immer noch erhebliche Forderungen haben. Vielleicht kann Herr Schäffer diese mit den jetzt noch geforderten Besatzungskosten verrechnen; da stehen noch, soviel mir bekannt ist, einige hunderttausend Mark aus.

Und nun abschließend, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen als Sprecher der parlamentarischen Opposition in diesem Hause, die im Einzelfall hier andere Auffassungen demonstriert hat, folgendes erklären:

1. Wir sehen keinen Grund, allen Bauern einzureden, sie seien arme Teufel;
2. Wir sehen aber die zwingende Notwendigkeit, den rund 75 Prozent unserer Betriebe, denen auch die bisher erkennbaren Maßnahmen des Grünen Planes keine ausreichende Hilfe zuteil werden lassen werden, durch zusätzliche Hilfe des Landes und auch des Bundes ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren.

Wir Sozialdemokraten haben immer auf der Seite der wirtschaftlich Schwachen gestanden und ihnen geholfen, den Weg nach oben zu bahnen. Wir werden jetzt genauso zu den Bauern unseres Landes stehen, die wirtschaftlich schwach geworden sind. Wir sind daher gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam oder auf eigene Verantwortung alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, die den Menschen im kleinbäuerlichen Raum unserer Heimat ein wirklich menschenwürdiges Leben schaffen können.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Billen von der Fraktion der CDU.

**Abg. Billen:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Aufgabe sollte heute hier sein, zu den derzeitigen wirtschaftlichen und technischen Fragen der Landwirtschaft, insbesondere aber zur Tierzucht in unserem Lande Rheinland-Pfalz Stellung zu nehmen. Der Herr Kollege Peters hat die derzeitigen wirtschaftspolitischen Fragen besonders herausgestellt, und er hat insbesondere auf die Bedeutung des Milchpreises für die Gesamtlage und Rentabilität der Landwirtschaft hingewiesen. Es sei nochmals hier herausgestellt, daß gerade in dem Lande Rheinland-Pfalz mit seinen überwiegend klein- und mittelbäuerlichen Betrieben der Tierhaltung und der Tierzucht eine sehr große Bedeutung zukommt. Es darf festgestellt wer-

den, daß etwa 70 Prozent aller Einnahmen in der Landwirtschaft aus der Tierzucht stammen. Eine Preisdifferenz von drei bis vier Pfennig je Kilogramm Milch hat eine starke Auswirkung auf die Rentabilität der Betriebe. Auf der anderen Seite sind technische Verbesserungen und Leistungssteigerungen von gleich großer Bedeutung für die Landwirtschaft und damit für die gesamte Wirtschaft unseres Landes. Bei der besonderen Struktur unseres Landes ist eine durchgreifende Förderung der gesamten Tierzucht nur möglich durch eine planmäßige Förderung der Vätertierhaltung. Es darf hier dankbar herausgestellt werden, daß mit der vor zwei Jahren erstmalig getroffenen Regelung für die Verteilung der Förderungsmittel eine gute Lösung gefunden wurde. Das gilt auch für die Aufteilung dieser Mittel auf die einzelnen Tierzuchtsamtsbezirke und Kreise nach Stückzahl. Es wurde bewußt in den letzten Jahren kein Antrag mehr auf Erhöhung dieser Mittel gestellt, um dadurch nicht die anderen notwendigen Maßnahmen - insbesondere den Hygiene-Pfennig im Rahmen der Tbc-Bekämpfung zu schwächen. Diese Mittel kamen auch gerade den weniger bemittelten Gemeinden bei der Anschaffung guter Bullen zugute. Zweifellos wurde dadurch insgesamt eine Verbesserung der Vätertierhaltung und damit der gesamten Tierzucht erreicht.

Ein Problem, das uns in der Tierzucht in den letzten Jahren sehr stark beschäftigt hat, ist die Seuchenbekämpfung, d. h. die Schaffung gesunder Tierbestände, wobei diese Seuchenbekämpfung sowohl im Interesse der Wirtschaftlichkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe als auch im Interesse der Volksgesundheit unseres Landes liegt. Man hat auch heute hier bei den Besprechungen immer wieder gemerkt, wie gerade auf diesen Punkt eingegangen worden ist. Man kann heute wohl sagen, daß die Tuberkulosebekämpfung hier dasselbe ist, was seinerzeit die Reblaus in diesem Hohen Hause war.

(Heiterkeit im Hause.)

Zwecks durchgreifender Tuberkulosebekämpfung wurde erstmalig vor zwei Jahren der zweite Hygiene-Pfennig eingeführt, und man darf heute feststellen, daß gerade dieser zweite Pfennig außerordentlich stark gewirkt hat. Der Prozentsatz der tuberkulosefreien Betriebe ist von 2 v. H. vor drei Jahren heute - wie wir heute morgen gehört haben - auf 30 v. H. gestiegen. Das ist ein Erfolg, an den man vor ein paar Jahren noch nicht geglaubt hätte. Allen denen, die an diesem Erfolg so intensiv mitgewirkt haben, vor allen Dingen aber unseren Bauern draußen, aber auch der Veterinärverwaltung und den praktischen Tierärzten gebührt dafür unser besonderer Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Es muß allerdings festgestellt werden, daß die Ergebnisse im Lande teilweise noch sehr verschieden sind. Eine ganze Reihe von Kreisen ist aus eigener Initiative und unter größten wirtschaftlichen Opfern in der Tuberkulosebekämpfung sehr schnell vorangekommen. Hier darf ich vor allen Dingen an den Bezirk Trier, wenn es auch mein Heimatbezirk ist, erinnern. Ich darf hier darauf aufmerksam machen, daß der Bezirk Trier damals nichts von den Mitteln bekommen hat, die in unser Land hereinkamen. Es waren damals die Molkereibezirke Giershausen und Rockenhausen, die je 300 000 DM erhalten und dadurch auch wohl einen beachtlichen Erfolg erzielt haben. Aber Sie sehen hier, daß es auch zum Teil durch Eigeninitiative zu machen ist, wenn die Bauern mitarbeiten.

Sie haben diese wirtschaftlichen Opfer aber auch auf sich genommen aus Verantwortungsbewußtsein gegen-

(Billen)-

über der Gesundheit und der Gesunderhaltung unseres Volkes und in der Hoffnung, durch die Anerkennung als tuberkulosefreier Bestand auch weiterhin in den Genuß des doppelten Hygienepfennigs zu kommen.

Ich möchte deshalb besonders auch im Namen der Landwirtschaft dem Haushalts- und Finanzausschuß dafür danken, daß er die Mittel für die Gewährung von zwei Pfennigen auch im Rechnungsjahr 1956/57 bereitstellen will, und möchte Sie alle dringend bitten - aber ich glaube, das ist nicht mehr nötig -, diesem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben. Diese zwei Hygienepfennige sind aber auf der anderen Seite auch notwendig für diejenigen Kreise und Betriebe, denen es noch nicht möglich war, so schnell vorwärtszukommen; für sie soll es in diesem Jahr ein Ansporn sein, wenigstens in diesem Jahr sich von der Tuberkulose freizumachen. Mit diesen zwei Pfennigen, die Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland zählt, sind wir uns der Verantwortung voll bewußt, die wir der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber haben. Ich bin - im Gegensatz zu der von der FDP und auch von dem Herrn Kollegen Dröscher von der SPD vertretenen Auffassung - der Meinung oder vielmehr bin ich mir noch nicht ganz im klaren darüber, ob es im nächsten Jahr noch möglich sein wird, diese zwei Pfennige zu zahlen. Das wird von der Entwicklung des kommenden Jahres abhängen.

(Abg. Dröscher: Wünschenswert wäre das auf jeden Fall!)

- Wünschenswert ist es unbedingt!

Es ist nun heute morgen sehr viel gesprochen worden von der Ausmerzbeihilfe. Es fing bei der Beratung des Innenministeriums am Morgen an und hat sich fortgesetzt bis in die Nachmittagsstunden. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Der Herr Kollege Dröscher meint, das wäre das Allheilmittel. Ich habe darin eine andere Auffassung. Ich bin der Meinung, wenn die Betriebe versuchen, sich aus eigener Initiative freizumachen, daß sie also trennen, dann kommen wir auf diese Art und Weise billiger und besser zum Zuge. Ich kenne die Hindernisse, die wir im Hunsrück haben, und ich kenne auch die Bestände gerade in Ihrem Bezirk, Herr Kollege Dröscher. Ich weiß auch, wie schwierig es ist, da zu trennen. Sie haben eben selbst gesagt, wie schwer es ist, Ersatz für die Tiere zu finden, die abgehen. Die Preisdifferenz ist sehr groß, wenn sie auch nicht gerade so groß ist, wie Sie es hingestellt haben, es sei denn, daß man die besten Tiere bei den Versteigerungen nimmt; dann stimmt es. Wenn man aber die mittleren Tiere als Maßstab nimmt, dann ist es nicht ganz so. Aber sie werden sehen, wenn wir die Ausmerzbeihilfen bedeutend steigern, dann steigen automatisch die Preise für die tbc-freien Tiere; und ich glaube, daß wir damit den Bauern nicht allzuviel nützen. Ich bin der Meinung, man sollte die Ausmerzbeihilfen dort einsetzen, wo der Bauer nur noch ein Tier hat, und dort den Stall freimachen, oder wo wir in einem Dorf noch zwei oder drei Tiere haben. Dort sollte diese Beihilfe eingesetzt werden, um damit freie Betriebe und freie Dörfer zu schaffen. Auf diese Art und Weise würden wir besser und schneller zum Zuge kommen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

Wir werden damit aber auch erreichen, daß wir tuberkulosefreie Inseln schaffen, und damit können wir - was auch Sie vorgeschlagen haben - unserer Bevölkerung eine bessere Milch anbieten.

Leider läuft die Bekämpfung des seuchenhaften Verkälbens beim Rindvieh - Bazillus Bang - noch nicht so gut und planmäßig, wie wir das von der Tuberkulosebekämpfung sagen können.

Das liegt sicherlich zum Teil daran, daß hier noch kein so klares System der Bang-Bekämpfung gefunden wurde. Trotzdem müssen wir auch hier unter allen Umständen vorwärtskommen. Es wäre gut, wenn die Veterinärverwaltung und die wissenschaftlichen Institute uns ein Verfahren an die Hand geben würden, um dadurch zum mindesten erst einmal den Stand der Verseuchung festzustellen. Eines steht fest: Auch in der Bang-Bekämpfung werden wir nicht weiterkommen, wenn sie nicht generell in allen Betrieben in Angriff genommen wird. Gute Dienste könnte uns schon die Einführung der sogenannten Abortus-Ringprobe bei den Molkereien leisten, ein Verfahren, das auch Professor Hess in der Schweiz in seinen Bekämpfungsplan eingebaut hat und mit dem er nach seinen Veröffentlichungen große Erfolge erzielt hat. Diese Ringprobe besteht darin, daß aus der bei der Molkerei angelieferten Milch Proben entnommen und auf Bangbazillen hin untersucht werden. Wenn Bazillen festgestellt werden, dann werden in den betreffenden Betrieben Blutproben gemacht. Allgemeine Blutproben durchzuführen, wäre zu teuer und im Moment auch noch nicht durchführbar.

(Vizepräsident Böglert übernimmt den Vorsitz.)

Wenn diese Ringprobe auch keine hundertprozentige Sicherheit gibt, so wäre sie doch zu empfehlen, weil sie mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchzuführen wäre und uns zum mindesten zunächst einmal einen annähernden Überblick über den Stand der Verseuchung geben würde. Erst dann werden wir - genau wie bei der Tuberkulosebekämpfung - zu einer generellen Bekämpfung auch des Bazillus Bang kommen können.

Im Rahmen der Seuchenbekämpfung ist besonders die Landesverordnung des Herrn Innenministers zu begrüßen, die die Bestimmung enthält, daß von einem bestimmten Zeitpunkt ab - ich erinnere mich im Moment nicht mehr genau an diesen Zeitpunkt, aber ich glaube, er wird in Kürze sein, es handelt sich um die Landesverordnung über die Einführung von Tieren nach Rheinland-Pfalz - nur noch tbc- und bangfreie Tiere nach Rheinland-Pfalz eingeführt werden dürfen und alle Tiere ein entsprechendes Gesundheitsattest mitführen müssen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn wir auf der einen Seite erhebliche Landesmittel für die Gesundung unserer Bestände ausgeben und auf der anderen Seite zulassen würden, daß noch immer zahlreiche Tiere nach Rheinland-Pfalz eingeführt werden, über deren Gesundheitszustand überhaupt nichts bekannt ist oder der zum mindesten stark angezweifelt werden müßte.

(Sehr richtig! Zurufe des Hauses.)

Neben der Ausmerzbeihilfe hat eine große Bedeutung auch die Schaffung von hellen, luftigen Jungviehlaufställen, die vom Kuhstall im Luftraum vollkommen getrennt sind. Wir haben hier einen Antrag der SPD auf Erhöhung dieser Mittel vorliegen. Über diese Notwendigkeit brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Ich sehe das am besten im Bezirk Trier. Wir haben hier aus dem Sanierungsprogramm gewisse Mittel zur Verfügung. Es werden Beträge zwischen 200 und 400 DM gegeben, die an für sich sehr gut wirken. Wir von der Fraktion der CDU haben aber auf dem Standpunkt gestanden, in diesem Jahr vor allen Dingen im Rahmen der Tbc-Bekämpfung noch einmal den zweiten Hygienepfennig zu gewähren. Unsere Mittel sind ja letzten Endes begrenzt, und ich bin der Meinung, man sollte hier schwerpunktmäßig vorgehen. Wir standen auf dem Standpunkt, daß die Gewährung dieser zwei

(Billen)

Pfennige richtig sei. Wenn es uns aber nicht mehr möglich wäre, diese zwei Pfennige auszuzahlen, dann bin ich der Meinung, sollten wir diese Mittel zum Bau von Jungviehställen und überhaupt zur Verbesserung der Stallverhältnisse insgesamt einsetzen.

Auf dem Gebiete der Schweinehaltung und der Schweinezucht sei besonders auf die für die Mastleistungsprüfung aufzuwendenden Mittel verwiesen. Leider sind die Mastleistungsprüfungen durch den Krieg und die Nachkriegszeit unterbrochen worden. Nur mit Hilfe dieser Mastleistungsprüfungen wird es auf die Dauer gelingen, auf züchterischer Grundlage das Futtermittelverwertungsvermögen und das Fleisch-Fett-Verhältnis unserer Schweine zu verbessern, um damit zugleich der Geschmacksrichtung unserer Konsumenten entgegenzukommen. Wir wollen hoffen, daß diese Unterlagen in leicht lesbarer Form den Interessenten - vor allen Dingen den Eberkäufern - zur Verfügung gestellt werden.

Zu der Pferdehaltung und Pferdezucht darf gesagt werden, daß trotz einer geringen Zunahme der Stutenbedeckung im letzten Jahr die Überalterung der Pferdebestände gewaltig fortgeschritten ist. Trotz aller Mechanisierung und Motorisierung kommen wir bei schwierigen Bodenverhältnissen ohne Pferde in der Landwirtschaft nicht aus. Es wird daher gut sein, wenn wir auch die Pferdezucht weiterhin fördern.

Ein ganz kurzes Wort zur Bedeutung der Bienenzucht. Sie ist nicht nur wertvoll durch die Erzeugung des für die Volksgesundheit so wichtigen Honigs, sondern auf der anderen Seite sind die Bienen als Pollenträger in der Befruchtung für den Obstbau von größter Bedeutung. Da es sich in der Bienenzucht um Spezialmaßnahmen und Spezialkenntnisse handelt, ist es zu begrüßen, daß für die einzige bei uns im Lande befindliche Imkerschule in Mayen die notwendigen Mittel für die personellen Unkosten zur Verfügung gestellt worden sind.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die von der Bundesregierung geplant sind und die der Herr Kollege Peters vorhin schon besprochen hat, möchte auch ich nochmals ganz kurz auf die Verbilligung des Dieselmotorkraftstoffes zu sprechen kommen, und zwar auf Grund der Erfahrungen in der Praxis. Die Mittel stammen zwar vom Bund; sie werden aber von den einzelnen Ländern verplant, wobei ich annehme, daß es sich um einen festen Betrag handelt, der vom Land auf die Zahl der Schlepper zu verteilen ist. Es muß gesagt werden, daß die bisherige Verteilung der Verbilligungsmittel für den Dieselmotorkraftstoff nicht zur Zufriedenheit unserer Bauern und Landwirte erfolgt ist. Das Verfahren ist zu kompliziert. Die Landwirtschaftsschulen, die die Verteilung vornehmen, haben sehr viel Arbeit damit. Es müßte versucht werden, eine objektive Kontingentierung des wirklich benötigten Brennstoffes entsprechend der Größe der Betriebe, der Intensität der Bewirtschaftung sowie des Acker-Grünland-Verhältnisses zu erreichen. Tatsächlich hat die Landwirtschaft bisher nicht die Verbilligungsmittel des Dieselmotorkraftstoffes in dem Umfang bekommen, wie das in der Presse immer wieder bekanntgegeben wurde.

Es muß versucht werden, künftig zu einer besseren Verteilung zu kommen. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Aufschlüsselung der Verbilligungsmittel so erfolgt, daß die in der Presse und in den übrigen Veröffentlichungen genannte Verbilligung tatsächlich eintritt und die Betriebe den benötigten Brennstoff zu dem verbilligten Preis bekommen.

Gestatten Sie mir nun noch einige Worte zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, ein Thema, das bisher noch nicht erwähnt worden ist, das ich aber als eines der wichtigsten Gebiete des Landwirtschaftsetats ansehe. Zunächst dürfen wir wohl feststellen, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet beachtliche Erfolge erzielt worden sind. Wir begrüßen hier vor allen Dingen auch die geplanten Erhöhungen der Ansätze. Leider ist es aber nicht möglich, die Rückstände in wenigen Jahren aufzuholen, zumal nach dem Kriege in fast allen Landgemeinden die Abwasserbeseitigung, die ebenso wichtig ist wie die Wasserversorgung, dazu kam. Ich bin aber der Meinung, daß die zentrale Wasserversorgung im allgemeinen den Vorrang haben muß. In den Gemeinden ohne Wasserversorgung sind diese Projekte bisher überwiegend wegen Mangels an Mitteln gescheitert. Wir sind der Meinung, daß man die Bezuschussung bei den ärmeren Gemeinden noch mehr auf den Einzelfall abstellen muß. Unser Ziel muß sein, daß wir in einigen Jahren - genauso, wie es bei der Energieversorgung der Fall ist - keine Gemeinde mehr haben, die nicht über eine richtige Wasserleitung und über eine Abwasserbeseitigung verfügt. Das gilt vor allen Dingen im Hinblick auf die Seuchenbekämpfung, auf den Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande und nicht zuletzt mit Rücksicht auf die stark überlastete Bauersfrau.

Der Herr Kollege Peters hat vorhin das wichtige Kapitel der Umlegung und Zusammenlegung behandelt. Er hat dabei besonders den Standpunkt vertreten, daß wir an der Schaffung neuer Kulturämter nicht vorbeikommen. Er hat dabei auch meinen Heimatkreis Bitburg genannt. Ohne nun pro domo zu sprechen, werden Sie mir gestatten, in einigen Worten dazu Stellung zu nehmen. Bitburg wird zur Zeit von den Kulturämtern Trier und Prüm bearbeitet. Trier ist im Zuge der Weinbergsumlegung - da spricht das Wiederaufbaugesetz mit - sehr stark belastet und kann sich aus diesem Grunde der landwirtschaftlichen Umlegung nicht in genügendem Maße widmen. In weiten Teilen des Kreises Bitburg sind die Westwellschäden noch nicht beseitigt. Ich bin der Meinung, daß eine befriedigende Lösung nur im Rahmen einer Zusammenlegung möglich ist.

Noch ein Wort zum Fachpersonal. Es ist bereits von dem Herrn Kollegen Müller erwähnt worden. Man sollte - und hier gehe ich mit dem Herrn Kollegen Müller einig - bei der Kulturverwaltung dazu übergehen, mehr Lehrlinge einzustellen. Ein Beispiel dazu. Der frühere Leiter des Kulturamtes in Simmern, der jetzige Landrat in Prüm, Dr. Leidinger, hat in den Jahren 1937/38 rund 30 Lehrlinge eingestellt, die heute einen besten Stamm darstellen. Ich bin der Meinung, man sollte auch in Zukunft dazu übergehen, auf diesem Gebiete mehr zu tun.

Zu der Bezuschussung und Zinsverbilligung wäre noch zu sagen, daß man - genau wie bei den Wasserleitungen - mehr auf den Einzelfall abstellen sollte. Man kann das nicht so generell regeln.

Es sind sodann in den Ausführungen des Herrn Kollegen Dröscher noch verschiedene Gesichtspunkte herausgestellt worden. Er hat u. a. darauf hingewiesen, daß der Kleinlandwirt und in den Höhengebieten der Landwirt überhaupt nicht in dem Maße an dem Grünen Plan teilnimmt, wie es ihm eigentlich zukomme. Darin liegt etwas Wahres.

(Abg. Dröscher: Sehr viel!)

Ich bin auch der Meinung, daß der kleine Betrieb hier nicht ganz so zum Zuge kommt wie der mittlere und der größere Betrieb. Aber, Herr Kollege Dröscher, es ist doch so, daß die Sache sehr schwer zu machen ist. Es ist auch sehr schwer, die Sache auf den einzelnen Betrieb abzustellen. Gehen wir einmal die einzelnen Maßnah-

(Billen)

men durch. Zunächst einmal das Programm von Lübke betr. Umlegung und Zusammenlegung, das doch von uns allen bejaht wird. Gerade darin sehe ich für den kleinen Landwirt den größten Erfolg. Dann ein Zweites: Die Milch. Ich bin der Meinung, daß die Milchpreiserhöhung dem kleinen Landwirt mehr zugute kommt als dem großen.

Es ist bei den Kleinlandwirten doch so, daß die Viehhaltung stärker ist als der Ackerbau. Die Milchpreiserhöhung wird sich deshalb bei dem Kleinbauern besser auswirken.

Bei der Kunstdüngerverbilligung ist es so, daß selbstverständlich der größere Betrieb besser abschneidet. Aber insgesamt gesehen bin ich doch der Meinung, daß der Grüne Plan auch für uns in den Höhegebieten einen gewissen Erfolg bringt.

(Abg. Dröscher: Das ist nicht bestritten!)

Zum Schlusse darf ich das Hohe Haus und das Ministerium bitten, wie es bisher der Fall war, auch in Zukunft vor allen Dingen der Tierzucht und der Tierhaltung ihre besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen.

(Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Böglert:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wolf von der Fraktion der CDU.

**Abg. Dr. Wolf:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz, das klassische Weinland der Bundesrepublik, das 70 v. H. der gesamten deutschen Weinberge in seinen Grenzen schließt und 80 v. H. der Weinernte in seinen Kellern birgt, gewährt mit seinem Wein 700 000 Menschen, wenn man die Vielzahl der Beschäftigten der Zubringerindustrie des Weinbaues zu den Winzern und Winzerinnen rechnet, mit Arbeit und Brot, das heißt nichts anderes: Im Durchschnitt dankt jeder fünfte Bürger in Rheinland-Pfalz direkt oder indirekt Leben und Existenz dem Wein.

Sozialpolitisch aber ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß von unseren 42 000 ha Reben nicht einige hundert oder tausend Großgrundbesitzer leben, sondern die Reben mehreren hunderttausend Winzern und Winzerinnen auf kleiner und kleinster Besitzfläche Existenz und Unterhalt gewähren. Das ist Grund genug, daß man bei dieser Interessenverflechtung weitester Volksschichten mit dem Wein auch im Parlament der Lage des Weinbaues sein besonderes Interesse entgegenbringt. Polarwinter und Reblaus waren immer schon die erbittertsten Feinde des Winzers und haben seinen Rebkulturen die schlimmsten Schäden zugefügt.

Was haben wir dieses Jahr von den Frostschäden zu halten? Unsere Wein- und Landwirtschaftsschulen meldeten zunächst auf Grund zahlreicher Untersuchungen der Rebaugen 40-, 50-, 80- oder 100prozentige Schäden. Die tieferen Lagen wurden schwerer betroffen als die höher gelegenen Gebiete, die geschnittenen Weinberge vernichtender als die ungeschnittenen. Die weichen Rebsorten, wie Portugieser, Müller-Thurgau, Silvaner zum Beispiel, sind den Frosteinwirkungen fast bis zur Vernichtung erlegen, während die harten Rebsorten, wie Riesling, Weißburgunder, Traminer, der grimmigen Kälte stärksten Widerstand entgegensetzten. So meldet die Mosel, wo der Riesling dominiert, wenig oder gar keine Schäden.

(Widerspruch im Hause.)

Pfalz und Rheinhessen dagegen, die Hauptgebiete des Silvaner und des Müller-Thurgau, wissen vor Schäden nicht ein noch aus. Der Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß erklärt sich zu Hilfsmaßnahmen einstimmig bereit, wenn gemäß dem gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen die Regierung einen klaren Bericht über das Ausmaß der Schäden geben kann. In einem Nachtragshaushalt, der schon der Maßnahmen des Grünen Berichts wegen nicht ausbleiben kann, sollen auch Frostschäden, die an die Existenzgefährdung herangehen, im Rahmen des Möglichen ausgeglichen werden. Aber, sagen wir es gleich: Machen wir uns nicht auf zu geringe Schäden gefaßt. Die Wiederaufbaukasse zum Beispiel hat nach klarer Rechnungslegung, von der auch dem Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß Kenntnis gegeben wurde, mit einem Betrag von 800 000 DM für Frostschäden einspringen müssen. Wohl werden aus den Reserven der Kasse die Schäden zunächst abgedeckt. Aber Sache des Staates bleibt es, der Wiederaufbaukasse das Rückgrat zu stärken. Mit einer Verdoppelung der bisher gewährten Kredite zur Überbrückung der Krisenzeit in dem Nachtragshaushalt muß deshalb gerechnet werden.

Angeichts dieser Tatsache fragt man sich, wäre es da nicht besser gewesen, wenn wir im Parlament schon 1950 bei unseren Beratungen über Hilfsmaßnahmen den Winzern einen Katastrophenfonds zugebilligt hätten. Mit einer Abgabe von 1 Pfennig pro Liter der Jahresweinernte hätte man bis heute in einer solchen Zwangssparkasse Millionenbeträge ansammeln können, mit denen der Berufsstand aus eigener Kraft, ohne den Staat in Anspruch zu nehmen, die ganze Frostkalamität zufriedenstellend hätte bereinigen können.

Es ergeht deshalb erneut an das Landwirtschaftsministerium die Bitte, zu einem solchen Hilfsfonds mit 1-Pfennig-Abgabe pro Liter der jährlichen Weinernte den Winzern in Bälde zu verhelfen, wobei die Hälfte dieses Weinpennings zur Reservebildung für außergewöhnliche Notfälle des Weinbaues, die andere Hälfte zur Schaffung einer schlagkräftigen Weinwerbung dienen könnte.

Eine starke Weinwerbung ist um so mehr vonnöten, wo wir uns einerseits gegen die steigende Einfuhr der Auslandsweine immer mehr zu wehren haben, andererseits zur Steigerung der deutschen Weinernte, die die Umstellung auf ertragsreiche Rebsorten mit sich bringt, uns zwingt, dem Wein neue Freunde zu gewinnen. Ein Bundesgesetz für Weinwerbung scheint trotz einer Gesetzesvorlage noch in weiter Ferne zu stehen, da wir in einer Weinwerbung mit dem Importhandel, dem erbittertsten Gegner der Winzer, wie dies das Bundesgesetz vorsieht, keine erfolgversprechende Werbung für deutschen Wein erblicken können. Wo aber das Bundesgesetz ausbleibt, muß ein Landesgesetz die Lücke schließen. Die Schaffung des Hauses des Deutschen Weines in unserer Landeshauptstadt, deren Pläne bereits genehmigt sind, mag für die deutsche Weinwerbung ein gutes Omen sein.

Als einen zuverlässigen Freund des Kleinwinzers für den Absatz seiner Weine hat sich die Genossenschaft glänzend bewährt. Denn durch den Zusammenschluß kleiner und kleinster Betriebe auf dem Wege der Selbsthilfe in der Genossenschaft wurde der großen Winzernot, die ehemals das Wort kennzeichnete: „Viel Wein gab's, doch wenig Brot“, wesentlich gesteuert. Nicht nur die Notverkäufe im Herbst durch Winzer ohne Faß und Bütt, die sich immer preisdrückend für die Herbstgeschäfte auswirken müssen, wurden weitgehend unterbunden. Nein, die genossenschaftlichen Einzelkulturen der kleinen Winzerweine und ihr pfleglicher Ausbau nach neuzeitlichen kellerwirtschaft-

(Dr. Wolf)

lichen Grundsätzen hatte eine weitgehende Qualitätssteigerung der Weine zur Folge. Je stärker unsere Genossenschaften sind, um so weniger ist Raum frei für eine Baisse-Spekulation. In Württemberg und Baden, wo die Winzergenossenschaften dank des hohen Standes ihrer Mitglieder über einen beherrschenden Teil der jährlich anfallenden Weinernte verfügen, kommt keine Preisbildung zustande, zu der nicht die Genossenschaften ihr entscheidendes „Ja“ gesagt haben. Auch in der Pfalz erkennt man immer mehr den Wert einer guten Winzergenossenschaft. Erst in den letzten Wochen wurden dort drei große Gebietsgenossenschaften der Ober-, Mittel- und Unterhaardt für das Konsum- und Qualitätsweinbaugebiet ins Leben gerufen, deren Wirkungskreise sich über Dutzende von Weinbaugemeinden erstrecken.

An das Landwirtschaftsministerium haben wir deshalb die Bitte, den Ausbau der Winzergenossenschaften in allen Weinbaugebieten mit allen Mitteln zu fördern. Die Genossenschaften müssen als starke Regulatoren der Preisbildung angesprochen werden. Sie helfen mit, eine Stabilisierung der Weinpreise in die Wege zu leiten, an der Erzeuger und Verbraucher ein gleich großes Interesse haben.

Was uns sonst noch im Weinbau Sorge macht und uns drängt, dem Landwirtschaftsministerium zu wissen zu tun, ist der Personalmangel bei unseren Kulturämtern, wie das vielfach meine Vorredner schon betont haben. Der Mangel an Fachkräften bei den Kulturämtern ist nachgerade in der Pfalz so stark geworden, daß die ganze Flurbereinigung dort ins Stocken zu kommen droht. Flurbereinigungswillige Gemeinden müssen heute für die Ausführung der Arbeiten auf Jahre hinaus vertröstet werden. Wenn dieses Schnecken tempo in der Umlegung der Weinbergflächen beibehalten wird, dann kommen die Vorteile einer Rationalisierung und damit einer rechtzeitigen Verbilligung der Produktionskosten unseren Winzern viel zu spät zugut, und der Zweck der Wiederaufbaukasse wird für die pfälzischen Winzer weitestgehend illusorisch gemacht. Eine personelle Verstärkung der Kulturämter ist deshalb eine absolute Notwendigkeit, ebenso wie der Einstellung jüngerer Fachkräfte größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Auch eine bessere Aufstiegsmöglichkeit der Beamten muß hier geschaffen werden, um zu verhüten, daß immer wieder die besten Kräfte nach der Industrie abwandern.

Nun noch ein Wort zur Anbaubegrenzung der Rebfläche. Sie liegt vor allem im Interesse der vom Weinbau lebenden Weinbaugemeinden und der Qualitätssicherung der deutschen Weine. Schwierigkeiten in der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen sind nur dort aufgetreten, wo die zuständigen Landratsämter es an der nötigen Aufsichtspflicht haben fehlen lassen. Hier die säumigen Amtsvorsteher zur Pflichterfüllung aufzurufen, dürfte eine dankbare Aufgabe für unser Innenministerium sein. Wir bitten, den so lange in Aussicht gestellten neuen Anbauerlaß des Landwirtschaftsministers und des Innenministers baldmöglichst erscheinen zu lassen, damit Verschlimmerungen in der Anbaubegrenzung zum Schaden der gutwilligen Winzer in jeder Weise verhütet werden.

Nun noch einige Wünsche des Weinbaues auf Bundesebene, soweit sich die Bundespolitik durch den Bundesrat überhaupt beeinflussen läßt. Gerade der Erfolg, der dem Weinbau in den letzten Wochen bei der Behandlung des griechischen Handelsvertrages durch den energischen Einsatz unserer Landesregierung im Bundesrat erkämpft wurde, bestätigt uns, daß die Vertre-

tung der Winzerinteressen im Bundesrat in besten Händen liegt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich darf mich hier den anerkennenden Worten, die Herr Dr. Boden am Montag gebrauchte, anschließen, und Herrn Ministerpräsidenten Dr. Altmeier und Herrn Innenminister Dr. Zimmer für ihre verdienstvollen, weinkundigen und fachkundigen Bemühungen um den Weinbau den herzlichsten Dank der gesamten Winzerschaft aussprechen.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wäre Griechenland die Einfuhr seiner Weine ohne Prüfung durch die deutsche Weinkontrolle genehmigt worden, auf Grund der Meistbestimmungsklausel, hätten die großen Weinimportländer Frankreich, Italien, Spanien von demselben Rechte in kürzester Zeit Gebrauch machen können, und der Überschwemmung des deutschen Marktes mit billigen, minderwertigen, nicht kontrollierten Weinen wäre Tür und Tor geöffnet gewesen.

(Sehr richtig! im Hause.)

Ein unerträglicher Preisdruck auf unsere Winzerweine hätte die schlimme Folge sein müssen. Es muß deshalb, vor allem auch in den kommenden Handelsverträgen, immer wieder darauf gedrungen werden, daß alles, was als ausländischer Wein über die deutsche Grenze rollt, genau denselben weingesetzlichen Bestimmungen unterworfen wird, wie unsere einheimischen Erzeugnisse.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Das fordert die Gerechtigkeit für unsere Winzer.

Weiterhin ist im Bundestag und im Bundesrat das Augenmerk darauf zu richten, daß die erforderten Weinberge nicht zum Anlaß genommen werden, die bestehenden Einfuhrbeschränkungen zu lockern, und den deutschen Markt um so stärker mit billigen Auslandsweinen zu überschwemmen, je kleiner die deutsche Weinernte 1956 auszufallen droht.

Jeder weiteren Liberalisierung der Weineinfuhr muß schärfstens Widerstand entgegengesetzt werden. Eine Ausweitung der Einfuhrkontingente ist nach wie vor abzulehnen. Am bestehenden Zollschutz darf in naher und ferner Zukunft - auch im Zeichen der Agrarunion - nicht gerüttelt werden. Als Grundsatz in der Außenpolitik des Weines wegen hat zu gelten: Dem deutschen Wein muß unter allen Umständen die Priorität auf dem Innenmarkt gewahrt bleiben, und zwar zu einem Preis, der der deutschen Winzerfamilie Existenz und Lebensunterhalt auch in einem kommenden gemeinsamen europäischen Markt zu sichern weiß.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen es als eine günstige Fügung betrachten, daß gerade im Augenblick unserer Not der Landwirtschaft und damit auch dem Weinbau die „große Hilfe“ aus dem vom Bundestag einstimmig genehmigten „Grünen Bericht“ zuteil geworden ist und unseren Winzerbetrieben damit zunächst, ohne weiteren Möglichkeiten nachzuspüren, die Befreiung von der Umsatzsteuer, die Vergünstigung beim Bezug von Diesel-Kraftstoff und die zwanzigprozentige Verbilligung beim Kunstdüngerbezug zugute kommen. Vergünstigungen, die zweifellos dem Winzer den schweren Existenzkampf erleichtern werden.

Überprüfen wir die augenblickliche Lage, so dürfen wir erwarten, daß es dem Zusammenwirken von Privatinitiative und einer umfassenden Sorge unseres Staates, dessen Regierung und Parlament sich immer als agrarfreundlich erwiesen haben und dem Weinbau stets bewährte Helfer gewesen sind, gelingen wird, die Schwere der Kälte-Katastrophe zu mildern, der Win-



zer Herz mit neuem Mut zu erfüllen, ihre Lebens- und Schaffensfreude aufs neue zu wecken, auf daß sie mutig und unverdrossen zur Arbeit stehen, dem alten Worte vertrauend: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

#### Vizepräsident Bögl:

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Abgeordneten Kern von der Fraktion der FDP.

#### Abg. Kern:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute früh stieß ich durch Zufall in einer Drucksache, in einer sogenannten Werbehilfe meines eigenen Betriebes auf eine Formulierung, die mir für den heutigen Tag wie gerufen kam. Diese Formulierung möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Sie lautet:

Das Zusammenwirken von Baum und Laubfall, Erde, Biene, Vogel, Wind und Wolke, Sonne und Regen, Mensch und Getier in der Freiheit wie auch in Haus und Hof macht erst die immer lebendige, reiche und schöne, fruchtbare Welt.

Ich gestatte mir, diese Formulierung an Stelle einer von mir selbst vor wenigen Tagen gesetzten, viel nüchterneren vorzuschicken. Ich hatte einfach - und damit komme ich zu dem Thema, das ich berühren will - Ihnen sagen wollen:

Dem Baum und Strauch verdanken wir nicht nur die Schönheit der Landschaft, sondern auch die Fruchtbarkeit unserer Fluren überhaupt.

Inhaltlich also genau das gleiche, nur ist es in der ersten Formulierung viel schöner gesagt. Damit möchte ich feststellen, daß es bis jetzt vergessen wurde, des Tages des Baumes zu gedenken. Es wäre mir sehr viel lieber gewesen, wenn Herr Minister Stübinger das persönlich hätte tun können, weil er es erstens viel schöner macht als ich, er hat viel mehr Übung, und weil, wenn ich das tue, ich mich immerhin der Gefahr aussetze, in den Verdacht zu geraten, daß ich hier eine Propagandarede für meinen Berufsstand halte. Dem ist aber nicht so. Ich bin wirklich überzeugt von dem, was ich Ihnen vorgetragen habe und vortrage.

Ich möchte wünschen und hoffen, daß sich unsere Herren Minister auch dieses Jahr wieder wie im vergangenen Jahr aktiv beim Tag des Baumes einschalten. Der „Tag des Baumes“ hat heute begonnen, er läuft aber erst mit dem 22. April ab, und zwar mit Rücksicht auf die unterschiedliche Vegetation. Wenn ich nicht irre, war es im vorigen Jahr so, daß jeder Minister bei irgendeiner diesbezüglichen Feier mindestens einmal dabei war. Zum „Tag des Baumes“ wäre vielleicht noch zu sagen, daß es zu ihm nicht gekommen wäre, wenn nicht Katastrophen, aber auch ein Erwerbssinn, der ungesund wurde, weil er in leichtfertiger Weise mit den Beständen an Bäumen und Sträuchern umgegangen ist, womit die gesamte landwirtschaftliche Kultur gefährdet wurde, eingetreten wäre. Wir waren am Anfang einer Versteppung. In einzelnen Gebieten haben wir das bereits recht deutlich gesehen. Wenn unser Landwirtschaftsministerium sich hier überdurchschnittlich einschaltet hat, gerade bei der Feier aus Anlaß des „Tages des Baumes“, so gebührt ihm nicht nur ein formeller, sondern auch ein vom Herzen kommender Dank, daß es in fast hellseherischer Weise erkannt hat, daß nun etwas geschehen muß, um diese Gefahr einer Versteppung aufzuhalten.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Im übrigen möchte ich folgendes sagen: Ich habe mich zwar auch gemeldet, um aus Anlaß der Etatberatungen einen kleinen Beitrag zu leisten, aber ich habe mir in diesem Jahr meine Aufgabe anders gestellt. Ich wollte mich einmal speziell mit unseren Einrichtungen auf dem Gebiete der Sonderkulturen, wie Obst-, Gemüse-, Gartenbau, den Landesanstalten und dem Landespflanzenschutzamt usw., beschäftigen. Ich wollte prüfen, ob hier etwas zu verbilligen und zu verbessern ist und ob man durch eine andere Einteilung vielleicht Kosten sparen kann.

Ich habe in Verfolg dieses Gedankens drei Landesanstalten besucht. Ich habe das Landespflanzenschutzamt und das Gerätelager in Bad Kreuznach besucht. Ich wollte in objektiver Weise berichten können auf Grund von eigenen Eindrücken. Was die Landesanstalten betrifft, möchte ich zusammenfassend folgendes sagen: Die Landesanstalten, die Lehr- und Forschungsanstalten - die Bezeichnung ist unterschiedlich für Wein-, Obst- und Gartenbau - haben sich in ihren Wünschen äußerst maßig gezeigt. Sie haben, gemessen an dem, was ihnen an Aufgaben gestellt wurde, nur sehr bescheidene, unumgänglich notwendige Forderungen gestellt, zum Beispiel Vergrößern der Räume oder zusätzlicher Anbau, und das in einem durchaus tragbaren Rahmen. Auch der Geist, den ich in diesen Anstalten angetroffen habe, hat mich wirklich befriedigt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß auch die Einrichtung des Referates „Gartenbau“ hier in Mainz beim Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zu diesem Fortschritt sehr wesentlich beigetragen hat. Die Landesanstalten haben seit dem Wirksamwerden dieses Referates „Gartenbau“ ein spezielles Arbeitsgebiet zugeteilt bekommen, das für sie, örtlich gesehen, am günstigsten liegt, so daß Überschneidungen, wie sie früher vorkamen, nunmehr vermieden werden. So kam es zum Beispiel vor, daß in Oppenheim, Kreuznach, Neustadt und vielleicht auch in Trier überall die gleichen Versuche wiederholt angestellt wurden, wobei natürlich auch fast immer das gleiche Ergebnis herauskam, was natürlich viel Geld gekostet hat. Insofern ist die Einrichtung einer Spitzenbehörde und die Einstellung eines Referenten für ein so wichtiges Gebiet nicht etwa eine verteuernde Angelegenheit, sondern eine wesentlich verbilligende. Hier können durch das Vermeiden zu vieler parallel laufender Versuche und durch das Einschalten neuer Aufgaben ganz erhebliche Beträge gespart werden.

Ich begrüße die Einrichtung des Referates „Gartenbau“ aber auch noch aus einem anderen Grunde. Bisher waren wir ja noch nicht souverän - d. h. wir sind es eigentlich hundertprozentig auch jetzt noch nicht -

(Aha-Rufe! bei der SPD.)

aber wir sind jetzt wenigstens soweit, daß sich deutsche Dienststellen einschalten können, wenn offensichtlicher Unsinn geschieht, aber auch wenn Dinge geschehen, die vermeidbar sind, die man nicht braucht und die unter Umständen sogar fehlerhaft sind. Das war zum Beispiel in unserem Lande Rheinland-Pfalz wiederholt der Fall, indem die Besatzungsmächte in unser Landschaftsbild eingegriffen haben in einer Weise, die beanstandet werden muß.

Wenn man so etwas aber beanstanden will, dann muß man eine sachverständige Spitze haben. Man muß eine Stelle haben, die man einschalten kann und die sogar die Militärbehörden überzeugen kann, daß sie Unsinn machen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir haben sogar zwei solcher Stellen. Wir haben außer dem Referenten für Gartenbau im Landwirtschafts-

(Kern)

ministerium auch noch die Unterabteilung 5. Auch das Referat „Landschaftspflege“ wird sehr gut betreut, und wir haben keine Veranlassung, uns diese Referate etwa wieder hinwegzuwünschen aus einer verkehrt aufgefaßten Sparsamkeit.

Bei meinen vorhin schon erwähnten Besichtigungen bin ich insofern zu einem überraschenden Ergebnis gekommen, als ich feststellen mußte, daß unsere Landesanstalten zwar noch einigermaßen hinreichend mit Personal ausgestattet sind, soweit der Weinbau in Frage kommt, daß aber, was Obst-, Gemüse- und Gartenbau anbelangt, hier wirklich noch vieles nachzuholen ist. Wir haben bei sämtlichen Landesanstalten auf dem Sektor Obst-, Gemüse- und Gartenbau keinen einzigen Vollakademiker, was gerade bei der Vielzahl der gestellten Aufgaben hier sehr wohl berechtigt wäre; und wir haben an allen diesen Anstalten keinen Techniker. Man kann keine Versuche durchführen, wenn nur ein Abteilungsleiter da ist und im übrigen völlig ungeschultes Personal. Man braucht für diese Dinge nun tatsächlich bestens vorgeschulte Leute, sehr tüchtige Leute, und ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß ich voriges Jahr schon in meinen Ausführungen auf diese Notwendigkeit hingewiesen habe, und daß ich voriges Jahr bereits auch einen gewissen Weg aufgezeigt habe, indem man den jungen Leuten die Möglichkeit schaffen soll, sogenannte Wechselstellen bei uns zu beziehen, d. h. ich hatte vorgeschlagen - was in verschiedenen Bundesländern bereits eingeführt ist -, daß jungen Leuten, die sich für diese Sparte interessieren, Stellen angeboten werden auf ein Jahr; nach diesem Jahr haben sie zu wechseln. Sie gehen dann in das Landwirtschaftsministerium eines anderen Landes, studieren dort an Ort und Stelle die dortigen Verhältnisse, und auf diese Leute, über die ja Buch geführt wird, könnte man dann später zurückgreifen. Und im übrigen wären aber auch fertige Fachleute immerhin noch in dem Umfang zu bekommen, daß man diese Posten besetzen könnte. Ich nehme an, daß das auch hier - wenigstens im Laufe des nächsten Jahres - geschehen wird.

Was die Spezialisierung betrifft, möchte ich nur sagen - da sich ja nicht alle Kollegen mit diesen Fragen beschäftigen müssen -, daß die erweiterte Unterteilung folgendermaßen aussieht: Obstbau, Baumschulwesen, Gemüsebau, Blumen- und Zierpflanzenbau, Friedhofsgärtnerei, Gartengestaltung, Landschaftspflege und Samenbau, wobei ich mir sogar vorbehalte, noch einige Sparten vergessen zu haben. Wir brauchen daher derartige Stellen. Einer meiner Vorredner hat übrigens vorhin eine Bemerkung gemacht, die mir wie Öl herunterging. Er hat vom Einnahme-Soll, und zwar der Domänen, gesprochen. Wenn aber schon bei den Domänen das Einnahme-Soll schwer erfüllt werden kann, wieviel schwerer kann es dann bei Landesanstalten, die Versuchs-, Forschungs- und Lehraufgaben haben, erfüllt werden! Es wurde mir an allen Anstalten gesagt, daß man dort vor dem Rechnungshof eine wahre Furcht habe. Der Rechnungshof wünscht, daß das Einnahme-Soll erfüllt wird, daß da nichts absinkt. Es soll in die Versuche und in die Forschung nur soviel hineingesteckt werden, wie der Betrieb herauswirtschaften kann. Aber so kann man das nicht machen. Das würde dazu führen, daß unsere Landesanstalten lediglich noch als Konkurrenzbetriebe für die übrige Gartenbauwirtschaft zu betrachten wären. Die Landesanstalten müssen, um ihren Zweck erfüllen zu können, andere Aufgaben haben.

Noch ein Wort zu dem Schlimmsten, was ich überhaupt gesehen habe. Ich bin ja schon mit einigen Erwartungen zum Landespflanzenchutzamt gegangen. Aber die

Raummöglichkeiten, die dort gegeben sind, die Trennung der einzelnen Abteilungen, die Tatsache, daß drei, vier, fünf Leute in einem Raum arbeiten müssen, der Umstand, daß Gifte in einem Glasschrank aufbewahrt werden müssen, weil anderes Mobiliar nicht zur Verfügung steht, der Umstand, daß sämtliche Räume im Parterre liegen, ungesichert sind - Baracken - und ohne weiteres erstiegen werden können - da sind noch nicht einmal Läden an den Fenstern angebracht -, daß also dort ohne weiteres und sehr leicht eingebrochen werden könnte, aber noch mehr der Umstand, wie diese Leute beispielsweise in einem solchen Winter, wie wir ihn dieses Jahr hatten, in Räumen, die kaum zu heizen waren, hausen mußten - insbesondere konnte in dem Laboratorium überhaupt nicht gearbeitet werden, weil der Wind nur so durchpiff, und weil bei diesen Kältegraden aber auch alles eingefroren ist -, das alles zeigt, daß die Zustände dort untragbar sind. Ich möchte diese Tatsachen hier festhalten. Ich habe mich dort mit den Leuten unterhalten; sie haben keine übermäßigen Wünsche. Aber wir stehen vor einer Frage: Entweder muß man ein solches Landespflanzenchutzamt aufgeben, oder man muß es so gestalten, daß es auch wirklich arbeiten kann. -

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Da es ja aber nun mit einer Bundesangelegenheit ist und da jedes Land ein solches Landespflanzenchutzamt halten soll und da wir in Rheinland-Pfalz bei der Vielzahl unserer Kulturen auf ein solches Landespflanzenchutzamt auch nicht verzichten können, bleibt daher nur die Möglichkeit zu überlegen, was unsererseits geschehen kann, um diesem Landespflanzenchutzamt wenigstens eine Möglichkeit zu geben, fruchtbare Arbeit zu leisten. Das Gerätelager in Bad Kreuznach, über das ich im vorigen Jahr gelegentlich der Etatberatung auch kurz gesprochen habe, habe ich in einem weit besseren Zustand angetroffen, als ich eigentlich angenommen hatte. Ich möchte daher dieses Jahr die kritischen Bemerkungen, die ich im vorigen Jahr auf Grund von Informationen gemacht habe, nicht wiederholen, möchte aber trotzdem dem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten anheimstellen zu überlegen, ob man nicht doch mit der Vergabe der Geräte, die zum Teil sehr wertvoll sind, an den jeweiligen Bedarfsträger mit der Auflage, die Geräte in einem einwandfreien Zustand zu erhalten, besser fahren würde als mit der Unterhaltung des Gerätelagers in dem bisherigen Umfang. Ich vermag diese Frage nicht zu beantworten. Aber mein Eindruck - das habe ich vorhin gesagt - war dieses Jahr recht gut. Ich habe das Gefühl, daß dort sauber und ordentlich gearbeitet wird. Ich möchte also keine irgendwie verletzende Bemerkung machen; ich meine nur, es wäre vielleicht zu prüfen, ob man nicht zweckmäßiger und der Sache dienlicher die Geräte an den jeweiligen Bedarfsträger abgeben könnte mit der Auflage, sie - bis man sie wieder braucht - entsprechend unterzubringen und zu pflegen.

In dem Zusammenhang Gerätelager und Landespflanzenchutzamt möchte ich hier einmal eine Bitte aussprechen: Gerade bei dem Landespflanzenchutzamt wäre es dringend zu empfehlen - schon mit Rücksicht auf eventuell später zu stellende Anträge -, daß wenigstens einige landwirtschaftlich interessierte Kollegen und Kolleginnen sich dieses Landespflanzenchutzamt hier in Mainz einmal ansähen.

Noch ein ganz kurzes Wort - ich werde schon vorwurfsvoll angeschaut - zu den Frostschäden bei den Spezialkulturen! Ich meine, wir sollten bei diesen Spezialkulturen nichts dramatisieren. Ich weiß ganz genau, daß

(Kern)

gerade bei den Spezialkulturen - ich erinnere an Pfirsiche, Aprikosen, gewisse Ziersträucher und alles mögliche - ganz erhebliche Schäden vorliegen, ganz abgesehen vom Weinbau. Trotzdem meine ich, sollte man das nicht dramatisieren, und man sollte abwarten aus zweierlei Gründen. Erstens ist doch keine Hilfe im Augenblick zu erwarten, und zweitens würde man durch zu kühne Behauptungen die Gegenseite, d. h. die Importeure herauslocken. Diese Importeure würden dann mit einem gewissen Recht Forderungen stellen, die sich sehr schädlich auswirken könnten. So wäre es aber eine Existenzgefährdung für die eigenen Betriebe auf Grund einer ganz anderen Betrachtungsweise. Also, ich halte nicht viel davon, daß man nach dieser Richtung hin allzuviel Propaganda macht; umgekehrt bin ich der Ansicht, daß dort, wo eine Hilfe wirklich geleistet werden muß - was sich noch herausstellen wird -, auch nicht zu bürokratisch geholfen werden darf. Dieses Geschrei nach Hilfe gäbe es nicht, meine Damen und Herren, wenn wir in der Wirtschaft wieder soweit wären, wie wir es früher einmal waren: Ein Betrieb müßte mindestens auf ein bis zwei Jahre selbst krisenfest sein. Das war früher in meiner Jugendzeit eine Forderung, die so ziemlich jeder Betrieb erfüllen mußte und konnte.

Ein bis zwei Jahre müßte er durchstehen können, selbst, wenn seine Einnahmequellen während dieser Zeit ausfielen. Das ist bei der heutigen Steuerbelastung und bei den Forderungen, die sonst noch an die Betriebe gestellt werden, leider nicht mehr möglich.

Vom „Grünen Plan“ wurde vorhin auch schon gesprochen. Ich werde mich über den „Grünen Plan“ nicht mehr auslassen. Ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß dieser „Grüne Plan“ sich auch für unsere Spezialkulturen segensreich auswirken wird, wobei ich nicht nur an Obst-, Gemüse- und Gartenbau denke. Es gibt ja auch noch eine ganze Menge anderer Sparten, die eine solche Hilfe brauchen. In diesem Sinne darf ich meine Ausführungen schließen.

(Bravo-Rufe und Beifall bei FDP und SPD.)

**Vizepräsident Bögl:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Beckenbach von der Fraktion der SPD.

**Abg. Beckenbach:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß sich in diesem Hohen Hause eine breite „Grüne Front“ befindet, die sich durch alle Fraktionen gleichmäßig hindurchzieht, so ist dieser Beweis durch die heutige Debatte lückenlos erbracht worden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich glaube, es ist in demonstrativer Art und Weise die Notlage in der Landwirtschaft unseres Landes geschildert und es sind in weitgehender Weise Maßnahmen von der Regierung gefordert worden, um diese Notlage und die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Ich möchte diese Debatte als eine wichtige und lokal bedingte Ergänzung des „Grünen Berichtes“ auf der Bundesebene bezeichnen.

(Abg. Dröscher: Sehr richtig!)

Der neu zu uns gekommene Herr Abgeordnete Peters hat einen bunten Strauß von Wünschen in sehr schöner Form hier unterbreitet, gerichtet an die Adresse des Landwirtschaftsministeriums. Unser allverehrter Herr Kollege Dr. Wolf hat - wie er das seit fünf Jahren ge-

tan hat - das Hohelied des Weines gesungen. Es ist also - wie ich schon sagte - in demonstrativer Art zum Ausdruck gebracht worden, daß die Landesregierung und dieses Parlament in unserem Lande viel, viel tun müssen, um die Disparität der Landwirtschaft in diesem Land in etwa zu beheben.

Drei markante Punkte, liebe Freunde, haben sich aus der Debatte ergeben, bei denen der Hebel angesetzt werden muß, um die Existenzparität in der Landwirtschaft herbeizuführen. Diese drei Kardinalpunkte - ich sehe sie auch so an - sind: Die Situation in der Wasserwirtschaft, die Situation in der Flurbereinigung und die Situation in der Siedlung, also Aufstockung, Anliegersiedlung, Existenzfestigung und Strukturwandlung. Wenn nur ein Hundertstel aller Wünsche, die in der heutigen Debatte zutage getreten sind, in unserem Lande in diesem Jahr realisiert werden könnte, dann wäre uns allen schon viel, viel geholfen. Ich bin nun einmal etwas realistisch veranlagt und halte mich verpflichtet zu prüfen, wie alle diese Wünsche in den Rahmen der realen Möglichkeiten dieses Etats, den wir zu besprechen haben, einzuordnen sind.

Die Wasserwirtschaft: Wir - das heißt wir „alten Hasen“, und ich bedaure nur, daß unser „ältester Hase“, der Herr Kollege Diel, im Augenblick nicht da ist - haben ja auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft in unserem Lande Vorbildliches geleistet. Wir haben schon vor drei Jahren festgestellt, daß zur Beseitigung der schlimmsten Schäden etwa 16 bis 18 Millionen DM aufzubringen wären, die in einem Zyklus von fünf oder acht Jahren vom Lande verkraftet werden müßten. Der Etatansatz des Kapitels 41 ist auch - nicht zuletzt durch unser Zutun - wesentlich erhöht worden, und zwar um 1 250 000 DM. Wir begrüßen das, wir stellen aber fest, daß auch das bei weitem nicht ausreicht, um den Plan, den die Wasserwirtschaft aufgestellt hat, und die Schäden, die seit 1953 noch hinzugekommen sind, auch nur in etwa in absehbarer Zeit so abzustellen, wie es im Interesse der strukturellen Existenzfestigung unserer Landwirtschaft notwendig wäre. Aber immerhin begrüßen wir im Rahmen des Möglichen diese Ansatzserhöhung.

Ich stehe aber auf dem Standpunkt, man sollte die Fragen, die gerade auf diesen drei Gebieten an uns herantreten, nicht nur mit den Augen des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses oder gar mit den Augen des Herrn Finanzministers ansehen. Um in eine richtige Relation zu kommen, Herr Kollege Dr. Habighorst, müssen wir auch prüfen, was wir tun müssen, - also nicht nur, was wir tun können, sondern was wir tun müssen.

(Abg. Dr. Habighorst: Das tun wir doch auch!)

Wer in der Presse den Bericht über die Besprechungen des Sachverständigenausschusses der Montanunion gelesen hat, bei denen unser Gesinnungsfreund Spaak den Vorschlag machte, daß in den nächsten 12 Jahren die Zollunion in den sechs Montanländern verwirklicht werden soll - das heißt, daß in 12 Jahren jegliche Zollbindung im Rahmen dieser sechs Länder gefallen sein soll - der bekommt in etwa eine Vorstellung von den Leistungen, die wir vollbringen müssen, um unsere Landwirtschaft innerhalb dieses Zeitraumes in den Stand zu versetzen, bei den dann gegebenen Verhältnissen auf dem europäischen Markt halbwegs bestehen zu können. Das ist bei mir nicht die zweite oder dritte, sondern die erste Komponente, die ich als solche beachtet haben möchte bei der Prüfung der Frage: Was können wir hier tun und was müssen wir hier tun? Wir müssen - das ist die Ansicht aller Redner, die heute gesprochen haben, und das ist auch die Ansicht

(Beckenbach)

aller Fachexperten - unsere deutsche und insbesondere unsere rheinland-pfälzische Landwirtschaft in diesen 12 Jahren - aber vielleicht spielen auch Umstände mit, daß wir solange Zeit gar nicht mehr haben - in die Lage versetzen, so stabilisiert und rationalisiert zu sein, daß sie halbwegs ihre Existenz behaupten kann. Und dazu ist es - auch nach der Meinung aller Experten - notwendig, die Flurbereinigungsmaßnahmen so zu forcieren, daß sie diesem Zeitraum Rechnung trägt. Und diese Überlegungen, Herr Kollege Dr. Habighorst, sollten eigentlich die Grundlage dafür bilden, um die richtige Relation zu finden. Ich habe immer noch in den Ohren, wie Sie als Mediziner und Akademiker so schön die 21 Millionen vertreten haben, die wir in die Universität gesteckt haben. Als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses haben Sie demonstriert, wie notwendig es sei, diese 21 Millionen hier für die Forschung, für die Ausbildung unseres wissenschaftlichen Nachwuchses, für die Fitmachung dieser 3000 Studenten und der 73 Professoren zu investieren. Um die richtige Relation zu finden, sollten wir uns vor Augen führen - das ist auch von Ihrer Fraktion zum Ausdruck gebracht worden -, daß es sich hier um die Existenz von 600 000 bis 700 000 Mitbürgern dreht, die in 200 000 Betrieben tätig sind. Hier müssen wir prüfen, was nun wichtiger ist: Ob die Existenz dieser halben Million Menschen durch eine erhöhte Zuwendung von Mitteln gesichert werden soll oder ob wir die Forschung betreiben und einen akademischen Nachwuchs pflegen wollen in der Form, wie wir es hier tun bei unserer Universität. Wir wollen uns nicht streiten über die Zweckmäßigkeit. Ich wollte nur sagen, daß wir die Dinge so sehen mit den Augen des auf dem Lande tätigen Bürgers. Sie haben Ihren Standpunkt vertreten mit den Augen des Akademikers und des Mediziners. Das Haus muß nun entscheiden, wo der Schwerpunkt liegt. Natürlich habe ich wenig Hoffnung -, doch, ich habe Hoffnung, der Herr Kollege Diel ist nicht da,

(Leichte Heiterkeit des Hauses.)

daß vielleicht doch einige unserer Wünsche verwirklicht werden, die wir jetzt einmal in Zahlen demonstrieren wollen.

Als Frage Nummer 1 hat die Flurbereinigung ein sehr trübes Bild ergeben. Wir haben 900 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche im Lande. Davon sind bis jetzt, meine Damen und Herren, 327 740 ha bereinigt und umgelegt. Darin sind enthalten 7071 ha Weinberge. Wir haben noch zu bereinigen 530 000 ha Ackerland und 35 000 ha Weinberge umzulegen. Wir haben in den drei letzten Jahren ein Jahresvolumen erreicht von 22 000 bis 23 000 ha Ackerland und von 800, 900 oder höchstens 1000 ha Weinbergsgelände. Meine Damen und Herren, wir müßten noch 22 oder 23 Jahre so fortfahren, bis wir unser Ackerland bereinigt haben, und 30, 32 oder 34 Jahre würde es dauern - wenn wir dieses Tempo beibehalten -, bis wir unsere Weinberge bereinigt und umgelegt haben. Ich habe es für notwendig gehalten, Ihnen diese einfachen, nüchternen Zahlen einmal zu unterbreiten, um Ihnen in etwa eine Relation und eine Vorstellung von der vor uns liegenden Aufgabe zu vermitteln.

Wenn wir aber das Tempo beschleunigen wollen, meine Damen und Herren, dann müssen wir in diesem Hause den Mut dazu finden, die Mittel dafür zu bewilligen. Alle schönen Reden, alle guten Pläne und alle noch so guten Wünsche sind unrealistisch, wenn nicht das Geld vorhanden ist. 10 270 DM hat der Bund für die Flurbereinigung im Jahre 1955 bereitgestellt, das Land Rheinland-Pfalz 1,8 Million. Relation: Ich stelle Ihnen anheim, zu beurteilen, ob die Leistungen des Landes

ausreichen, um die Aufgaben zu bewältigen, die vor uns stehen.

Die dritte Frage ist nun die Frage der Siedlung, der Besitzfestigung, der Aufstockung und der Auflockerung der Ortslagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe von dieser Stelle aus in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, wir müssen uns Mühe geben, die erforderlichen Mittel dafür aufzubringen. Wir haben die Aufstellung eines Planes verlangt. Wir haben verlangt, daß wir in ein entsprechendes Verhältnis zu den Aufgaben kommen müssen, wenn wir überhaupt die Möglichkeit einer Lösung dieser Aufgaben ins Auge fassen wollen. Von der Kulturabteilung des Landwirtschaftsministeriums wurde in dieser Beziehung auch ein Plan aufgestellt.

Es wurden die Mittel eingesetzt, die zur Verfügung stehen. Es war kein überragender Plan, aber immerhin ein akzeptabler. Es sollten im Jahre 1955 geschaffen werden 655 Neusiedlerstellen und auf unseren ausdrücklichen Wunsch darin enthalten sein 185 Stellen für die einheimische Landwirtschaft. Es wurden geplant als Eingliederung 630 Stellen, das waren 260 Vollerwerbsstellen und 370 Nebenstellen. Im Jahre 1955 waren also geplant 1470 Stellen, davon für Vertriebene 1285 und für Einheimische 185. Erfüllt wurden am Ende des Jahres 992, darin 129 Stellen für Einheimische. Ich stelle diese Zahlen gegenüber. Wenn wir in dem Tempo weiterfahren, dann werden wir in 50 Jahren immer noch diese Pläne aufstellen müssen, ob wir in der Lage sind, unsere einheimische Landwirtschaft existenzfähig zu machen. Es war geplant die Bereitstellung von 8290 ha Fläche, bereitgestellt wurden 3314 ha Fläche. Das liegt aber nicht daran, meine Damen und Herren, weil keine Fläche vorhanden war. Das war das Argument, was unser allverehrter Vorsitzender des Agrarausschusses, Herr Kollege Diel, immer gesagt hat. Es sind 386 Anträge im Jahre 1955 nicht realisiert worden, weil die Mittel dazu nicht vorhanden waren. Ursprünglich wurden verplant an Bundesmitteln 17,5 Millionen DM Haushaltsmittel und 9 Millionen DM Aufbaudarlehen. verausgabt wurden 8 Millionen DM Haushaltsmittel und 3,7 Millionen D-Mark Aufbaudarlehen. An Landesmitteln wurden verplant 15 250 000 DM. Darin sind aber enthalten 10 Millionen DM durchlaufende Mittel für § 46 Absatz 2 des Siedlungsgesetzes, die wir ohne Zinsen vom Bund bekommen und die wir ohne Zinsen im Jahre 1975 wieder zurückleiten müssen. Diese 10 Millionen DM möchte ich als Landesmittel nicht behandelt haben, weil es keine sind. Verplant waren als 54,5 Millionen DM, verausgabt wurden 35,8 Millionen DM. Landesmittel sind nur enthalten gewesen in Höhe von 4,2 Millionen DM. Ich will keine Rivalität sehen und will es auch nicht tun unter dem Aspekt der Ländergrenzenregelung. Aber da das Land Hessen - nicht weil es einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten hat - in der Struktur unserem Lande ähnlich ist, ist es immerhin interessant zu sehen, was dort im Jahr 1955 verausgabt wurde. Es wurden verausgabt für Siedlung, Aufstockung, Aussiedlung Landesmittel 11 050 000 DM und Bundesmittel 47,3 Millionen DM, also nahezu 60 Millionen DM, während wir im Lande nur 34 Millionen DM realisiert haben. Die Hektarfläche ist das Dreifache der Hektarfläche des Landes Rheinland-Pfalz.

(Abg. Glahn: Dann hat doch Rheinland-Pfalz mehr getan!)

- Die Hektarfläche ist das Dreifache der Hektarfläche von Rheinland-Pfalz.

(Abg. Glahn: Nun ja, dann hat Rheinland-Pfalz doch mehr geleistet!)

(Beckenbach)

- Nein, die verarbeitete Hektarfläche im Rahmen dieser 60 Millionen DM ist in Hessen das Dreifache wie die verarbeitete Hektarfläche im Lande Rheinland-Pfalz, während die Fläche des Landes und die Zahl der Betriebe beinahe gleich groß sind. Wir haben allein 160 000 Betriebe bis 2 ha, Hessen hat nur 112 000 bis 2 ha. Wir haben insgesamt 218 000 landwirtschaftliche Betriebe, Hessen hat 230 000, also nahezu die gleiche Zahl von Betrieben.

(Abg. Glahn: Aber wesentlich größere Betriebe, daran hängt es nämlich!)

- Da ist es doch um so notwendiger, daß wir mehr tun und daß wir an Stelle von 60 Millionen DM 90 Millionen D-Mark in unserem Siedlungsprogramm hätten verkraften müssen. Wir hätten mindestens soviel Landesmittel aufwenden müssen. Ich will Württemberg-Baden gar nicht heranziehen. Ich will Ihnen einen Begriff von der Relation geben. Es liegt ja bei Ihnen, zu entscheiden darüber, ob Sie meinetwegen die Mittel für die Flurbereinigung, die seither 1,8 Million DM waren, die wir auf Grund unseres Antrages, Drucksache II/116, auf 3,2 Millionen DM erhöht haben wollen. Wenn Sie es ablehnen, erhöhte Landesmittel bereitzustellen, auch in bescheidenem Maße, dann liegt es bei Ihnen, Aber Sie können nicht sagen, daß Sie den blumenreichen Wünschen die Ihre Redner hier unterbreitet haben, auch die reale Tat folgen ließen. Das können Sie nicht von sich behaupten.

(Abg. Dröscher: Sehr richtig. Sonst gehen uns auch die Bundesmittel verloren!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ganz kurz auf die Wirkungen der Soforthilfemaßnahmen im Lande Rheinland-Pfalz eingehen, die als Begleiterscheinung des sogenannten „Grünen Berichts“ auf der Bundesebene in Erscheinung treten. Der Herr Ministerialdirektor Hartmann hat in der Staats-Zeitung darauf hingewiesen, daß in Verfolg der Soforthilfemaßnahmen, auf der Bundesebene 55 bis 65 Millionen DM auf das Land zukommen, daß also diese 60 Millionen DM dem Lande an Soforthilfemaßnahmen gewährt werden, aber, meine Damen und Herren, nur dann, wenn das Land entsprechende Beteiligungen bereitstellt und wenn es der Ausbau des personellen und technischen Apparates der Länder zuläßt. Es heißt in dem Bericht:

Die ganzen Mittel werden nur dann realisierbar sein für das Land Rheinland-Pfalz nach Maßgabe... Die Bundesregierung wird zur Beschleunigung und aller notwendigen Maßnahmen Mittel bereitstellen, wenn die Länder in dem Maß finanziell die Dinge unterstützen, wie es der Ausbau des personellen und technischen Apparates der Länder zuläßt.

Meine Damen und Herren! Das ist eine sehr wichtige Frage. Es wurde uns immer von dem Landwirtschaftsministerium erklärt, der Apparat der Kulturverwaltung könne nicht mehr verarbeiten, wie das Pensum in der Flurbereinigung, Siedlung und Aufstockung dies erfordert. Ich muß aus Einsicht in die Dinge auch bestätigen: die personelle Besetzung der Kulturabteilung des Landwirtschaftsministeriums und die Kulturverwaltung auf dem Lande haben in den letzten Jahren das Menschenmögliche getan.

(Bravorufe im Hause.)

Mehr zu leisten, war aber eben nicht möglich,

1. weil die personelle Besetzung nicht danach war, und
2. weil das Land nicht Mittel genug bereitgestellt hat, um alle Möglichkeiten der maschinellen Beschleunigung der Arbeiten zu ergreifen und um vor allen Dingen die Arbeitsvergebungen an freie öffent-

lich anerkannte Vermessungsbeamte vergeben zu können, die man vergeben kann.

Wir können den Nutzeffekt nach Aussage der Fachleute um 30 bis 50 v. H. steigern, wenn Landesmittel vorhanden sind. Weiter ist eindeutig festgestellt worden, daß es möglich gemacht werden müßte, für den Verwaltungsdienst soviel Personal zu mobilisieren, daß alle Vermessungskräfte nur im Vermessungs- und Außendienst tätig sein können. Das ist bis jetzt noch nicht der Fall. Es fehlt auch hier an Landesmitteln.

Wenn nun diese 55 bis 65 Millionen DM bereitgestellt werden sollen, so müssen erhöhte Landesleistungen bereitgestellt werden. Wir hätten gewünscht, daß während der Etatberatung diese Frage gründlich geprüft worden wäre. Wir haben das getan. Auch hätten wir gewünscht, daß in diesem Etat die Landesmittel mobilisiert worden wären, die notwendig sind, um das notwendige Programm zu erfüllen und um sicherzustellen, daß die 55 bis 65 Millionen DM Bundesmittel in Verfolg der Sofortmaßnahmen auch restlos der Landwirtschaft des Landes Rheinland-Pfalz zugute kommen können. Man hat uns zugesagt, daß das in Form eines Nachtragsetats geschehe. Wir sind immer der Meinung: was früh geschieht, geschieht doppelt. Auch andere Länder haben das getan, sogar das arme Land Schleswig-Holstein hat es fertiggebracht, in diesem Jahr 14,5 Millionen DM zur Mobilisierung der Soforthilfemaßnahmen des Bundes bereitzustellen und 5 Millionen DM für den Wegebau.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Bögler:

Gestatten Sie, Herr Kollege, daß ich Sie unterbreche. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß Ihnen noch 5 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Abg. Beckenbach (fortfahrend):

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich werde sie ausnutzen!

(Heiterkeit des Hauses.)

Ich glaube, ich habe Ihnen, wenn auch mit nüchternen Zahlen dargetan, daß die Wünsche reichhaltig sind, daß aber die Möglichkeiten des Landes nicht ausreichen mit den Beträgen, die bis jetzt im Etat bereitgestellt sind, um diese Wünsche auch nur in etwa zu befriedigen.

Nun lassen Sie mich noch ganz kurz, Herr Präsident, auf einen Fall eingehen. Es dreht sich hier um die Rationalisierung der Maßnahmen, die ich eben angeführt habe. Ich wollte eigentlich noch auf die Landsiedlung zu sprechen kommen, denn da muß ein ganz ernstes Wort geredet werden. Aber die Zeit erlaubt es nicht. Wir werden aber im Verlaufe der nächsten zwei bis drei Monate Gelegenheit nehmen, in Form von Anträgen und Vorschlägen diese Frage der Landsiedlung Rheinland-Pfalz aufzugreifen und einer vernünftigen Regelung zuzuführen.

(Abg. Wehrle: Das ist schon getan!)

Wenn das Hohe Haus und wenn das Ministerium nur halbwegs die Dinge so sehen, wie ich sie eben geschildert habe, so müssen wesentliche Mittel in den Etat eingesetzt werden. Wir müssen den Kampf um die Existenzfestigung in der Landwirtschaft gewinnen, oder sie geht unter in der europäischen Weltkonkurrenz. Herr Ministerialdirektor Hartmann, sagen Sie es Ihrem Herrn Minister, es wäre mir sehr viel lieber gewesen, wenn der Herr Minister hier gewesen wäre. Wir hätten noch ein sehr viel intimeres Gespräch geführt. Ich habe noch einige Punkte, Aber die können

wir nachholen. Sagen Sie Ihrem Herrn Minister, wenn er diese Maßnahmen in unserem Sinne vorantreiben will, die Hilfe der Sozialdemokratischen Partei ist ihm immer sicher.

(Abg. Hachenberg: Er ist doch für den Weinbau auf Geschäftsreise, Herr Kollege!)

- Gut, dann werden wir sehen und erwarten seinen Bericht.

(Beifall bei der SPD.)

#### Vizepräsident Böglert:

Meine Damen und Herren! Ich darf darauf aufmerksam machen, daß von der Fraktion der CDU noch zwei Redner vorgemerkt sind, daß aber nur noch 22 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Ich erteile das Wort nunmehr Herrn Abgeordneten Dr. Adams von der Fraktion der CDU.

#### Abg. Dr. Adams:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die kurze Redezeit verlangt eine Straffung meiner Darlegungen. Ich will versuchen, das zu tun. Ich möchte sprechen über die nördlichen Weinbaugebiete unseres Landes, die deswegen besprochen werden müssen, weil sie zum großen Teil unter Bedingungen arbeiten, die unterstützungsbedürftig sind. Die Winzer bauen dort den Wein an steilen, trockenen, humusarmen und fast wegelosen Hängen, und zwar unter Verhältnissen, bei denen man sich oft fragen muß, ob es sich überhaupt rechtfertigt, in diesen Gegenden Weinbau zu betreiben.

Aber wie die Heidelbeere in Finnland und die Äpfel in Schweden, so ist auch der Riesling, das Kind der nördlichen Zone, mit geschmacklichen Vorzügen besonderer Art ausgezeichnet. Aber diese Vorzüge werden mit Kosten erkauft, die die höchsten der Welt sind. So betragen z. B. die personellen Baukosten in dieser Gegend etwa 4000 DM, während sie in der Pfalz etwa 1000 DM betragen; die Umstellungskosten betragen das Sechsfache, Achtfache, Zehnfache und Sechzehnfache dessen wie in der Ebene, und die Wegebaukosten betragen rund 30 000 DM pro Kilometer.

Ich spreche nicht vom Bernkasteler Doktor, ich spreche nicht vom Mittelmoselwein, ich spreche aber von den 80 bis 90 v. H. kleiner Winzerweine, die sich quälen müssen, die mit den Kosten nicht hinkommen, die ohne Reserve dastehen, und wenn schlechte Tage kommen, ist die Not da. Es handelt sich um eine Grenzsituation ganz besonderer Art. Wie sich diese auswirken kann, das zeigen die Verhältnisse des Mittelrheins, wo eine Entwicklung zu beobachten ist, die wir vermeiden müssen.

Die Weinberge säumen die steilen Höhen, wo jetzt Ginster und Weißdornhecken wachsen und sich verkrüppeltes Obstholz befindet. Die Weinberge sind nicht richtig erschlossen, sie sind zum Teil in fremden Händen, die einmal ernten wollen, aber im übrigen Kultur Kultur sein lassen. Wenn hier nicht Beihilfekredite gegeben werden, ist hier das Weinbaugebiet verloren.

Ganz ähnlich liegt es auch an der Ahr, wo noch ein Sonderproblem hinzutritt, nämlich die Rettung der wertvollen Burgunderrebe. Daß dieser Burgunderrebenanbau an der Ahr stark gefährdet ist, wenn nicht entscheidende Maßnahmen vorgenommen werden, ist offenbar. Eine kräftige öffentliche Förderung ist nicht zu entbehren. Das Ministerium sieht die Ahr als Weinbaunotstandsgebiet an und ist sich über die zu ergreifenden Maßnahmen im wesentlichen klar. Frost und Dürre lassen sich durch langsame Beregnung mit Si-

cherheit bekämpfen. Die Beispielsanlage in Dernau zeigt, was geleistet werden kann.

Die Aufschließung des Weinbaugebietes stößt nicht nur auf technische und wirtschaftliche, sondern auch auf psychologische Schwierigkeiten. Es wird deswegen zunächst als Beispielsmaßnahme an die Aufschließung des Geländes zwischen Marienthal und Dernau gedacht. Ähnlich ist es in Walporzheim. Die wissenschaftliche Untersuchung des Abbaues der Burgunderrebe ist ein ungeklärtes Problem. 4000 DM sind dafür bewilligt.

Der Widerstand gegen die Pfropfrebe ist der Einsicht gewichen, daß die Pfropfrebe Reblausfestigkeit, Krisenfestigkeit und vielleicht auch Liberalisierungsfestigkeit bedeutet. Aber flurbereinigt ist an der Mosel erst ein Gebiet von 9 v. H., umgestellt auf Pfropfreben erst 1,5 v. H., d. h. die Mosel muß noch eine sehr lange Gefahrenzone durchschreiten, bis Sicherheit gegeben ist. Das Tempo muß beschleunigt werden.

Wir haben heute viel gesprochen über die Frage der Flurbereinigung. Aber eine praktische Anregung: Hohenheim schult Diplomlandwirte auf Kulturamtstätigkeit um. Man sollte auch diese Sache prüfen. Wir müssen vielleicht bei dieser Aufgabe, die so wichtig ist und uns auf den Nägeln brennt, zu Aushilfen schreiben, die man sonst vermeidet, die aber hier notwendig sind. Unser Pfropfrebenmaterial ist nur zur Hälfte ausreichend. Wir kommen nicht nach. Deswegen die Bitte: die Veredlungsanstalten vergrößern, vermehren, die Kapazität stärken und auch entgegenkommen, wenn Betriebe dieser Art Rückzahlungsverpflichtungen haben - Sie wissen, worauf in ansprache hier, bitte kommen Sie entgegen -, die unbedingt für dringende Erweiterungsarbeiten benötigt werden.

Einige Zahlen zur Wege-Frage! Mittelrhein, Ahr und Untermosel: Nicht durch Wege erschließbar 20 v. H. der Fläche, erschlossen erst 20 v. H. als Wegeprogramm 60 v. H. Deswegen überall als erste Forderung der Gedanke: Weinbergswegen erschließen! In der Forderung leicht zu stellen, im Realen aber ungeheuer schwierig. Vielleicht kann man beim Bundesernährungsministerium erwirken, daß die Bundesrichtlinien über die Verwendung der Mittel der Flurbereinigung dahingehend geändert werden, daß mit den Mitteln auch Maßnahmen zur Vorbereitung der Flurbereinigung, wozu der Wegebau gehört, gefördert werden dürfen. Der „Grüne Bericht“ sieht Mittel für Wegebau mit 70 Millionen DM vor, davon sollte ein erheblicher Teil für den Wegebau der Mosel abgezweigt werden.

Weinbau und Landwirtschaft fordern pflegliche Fürsorge. Der „Grüne Bericht“ spricht genügend darüber. Das, was Parlament und Spitzenbehörde verständnisvoll gewähren, sollte nicht in der mittleren und unteren Instanz eingeengt werden. Das Wort: „In dubio pro agricola“ - im Zweifel für Landwirte und Winzer - sollte mit leuchtenden Buchstaben in jeder Amtsstube stehen.

(Beifall des Hauses.)

Zur Frage der Forschung kurz folgendes: Wir begrüßen das, was die Regierung auf dem Gebiete der Forschung getan hat. Ich erwähne bloß den Forschungsring, dessen Bedeutung man nicht hoch genug einschätzen kann. Die Mittel, die hier hineingesteckt werden, strahlen unsichtbar aus, haben aber einen Effekt, den bloß die erkennen, die in die Sache hineinschauen. Die Bodenprobe soll gegenstandsnahe sein, nicht von Speyer her für die Mosel! Stärken Sie die Institute in Trier, damit die Dinge für die Mosel gegenstandsnahe bearbeitet werden. Ein Bericht des Rechnungshofes, daß man daran denke, die Forschungsanstalt Trier nach Neustadt a. d. W. zu ver-

(Dr. Adams)

legen, ist weitfremd! Die Mosel braucht ihre eigene Forschungsanstalt. Sie ist eigenständig. Der Riesling hat sein eigenes Gesetz. Wir müssen die Stelle haben, die die Voraussetzungen unserer weinbaulichen Arbeit schafft, sicherstellt und nach außen bekanntgibt.

(Beifall bei der CDU.)

Die Verlegung nach Neustadt ist wenig sinnvoll. Wir stehen mit unsern pfälzischen Freunden gut, wir ergänzen uns sogar in kleinen und in großen Jahren. Etwas bitte ich Sie zu bedenken! Der Weinbau des Landes stellt eine Machtposition dar, aber zerteilt geht der Einfluß verloren. Wir wissen, welchen Einfluß die so schätzenswerten Branchen des Weinimports und -exports auf wirtschaftspolitischem Gebiet haben, wie sie so ganz anders denken als wir Weinleute. Und wie mächtig, ja entscheidend sind in fast allen Bundesländern gerade diese wichtigen Gruppen!

Das konnte man sehen bei den Verhandlungen im Bundesrat am 10. Februar, wo um die Einfuhr griechischer Weine gekämpft wurde. Wenn nicht Rheinland-Pfalz in die Bresche gesprungen wäre - nicht nur für die Mosel, sondern für den ganzen deutschen Weinbau - dann wäre es um uns geschehen gewesen. Was da geschehen ist, kann jeden Tag wieder passieren. Und dann ist niemand da, der für den deutschen Weinbau eintritt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Deswegen muß die weinbauliche Machtposition Rheinland-Pfalz erhalten werden im Interesse des gesamten deutschen Weinbaues.

(Widerspruch bei der SPD.)

Dem mit den Dingen Vertrauten ist bekannt, daß alles, was auf dem Gebiete des Weinbaues geschieht, pfleglich, antreibend, abschirmend usw., hier von Rheinland-Pfalz aus geschieht; von den anderen hört man nicht viel. Aber was geschieht, ist gut.

Noch ein Wort zum Weingesetz! Ich möchte dem Weinbau- und Weinwirtschaftsausschuß das Zeugnis ausstellen, daß das, was da bearbeitet worden ist, die tragende Grundlage der Verhandlungen bei den Verbänden gewesen ist. Bonn ist offenbar von den Vorschlägen abgewichen, die sauber und ausgewogen diskutiert und abgewogen worden waren. Wir wollen hoffen, daß das, was da herauskommt, dem deutschen Weinbau, insbesondere den schwierigen Verhältnissen in den nördlichen Gebieten, voll dienlich ist. So möge die kommende Regelung und eine starke Fürsorge dem gesamten Weinbau - nicht nur den nördlichen Gebieten - dazu verhelfen, daß - um mit Goethe zu sprechen - der liebevollste Fleiß des Winzers nicht mehr ein zweifelhaft Gelingen, sondern ein sicheres, erfolgreiches Arbeiten wird.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Bögler:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hachenberg von der Fraktion der CDU.

**Abg. Hachenberg:**

Herr Präsident! Ich bitte um eine gütige Vorschußzahlung auf die Redezeit des nächsten Jahres!

**Vizepräsident Bögler:**

Das ist nicht gut möglich! Sie haben 10 Minuten, Herr Kollege!

**Abg. Hachenberg (fortfahrend):**

Ich verspreche Ihnen, daß ich im nächsten Jahre hinsichtlich der Redezeit sehr bescheiden hier auftreten will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Etatberatungen stellen immer erhöhte Ansprüche an die Nerven der Mitglieder dieses Hohen Hauses. Vielleicht wird die Beratung der Abschnitte „Fischerei, Jagd und Forstwirtschaft“ soweit zur Erholung beitragen, daß wenigstens keine Nervenrisse eintreten.

Ich bedauere außerordentlich, daß die Herren vom Ministerium so schlecht hier vertreten sind. Ich hätte ihnen diese „Erholung“ auch gerne gegönnt.

**Vizepräsident Bögler:**

Gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche! Ich darf dazu mitteilen, daß das Kabinett eine Sitzung abhält wegen dringender Bundesratsbeschlüsse, die für morgen gefaßt werden müssen.

**Abg. Hachenberg (fortfahrend):**

Bevor ich zu meinen Sonderaufgaben Fischerei, Jagd und Forsten komme, habe ich zwei Extra-Aufträge zu erfüllen, Herr Präsident. Gehen die auch noch von meiner Redezeit ab?

**Vizepräsident Bögler:**

Nichts geht ab!

**Abg. Hachenberg (fortfahrend):**

Notwendig ist die Wiederbesetzung der Kulturamtsnebenstelle Altenkirchen, Herr Minister-Stellvertreter! Ich bitte, dies vorzuvermerken. Weiter hat der Kollege Platten mich darauf hingewiesen, daß die Altersversorgung unserer Landwirte - wie bereits von ihm im Jahre 1951 vorgetragen - nun endlich einmal aktiv in Angriff genommen werden muß.

Ich komme zum Abschnitt „Fischerei“. Es ist der kleinste Abschnitt in unserem Etat. Trotzdem ist die Fischerei der Sport des kleinen Mannes. Rund 78 v. H. der ausgestellten Fischerei- oder Angelscheine sind von Arbeitnehmern eingelöst worden, und davon 41,5 v. H. Arbeiter und der Rest Angestellte und Beamte, und nur 22 v. H. von Gewerbetreibenden und sonstigen freien Berufenen.

Nach den Unterlagen haben im Jahre 1955 in Rheinland-Pfalz 16 190 Personen den Fischfang sport- und berufsmäßig ausgeübt, davon 800 Angehörige der alliierten Streitkräfte und 300 Ausländer. Seitdem im Jahre 1954 das Fischereiabkommen mit den Alliierten getroffen worden ist, darf man sagen, daß die früher bestanden Schwierigkeiten bei der Ausübung des Angelsports restlos beseitigt sind.

Ich muß dies hier sagen, weil ich in früheren Jahren oft und sehr ernst auf die Unannehmlichkeiten gegenüber den Angehörigen der Besatzungsmächte hingewiesen habe. Also wir sehen, daß der Fischereisport hier völkerverbindend gewirkt hat, so wie der Sport im allgemeinen.

(Abg. Dröschner: Sofern sie es nicht mit Handgranaten machen!)

Ich muß leider den Abschnitt „Fischerei“ verlassen, weil ich noch auf den sehr wichtigen Abschnitt der Jagd- und der Forstwirtschaft zukommen muß. Im Haushaltsplan ist unter Titel 402 bei der Fischerei zur Hebung des Fischeinsatzes ein Betrag von 5000 DM durch den Haushalts- und Finanzausschuß mehr eingesetzt worden, als die ursprüngliche Regierungsvorlage vorsah, diese Erhöhung begrüße ich außerordentlich. Sehr zu begrüßen gewesen sind die staatlichen Maßnahmen zur Wiederinstandsetzung und für Neuerrichtung von Teichen im wasserwirtschaftlichen Interesse, angeregt durch die Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald“, bei der auch die Fischerei Vorteil ge-

(Hachenberg)

habt hat, und weiter die Förderungsmaßnahmen zum Aufbau von Forellenzuchten und Teichwirtschaften selbst. Eine Weiterführung dieser Maßnahmen wäre sowohl im Interesse der Wasserwirtschaft als auch der Fischerei sehr wünschenswert.

Bevor ich mich dem Etat der Jagdverwaltung zuwende, bitte ich, eine nicht zum Etat gehörende Ausführung machen zu dürfen. Der Ende Januar einsetzende starke Schneefall hat nicht nur Not in unsere Familien gebracht, sondern in viel größerem Maße für unser Wild und unsere Vögel. Die Tageszeitungen haben ja ausführlich darüber berichtet. Um diese Not zu lindern, haben sich aber nicht nur Forstbeamte und Jäger bemüht, nein - eigentlich die ganze Bevölkerung. Die Aufklärungsarbeit der Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald“ - besonders durch Schulen und andere Organisationen - hat hier wirklich einen sichtbaren Erfolg gezeigt. Die Lehrkräfte an den Schulen aller Arten brauchten ihre Schüler nicht aufzufordern, der notleidenden Vögel zu gedenken, nein - die einzelnen Schüler sorgten von sich aus für Futterhäuser und Futterringe. Ich glaube, ich darf hier der Schutzgemeinschaft „Deutscher Wald“ und allen weiteren Organisationen, besonders aber unseren Lehrkräften an allen Schulen und unseren Schülern danken.

(Beifall des Hauses.)

Um die Linderung der Wintersnot unseres Wildes hat sich noch eine weitere Gruppe von Menschen bemüht, die man sonst als nicht besonders wildfreundlich hinstellen will, nämlich unsere Bauern. Die gleichen Bauern, die noch Mitte Januar mit derben Worten über den Wildschaden gewettert und geschimpft hatten, öffneten Scheunen und Heuböden und stellten Hafergarben und Heu zur Fütterung des notleidenden Wildes gerne zur Verfügung. Auch ihnen zu danken ist für mich eine Ehrenpflicht.

(Bravo! und Beifall des Hauses.)

Kapitel 34 - Jagdverwaltung - Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels sind durch Gesetz zweckgebunden. Unter Titel 300 sind auch die Fasanerien genannt. Hier möchte ich die Landesjagdverwaltung bitten, dem Besatz durch Fasane eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, da diese neben dem Feldhuhn bekanntlich Kartoffelkäfer, Schnecken und anderes Ungeziefer kurzhalten.

Jetzt komme ich zur eigentlichen Jagdverwaltung. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir die Erklärung, daß ich nicht Jäger bin, für den Fall, daß der Herr Kollege König das noch nicht wissen sollte.

(Abg. König: Sie stehen aber im Verdacht! -  
Abg. Dr. Boden: Sie haben aber einen schönen Jagdzug an!)

Bevor ich mich nun dem Kapitel „Allgemeine Forst- und Jagdverwaltung“ zuwende, ein Wort zu der grünen Farbe im allgemeinen, zu der Jäger und Forstpersonal von mir gerechnet werden. Es ist schon richtig, daß diese „Grüne Gilde“ eine besondere Vereinigung darstellt. Wenn sie unter sich sind, benutzen sie eine Sprache, die ein Nichtangehöriger dieser Gilde nicht einmal verstehen kann.

(Heiterkeit im Hause.)

Politisch gefährlich sind ihre Zusammenkünfte nicht. Dieserhalb braucht der Herr Minister für Verfassungsschutz sich keinerlei Sorge zu machen.

(Heiterkeit im Hause.)

Bedenklicher ist aber die Frage, ob das Gebot: „Du sollst nicht lügen!“ von ihnen nicht allzu oft übertreten wird.

(Heiterkeit im Hause.)

Durch diese Gebotsverletzungen werden die Mitmenschen aber nicht geschädigt. Sie selber haben das ja einstmals vor einem höheren Richter zu verantworten. Hierbei dürfen wir eine Tatsache aber nicht unerwähnt lassen. Das Land Rheinland-Pfalz hat rund 725 000 Hektar Waldfläche. Kriegs- und Nachkriegszeit hatten diesem Wald ohne Rücksicht auf die Eigentümer ungeheure Wunden geschlagen. Der Herr Kollege Dröschler hat in seinen Ausführungen schon darauf hingewiesen. Kahlflächen waren entstanden, die mehr als schmerzlich waren. Dazu kam, daß wir in der französischen Zone einen ungeheuren Mangel an Forstpflanzen hatten, die einstmals von Holstein und Niedersachsen bezogen wurden.

Was ist nun seit 1947 geschehen. Zunächst wurden Baumschulen und Pflanzgärten bei uns angelegt. Diese Riesenkahlflächen sind dank des unermüdlichen Einsatzes von Waldarbeitern und Forstleuten restlos aufgeforstet worden, nachdem bei den Staatsverwaltungen der Landtag die entsprechenden Kredite bewilligt hatte. Gemeinden und Privatwaldbesitzer haben in gleichem Umfange die Aufforstung der Kahlflächen durchgeführt. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die Anlage einer Jungkultur bei uns im Lande Rheinland-Pfalz in den Hängen viel schwieriger ist als in den Niederungen und als im Flachlande von Mitteldeutschland und im Norden. Was aber innerhalb der letzten zehn Jahre durch Landesregierung und Besitzer der einzelnen Waldflächen - Privat- und Gemeindegewald - geschehen ist, darf uns mit Stolz erfüllen. Möglich war es aber nur durch die treue und nie erlahmende Pflanzfüllung unserer Forstbeamten und der im Walde beschäftigten Arbeiter.

(Bravo! bei der CDU.)

Die entscheidenden Einnahmeposten finden wir unter Titel 15, 16, 17, 19 und 21 des Kapitels 30 des Landwirtschaftsetats. Es handelt sich um Einnahmen aus Holzverkäufen von forstlichen Nebenprodukten und aus der Jagd.

Die Holzpreise unterliegen bekanntlich gewissen konjunkturellen Schwankungen: Das Pendel schlägt einmal sehr hoch, ein andermal recht niedrig aus. In der Landtagssitzung vom 26. März 1953 hat Herr Kollege Hertel, für den Forst- und Waldwirtschaft immer ein besonderes Anliegen gewesen ist, auf Absatzschwierigkeiten von Holz aus dem Pfälzer Wald hingewiesen. Damals war also das Pendel tief nach unten geschlagen. Ein andermal schlägt es vielleicht zu hoch. Im Forstwirtschaftsjahr 1955 erfolgte eigentlich eine Beruhigung der Preise. Es gibt natürlich auch Leute, die ganz anderer Meinung sind. Hierzu gehört der 1. Vorsitzende der Europäischen Möbel-Union, Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Karl Atzenroth aus Koblenz. Die bekannte Hamburger Zeitschrift „Der Spiegel“ vom 29. Februar 1956 bringt ein sehr nettes Bild von dem genannten Herrn Oberkollegen und seine Ausführungen aus Anlaß der Kölner Möbelmesse. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich das kurz verlesen.

**Vizepräsident Bögler:**

Nicht den ganzen Artikel!

Abg. Hachenberg (fortfahrend):

- Nein, nur einige Worte:

Der deutsche Wald ist für die Bundesländer und für viele westdeutsche Gemeinden in den vergangenen Jahren zu einer sprudelnden Geldquelle geworden.



(Hachenberg)

Ich hoffe, daß kein Amtsbürgermeister und kein Bürgermeister hier ist, der von dieser sprudelnden Quelle mal übersprudelt wird -

(Heiterkeit im Hause.)

Und so geht es nun weiter:

Ob nun die Lücken in den Etats dazu geführt haben oder ob der kaufmännische Ehrgeiz leitender Beamter der Forstverwaltung die Triebkraft war, Tatsache ist jedenfalls, daß die Forstleute auf den Holzauktionen von Jahr zu Jahr höhere Preise für das staatliche Holz erzielten.

(Abg. Dröscher: Das stimmt ja gar nicht!)

Die Forstverwalter gingen kaufmännisch und klug vor. -

Und so geht es weiter.

(Abg. König: Haben Sie eigentlich herausgekriegt, wer das dem „Spiegel“ gegeben hat?)

- Nein, leider nicht! Jedenfalls ist es sehr bedenklich, was da noch behauptet wird, daß die Forstleute das wertvolle Holz vom Windwurf im Walde hätten liegen lassen, wodurch es verdorben wäre. Hierzu möchte ich nur eine Frage an den Artikelschreiber stellen: Hat er einmal überlegt, daß Holzhandel und Holzindustrie oft jahrelang das Holz im Walde liegen lassen und es nur auf ernstes Drängen der Forstleute herausgeholt wird? Ich kann doch nicht annehmen, daß das aus bilanztechnischen Gründen geschieht, oder soll das Holz einfach im Walde verderben?

(Abg. Dröscher: Außerdem ist es um ein Drittel billiger als im Vorjahr; die Behauptung ist völlig falsch!)

Bevor der fragliche Artikel zum Etat des Landes Rheinland-Pfalz kommt, wird noch eingehend eine Holzauktion in Kronach (Oberfranken) erläutert. Hier auf im einzelnen einzugehen, dürfte sich erübrigen, da die bayrische Staatsforstverwaltung hierzu ausführlich Stellung genommen hat. Der Herr Minister gehört nicht zu meiner Partei. Ich muß aber hundertprozentig das unterstreichen, was der Herr Minister Zietsch in seinen Ausführungen im bayrischen Landtag gesagt hat.

(Abg. König: Ist ja auch ein Sozialdemokrat!)

Diese Feststellungen stehen im übrigen im Widerspruch zu den Ausführungen des „Spiegels“. Und nun zu dem Artikel des „Spiegels“ bezüglich des Landes Rheinland-Pfalz. Auch hier bitte ich den Herrn Präsidenten um Erlaubnis, einige Worte verlesen zu dürfen.

**Vizepräsident Bögl:**

Herr Kollege, Sie haben die Redezeit bereits überschritten.

**Abg. Hachenberg (fortfahrend):**

Ich eile mich, so schnell ich kann. Es werden da nun einzelne Ausführungen gemacht. Ich bitte, sich den „Spiegel“ vom 29. Februar zu besorgen. Da heißt es:

(Heiterkeit im Hause.)

Aber Stübingers Mahnruf verhalte. Der Landtag Rheinland-Pfalz stimmte für 45 Millionen DM Einnahmen aus dem Holzverkauf. Da diese Summe nun ohne Rücksicht auf den Kampf der Bundesregierung um stabile Preise herbeigeschafft werden muß, fordern die Förster in Rheinland-Pfalz jetzt die Holzpreise pro Festmeter 61 DM gegenüber 55 DM im Vorjahr. Nur der einzige, der den Mut hat, gegen die

hohen Holzpreise zu reden, das ist der Herr Minister Stübinger.

(Abg. Dröscher: Hochinteressant!)

Es ist sehr schade, daß der Herr Minister nicht hier ist; sonst hätte ich ihm das sehr gerne mitgeteilt.

Warum meine Ausführungen zu den Darlegungen des Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Atzenroth im „Spiegel“ vom 29. Februar 1956? Herr Dr. Atzenroth hat die Erhöhung der Möbelpreise, die zwangsläufig eintreten müßte, nur mit der Preiserhöhung für Rundholz begründet.

(Abg. Dröscher: Da liegt der Hase im Pfeffer!)

Es wäre doch sehr interessant gewesen, wenn er bei der Begründung der Preiserhöhung angegeben hätte, nach welcher Kalkulationsgrundlage die Möbelindustrie arbeitet. Bekanntlich ist der Rohholzpreis der geringste Kostenfaktor eines fertigen Möbelstückes. Bereits im Jahre 1951 habe ich hier in diesem Hohen Hause meine Hochachtung vor der deutschen Möbelindustrie zum Ausdruck gebracht, indem ich darauf hinwies, daß trotz des Fehlens früher benutzter ausländischer Hölzer unsere Möbelindustrie und Bauschreinereien vorzügliche Arbeit geleistet haben. Diese meine Hochachtung möchte ich nicht eingeschränkt wissen, obwohl ich die vorerwähnten Ausführungen des Herrn Präsidenten Dr. Atzenroth aber schlecht anerkennen kann und ablehnen muß.

Die bei Errechnung der Holzeinnahmen im vorliegenden Etat zugrunde gelegten Rundholzpreise bewegen sich durchaus auf der Mittellinie der im Bundesgebiet bisher erzielten Holzpreise. Sie liegen unter denjenigen Preisen, die im vergangenen Jahr in Hessen und in Bayern erzielt wurden.

Und nun zu Titel 21 „Einnahmen aus der Jagd“. Bei der Beratung des Etats im Haushalts- und Finanzausschuß hat die Landesforstverwaltung gegen die Erhöhung dieses Etatansatzes Bedenken geäußert. Die Beratung fand in einem Augenblick statt, in dem die Schäden des harten und schneereichen Winters unter unseren Wildbeständen noch nicht übersehen werden konnten. Man glaubte, auch bei vorsichtiger Kalkulation den erhöhten Etatansatz nicht erreichen zu können. Der Herr Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses hat damals eine spürbare Überprüfung dieser Frage in Aussicht gestellt. Unter Berücksichtigung des Wildverlustes durch den harten Winter wird es ja schon praktisch unmöglich sein, das Normensoll des Etats zu erfüllen; es sei denn, daß der gesamte Wildbestand mehr oder weniger abgeschossen werden müßte. Kein Mitglied dieses Hohen Hauses wird dies von den verantwortlichen Männern der Staatsforstverwaltung fordern.

In der Ausschußverhandlung wurde auch die Frage der Verpachtung weiterer Staatsjagdflächen eingehend erörtert. Hiergegen habe ich deshalb so erhebliche Bedenken, weil bei den verpachteten Jagden eine Wildstandsregulierung bei besonders gefährdeten, wertvollen Kulturen nicht gewährleistet ist. Ich bekenne mich zu den hierzu vom Herrn Kollegen Dröscher gemachten Ausführungen vollinhaltlich. Ich erinnere an das Baader-Gutachten, aus dem sich ja ergab, daß fast ausschließlich in den Staatsjagden die Soll-Abschüsse auch erfüllt wurden. Nach den mir vorliegenden Mitteilungen sind die größten Wildschäden sowohl in der Land- als auch in der Forstwirtschaft in den verpachteten Jagdrevieren, wo der Forstbeamte auf den Jagdbetrieb den geringsten Einfluß hat, zu verzeichnen.

Im Kreise Prüm hat eine niederrheinische Jagdgesellschaft ein großes Rotwildrevier - rund 8000 ha - gepachtet. Der geschätzte und bezahlte Wildschaden im

(Hachenberg)

Jahre 1955 betrug 200 000 DM. Mehr brauche ich zu dieser Frage ja wohl nicht zu sagen. Die Hoffnung, durch Verpachtung weiterer Staatsjagden zur Verminderung des Wildschadens zu kommen, dürfte fehl am Platze sein. Dieser Umstand wird auch mit dazu geführt haben, daß andere Länder sogar ein Verbot erlassen haben, mehr als 25 v. H. der Staatsjagdfläche zu verpachten.

Sofern meine Unterlagen zutreffen, beträgt die gesamte staatliche Jagdfläche im Lande Rheinland-Pfalz rund 211 000 ha. Hiervon sind bereits verpachtet 48 600 Hektar, also rund 23 v. H. Um die von mir vorhin genannten 25 v. H. verpachtete Fläche zu erreichen, müßten noch weitere 2 v. H., also 4500 ha, verpachtet werden. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt - -

**Vizepräsident Bögler:**

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit nunmehr um 10 Minuten überschritten.

**Abg. Hachenberg (fortfahrend):**

Dann bitte ich, nur noch den Dank aussprechen zu dürfen, und dann habe ich noch ein Wort an den Herrn Landwirtschaftsminister. Ich möchte nur sagen: Ein Landwirtschaftsminister und ein höchster Forstbeamter von Rheinland-Pfalz, der planlos eine Verpachtung derjenigen Flächen vornimmt, in denen sich unsere besten Kulturanlagen befinden, würde verantwortungslos handeln, und der Herr Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz ist ja für die Gesamtpolitische Haltung der Landesregierung verantwortlich. Ich nehme an, daß er auch die Verantwortung dafür zu tragen hat, daß nicht ohne Not wertvolle Kulturen nur deshalb geopfert werden, weil sie nun einmal verpachtet werden sollen, um damit einigen Großwildjägern Gelegenheit zu geben, besonders schöne Geweihe hinzulegen, dafür bin ich natürlich nicht zu haben.

Erfreut hat mich die Tatsache, daß im außerordentlichen Etat für den Waldwege-Neubau zur Verbesserung der Holzabfuhr der Betrag von 1 250 000 DM bereitgestellt wurde.

Dank möchte ich allen denen sagen, die in der Fürsorge für unseren Wald und für das Wild - soweit es zu ihren beruflichen Aufgaben gehört - in Treue tätig waren. Beides zu hegen und zu pflegen ist eine schöne Aufgabe, und die rechte Erfüllung dieser Aufgabe dürfte sicher dem Wohle unseres schönen Landes Rheinland-Pfalz dienen.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Bögler:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Piedmont von der Fraktion der FDP.

**Abg. Piedmont:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich befeißigen, das Pensum, das ich zu absolvieren habe, schnell zu absolvieren. Ich werde mich kurz fassen und zum Ausdruck bringen, daß unsere Fraktion dem Weinbauetat unseres Landes generell zustimmt. Das heißt aber nicht, daß nunmehr alle unsere Wünsche erfüllt seien oder daß ein Idealzustand erreicht sei. Bis dahin ist noch ein weiter Weg.

Etwas zuversichtlicher stimmt uns im Augenblick der „Grüne Bericht“, der im Bundestag verabschiedet wurde und die damit in Aussicht gestellte Hilfe. Möge man nun auch schnellstens die Ankündigungen in die Tat umsetzen und beweisen, daß man nunmehr nicht mehr nur mit Versprechungen, sondern mit Mitteln helfen

will. Unsere Bitte geht deshalb an unsere Landesregierung und insbesondere an das Landwirtschaftsministerium, von sich aus alles zu tun, daß sich einer schnellen Verwirklichung dieser Hilfe keine Hindernisse in den Weg stellen.

Ich möchte nur kurz in die Einzelheiten des Etats einsteigen und zur Ergänzung des sehr eindrucksvollen Zahlenmaterials von Herrn Dr. Wolf noch ausführen, daß die Produktion unseres Weinbaugebietes in Rheinland-Pfalz etwa 300 Millionen Hektoliter pro anno beträgt, umgerechnet in D-Mark macht das etwa 400 Millionen aus. Sie können an diesen Zahlen ermesen, welches Volumen unsere Weinbauwirtschaft im Lande hat, und dementsprechend können Sie den Wert der Zahlen beurteilen, wie sie sich im Etat des Einzelplanes widerspiegeln.

In Kapitel 02 - Förderung des Weinbaues - finden wir in diesem Jahr einen Posten von 290 000 DM, der sich aufschlüsselt in 135 000 DM für Forschungszwecke, insonderheit für die Resistenzzüchtung gegen den Roten Brenner. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß nicht nur das Moselgebiet sehr stark von dem Roten Brenner befallen ist, sondern daß darüber hinaus jetzt auch Gebiete von Rheinhessen und der Pfalz in diesem Jahr erstmalig in größerem Maße davon befallen worden sind. Wer mit diesem Roten Brenner zu tun hat, der weiß, wie wichtig es ist, das wir baldmöglichst auf dem Wege der Züchtung zu einem praktischen Ergebnis kommen, damit dem Winzer ein Mittel in die Hand gegeben werden kann, um diese Krankheit zu bekämpfen. Die Summe von 135 000 DM für Forschungszwecke heimeht einen an, wenn man ihn ansieht, wenn man aber dem gegenüber die Aufgaben in Betracht zieht, die vor uns stehen, dann ist es ein verschwindend kleiner Betrag, der uns für die dringend notwendige Forschung zur Verfügung steht. Es handelt sich ja nicht nur um den Roten Brenner, sondern es ist ja vor allen Dingen die Erforschung der Unterlagsreben, die uns am Herzen liegt, und ich werde nachher noch auf dieses besondere Problem eingehen. Es ist die Forschung nach der biologischen Seite hin, die gefördert werden muß, und wenn Sie höven, daß selbst die Berufsverbände dazu übergegangen sind, aus ihren Mitteln zusätzlich Beträge für die regionale Forschung zur Verfügung zu stellen, so werden Sie daran ermesen, wie ernst es uns damit ist, die Erforschung dieser Fakten zu betreiben, deren Ursache und Auswirkung wir noch nicht kennen.

In dem gleichen Kapitel befindet sich erfreulicherweise die Erhöhung des Titels 319, Zuschüsse für zinsverbilligte Darlehen zur Sicherung des Bestandes der Höfe nach der Höfeordnung. Diese Erhöhung von 150 000 DM ist sehr zu begrüßen, obwohl wir - und das ist heute mittag ja auch schon angeklungen - der Meinung sind, daß die gesamte Höfeordnung einer Novelle bedarf, und zwar einer grundlegenden Novelle, um dieser segensreichen Einrichtung tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen und die Popularisierung der Höferolle weitgehend zu fördern. Mit diesen 250 000 DM ist zwar ein Grundstock gelegt, aber es ist bei weitem noch nicht das erreicht, was wir uns an sich von dieser Höferolle versprochen haben.

Kapitel 03 bis 07, Landeslehranstalten: Es ist erfreulich, festzustellen, daß generell alle Lehranstalten unseres Landes im Verlaufe der letzten Jahre sukzessiv in ihrem Niveau gestiegen sind, daß sie ihre Aufgaben in der Praxis äußerst zufriedenstellend bewältigen und daß auch von seiten des Landes das Möglichste getan worden ist. Ich erinnere an die Anstalt in Trier, die durch den Krieg total zerstört war, die aber jetzt lang-

(Piedmont)

sam wieder ihr altes Gesicht erhält und auf ihrem wissenschaftlichen Gebiet nun wieder alles tut, um den Anforderungen aus der Praxis gerecht zu werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß vom Ministerium aus eine gerechte Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Lehranstalten des Landes erfolgen muß, damit nicht die eine oder andere Lehranstalt das Gefühl hat, benachteiligt zu sein, wie das - das ist hier angeklungen - der Fall gewesen ist. Ich möchte mich aber jetzt nicht in Einzelheiten ergehen oder Vorschläge dazu machen. Es wurde noch eine weitere Beobachtung gemacht, und zwar ist der Wunsch geäußert worden, daß man doch den Direktoren der Lehranstalten, von seiten des Ministeriums etwas mehr Freiheit innerhalb ihrer Etatzahlen zugestehen sollte. Ich möchte dazu sagen, wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Direktor einer Anstalt ja tatsächlich eine Persönlichkeit ist und über die Angelegenheiten seines Bereiches entscheiden sollte, ohne daß sich das Ministerium in Mainz in die kleinsten Kleinigkeiten der internen Verwaltung der Lehranstalt einmischte. Ich erinnere dabei nur an die Festsetzung der Vergütung für die Mahlzeiten im Internat in Trier. Hier wurde bisher für 1 DM ein Essen für die nicht internen Schüler, also die Fahrschüler, verabreicht. Das Ministerium ordnete dann an, daß in Zukunft 1,50 DM verlangt werden müsse, obwohl die Internatsleiterin in der Lage war, ein diskutables Mittagessen für 1 DM herzustellen. Der Erfolg war der, daß 30 Leute nunmehr in die Stadt gehen und im Kaufhof oder in einem Warenhaus für 90 Pfennig essen, und die Gesamtverpflegung wird dadurch meines Erachtens schlechter. Es gibt dann noch verschiedene andere Dinge, die mit in diesen Komplex hineinfallen, die aber hier nicht zur Erörterung gestellt werden sollen.

Was die wissenschaftlichen Institute an den Landeslehranstalten anbelangt, so ist dazu zu sagen, daß die Ansätze in den Kapiteln 03 bis 07 dieses Einzelplanes bei weitem nicht den Ansprüchen genügen, die wir an diese wissenschaftlichen Institute stellen müssen. Die Forderungen, die wir an diese Untersuchungsanstalten stellen - seien es die Weinforschungsinstitute oder die Bodenuntersuchungsinstitute oder die biologischen Anstalten -, sind so groß, daß die in diesen Ansätzen zur Verfügung gestellten Mittel nur für einen Bruchteil der gestellten Aufgaben ausreichen. Wir hoffen, daß auch in Zukunft vom Ministerium aus diesen Dingen besondere Pflege und besondere Beachtung geschenkt wird und daß es sie in seine besondere Obhut nimmt in Anbetracht der Tatsache, daß - ich habe das eben ja schon betont - auch die Berufsverbände von sich aus diesen Instituten Mittel zur Verfügung stellen, um die Forschung weiter vorwärtzutreiben.

Die Zentralstelle für Reblausforschung und Wiederaufbau in Neustadt ist im Etat mit 14 000 DM dotiert. Meine verehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie werden mittlerweile aus den Beratungen über die verschiedenen Etats wissen, daß man bei dem Umfang der Verseuchung und bei den großen Aufgaben, die hier liegen, mit 14 000 DM nicht viel anfangen kann. Der praktische Erfolg kann nicht sehr groß sein, wenn man nur schon die personellen Kosten berücksichtigt, die diese Stelle aufwenden muß. Zu dem Vorschlag des Rechnungshofes, die beiden Weinforschungsanstalten Trier und Neustadt zusammenzulegen, hat mein Vorredner, Herr Dr. Adams, schon Stellung genommen. Ich will nicht weiter darauf eingehen, um die Diskussion nicht noch zu verlängern.

Kapitel 22 bis 24; Rebenveredlung. Ich will auf die einzelnen Anstalten in Niederlahnstein, Alzey, Rhodt

und Bergzabern nicht eingehen, sondern ich will nur ein Problem anschnitten, das uns generell im gesamten deutschen Weinbau mit tiefer Sorge erfüllt. Das ist die Unterlagsfrage. Meine verehrten Damen und Herren, wir haben seit etwa 20 Jahren mit dem Umbau auf Amerikaner-Pfropfreben in größerem Stil begonnen. Die Arbeiten sind angelaufen. Wir sind seit zwei Jahren jetzt verstärkt in den Umbau eingestiegen, und wir liefern unseren Winzern Material, das - ertragsmäßig gesehen - den Anschein hat, gut zu sein. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß die Stellen, die für die Unterlagenlieferung in Frage kommen, eine ungeheure Verantwortung auf sich genommen haben in bezug auf dieses Material, mit dem sie jetzt die mittleren und kleineren Winzer beliefern; denn für diese Winzer ist das eine Kapitalanlage und ihre Existenz hängt davon ab. Wenn diese Unterlagsfrage sich als eine Fehlspekulation erweist, dann hat das einen Millionen- oder sogar einen Milliarden Schaden zur Folge, den unser gesamter Berufsstand tragen müßte.

Wir sollten die Dinge nicht zu leicht nehmen. Die Angelegenheiten, die jetzt auch in den einzelnen Gremien unserer Berufsorganisation und in der Regierung besprochen werden, erfüllen uns mit einer tiefen Sorge, zumal man auf dem wissenschaftlichen Boden sich noch nicht darüber klar ist, welches die richtige Unterlage ist, für welchen Boden sie geeignet. Wenn wir selbst in Frankreich die Parallelen suchen, müssen wir feststellen, daß die Franzosen, die seit 50 Jahren den Pfropfrebenbau betreiben, heute noch nicht klar sehen, was die richtige Unterlage ist. Sie haben Erkenntnisse heute, die wir uns leider noch nicht zunutze gemacht haben.

Ich möchte bei diesem Etat doch das Ministerium darauf aufmerksam machen, daß von Regierungsseite aus alles getan werden soll, diese Dinge sehr eingehend zu untersuchen, damit wir da in Zukunft keine Panne erleiden und der Fluch des Berufsstandes nicht auf diejenigen zurückfällt, die dafür verantwortlich zeichnen.

Nun komme ich zu den Domänen, Kapitel 18. Dieses Problem wurde heute mittag schon angeschnitten. Hier möchte ich den Domänenleitern dafür danken, daß die Domänen, nicht wie es heute mittag angeklungen ist, sich nicht für die Allgemeinheit eingesetzt hätten, sondern im Gegenteil wertvolle Vorarbeit gerade hinsichtlich des Pfropfrebenbaues und der Sortenauswahl für den Winzerstand geleistet haben.

(Sehr richtig! im Hause.)

Das muß auch gesagt werden. Wenn diese Dinge auch in den Etats keinen Niederschlag finden, so ist es für uns praktische Winzer eine Freude, Parallelen oder Vergleiche in diesen Staatsbetrieben uns ansehen zu können und auch die exakt geführten Unterlagen bei den verantwortlichen Leuten einzusehen. Unsere Bitte ist diejenige, daß das Ministerium nunmehr verstärkt die Domänen einsetzt zur Ausprobierung der einzelnen Unterlagen, auch zur Ausprobierung der einzelnen Traubensorten. Wir im Berufsstand sind uns darüber klar, daß im Moment alles in Bewegung ist, Fragen der Sorten und Fragen der Unterlagen. Jeder von uns weiß, daß es eine unbillige Zumutung ist, daß wir in der Praxis diese Versuche auf eigene Rechnung und Gefahr durchführen und wir überhaupt nicht dazu in der Lage sind, dieses finanzielle Opfer zu bringen, und es uns auch nicht zugemutet werden kann. Unseres Erachtens wäre es wichtig, daß wir von der Regierung und vom Ministerium aus die Domänen in Zukunft verstärkt beauftragen,

(Piedmont)

Versuche durchzuführen, sowohl hinsichtlich der Unterlagen als auch der Traubensorte. Dann würde ein tatsächlich gutes Werk von den Domänen durchgeführt und es würde auch zum Segen der Winzer an der Mosel, in der Pfalz und in Rheinhessen führen.

(Beifall im Hause.)

Zum Kapitel 25, Reblausbekämpfung, will ich die Zahlen nur kurz nennen. Wir haben in diesem Jahr insgesamt Beihilfen für den planmäßigen Wiederaufbau 1 250 000 DM, Rebentschädigungen 450 000 DM, Bundesmittel zum Wiederaufbau reblausverseuchter Gebiete 500 000 DM, das macht zusammen 2 200 000 DM, erhalten. Dieser Betrag, das wissen Sie, fließt nunmehr in die Wiederaufbaukasse, wo sich die ganzen Mittel für den Weinbau und Wiederaufbau zusammenfinden und dann in die einzelnen Umlegungs- und Aufbaugemarkungen hinausgehen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch das Thema Wiederaufbaukasse ansprechen, die mit einem Etat von 17 Millionen DM sehr segensreich wirkt. Ich habe es, ich glaube im vorigen Jahr, von dieser Stelle aus erwähnt, daß selbst die schärfsten Gegner dieser Wiederaufbaukasse nunmehr aus einem Saulus ein Paulus geworden sind und der Wiederaufbau tatsächlich in erfreulichem Umfange von Jahr zu Jahr zunimmt. Hoffen wir, daß der Rückschlag, den wir in diesem Winter durch den Frost erlebt haben, nicht zu einer Krise sowohl in der Umstellung als auch in der finanziellen Gebarung unseres Aufbauwerkes führen wird.

Die Zahlen will ich nicht wiederholen. Sie sind sehr eindringlich und vorbildlich von Herrn Beckenbach eben vorgetragen worden. Daran konnten Sie ersehen, wie langsam oder wie schnell der Wiederaufbau in unserem Lande vorangeht.

**Vizepräsident Bögler:**

Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie noch eine Redezeit von 5 Minuten haben.

**Abg. Piedmont (fortfahrend):**

- Danke sehr!

Dabei ist zu bemerken - das hat Herr Dr. Adams eben hier sehr treffend ausgeführt -, daß dieser Wiederaufbau bei uns an der Mosel noch weitaus schwieriger und kostspieliger sein wird, als das hier in Rheinhessen oder in der Pfalz der Fall ist. Wie wir diese Dinge in der letzten Konsequenz bewältigen, das vermag ich im Moment noch nicht zu sagen. Denn, meine Damen und Herren, wenn Sie den Kostenaufwand für Mauerbau sehen bei uns in den Steilhängen und die Kosten, die die Kulturämter vorveranschlagt haben für den Wegebau, dann würden Sie staunen.

Zum Kapitel 40 ist noch zu sagen, daß hinsichtlich der Unterbringungsfrage einiges geklärt werden muß. Bezüglich des Personalmangels bei der Landeskulturverwaltung sind schon ausreichende Ausführungen gemacht worden. Ich will nicht mehr darauf eingehen. Wegen der Unterbringung haben wir ein besonderes Anliegen aus dem Trierer Raum vorzutragen. Hier muß versucht werden, für die Leute geeignete Gebäulichkeiten zu finden, damit tatsächlich wirkliche Arbeit geleistet werden kann. Es geht nicht an, daß soundso viele Leute im Außendienst sein müssen, weil sie im Innern des Baues keinen Arbeitsplatz haben.

(Abg. Weis: Sehr richtig!)

Ich glaube, die Zeiten sind doch vorbei, daß derartige Notlösungen getroffen werden müssen. Das ist, glaube ich, eine Forderung, die nicht unbillig ist.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich aber noch auf die Reisekostenmittel richten. Sie haben in diesem Frühjahr bei den Kulturämtern, wenigstens im Trierer Raum, zu einer Katastrophe geführt.

(Abg. Beckenbach: Nicht nur im Trierer Raum!)

Wenn tatsächlich Landzuteilungen ausgesetzt werden müssen, und die Bauern, obwohl die Zusammenlegung soweit fertig und abgeschlossen ist, nicht in diesem Frühjahr zu ihrer Zuteilung kommen, nur weil 1000, 2000 oder 3000 DM Reisekosten fehlen, wie das in Irsch im Kreise Saarburg vorgekommen ist, dann glaube ich, hätte man doch etwas vorplanen sollen.

(Abg. Dr. Habighorst: Das sind Organisationsfehler!)

- Jawohl, Herr Dr. Habighorst, das sind Organisationsfehler. Ich will Ihnen sagen, daß man sich beim Kulturamt in Trier selbst geholfen hat, indem man die Aufbaugenossenschaften belastet hat und sich intern ein Darlehen hat geben lassen mit dem Bemerkten: Wenn das Etatjahr anläuft, dann bekommt ihr den Betrag von uns - Kulturamt - wieder zurück. Wissen Sie, was passiert ist? Der Rechnungshof kam und hat den Vorsteher mit einem Verweis bestraft und erklärt: Wie können Sie so was machen, das ist nach Paragraph sowieso unzulässig! Ich weiß, daß die Bestimmungen dazu da sind, um befolgt zu werden. Aber wenn aus diesen Tatsachen derartige Dinge nachher in der Praxis herauskommen, dann glaube ich, dann sollte man dafür kein Verständnis haben, sondern etwas großzügiger darüber hinwegsehen. Im übrigen möchte ich auch dem Ministerium und allen im Ministerium Beschäftigten, die zum Wohle und zur Freude des deutschen Weines mitgearbeitet haben, den Dank aussprechen und nochmals sagen, daß wir, was den Weinbauetat angeht, den Vorschlag der Regierung annehmen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Bögler:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Beckenbach, dem noch 3 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

**Abg. Beckenbach:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte Ihnen vorhin erklärt, daß wir dem Herrn Landwirtschaftsminister gerne persönlich unsere grundsätzliche Auffassung zu den von mir behandelten Fragen unterbreitet hätten. Ich habe es unterlassen, weil ich geglaubt habe, meine Redezeit wäre abgelaufen. Wir halten diese grundsätzlichen Feststellungen aber für so wichtig, daß wir sie dem Hohen Hause nicht unterschlagen wollen.

Ich hatte vorhin zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig wäre, daß ein Nachtragsetat zur Realisierung der Möglichkeiten der Soforthilfe von der Bundesseite aus eingereicht werden muß. Wir wünschen, daß mit dem Nachtragsetat ein Agrarplan für das Land Rheinland-Pfalz eingereicht wird, aus dem hervorgeht

1. der Gesamtaufwand und der Gesamtumfang der nötigen Maßnahmen,
2. die Größe der jeweiligen Jahresquoten,
3. die Beschaffung der Mittel,
4. die denkbarste Vereinfachung des Verfahrens,
5. weitestgehende Aufklärung und Beratung der bäuerlichen Interessenten, die in den Genuß dieser Maßnahmen kommen sollen.

Ich lege Wert darauf, daß diese grundsätzlichen Forderungen und Punkte in das Stenogramm aufgenommen werden, weil wir in den Beratungen des Aus-

(Beckenbach)

schusses, in dem das Programm nun seine endgültige Formung finden soll, diese Punkte besprechen müssen. Wir legen den denkbar größten Wert darauf, daß das Verfahren besser wird, da es sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wir bitten um Vorschläge - wir werden unsererseits unsere Vorschläge unterbreiten -, wie die Verfahrensfrage günstiger gelöst werden kann als seither. Wir denken uns zum Beispiel, daß alle die kleinen und mittleren Verfahren nicht unter allen Umständen einige Male zu Regierungsstellen laufen müssen, dann wieder zurück zu den Kulturämtern. Auch braucht nicht ein Bewilligungsausschuß gebildet werden, sondern es müßten drei oder vier sein zur Bewilligung der Anträge. Wir denken uns auch - was das Wichtigste ist - eine weitgehende Aufklärung über die zu erfassenden Maßnahmen von seiten der Regierung auf dem Lande in den Kreisen, für die eigentlich die ganzen Maßnahmen gelten sollen. Ich stelle mir zum Beispiel vor, daß zunächst einmal über die untere Verwaltungsbehörde allen Bauern zugänglich gemacht wird, welchen Weg sie einzuschreiten haben, wenn sie eine der Maßnahmen in Anspruch nehmen wollen. Das ist im Kreise der Interessierten draußen völlig unbekannt. Wir wünschen, daß über die Landwirtschaftsämter oder unteren Verwaltungsbehörden Stellen eingerichtet werden, die zuerst die Anträge entgegennehmen, damit man nicht ein halbes Jahr zu suchen braucht, wie man überhaupt seinen Antrag loswerden kann.

Ich wollte also zum Ausdruck bringen, daß alle gezielten Maßnahmen einer Verfahrensvereinfachung bedürfen. Ich hätte auch gerne, daß Sie, Herr Ministerialdirektor, unsere Ansicht in dieser Beziehung wortgetreu dem Herrn Minister übermitteln.

(Beifall bei der SPD.)

#### Vizepräsident Böglert:

Ich erteile das Wort dem Vertreter des Landwirtschaftsministers, Herrn Ministerialdirektor Hartmann.

#### Ministerialdirektor Hartmann:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem mit so großer politischer Wärme die Angelegenheiten der Landwirtschaft, des Weinbaues und der Forsten von Rheinland-Pfalz von den verschiedenen Herren der Fraktionen vorgetragen worden sind, bleibt mir nun in verwaltungsgerechter rein sachlicher Form zu berichten.

Um die Lage unserer Landwirtschaft zu charakterisieren, ist es notwendig, uns einige wichtige Zahlen vor Augen zu halten. Wenn wir dabei Zahlen der Bundesrepublik verwenden, so besteht unseres Erachtens kein stichhaltiger Grund dafür, anzunehmen, daß die Relation zu der Agrarproduktion des Landes, abgesehen von einigen wichtigen standortgemäßen Besonderheiten, wesentlich abweicht. Die westdeutsche Landwirtschaft hat den schweren Schock der Kriegs- und Nachkriegszeit überwunden.

Ihre Produktionsleistungen, die 1946/47 auf etwa 60 v. H. herabgesunken waren, lagen im vergangenen Wirtschaftsjahr mit 22 v. H. über der Vorkriegszeit. Diese enorme Leistungssteigerung fand selbstverständlich ihren Niederschlag in wesentlich höheren Verkaufserlösen, die 1954/55 nahezu 14 Milliarden betragen, also rund 4 Milliarden mehr als im Jahre 1950/51. Die Erhöhung in Getreidewert ausgedrückt beträgt rund 33 dz je ha. Diese Leistung der deutschen Landwirtschaft wird lediglich übertroffen von den Beneluxländern und Dänemark, sie wird aber weit unter-

schriften von Großbritannien, Norwegen, Schweden, Frankreich und Italien.

Demgegenüber standen laufende Betriebsausgaben von über 9 Milliarden, die um rund 3 Milliarden höher lagen als 1950/51. Allein die Ausgaben für Neubauten und neue Maschinen wiesen 1954/55 einen Betrag von 1,65 Milliarden, also die doppelte Höhe des Jahres 1950/51 auf. Der Differenzbetrag zwischen Aufwand und Verkaufserlösen, verfügbar zur Verwendung für die Bezahlung der persönlichen Steuern, der Lastenausgleichsausgaben und der Barentlohnung für Familien-Arbeitskräfte, ist gegenüber den beiden vorausgegangenen Jahren geringer geworden.

Der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise lag 1954/55 bei 202, der Index für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte bei 230. Im letzten Jahr ist der Index für Ernährungskosten um 1,7, der Erzeugerpreis der Industrie um 2,6, der Rohstoffe agrarischen Ursprungs um 2,6, der industriellen Rohstoffe um 4,5 v. H. gestiegen. Aus diesen nüchternen Feststellungen rühren die Spannungen zwischen der Agrarwirtschaft und der übrigen Wirtschaft in Westdeutschland und die begreifliche Unruhe im Landvolk, das an der allgemeinen Wohlfahrtsentwicklung nicht den ihm gebührenden Anteil nehmen konnte. Die auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes erfolgten authentischen Erhebungen innerhalb der westdeutschen Landwirtschaft, die ihren Niederschlag in dem sogenannten Grünen Bericht finden, stellen mit dürren Worten eine Unterbilanz der westdeutschen Landwirtschaft um rund 2 Milliarden fest. Es ist dabei für die Gesamtbeurteilung der Situation unerheblich, daß es trotz alledem einem kleinen Teil der Landwirtschaft verhältnismäßig gut geht. Andeutungen in dieser Hinsicht sind vorhin von einigen Herren Abgeordneten gemacht worden. Das betrifft vor allen Dingen die großen Höfe über 50 ha mit einem Hackfruchtanbau und mit Hackfrucht- und Getreideanbau, von denen wir im Lande Rheinland-Pfalz leider nur sehr wenige haben.

Schlecht geht es den übrigen Betrieben. Und je kleiner die zu bewirtschaftende Nutzfläche, um so stärker der Anteil der Futterfläche im Betrieb. Mit diesem „Grünen Bericht“ wurde das bestätigt, was den Betroffenen und dem engen Kreis der wirklich Sachkundigen bekannt war, wovon sich aber die übrige Öffentlichkeit keinen Begriff machen konnte. Über den Umfang der Unterbilanz bestanden keine klaren Vorstellungen, selbst bei den Fachexperten nicht. Die errechneten Differenzen lagen zwischen 1 Milliarde und 7 Milliarden. Diese Unkenntnis öffnet wilden und willkürlichen Schätzungen Tür und Tor. Daß diese Schätzungen in der Öffentlichkeit nicht ernstgenommen wurden, liegt unseres Erachtens in der gefühlsmäßigen Beurteilung der Lage der Landwirtschaft, die sich an wirklich herausgegriffenen Äußerlichkeiten bildet.

Die Klagen der Landwirtschaft nahm man auch bei ständiger Wiederholung oft nicht immer ernst. So bedeutet das Landwirtschaftsgesetz im Falle seiner rechtzeitigen und richtigen Anwendung eine Wende unserer Agrarpolitik und auch in dem durch viele Ressentiments bedrückten Verhältnis zwischen Stadt und Land. Sein entscheidender Vorteil ist, daß jährlich einwandfreie Feststellungen getroffen werden über die Lage unserer Landwirtschaft und daß die Bundesregierung auf Grund dieser jeweils erfolgenden Erhebungen zu Maßnahmen verpflichtet ist, um die Ertragslage unserer Landwirtschaft den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen der Bundesrepublik anzugleichen.

Ein Nachteil des „Grünen Berichts“ ist zweifelsohne, daß genaue und exakte Unterlagen, die sich auf einwand-

(Ministerialdirektor Hartmann)

freie Buchführungsergebnisse stützen können, von kleinen Betrieben nicht oder nur ganz unzureichend vorliegen. Es ist deshalb für künftige Berichte unbedingt erforderlich, daß auch die Kleinbetriebe unseres Landes mehr als bisher erfaßt werden.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Die Buchstellen der Landwirtschaftskammern haben die Aufgabe, geeignete Kleinbetriebe zu werben. Sie erhalten für jeden geeigneten Betrieb 250 DM, die im großen und ganzen ausreichend sein dürften, um die dabei entstehenden Unkosten zu decken. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Bemerkungen der Herren Abgeordneten Schultz und Dröschler hinweisen. Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung auf Grund des „Grünen Berichts“ im sogenannten „Grünen Plan“ Maßnahmen zur Hilfe für die Landwirtschaft vorgeschlagen, die im Grundsatz vom Bundestag angenommen worden sind mit der Maßgabe, daß die Gesetzgebung des Bundes in dieser Richtung möglichst rasch wirksam wird. Es wurde in der Debatte des Bundestages von einer Feier der Agrarpolitik gesprochen. Wenn ich mich recht entsinne, war es der Professor Baade, der diesen Ausdruck gebrauchte.

Wir von uns aus möchten diesen „Grünen Plan“ als den Plan des guten Willens bezeichnen, der Landwirtschaft zu helfen, als den Anfang einer positiven Agrarpolitik, zu helfen, als den Anfang einer positiven Agrarpolitik, union zu stärken und zu heben und dem Bauernstand das Gefühl der Unterlegenheit und der Isolierung zu nehmen und seine Stellung in der Familie des Volkes zu festigen. Der „Grüne Plan“ sieht die Bereitstellung von 706 Millionen DM an Beihilfen und 190 Millionen DM an zinslosen Krediten vor. Nach den Erläuterungen, die Herr Bundesernährungsminister Dr. Lübke gegeben hat, wird diese Hilfe mindestens in der gleichen Höhe wenigstens drei Jahre lang bei einzelnen Maßnahmen bis auf weiteres fortgesetzt.

Der Herr Abgeordnete Dröschler hat vorhin erwähnt, diese Maßnahme dürfe nicht einmalig sein, sondern wenn sie überhaupt einen Erfolg haben sollte, dann könne nur eine fortgesetzte Hilfe tatsächlich eine Entlastung bringen. Zu dieser Hilfe im „Grünen Plan“ kommt jetzt die Erhöhung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums des Bundes im Jahre 1956, und zwar in dem Kapitel „Förderungsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft“. Der Ansatz dieser Summe wurde auf 325 Millionen erhöht, also gegenüber dem Vorjahre etwa verdoppelt. Für uns ist es wichtig, daß die Mittel des „Grünen Planes“ unabhängig davon gegeben werden, ob sich die einzelnen Bundesländer mit zusätzlichen Leistungen beteiligen oder nicht. Es wird allerdings die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Länder entsprechend ihrer Finanzkraft bei einzelnen Maßnahmen angemessen beteiligen. Ich darf hier den Wortlaut des „Grünen Berichtes“ - mit gütiger Erlaubnis des Herrn Präsidenten - vortragen. Da ist ein gewisser Gegensatz zu der Erklärung vorhanden, die vorhin der Herr Abgeordnete Beckenbach abgegeben hat.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen unverzüglich in Angriff zu nehmen und beschleunigt durchzuführen. Es ist deshalb von größter Bedeutung, daß die Länder, in deren Zuständigkeit die Mehrzahl der vorgesehenen Maßnahmen liegt, durch eine ihren Kräfteverhältnissen entsprechende Mehrleistung diese Aktion nachdrücklich unterstützen.

Damit ist wohl gesagt, daß die Hilfe, die der Bund gewährt, nicht abhängig gemacht wird von der Hilfe, die nun das einzelne Land zu geben verpflichtet sein soll.

(Abg. Dr. Habighorst: Dann wäre es auch keine Hilfe!)

- Sehr richtig! Der Voranschlag des gesamten ordentlichen Haushalts des Landwirtschaftsministeriums sieht eine Erhöhung von 19 Millionen auf 25,5 Millionen DM vor, also rund 6,5 Millionen DM. Aus dem Vorgriff in dieser Hinsicht sehen wir die Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Rinder-Tbc von 500 000 DM auf 3 Millionen DM als eine wirkliche Hilfeleistung an. Als einen weiteren bedeutsamen Vorgriff sehen wir folgende Erhöhungen an:

Förderung der Tierzucht und des Milch- und Molkeerwesens, Förderung des Weinbaues einschließlich der Weinwerbung um 70 000 DM, Mittel für Zinsverbilligungen, Darlehen und Zuschüsse zur Sicherung des Bestandes der Höfe nach der Höfeordnung, Durchführung der Aussiedlung von 100 000 DM auf 250 000 DM und die Erhöhung der Ansätze für die Wasserwirtschaftsverwaltung um über 1,5 Millionen DM.

Es wird sicher nicht möglich sein, durch diese Maßnahmen des Bundes und des Landes die bestehende Disparität zu beseitigen, doch ist es ein Politikum erster Ordnung, durch systematisches Zusammenwirken aller Kräfte der Verwaltung, der Wissenschaft und Forschung, der Lehre und Beratung, der Berufsvertretung und aller einschlägigen Verbände sowie auch der Öffentlichkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den immer schwieriger werdenden Selbstbehauptungskampf der Landwirtschaft zu unterstützen. Die Hauptlast, dessen sind wir uns vollständig bewußt, liegt dabei auf dem leistungswilligen Landvolk selbst. Es wäre im Zeichen des guten Willens, der sich besonders im „Grünen Plan“ dokumentiert, verfehlt, wenn das Landvolk in seiner Kritik und seiner Isolierung verharren würde. Die Landwirtschaft, die mehr als alle anderen Berufe und Stände in ihrer Berufsarbeit auf sich selbst gestellt ist, kann nur in inniger Verbindung mit den übrigen Berufsständen bei durchdachter und planmäßiger Anwendung der ihr zur Verfügung stehenden zeitgemäßen Mittel den Anschluß an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung erlangen und halten.

Auch in unserem Lande kommen 40 bis 50 v. H. der landwirtschaftlichen Einnahmen aus der Tierhaltung. Sie stellt für den bäuerlichen Betrieb, insbesondere für den kleinbäuerlichen Betrieb in unseren Höhengebieten und den sogenannten Notstandsgebieten, die Haupteinnahmequelle dar. Von dem Herrn Abgeordneten Peters wurde gefragt, wie weit wir bei den Notstandsgebieten seien, um sie in das Sanierungsprogramm einzugliedern. Diese Frage ist leider immer noch nicht entschieden, weder für den Westerwaldkreis noch für die Teile des Kreises Mayen.

Wir sind weiter bestrebt, diese beiden Gebiete in das Gesamtsanierungsprogramm einzubeziehen. Uns ist der Vorschlag gemacht worden, wenn wir diese Gebiete in das Sanierungsprogramm einbeziehen wollten, dann unter Verzicht auf andere Sanierungsgebiete. Einen derartigen Vorschlag können wir natürlich nicht akzeptieren. Wir haben ihn auch schärfstens abgelehnt.

(Präsident Wolters übernimmt den Vorsitz.)

Unser Augenmerk muß sich besonders auf die Pflege des Grünlandes richten. Im natürlichen Grünland ruhen noch die größten Ertragsreserven. Wir haben deshalb seine Verbesserung und bessere Nutzung in den Vordergrund unserer Bemühungen gestellt. Die Subvention der Düngemittel sollte vor allem zu einem vermehrten Einsatz von Handelsdünger, besonders für

(Ministerialdirektor Hartmann)

das Grünland, benutzt werden. Der „Grüne Plan“ verteilt die Mittel global; man müßte aber erwägen, ob nicht dort zunächst etwas gegeben wird, wo die Hilfe dringend erforderlich ist. Hier könnte auch etwas mehr gegeben werden als dort, wo nach dem Bericht die Liquidität der Landwirtschaft einwandfrei nachgewiesen ist, wo sogar die Parität von 100 weit überschritten ist, nämlich - das ist schon angedeutet worden - in den gesunden und ertragreichen Hackfruchtgebieten -, nennen wir es Niedersachsen.

(Abg. Dröscher: Sehr richtig!)

Mehr und besseres Futter wirkt sich aber nur dann in höheren Leistungen unserer Tierbestände aus, wenn es sachgemäß verfüttert wird. In diesem Zusammenhang sieht der „Grüne Plan“ vor, daß auch Futterwirtschaftsberater eingesetzt werden, damit das vorhandene Futter auch sachgemäß angewandt wird. Insofern mißt auch der Bund der Fütterungsberatung ganz besondere Bedeutung zu. Die Verbesserung der Haltingsverhältnisse ist unter allen Umständen anzustreben. Gekrönt werden diese Bestrebungen durch eine intensive Förderung der Landestierzucht und durch bessere Anstrengungen zur Sanierung unserer Tierbestände.

Zur Sanierung unserer Tierbestände nur ein einziges Wort! Hier ist vorhin sehr viel von den Ausmerzungsbeihilfen gesprochen worden. Ich glaube, ich kann mich hier auf die Erklärungen beziehen, die der Herr Innenminister heute morgen gegeben hat. Sobald die Haushaltsberatungen abgeschlossen sind, werden sich Innenministerium und Landwirtschaftsministerium zusammensetzen, um im Sinne des von Herrn Billen gemachten Vorschlages zu versuchen, nun die Mittel dahin zu verteilen, wo sie nicht global, sondern wo sie gezielt eingesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU.)

Ein besonderes Anliegen in Rheinland-Pfalz ist selbstverständlich die nachhaltige Förderung unserer Sonderkulturen. Das Ziel ist die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wein-, Obst- und Gartenbaues durch Hinlenkung der Erzeugung auf marktfähige Qualitätsware und Senkung des Betriebsaufwandes durch eine umfassende Rationalisierung. Unser aufblühendes Schul- und Beratungswesen dient der „Melioration“ der Köpfe als Voraussetzung für jeglichen anzustrebenden Fortschritt. Unterstützt wird es durch umfangreiches Forschungsversuchs- und -untersuchungswesen, das auf die besonderen Verhältnisse unseres Landes ausgerichtet ist.

Um seiner doppelten Funktion als Wirtschaftsbetrieb und ausgleichender Faktor in der Landwirtschaft dienen zu können, erfordert der Wald nach wie vor eine intensive Pflege. Nach den Vorgriffen und der Zerstörung durch Aufrüstung, Krieg und insbesondere die Nachkriegszeit muß alles getan werden, um auch hier wieder zu einer ausgewogenen normalen Bewirtschaftung zu kommen. Die zusätzlichen Kahlfächen im Staatswald sind restlos aufgeforstet, und in Privat- und Körperschaftsverhältnis ist es gelungen, mit Hilfe von Zuschüssen rund 16 000 Hektar aufzustocken. Als vordringlichste Aufgabe gilt es, die bestehenden Rückstände in Gemeinde- und Privatwald aufzuholen. Das wird allerdings nur mit Hilfe von öffentlichen Mitteln, Zuschüssen und Krediten möglich sein. 15 000 Hektar Ödland harren der Aufforstung, und 40 000 Hektar Niederwald sind aus wirtschaftlichen und sonstigen Gründen in absehbarer Zeit in Hochwald umzuwandeln, eine Forderung, die auch bereits aus dem Kreise des Hohen Hauses heute hier gestellt worden ist. Auch die Vorratslage selbst im Staatswald ist mit nur 70 bis 75 Prozent der Norm auch heute noch immer un-

befriedigend. Der Holzeinschlag muß also dieser Vorratslage in etwa angepaßt werden. Im Jahre 1956 ist deshalb ein Einschlag von 3,5 Festmeter pro Hektar als zulässig anerkannt; das sind 2 1/2 Millionen Festmeter. Davon entfällt etwa ein Drittel des Einschlages auf den Staatswald. Unbeschadet dessen sind wir der Auffassung, daß wir im Jahre 1956 eine ausreichende Versorgung der heimischen Holzwirtschaft zu gewährleisten und in erster Linie dem Baumarkt das benötigte Rohholz bereitzustellen in der Lage sein werden.

Zur Charakterisierung der Lage auf dem Holzmarkt möchten wir folgendes bemerken: Im abgelaufenen Jahr wurde der Einschlag als Folge der Windwürfe vom Dezember 1954 und Januar 1955 um rund 10 Prozent überschritten. Zusammen mit dem für das Rohholzangebot ausschlaggebenden Nichtstaatswald, der - wie bekannt - 71 Prozent der Gesamtwaldfläche des Landes ausmacht, wurden der Wirtschaft im abgelaufenen Forstwirtschaftsjahr über die Planung hinaus 30 Prozent höhere Rohholzmengen zur Verfügung gestellt. Damit konnte nicht nur der Stoßbedarf zu Beginn des letzten Forstwirtschaftsjahres, sondern jede in der Folge auftretende Nachfrage zu normalen Preisen befriedigt werden. Die während des ganzen Jahres 1955 und auch noch zu Beginn des Forstwirtschaftsjahres 1956 anhaltende nachgebende Preistendenz - besonders für das ausschlaggebende Nadelstammholz - im Verein mit der günstigen Entwicklung der allgemeinen Wirtschaft veranlaßte die Holz- und -verarbeitungsbetriebe, sich über das normale Maß hinaus zu bevorraten. Unter dem Einfluß des Angebotsüberhanges an Rund- und Schnittholz hat der Holzmarkt seit dem Frühjahr 1955 eine außerordentliche Beruhigung erfahren. Die Staatsforstverwaltung von Rheinland-Pfalz hat, so glauben wir, in richtiger Erkenntnis ihrer doppelten Verantwortlichkeit beim Holzverkauf bewußt Maß gehalten. Auf die anerkennenden Worte der Herren Abgeordneten Schultz und Dröscher möchte ich hier besonders gerne hinweisen.

Wald und Wild sind eine Einheit; sie gehören zusammen. Die Jagdverwaltung ist unablässig bemüht, durch entsprechende Abschussauflagen das erträgliche Gleichgewicht zu halten und den berechtigten Belangen der Forst- und Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Der Abschuss bei Rotwild in den Staatsjagden kann für das Jahr 1955/56 bereits als über hundert Prozent erfüllt angegeben werden. Ich selbst möchte hier zur Jagd nichts weiter ausführen, weil ich offenbar als befangen angesehen werde; denn ich bekenne, daß ich auch ein Jäger bin. Aber trotzdem darf ich mich hier gerne den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hachenberg zu der Frage der Verpachtung von Staatsjagden, die auch, glaube ich, hier aus der Breite des Parlamentes vorgebracht sind, anschließen.

Alle Maßnahmen zur Sicherung der Agrarstruktur, die in unserem Land so vordringlich und wichtig sind, sind nach dem totalen Stopp der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre nunmehr wieder voll in Gang gekommen. Von den Kulturämtern wurden 78 Verfahren mit einer Fläche von rund 23 000 Hektar im Jahre 1956 zum Übergang gebracht. Darunter waren allein 1420 Hektar Weinberge in reblausverseuchten Gemeinden. Bei den Kulturämtern waren am 1. Januar 1956 rund 536 Verfahren mit 341 742 Hektar anhängig. Hier darf ich den Herrn Abgeordneten Beckenbach in etwa berichtigen; er hatte vorhin von einer Zahl von 327 000 Hektar gesprochen. Im übrigen sind wir aber vom Landwirtschaftsministerium durchaus mit ihm einig, daß hier noch sehr viel und sehr schnell etwas geschaffen werden muß, wenn wir den Gleichstand an die Wirtschaft erreichen wollen.

(Abg. Matthes: Bravo!)

(Ministerialdirektor Hartmann)

Nach dem Kriege sind im Lande Rheinland-Pfalz rund 142 000 Hektar flurbereinigt worden. Wir brauchen hier nicht zu betonen, welche Bedeutung die Neuordnung der Gemarkungen im Hinblick auf die Mechanisierung der Betriebe hat, und streben daher an, daß die Landwirtschaft weitestgehend von der Möglichkeit der beschleunigten Zusammenlegung Gebrauch macht. Die Zusammenlegung schafft zunächst größere und wirtschaftlichere Besitzstücke, ohne daß ein neues Wegenetz erstellt wird, und läßt sich in relativ kurzer Zeit unter Inanspruchnahme der freiwilligen Mitarbeit der Beteiligten durchführen. Ich darf hier auf die Verzögerungen hinweisen, die von den Herren Abgeordneten Schultz und Peters zu dieser Frage vorgetragen worden sind. Wir beabsichtigen, im Jahre 1956 in dem vereinfachten Zusammenlegungsverfahren rund 13 neue Verfahren anzulegen. Im vergangenen Jahr haben wir vier abschließen können. Das vereinfachte Zusammenlegungsverfahren hat vor allem für die Gebiete mit großbäuerlichem Besitz seine Bedeutung. Die im vergangenen Jahr mit diesem Verfahren gemachten Erfahrungen sind günstig, und es ist unser Wunsch, daß davon mehr als bisher Gebrauch gemacht wird. Diese vereinfachten Zusammenlegungsverfahren sind eine wertvolle Vorstufe für die spätere Flurbereinigung. Nach dem gegenwärtigen Stand haben wir in Rheinland-Pfalz 37 Prozent umgelegt; es ist also noch viel zu schaffen, wenn wir zu einer hundertprozentigen Umlegung kommen wollen.

Von den im Jahre 1955 errichteten 992 Siedlungen wurden 129 - wie bereits der Herr Abgeordnete Beckenbach berichtet hat - von einheimischen Bewerbern und 863 von Vertriebenen und Flüchtlingen übernommen. Im laufenden Wirtschaftsjahr wurden 90 Landarbeiter-siedlungen finanziert.

Der Frage der Auflockerung der Dörfer und der Aus-siedlung von Betrieben wurde die notwendige Beachtung geschenkt. Ich glaube, daß gerade der „Grüne Plan“ hier eine wertvolle weitere Hilfe geben wird. Die vom Bundesernährungsminister genannten 3000 Höfe, die im Bundesgebiet aus der beengten Lage des Dorfes ausgesiedelt und mit etwa 10 000 Hektar aufgestockt werden sollen, liegen zu einem großen Teil auch im Lande Rheinland-Pfalz. Von dem für Flurbereinigung, Siedlung, Aufstockung usw. mit 20 Millionen DM als Beihilfen und 60 Millionen DM als unverzinsliche Darlehen zur Verfügung gestellten Betrag wird mit einer Zuwendung von ungefähr 20 Prozent für das Land Rheinland-Pfalz zu rechnen sein.

Die Anpassung der Agrarstruktur an die modernen betriebswirtschaftlichen Erfordernisse muß als wesentlicher Bestandteil der Bestrebungen der Landesregierung zur Verbesserung der gesamten Sozialstruktur angesehen werden. Die Pflege des Wasserhaushaltes der Landschaft bereitet bekanntlich manche Sorgen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte Wirtschaft schlechthin und für unser aller Dasein. Man braucht nur die Tageszeitungen einzusehen, die sich mehr und mehr zum Sprachrohr dieser Sorgen machen. Auf der einen Seite gilt es, Überschüsse ordnungsgemäß zu beseitigen und andererseits Mangelerscheinungen zu mindern und zu verhindern. Die fortschreitende Industrialisierung zeitigt nicht nur einen ständig wachsenden Verbrauch in begrenzten Bezirken, sondern auch eine Verschmutzung, der mit allen Mitteln des Gesetzes entgegengetreten werden muß. Nach wie vor bilden Wasserversorgung, Kanalisation und Abwässerreinigung die vordringlichsten Probleme der Wasserwirtschaft. Bis auf einen Rest von 3,2 Prozent ist die Bevölkerung einer zentralen Wasserversorgung ange-

schlossen, jedoch 19 Prozent sind jetzt noch unzureichend mit Wasser versorgt. Weit schlimmer ist es mit der Kanalisation und der Abwässerreinigung.

Die Regelung der Wasserverhältnisse einschließlich des Hochwasserschutzes und die Regulierung der Wasserläufe im Rahmen von Flurbereinigungen, Wegebau einschließlich der Erhaltung von Wirtschaftswegen im erforderlichen Ausmaße, Beregnung in Trockengebieten des Landes mit Sonderkulturen zur Abwendung von Trockenheitsschäden, Frostbekämpfung, die Anlage von Bodenschutzpflanzungen im Rahmen der Landespflege erfordern im Laufe der Jahre einen Aufwand von mehreren hundert Millionen DM. Bei der Anspannung des Kapitalmarktes ist eine Erhöhung der Mittel für Zinsverbilligungen nicht zu umgehen. Teilweise müssen weiterhin bis zu 25 Prozent der Kosten aus öffentlichen Mitteln gegeben werden. Es ist deshalb erfreulich, daß auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft der „Grüne Plan“ wirksam werden will.

Ich darf jetzt vielleicht noch zu einigen Anregungen der Herren Abgeordneten etwas sagen, soweit sie mir noch geläufig sind. Herr Abgeordneter Müller hat zu dem Berufswettkampf einige Zahlen genannt; die hängen zusammen mit dem Antrag auf Erhöhung des Haushaltsansatzes bei Kapitel 08 auf 60 000 DM. Herr Abgeordneter Müller, ich darf vielleicht berichtigen, daß im vergangenen Jahr ein Betrag von 26 000 DM von den Bauernverbänden für die Durchführung des Berufswettkampfes angefordert worden ist und wir bereits im vergangenen Jahr von diesem Betrag die Hälfte den Bauernverbänden aus Förderungsmitteln vergütet haben. Wir glaubten, wenn wir jetzt den Betrag von 30 000 DM bei Kapitel 08 hätten, daß wir dann cum grano salis auch mit der Hilfe der Bauernverbände zu einer ordnungsgemäßen Durchführung des Berufswettkampfes kommen könnten.

Herr Abgeordneter Kern hat die Unterbringung des Landespflanzenchutzamtes sehr stark kritisiert. Ich darf darauf hinweisen, daß nicht nur das Landespflanzenchutzamt, sondern daß auch unsere Landeskulturverwaltung, unsere Wasserwirtschaftsverwaltung, unsere Abteilung Marktwirtschaft genauso untergebracht sind wie das Landespflanzenchutzamt. Im Jahre 1951/52 haben diese Abteilungen die Baracken an der Wallstraße bezogen. Diese waren damals schon nicht würdig, eine Abteilung eines Ministeriums aufzunehmen, und sind es heute erst recht nicht mehr. Wir warten ja nun alle auf irgendeine Erleichterung. Wir erwähten auch einen Ersatzbau, in dem es endlich der Landwirtschaft gelingen möge, die nun an sieben Stellen verteilten Dienststellen unter einem Dach zu vereinigen.

Ich freue mich, gehört zu haben, daß das Gerätelager in Bad Kreuznach in Ordnung ist.

Zu den Ausmerzungsbeihilfen, Herr Abgeordneter Billen, habe ich vorhin schon die Erklärung abgegeben. Ich habe mich dabei auf die Erklärung berufen, die heute Herr Innenminister Dr. Zimmer bereits abgegeben hatte.

Hinsichtlich der Dieselmotorkraftstoffverbilligung, Herr Abgeordneter Billen - das haben Sie auch erwähnt -, würden wir gerne ein anderes Verfahren einschlagen. Wir würden auch gerne unsere landwirtschaftlichen Schulen von dieser zusätzlichen Arbeit entlasten. Nur wissen wir nicht, wie wir es billiger machen könnten. Wir sind gebunden an die Verwendungsrichtlinien des Bundes, der uns ja zwingt, nach diesen Richtlinien zu handeln.

(Abg. Billen: Die Richtlinien sind sehr schlecht!)



(Ministerialdirektor Hartmann)

Wir werden weiter überlegen, ob wir nicht durch ein gemeinsames Vorgehen aller Länder nun zu einer anderen Regelung kommen können. Im übrigen beträgt die Verbilligung für den nachgewiesenen Dieselkraftstoffverbrauch nunmehr ab 1. April 23 Pfennige.

(Abg. Billen: Wir sind zufrieden, wenn das ausgezahlt wird! Das ist bisher nicht geschehen!)

- Ich halte das nicht recht für möglich,

(Abg. Billen: Ist aber Tatsache!)

denn die Mengen, die verfahren worden sind, die sind doch nachweisbar, und diese Mengen werden doch auch verbilligt!

(Abg. Billen: Wir werden das nachweisen! - Abg. Dröscher: Das scheint an der Abrechnung bei den Schulen zu liegen!)

Herrn Abgeordneten Hachenberg darf ich sagen, daß die Nebenstelle in Altenkirchen nach wie vor weiter bestehen bleibt.

(Abg. Hachenberg: Es fehlt der Leiter!)

- Nein, da ist auch ein Leiter, das ist ein Vermessungsrat Bieler, Herr Abgeordneter Hachenberg.

Herr Abgeordneter Dr. Adams hatte sodann die Forschungsanstalt in Trier erwähnt mit der Befürchtung, daß Trier etwa mit Neustadt zusammengelegt werden könnte. Herr Abgeordneter Dr. Adams, diese Anregung ist vom Rechnungshof ausgegangen, weil der Rechnungshof sich vorgestellt hatte, daß vielleicht eine Forschungsanstalt für das ganze Land ausreichend sei. Wenn das möglich wäre, dann wäre hier eine Vereinheitlichung der Verwaltung möglich. Aber da wir ja der Meinung sind, daß für die Mosel eine Forschungsanstalt dringend notwendig ist, glaube ich, daß sich auch der Rechnungshof dazu verstehen wird, die Landesversuchsanstalt in Trier aufrechtzuerhalten; und selbst dann, wenn sie eines Tages „Forschungsanstalt“ genannt werden müßte, dann würde sie in Trier verbleiben. Das kann ich Ihnen zu Ihrer Beruhigung sagen.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr kann für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft im großen und ganzen als normal angesehen werden. In diesen Normalzustand ist auch die Aufwärtstendenz unserer Agrarproduktion mit eingeschlossen. Gewiß sind einige wirklich unerfreuliche Ausnahmen festzustellen, die insbesondere in diesem Jahr unseren Weinbau betreffen. Im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte sich der Austrieb um reichlich vier Wochen verzögert, der Sommer brachte einen weitreichenden Befall mit Peronospora, der Frühfrost im Oktober machte nicht nur die Gewinnung von Spätlesen unmöglich, sondern beeinträchtigte auch in weitem Umfange die Holzausreife. Die sibirischen Temperaturen im Februar dieses Jahres haben unseren Weinbau teilweise schwer und schwerstens betroffen. Die notwendigen Schadenserhebungen sind noch im Gange. Wir sind noch nicht in der Lage, in Prozenten anzugeben, wie weit nun Riesling, wie weit Silvaner oder wie weit Müller-Thurgau gelitten haben. Wir meinen jedoch, daß zu einer Panikstimmung im Weinbau und in der Landwirtschaft keine Veranlassung besteht. Die Erfahrungen nach solchen Wintern sind wenigstens in qualitativer Hinsicht günstig. Wir haben ja die Erfahrung aus dem Jahr 1928/29 und wir haben das Jahr 1940/41 mit genau denselben strengen Frösten erlebt. Der Umfang des Schadens ist allerdings noch festzustellen, wir wissen noch nicht, wie hoch er ist.

Solche Ereignisse, wie sie jetzt meinetwegen im Weinbau sich ausgewirkt haben und wie sie vielleicht auch die Wintersaaten treffen - wir haben auch davon noch keine Vorstellung, wie weit insbesondere die Nachfröste in den letzten 14 Tagen Schaden angerichtet haben -, kennzeichnen die besondere Stellung der Landwirtschaft. Hier sind rein wirtschaftliche Berechnungen unmöglich. Die Gleichung ist mit so vielen Unbekannten und Risiken belastet, und diese Risiken und Belastungen treffen heute eine Landwirtschaft, die über keinerlei Kapitalpolster mehr verfügt, so wie es früher in einer geordneten Wirtschaft üblich war. Heute ist es notwendig, Ausfälle, die die Landwirtschaft in ihrer Existenz gefährden, mit öffentlichen Mitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen sind wir unserer Landwirtschaft und dem Landvolk schuldig, da Ausfälle dieser Art nicht nur den einzelnen treffen, sondern auch für unsere Gesamtwirtschaft bedrohlich sind. Sie bringen uns unter Umständen in der Nahrungsversorgung in eine unerwünschte Abhängigkeit vom Ausland. Es besteht nicht nur die Gefahr, daß Versorgungslücken auftreten, sondern auch jene der überhöhten Preise. Mit niedrigen Preisen aus Importen sollte man nicht allzu sehr rechnen, denn aus den Ländern mit Überschüssen an Agrarprodukten sind heute zum großen Teil Industrieländer geworden, die ihre früheren Agrarüberschüsse selbst benötigen.

Wir dürfen uns deshalb glücklich schätzen, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrem Leistungswillen und ihrem Leistungsvermögen wieder eine Selbstversorgung von etwa 70 bis 75 v. H. unseres gesamten Nahrungsbedarfs erreicht hat. Für diese Leistung können wir dem deutschen Bauern nicht genug dankbar sein. Sie wird unter Umständen und unter Bedingungen erzielt, von denen die übrige Bevölkerung im allgemeinen keine Vorstellung hat, die sie aber in der heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft mit ihren technischen Errungenschaften für sich ablehnen würde. Es ist uns deshalb ein besonderes Bedürfnis, diesen Dank, der gleichzeitig eine besondere Anerkennung zum Ausdruck bringen soll, unserer Landbevölkerung und insbesondere der meist überlasteten Landfrau auszusprechen. Dank gebührt auch allen Helfern unserer Bauern, die trotz der besonderen Erschwernisse ihres Berufes in der Landwirtschaft ausharren. Es ist zu hoffen, daß es durch einzelne Maßnahmen des „Grünen Planes“ gelingt, nicht nur das Lohnniveau für den Landarbeiter anzugleichen, sondern ihn auch in Nebenberufssiedlungen sesshaft zu machen.

Hervorzuheben ist auch die fruchtbare Zusammenarbeit der Landwirtschaftsverwaltung mit den Landwirtschaftskammern des Landes und den Fachverbänden, einschließlich der Bauernverbände. Gerade sie haben in den Zeiten der Spannungen und der Unruhe sich nicht von radikalen Tendenzen und Bestrebungen leiten lassen, sondern immer die konstruktive Zusammenarbeit und das gebotene Maßhalten in ihren Forderungen gesucht und bewahrt. Wir verstehen ihre schwierige Lage und danken ihnen für die beobachtete Disziplin.

Im Namen des Herrn Ministers Stübinger darf ich auch allen Angehörigen der Verwaltung Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprechen. Diese Arbeit wird auch in Zukunft nicht leichter werden, da nicht zuletzt der „Grüne Plan“ zusätzliche Belastungen für alle Arbeitskräfte mit sich bringt.

Besonderer Dank gilt der sachlichen Arbeit der einschlägigen Ausschüsse des Landtages, an der die Angehörigen aller Parteien den gleichen Anteil haben. Diese verständnisvolle Arbeit findet ihre Krönung

(Ministerialdirektor Hartmann)

durch die sachliche und warmherzige Behandlung aller Probleme der Landwirtschaft, des Weinbaues und der Forsten in der heutigen Plenarsitzung. Allen dafür herzlichen Dank!

Wachsendes Verständnis für die Sorgen und Nöte unseres Landvolkes können wir aber nicht nur mit großer Genugtuung im Parlament feststellen, sondern - so hoffen wir - in steigendem Maße auch bei Presse und Funk wie auch in der breitesten Öffentlichkeit. Unsere eigene Agrarproduktion so wichtig zu nehmen, wie sie in der Tat ist, und nicht weniger wichtig als andere wirtschaftliche Betätigungen, dieses Erfordernis ist vielleicht in manchen Zeiten von unserem Volk vergessen worden. Das hat zu jener geistigen und materiellen Disparität unserer Landwirtschaft geführt, die wir im Interesse unseres Volkes und Staates zu beseitigen uns anschicken.

(Starker Beifall des Hauses.)

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache II/93. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich rufe auf Kapitel 1, Kapitel 2 und lasse bei Kapitel 2 abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/114, Erhöhung der Zuschüsse für die Einrichtung von bäuerlichen Gemeinschaftsanlagen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt worden.

Ich rufe auf Kapitel 3, 4, 5, 6, 7 und 8 und lasse bei Kapitel 8 abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/115, über die Zuschüsse für Zinsverbilligungen zur Errichtung von Jungviehställen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden.

Ich rufe auf die Kapitel 9, 10, 11, 12, 13, 16, 17, 18, 22, 23, 24, 25 und 29 und lasse - -, entschuldigen Sie, ich muß noch nachträglich eine weitere Abstimmung vornehmen bei Kapitel 8, und zwar über den Änderungsantrag Drucksache II/118, Landeszuschuß zur Förderung der Landjugend. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/118, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf Kapitel 29 und 30 und lasse bei Kapitel 30 abstimmen über einen Änderungsantrag der Abgeordneten Piedmont, Wetzel und anderer - Drucksache II/119 - Einnahmen aus der Jagd. Zu diesem Antrag hat das Wort Herr Abgeordneter Schmidt von der SPD.

**Abg. Schmidt:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte Ihnen gern diese Stellungnahme in der späten Abendstunde erspart, aber ich bedaure, diesen Antrag nicht unwidersprochen lassen zu können.

Das Land verfügt, wie mitgeteilt worden ist, über einen Waldbesitz von 202 000 ha. Die Einnahmen aus der Jagd sind jetzt nach Ihrem Voranschlag angesetzt mit 300 000 D-Mark, die Ausgaben sind angesetzt unter Titel 430 in

Kapitel 30 mit 120 000 DM. Es verbleibt also von 202 000 Hektar Waldbesitz eine Einnahme aus der Jagd in Höhe von 180 000 DM. Gestatten Sie mir, folgendes festzustellen: Wenn die Gemeinden und die Privatwaldbesitzer - sofern sie verpachten - ihre Jagden fiskalisch genauso verwerten würden, wie das hier der Staat tut, dann würde vermutlich der Herr Innenminister die Haushaltsführung der betreffenden Gemeinden beanstanden; er würde den Gemeinden vorhalten, daß sie die Einnahmemöglichkeiten der Gemeinden schlecht auszuschöpfen verstanden. Das, was nach dieser Seite gilt, muß auch für den Staat gelten.

Wir haben aber nicht nur aus diesem Prinzip heraus Bedenken gegen die Wiederherabsetzung des im Haushalts- und Finanzausschuß vereinbarten Voranschlags, sondern wir wollten ja dadurch erreichen, daß die staatlichen Forstverwaltungen sich entschließen, einer zweckmäßigen Abrundung zwischen Staatsjagden und verpachteten Gemeindejagden eine größere Unterstützung zu gewähren, als das bisher geschehen ist. Auch diese Absicht soll nun wieder unmöglich gemacht werden.

Noch ein offenes Wort zu dem anderen Grund, weshalb wir Ihren Antrag ablehnen müssen. Wenn unser Voranschlag, den wir im Haushalts- und Finanzausschuß vereinbart hatten, durch das Hohe Haus akzeptiert worden wäre, dann wären zur Bejagung rein staatlicher Jagden vermutlich mindestens 100 000 ha übrig geblieben. Wir sind der Meinung, daß 100 000 ha staatliche Jagdfläche in unserem Lande auch für alle die Amusements ausreichen würden, die für gewisse Behörden- und Dienststellenleiter mit der Jagd verbunden sind.

(Zurufe der CDU.)

Wir wollten erreichen, daß die staatlichen Beamten in der Forstverwaltung etwas weniger an die Jagd und etwas mehr an ihren Wald denken!

(Beifall bei der SPD. - Abg. Dr. Boden: Das würden wir auch begrüßen!)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wetzel von der Fraktion der CDU.

**Abg. Wetzel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist nicht etwa deshalb geboren, um dem Land die Möglichkeit zu nehmen, höhere Einnahmen aus der Jagd zu erzielen, sondern aus der Überzeugung heraus, daß das, was hier angestrebt werden soll, sich negativ auswirken wird. Die Beispiele hierfür könnten in großer Zahl vorgetragen werden. Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde ganz kurz folgendes:

Meine Damen und Herren, das Land Rheinland-Pfalz hat bereits 25 v. H. seiner Jagdflächen verpachtet. Es steht somit - mit Ausnahme eines einzigen Bundeslandes - weit über dem Schnitt der verpachteten Flächen aller übrigen Länder, was die Staatsjagden anbetrifft.

(Abg. Dröschner: Das ist kein Grund!)

- Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, ich habe auch Ihrem Redner sehr aufmerksam zugehört.

Meine Damen und Herren, was haben wir denn erfahren?

Wir haben erfahren, daß in der letzten Zeit bei der Verpachtung staatlicher Jagden, sprich Rotwildreviere, eine Gruppe von Menschen sich die Jagden pachtete, der wir Jäger der alten Farbe und der alten Tradition abhold sind,

(Sehr gut! und Beifall bei der FDP.)

(Wetzel)

und zwar deshalb, weil wir nicht unterstützen wollen, daß Leute, die es sich auf Grund ihres Geldsäckels leisten können, die Jagd nicht als Sport betreiben, sondern die Jagd zur Ausnützung ihrer geschäftlichen Beziehungen noch stärker in Anspruch nehmen.

(Abg. König: Das hört sich verdammt schlecht an!)

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, soweit die Jagden mit Rotwildbestand auf Grund der Beschlüsse von Agrarausschuß, Parlament und mit Unterstützung der Forstbehörde so gehandhabt werden, wie es bis jetzt schon den Anschein hat, daß es zum Ziele führt, können wir feststellen, daß wir dann in der Lage sind, neben der Jagd einen weit höheren Holzertrag garantiert zu haben, wie in allen Jagdgebieten, in denen der Jagdpächter allein der Inhaber war, der dann zu bestimmen hatte über die Stückzahl seines Wildes und den daraus festzusetzenden Abschlußplan. Wenn das jemand im Hohen Hause nicht glauben will, so will ich ihm empfehlen, sich einmal aus dem Trierer Bezirk und der Gegend von Prüm die Resultate der angerichteten Wildschäden vorlegen zu lassen, die dort von den Jagdpächtern im Verhältnis zu der Jagdpacht zu verzeichnen waren. Weiter ist heute nachmittag noch folgendes angeschnitten worden. Wir müssen uns einmal überlegen, wie durch einen planmäßigen Abschluß in den jagdlichen Forsten erreicht werden kann - nicht nur das Wild zu züchten, wie es bei den Jagdsteigerern der neuen Sorte zur Zeit gepflegt wird -, daß ein richtiges Verhältnis zwischen Kahlwild und Hirschen vorhanden ist und daß dementsprechend auf den Wildschäden ein ganz merklicher Einfluß ausgeübt werden kann.

Wenn wir uns die Jagdeinnahmen im Kapitel 40 in Höhe von 750 000 DM ansehen und uns nicht ernsthaft bemühen, auf der anderen Seite auch den Erfolg, den wir haben müssen bei einem planmäßig durchgeführten Abschluß in punkto Holzwirtschaft in Vergleich zu stellen, dann machen wir eine falsche Rechnung auf. Durch das Vorgehen der Jagdbehörden mit ihren eigentlichen Jagdbezirken geben wir eine gewisse Garantie für die Erhaltung der Jagden und deren Erlöse für die Gemeinden.

Herr Kollege Schmidt, ich möchte behaupten, was ich jetzt eben gesagt habe, wird in erhöhtem Maße durchgeführt werden, wenn wir einen gewissen Prozentsatz von Staatsjagden in der ordnungsmäßigen Pflege und Betreuung sowie die Abschlußregelung in eigener Regie behalten. Es sind bereits 25 v. H. verpachtet. Selbst wenn der hier angesetzte Betrag stehen bleibt - soweit Sie aus den Verhandlungen im Haushalts- und Finanzausschuß gehört haben, wissen Sie, daß wir stärkste Bedenken hatten -, können wir dem Herrn Minister keine Vorwürfe machen, wenn er den Betrag nicht erreicht.

Ich bin persönlich der Meinung, man soll nicht Etats künstlich aufbauen, von denen man im voraus weiß, daß sie nicht verwirklicht werden können. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt. Ich bitte, ihm zuzustimmen.

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schultz von der Fraktion der FDP.

Ich darf bitten, bei der Begründung von Anträgen bzw. der Erwiderung darauf sich möglichst kurz zu fassen.

**Abg. Schultz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich sehr kurz.

(Abg. König: Über die Kürzung der Einnahmen lohnt sich schon zu reden!)

Ich darf darauf hinweisen, daß ich vorhin schon zu der Sache gesprochen habe. Ich möchte nur noch ergänzend sagen, daß dieses Problem der Verpachtung der Staatsjagden schon seit 1918 die Gemüter beschäftigt und daß es nicht nur unter rein fiskalischen Gesichtspunkten gesehen werden und das Problem an sich auch nicht durch einen Haushaltsansatz erledigt werden kann.

Ich möchte, nachdem so viele praktische Dinge gesagt worden sind, nur noch hinzufügen, daß auch gewisse ideelle Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Wenn Sie erlauben, möchte ich damit vergleichen Museen und Schlösser. Sie können ja auch Museen und Schlösser nicht plötzlich aufheben, weil das Eintrittsgeld nicht reicht, um die Unkosten zu decken.

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Abgeordneten Piedmont, Wetzel und andere - Drucksache II/119 - seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich rufe auf Kapitel 32, 33, 34, 35, 40 und lasse bei Kapitel 40 abstimmen über den Änderungsantrag, Drucksache II/116.

(Abg. Dr. Boden: Ich bitte ums Wort!)

- Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Boden.

**Abg. Dr. Boden:**

Gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich vom Platze aus spreche.

**Präsident Wolters:**

Bitte schön!

**Abg. Dr. Boden (fortfahrend):**

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier kurz folgendes ausführen:

Meine Fraktionsfreunde stehen der Sache, die hier zu einer Erhöhung des Etatansatzes um 1,4 Million DM führen würde, an sich durchaus wohlwollend gegenüber. Wir sind aber der Auffassung, daß gerade die Sachbestimmung, die hier im Tenor enthalten ist, bei der demnächstigen Beratung des „Grünen Berichtes“ in dem auch die Umlegungen und die Beschaffung von arbeitsparenden Baugeräten ausdrücklich erwähnt sind, dort zu einer anderen Etatisierung, wie hier vorgesehen, führen werden.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß wir den Etatansatz heute bestehen lassen, aber bei der demnächst folgenden Beratung den Antrag besprechen können.

**Präsident Wolters:**

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache II/116. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! -

Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf das Kapitel 41 und lasse abstimmen über den Haushaltsplan 07 des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in zweiter Beratung.

Wer dem Haushaltsplan in zweiter Beratung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! -

Der Haushaltsplan ist angenommen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD.

Meine Damen und Herren! Es ist noch ein Entschließungsantrag eingebracht worden. Grundsätzlich sollen, wie ich heute morgen schon sagte, die Entschließungsanträge erst bei der dritten Lesung behandelt werden. Wir wollen das aber der Einfachheit halber ausnahmsweise bei der zweiten Beratung machen. Es ist der Entschließungsantrag Drucksache II/106 der drei Fraktionen, nach dem die Frostschäden ermittelt werden sollen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich, - - Bitte sehr, Herr Kollege Wetzel.

**Abg. Wetzel:**

Meine Damen und Herren! Ich stelle hiermit den Antrag, daß in dem Entschließungsantrag das Wort noch eingefügt wird: ... über das Ausmaß der Frostschäden im Wein- und Obstbau. Die Schäden im Obstbau sind mindestens genauso katastrophal.

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Es sind noch weitere Anträge gestellt worden. Ich glaube, wir können allgemein das Ministerium ersuchen, die Frostschäden in der gesamten Landwirtschaft zu erfassen.

(Sehr richtig! im Hause.)

Das Haus ist mit diesem Vorschlag einverstanden, so daß wir über den Antrag nicht besonders abzustimmen brauchen.

Damit haben wir die Abstimmung über den Haushaltsplan beendet. - Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung hat Herr Abgeordneter Lotz von der Fraktion der FDP das Wort.

**Abg. Lotz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute hier im Hause als Sprecher meiner Fraktion zu einigen Dingen Stellung genommen, die uns auch veranlassen, an den Herrn Innenminister die Bitte zu richten, solche Unterstellungen nicht mehr zu wiederholen.

Ich habe heute abend aus den Rundfunknachrichten entnehmen müssen, daß diese unsere Bitte dahingehend ausgelegt worden ist, daß sie als unqualifizierte Angriffe auf einen Minister des Kabinetts gerichtet sind. Ich möchte diesen Dingen auf das entschiedenste entgegentreten und sie zurückweisen. Es sind von mir keine Angriffe gewesen.

Meine Damen und Herren! Sie werden für sich in Anspruch nehmen, wenn Ihren Parteifreunden der Vorwurf gemacht wird, als Nazis wieder zur Machtergreifung zu schreiten, eine gleiche Erklärung hier abzugeben.

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Sie haben die persönliche Erklärung gehört. Wir sind an das Ende der Tagesordnung gelangt. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages ein für morgen früh um 9.30 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.56 Uhr.